

Unerwünscht

Vertreibung und Verfolgung von Angehörigen
der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR)
im Nationalsozialismus

Herausgegeben von Dieter Hoffmann



**Fachorgan für Wirtschaft und Wissenschaft, Amts- und
Mitteilungsblatt der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt
Braunschweig und Berlin**

135. Jahrgang, Heft 1, Februar 2025

**Unerwünscht –
Vertreibung und Verfolgung von Angehörigen
der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR)
im Nationalsozialismus**

Titelbild Quellen:
Die vorgeschlagene Reichsanstalt, gezeichnet zwischen 1884 und 1887.
Quelle: Siemens Museum, München PTB

Inhalt

Unerwünscht – Vertreibung und Verfolgung von Angehörigen der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR) im Nationalsozialismus

▪ Vorwort	5
<i>Jens Simon</i>	
▪ Opfer nationalsozialistischer Vertreibung und Verfolgung an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt	9
<i>Dieter Hoffmann</i>	
▪ Eröffnung zum Symposium „Unerwünscht“ am 30. September 2020	45
<i>Tobias Schäßter</i>	
▪ Die Vertreibung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Nationalsozialismus	49
<i>Michael Grüttner</i>	
▪ Wie die Wärmeübertragungsforschung nach Amerika kam: Max Jakobs Vertreibung in die USA	61
<i>Hans-Liudger Dienel</i>	
▪ Otto Reichenheim, Günther Wolfsohn und Klaus Schocken – entlassen von der PTR – aus Deutschland vertrieben	69
<i>Stefan L. Wolff</i>	
▪ Die Entlassung des Justiziers Kurt Schweitzer (1886–1973)	99
<i>Dieter Hoffmann</i>	
▪ Eine verworrene Zeit. Familiäre Erinnerungen an Kurt Schweitzer	111
<i>Angela Schock-Hurst</i>	

Für eine bessere Lesbarkeit verwenden wir in den Fließtexten dieses Heftes das generische Maskulin.

Vorwort

Jens Simon*

* Dr. Dr. Jens Simon,
Leiter der Presse-
und Öffentlich-
keitsarbeit der PTB,
E-Mail:
jens.simon@ptb.de

Die Geschichte einer Institution lässt sich anhand ihrer Erfolge erzählen. Die PTB und ihre Vorgängerin, die Physikalisch-Technische Reichsanstalt, können dabei auf eine große Sammlung wissenschaftlicher und technischer Meisterleistungen im Laufe von mittlerweile 138 Jahren seit der Gründung zurückblicken. Dies ergibt dann eine Erfolgsgeschichte von „Meistern der Messung“, die schon mehrfach erzählt wurde und natürlich immer wieder gern erzählt wird.

Die Geschichte einer Institution, zumal dann, wenn sie einen derart großen und historisch turbulenten Zeitraum umfasst, hat aber auch dunkle Kapitel, die nicht ausgespart werden dürfen. Für die Reichsanstalt war dies die Zeit des Nationalsozialismus, welche die PTR unter den Präsidenten Johannes Stark (Präsidentschaft von 1933 bis 1939) und Abraham Esau (Präsidentschaft von 1939 bis 1945) erlebte. Diese Vergangenheit aufzuarbeiten, ist wesentlich für das Selbstverständnis einer Institution und zugleich auch eine historische und gesellschaftspolitische Verpflichtung.

In mehreren früheren Publikationen ist dieses dunkle Kapitel durchaus thematisiert worden. Aber eine systematische Untersuchung stand lange Zeit aus. Einen wichtigen Beitrag, dies zu ändern, hat in den vergangenen Jahren der Wissenschaftshistoriker Prof. Dr. Dieter Hoffmann, ein ausgewiesener Kenner der PTB/PTR-Geschichte, geleistet. Dieter Hoffmann hat über viele Jahre hinweg die Geschichte der PTR im Dritten Reich systematisch untersucht und dabei einen Schwerpunkt auf die persönlichen Schicksale von Mitarbeitenden der Reichsanstalt gesetzt – Mitarbeitende, die aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrer politischen Überzeugung aus der Reichsanstalt entlassen wurden.

Diese Thematik des „Unerwünscht-Seins“ spiegelt sich auch in dem Titel dieser Publikation, die

auf ein Symposium vom Herbst 2020 zurückgeht: „Unerwünscht – Verfolgung und Vertreibung von Angehörigen der PTR im Nationalsozialismus“. Die hier versammelten Aufsätze beleuchten dabei einzelne Schicksale und stellen diese zugleich in den größeren Zusammenhang der damals herrschenden Verhältnisse.

Im Namen der PTB bedanke ich mich bei allen Autorinnen und Autoren dieses Mitteilungs-Hefes für ihre wertvollen Beiträge zur Aufarbeitung eines „dunklen Kapitels“ der PTR/PTB-Geschichte. Und ein ganz besonderer Dank gilt Dieter Hoffmann, der die PTB gefühlt schon immer begleitet und mit seinen Vorträgen und seinen Publikationen, wie dieser vorliegenden, die Geschichtsschreibung der PTB maßgeblich bereichert hat.

Jens Simon

Publikationen

- Cahan, D., 1992. Meister der Messung. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt im Deutschen Kaiserreich. Weinheim. Unveränderter Nachdruck: 2011, Bremerhaven (Wirtschaftsverlag NW).
- Franke, J., 2018: Der Beitrag der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt zum Uranforschungsprojekt in NS-Deutschland. Masterarbeit, TU Berlin, Lehrstuhl Wissenschaftsgeschichte.
- Hachtmann, R., 2013. Physikalisch-Technische Reichsanstalt, In: Wildt, Michael; Christian Kreuzmüller (Hrsg): Berlin 1933–1945. München.

- Hoffmann, D. (Hrsg.), 2025. Unerwünscht – Verfolgung und Vertreibung von Angehörigen der PTR im Nationalsozialismus. PTB-Mitteilungen 135 (2025) Heft 1. Herausgeber: PTB, Gastherausgeber: Dieter Hoffmann, Braunschweig und Berlin.
- Hoffmann, D. (Hrsg.), 2025. Gedenkheft der PTB-Mitteilungen für die vertriebenen Mitarbeiter der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Herausgeber: PTB, Gastherausgeber: Dieter Hoffmann (in Vorbereitung).
- Hoffmann, D., 2025. A Hostile Takeover: The Impact of the Anschluss on Austrian Metrology and the Role of the Imperial Institute of Physics and Technology (PTR). NAL-Historica. (im Druck)
- Hoffmann, D., 2025. Die Feiern zum fünfzigjährigen Gründungsjubiläum der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt im November 1937 in Berlin. (im Druck)
- Hoffmann, D., 2025/2026. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt, das Internationale Büro für Maß und Gewicht in Paris und die Pläne zur Neuordnung der Meterkonvention durch das Großdeutsche Reich. (in Vorbereitung)
- Kleinert, A. und D. Hoffmann (Hrsg.), 2025/2026. Johannes Stark und Philipp Lenard. Der Briefwechsel 1933 bis 1947. Heidelberg (in Vorbereitung).
- Hoffmann, D., 2013. Johannes Stark. In: Neue Deutsche Biographie. Duncker & Humboldt Berlin, Bd. 25, S. 71-72.
- Hoffmann, D. und R. Stutz, 2003. Grenzgänger der Wissenschaft: Abraham Esau als Industriephysiker, Universitätsrektor und Forschungsmanager. In: U. Hoßfeld, J. John, O. Lemuth, R. Stutz (Hrsg.): Kämpferische Wissenschaft. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus. Böhlau-Verlag Köln, Weimar, S.136-179.
- Hoffmann, D., 1993. Nationalsozialistische Gleichschaltung und Tendenzen militärtechnischer Forschungsorientierung an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt im Dritten Reich. In: H. Albrecht (Hrsg.): Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. Stuttgart, S. 121-132.
- Hoffmann, D., 1990. Friedrich Paschen: Der fünfte Präsident der Reichsanstalt. Zum 125. Geburtstag des Physikers. PTB-Mitteilungen 100 (1990) Heft 3, S.187-192.
- Hoffmann, D., 1982. Johannes Stark – eine Persönlichkeit im Spannungsfeld von wissenschaftlicher Forschung und faschistischer Ideologie. In: K.-F. Wessel (Hrsg.): Philosophie und Naturwissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Heft 22: Wissenschaft und Persönlichkeit. Sektion marxistisch-leninistische Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin, S. 90-102.
- Huebener, R. und H. Lübbig, 2011. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt. Ihre Bedeutung beim Aufbau der modernen Physik. Wiesbaden. (Vieweg+Teubner Verlag).
- Kern, U., 1992. Forschung und Präzisionsmessung. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt zwischen 1918 und 1948. Weinheim. Unveränderter Nachdruck: 2011, Bremerhaven (Wirtschaftsverlag NW).
- Kind, D., 2002. Herausforderung Metrologie. Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt und die Entwicklung seit 1945. Bremerhaven (Wirtschaftsverlag NW). Unveränderter Nachdruck 2011.
- Physikalisch-Technische Bundesanstalt (Hrsg.), 2013. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt in Thüringen. PTB-Mitteilungen 123 (2013) Heft 1, Bremen (Schünemann Verlag).
- Kleinert, A. (Hrsg.), 1987. Stark, Johannes: Erinnerungen eines deutschen Naturforschers, Mannheim.

- Lemmerich, J., 1987. Maß und Messen – Ausstellung aus Anlaß der Gründung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt vor hundert Jahren. Berlin, Braunschweig.
- Manna, G., 2018. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt unter dem Hakenkreuz. Neustrukturierung einer außeruniversitären Forschungsinstitution 1933-1937. Masterarbeit TU Berlin, Lehrstuhl Wissenschaftsgeschichte.
- Peltzer, L., 1995. Die Demontage deutscher naturwissenschaftlicher Intelligenz nach dem 2. Weltkrieg. Berlin.
- Quinn, T., 2012. From Artefacts to Atoms. The BIPM and the Search for Ultimate Measurement Standards. Oxford.
- Schäche, W., B. Jacob und N. Szymanski, 2012. Bauten für die Wissenschaft. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt/Bundesanstalt in Berlin-Charlottenburg 1887-2012. Berlin.
- Yurdakul, V., 2024. Eichen, forschen, führen. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt 1914-1945. Dissertation, Bergische Universität Wuppertal, Bielefeld University Press (in Vorbereitung).

Festschriften der PTR/PTB

- Stark, J. (Hrsg.), 1937. Forschung und Prüfung. 50 Jahre Physikalisch-Technische Reichsanstalt. Leipzig.
- Moser, H. (Hrsg.), 1962. Forschung und Prüfung. 75 Jahre Physikalisch-Technische Bundesanstalt/Reichsanstalt. Braunschweig.
- Bortfeld, J. und W. Hauser, H. Rechenberg (Hrsg.), 1987. Forschen-Messen-Prüfen. 100 Jahre Physikalisch-Technische Reichsanstalt/Bundesanstalt 1887 - 1987. Weinheim.
- Physikalisch-Technische Bundesanstalt (Hrsg.), 2012. PTR/PTB: 125 Jahre metrologische Forschung. PTB-Mitteilungen 122 (2012) Heft 2, Bremerhaven (Wirtschaftsverlag NW).

Opfer nationalsozialistischer Vertreibung und Verfolgung an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt

Dieter Hoffmann*

Wenn Michael Grüttner in seinem Beitrag feststellt, dass „die Dimensionen und Konturen dieses Vertreibungsprozesses (von Wissenschaftlern während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft – DH) bis heute nur in Umrissen bekannt (sind)“^[1] und ein präzises Bild von den Auswirkungen der brutalen Exklusionspolitik des NS-Regimes nur punktuell und für einzelne Institutionen wie die Universitäten^[2] oder die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG)^[3] vorliegt, so trifft diese Feststellung in Sonderheit auf die Physikalisch-Technische Reichsanstalt (PTR) zu. Ulrich Kern hat sich zwar in seiner Monographie zur Geschichte der PTR in den Jahren zwischen 1918 bis 1948 diesem Problemkomplex gestellt^[4], doch lassen sich die entsprechenden Ausführungen nur

als ersten, wenn auch avancierten Versuch werten und geben keinesfalls umfassende Auskunft über den Vertreibungsprozess und dessen Spezifik an der Reichsanstalt – zumal die von ihm identifizierten zwei entlassenen Mitarbeiter^[5] eher Zufallsfunde, als Ergebnis einer systematischen Suche gewesen sind. Wie bei anderen außeruniversitären Forschungseinrichtungen – sieht man einmal von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ab, die mit dem groß angelegten Forschungsprogramm zur Geschichte der KWG hier umfassend Pionierarbeit geleistet hat^[6] – ist der diesbezügliche Wissensstand bei der PTR lückenhaft und unsystematisch.

Im Folgenden soll dieses Forschungsdesiderat aufgebrochen und zudem um andere Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft an der

* Hoffmann, Prof. i.R. Dr. Dieter (geb. 1948) Wissenschaftshistoriker; Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft / PTB Berlin, E-Mail: dh@fhi-berlin.mpg.de

Abbildung 1:
Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt in Berlin-Charlottenburg, Mitte der dreißiger Jahre



Reichsanstalt erweitert werden. Der erste Teil des folgenden Beitrags wird einen möglichst umfassenden Überblick zur Umsetzung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (BBG) vom 7. April 1933 an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt liefern. Dabei wird auch die Lebensgeschichte und das Schicksal der betroffenen Mitarbeiter dokumentiert werden. In einem analytischen Teil werden quantitative Analysen zum Furor der rassistisch und politisch motivierten nationalsozialistischen Vertreibungspolitik an der PTR im Vergleich zu den Universitäten und anderen Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland vorgelegt und versucht, diese zu kommentieren.

In einem zweiten Teil werden wir den personellen Säuberungen an der Reichsanstalt jenseits des infamen Berufsbeamten-Gesetzes sowie dem Schicksal von verfolgten Mitarbeitern nachgehen, die ebenfalls zu den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gehören.

Nachdem am 30. Januar 1933 die Macht den Nationalsozialisten übertragen und eine Koalitionsregierung von NSDAP und DNVP mit Adolf Hitler als Reichskanzler gebildet wurde – die zeitgenössische Meinung sah dabei in Vize-Kanzler Franz von Papen und dem Vorsitzenden der DNVP Alfred Hugenberg die starken Männer des „Kabinetts der nationalen Konzentration“, was indes ein fataler Irrtum war –, fand umgehend eine forcierte und systematische Verfolgung und Ausschaltung politisch Andersdenkender, namentlich der politischen Linken statt; komplettiert durch einen forcierten Antisemitismus, der auf die Diffamierung und Diskriminierung der deutschen Juden zielte; einschließlich derer, die man für solche hielt. Dies sollte die sogenannte „nationale Revolution“ sichern und vorantreiben. Deren erklärtes Ziel war die Beseitigung des parlamentarischen Systems der verhassten Weimarer Republik – von den Nationalsozialisten und ihren Anhängern als sogenanntes „Schwarz-Rotes System“ diffamiert – und die Errichtung eines totalitären Führerstaates.^[1] Als Stichworte seien in diesem Zusammenhang der Reichstagsbrand vom 28. Februar, die Neuwahl des Reichstags am 5. März 1933 und das Ermächtigungsgesetz vom 24. März genannt, die der nationalsozialistischen Diktatur den Weg ebneten. Diese Aktionen fanden in der Reichsanstalt als einer wissenschaftlichen und damit vermeintlich unpolitischen Institution zwar keinen direkten und belegbaren Widerhall, aber unter den „alten Kämpfern“ und anderen Nazianhängern in der Belegschaft der Reichsanstalt wurde dies als Ermutigung, wenn nicht gar als Aufforderung verstanden, auch dort die politische Gleichschaltung der Institution durchzusetzen und eine konsequente „Säuberung“ der Mitarbeiterschaft im Sinne des Nationalsozialismus

durchzuführen. Wie auch an anderen Institutionen wurden die Wochen nach der nationalsozialistischen Machtübernahme auch in der Reichsanstalt zur Stunde der NS-Betriebszellen (NSBO) und der Nationalsozialistischen-Beamten-Arbeitsgemeinschaft (NSBA) sowie individueller Denunziationen und Diffamierungen, die ohne gesetzliche Legitimierung und vor allem durch politischen Druck eine erste Vertreibungswelle auslöste.

Der Flaggen-Vorfall

Daneben gab es auch seitens der nationalsozialistischen Mitarbeiter und Aktivisten an der PTR gezielte politische Aktionen. So wurde am 8. März 1933, drei Tage nach der Reichstagswahl vom 5. März, auf Veranlassung der NS-Betriebszelle sowie der NS-Beamten-Arbeitsgemeinschaft auf dem sogenannten Observatorium, dem Sitz des Präsidenten der PTR, „in spontaner Begeisterung über den gewaltigen Wahlerfolg die Hakenkreuzfahne gehisst“^[8]. Ähnliches war in diesen Tagen auch an anderen Orten in Deutschland geschehen, so in Hamburg, wo von nationalsozialistischen Polizisten Hakenkreuzfahnen auf öffentlichen Gebäuden gehisst wurden.^[9] Im Gegensatz zu den Vorgängen in Hamburg stieß das Hissen der Hakenkreuzfahne in der Reichsanstalt auf Widerstand, denn nach einer Stunde war sie wieder eingezogen worden. Laut einem denunziatorischen Brief an den für die PTR zuständigen Reichs-Innenminister Wilhelm Frick, soll dies auf Betreiben von Richard Vieweg, Leiter des Hochspannungslabors, gesche-

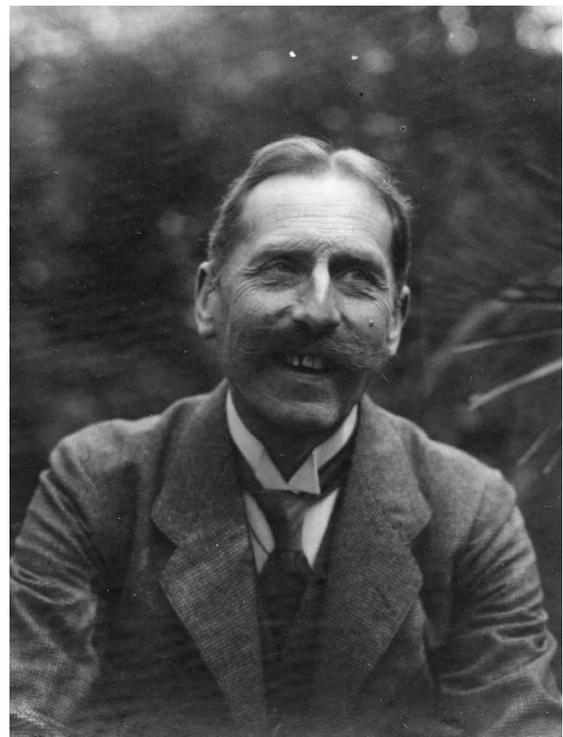


Abbildung 4: Friedrich Paschen (1865–1947), Aufnahmedatum unbekannt

hen sein. ^[10] Auf Veranlassung des Präsidenten Friedrich Paschen wurde die Flagge schließlich in dessen Präsidentenvilla verwahrt.

Wie man dem Brief der NS-Betriebszelle an den Reichsinnenminister entnehmen kann, rückte am folgenden Tag ein SA-Sturm an, um vom „Präsidenten in angemessener Form die Herausgabe der Fahne“ zu fordern, dem Paschen „unter Protest“ auch nachkam. Anschließend wurde die Hakenkreuz-Fahne erneut gehisst. Diesmal auf dem Hauptgebäude der PTR, dem heutigen Siemensbau an der Abbestraße. Allerdings vermerkt der Brief: „nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Beamten- und Angestelltenschaft stimmte diesem Vorgange aus ehrlichem Herzen zu, der größte Teil verhielt sich ziemlich ablehnend und passiv, da schon seit vielen Jahren eine Auslese in demokratischer Richtung bei der Einstellung getroffen wird.“ ^[11]

Trotz dieser Denunziation hatte der Vorfall weder für Paschen noch für Vieweg Konsequenzen, was bislang und nicht zuletzt vom Verfasser dieses Aufsatzes damit erklärt wurde, dass es gegen Paschen und Vieweg juristisch keine Handhabe gab und ihre Prominenz sie wohl auch geschützt hat. Hinzu kam, dass Paschens Tage als PTR-Präsident gezählt waren, stand er doch unmittelbar vor seiner Pensionierung ^[12]; auch Richard Vieweg schickte sich an, die PTR zu verlassen, denn ein gutes Jahr nach diesem Vorfall wird er einem Ruf an die TH Darmstadt folgen. Bei dieser Argumentation wurde jedoch nicht beachtet, dass es weder Paschen noch Vieweg waren, die die Fahne eingeholt hatten. Dies geschah vielmehr durch Erich Bobsin, der im Laboratorium für Viskosimetrie und Erdölapparate als technischer Angestellter tätig war. ^[13] Bobsin hat nicht nur die Hakenkreuz-Fahne eingeholt, sondern es gibt gute Gründe anzunehmen, dass er auch Initiator der Aktion war. Wie sich sein Enkel erinnert, soll der Großvater immer wieder davon erzählt haben, wie er in Diskussionen mit seinen Kollegen die Überzeugung vertreten habe, dass „die Fahne dort nicht hin gehöre“ ^[14]. Das Einholen der Fahne war von SA-Leuten beobachtet worden, die in den folgenden Tagen versuchten, Bobsin habhaft zu werden. Für einige Zeit musste er sich deshalb bei Verwandten verstecken. Für seine PTR-Anstellung, deren Mitarbeiter er seit 1925 war, hatte sein mutiger Einsatz Konsequenzen. Er wurde umgehend auf Druck der NS-Betriebsgruppe und wohl auch der SA, die in dieser frühen Phase der nationalsozialistischen Machtübernahme vielfach als Hilfspolizei agierte und auf eigene Faust gegen politische Gegner vorging und sogar Verhaftungen exekutierte, vom Dienst suspendiert; im Juni 1933 wurde ihm schließlich im Rahmen der Überprüfungen zum Berufsbeamtengesetz (BBG) offiziell die Entlassung ausgesprochen. ^[15] Diese erfolgte

wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ (§4) und in Anwendung der 2. Durchführungsverordnung vom 4. Mai 1933 ^[16], die das Gesetz auch auf die nichtbeamteten Mitarbeiter, d. h. alle Angestellte und Arbeiter anwendbar machte. Damit wurde der 30-Jährige in die Arbeitslosigkeit geschickt, und da er weniger als zehn Jahre im Staatsdienst gewesen war, hatte er keinerlei Ansprüche auf ein Ruhegehalt, und es wurden ihm lediglich für ein Vierteljahr – wenn überhaupt – die Bezüge weitergezahlt; das sogenannte „Gnadenviertel“. Für seine persönliche Situation erschwerend war zudem der im Führungszeugnis vermerkte Grund seiner Entlassung, der es für Bobsin schwierig machte, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, insbesondere in staatlichen Einrichtungen. Er blieb so über ein Jahr stellungslos. Im Herbst 1934 konnte er an einer halbjährigen Umschulung der Ingenieurschule Strelitz (Mecklenburg) teilnehmen, die ihn für eine Anstellung im Flugzeugbau qualifizieren sollte. ^[17] Schließlich fand er ab April 1935 bei der Berliner Firma Sommer & Runge eine neue berufliche Zukunft, wo er die Fertigung von Prüfgeräten für die Mineralöl-, Gummi- und Lack-Industrie zu leiten hatte und später zum Prokuristen der Firma aufstieg. ^[18] Unmittelbar nach Kriegsende stellte er den Antrag, seine PTR-Anstellung wieder zu reaktivieren ^[19], was ihm auch zugestanden wurde. Kurzzeitig kehrte er an die Physikalisch-Technische Reichsanstalt zurück, die in den letzten Kriegsjahren wegen der alliierten Luftangriffe zu großen Teilen ins thüringische Weida ausgelagert worden und dort auch in den ersten Nachkriegsjahren verblieben war. Allerdings scheinen weder der Dienstort noch die beruflichen Perspektiven seinen Vorstellungen entsprochen zu haben, so dass er bereits 1946 zurück in die Privatwirtschaft ging. Im folgenden Jahr wird er Hauptsachbearbeiter im Berliner Magistrat für die Kontrolle der vom alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 25 betroffenen Forschungsprojekte in den Wissenschaftseinrichtungen der Stadt. Im Sommer 1950 kehrt er schließlich zur Firma Sommer & Runge zurück, wo er bis zu seinem Ruhestand im Jahre 1969 verblieb. 1992 ist Ernst Bobsin in Berlin verstorben.

Vertreibungen vor der Verabschiedung des Berufsbeamtengesetzes vom 7. April 1933

Ernst Bobsin darf als das erste Opfer des Berufsbeamtengesetzes an der Reichsanstalt angesehen werden, obwohl er diesbezüglich in Otto Reichheim, Klaus Schocken Kurt Schweitzer und Günther Wolfsohn „Konkurrenten“ hatte. ^[20] Letztere vier wurden offenbar in einer konzertierten Aktion von NSBO und NSBA bereits in den Tagen vor Verabschiedung des BBG durch das Reichskabinett am 7. April zur Beendigung ihrer Tätigkeit an der Reichsanstalt gezwungen, inklusive einem sofort-

tigen Haus- bzw. Laborverbot. 25 Jahre später hat Ernst Lau, Mitarbeiter der Abteilung 4 (Optik), in der Reichenheim als Gast bzw. freiwilliger Mitarbeiter tätig war, die Situation geschildert: „Damals kamen drei Mitglieder der nationalsozialistischen Zelle der PTR unter Führung des Herrn Dr. Tehpol [sic] zu Herrn Direktor Gehrcke und haben offenbar von ihm verlangt, daß er Herrn Prof. Reichenheim nicht mehr in seinem Laboratorium dulden sollte. Ob der Präsident ... selbst an dem Hausverbot mitgewirkt hat, möchte ich bezweifeln. Es genügte damals, wenn Herr Direktor Gehrcke ihm das weitere Betreten des Hauses verbot, da Herr Prof. Reichenheim als Gast gegen dieses Verbot keine Rechtsmittel einlegen konnte. Zweifello hätte damals ein weiteres Verbleiben von Herrn Prof. Reichenheim in der PTR zu unliebsamen Zwischenfälle geführt. Zwar war unter Wissenschaftlern nur eine ganz kleine Gruppe von Nationalsozialisten, diese maßten sich aber nach der Machtübernahme in allen personalpolitischen Dingen die Entscheidung an. Nach meiner Meinung konnte Prof. Gehrcke sich gegen den Druck der Nationalsozialisten nicht durchsetzen. Er hat, wie ich weiß, lediglich aus Angst die persönlichen Kontakte zu Herrn Prof. Reichenheim abgebrochen, obwohl er mit diesem befreundet gewesen ist. Offenbar fürchtete er für seine Stellung.“^[21]

Ähnlich wie im Fall von Otto Reichenheim wird wohl auch die Vertreibung von Schocken und Wolfsohn vonstattengegangen sein. Beide forschten als befristete Stipendiaten an der Reichsanstalt. Schocken als sogenannter „Jungakademiker“ – ein von der deutschen Industrie finanziertes Stipendi-



Abbildung 3: Erich Bobsin (1903–1992), am Tag seiner Hochzeit 1940

enprogramm für Nachwuchswissenschaftler – im magnetischen Laboratorium unter Wilhelm Steinhaus in der Abteilung 2 (Elektrizität und Magnetismus) und Wolfsohn mit einem Stipendium der Notgemeinschaft als Gast im Präsidentenlabor von Friedrich Paschen. Dies war auch der Arbeitsplatz des dänischen Physikers Ebbe Rasmussen, der von der amerikanischen Rockefeller Stiftung finanziert wurde und seinem akademischen Lehrer Bohr nach Kopenhagen über die schwierige Situation von Wolfsohn in einem ausführlichen Brief vom 6. April Bericht gab: Dieser sei jüngst nur wegen seiner Abstammung „herausgeworfen worden“, wobei „Paschen kürzlich einen Brief bekommen hat, in dem ihm mitgeteilt wurde, dass die Partieführung, das bedeutet die Nationalsozialistische Partei, es nicht weiter zulässt, dass Wolfsohn an der Reichsanstalt arbeitet.“ Daraufhin „musste er seine Sachen packen und gehen ... ihm ist bewusst, dass er schnellst möglich Deutschland verlassen muss.“ Erwähnt wird im Brief von Rasmussen auch das Schicksal von Otto Reichenheim: „Als einen weiteren anderen Fall möchte ich Prof. Reichenheim erwähnen, der die letzten 20 Jahre als Gast an der Reichsanstalt gearbeitet hat und der ebenfalls gerade verabschiedet wurde.“^[22]

Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933

Bei dem oben erwähnten Brief an Paschen, könnte es sich um das Schreiben der PTR-Betriebszelle an die Notgemeinschaft vom 3. April handeln, in dem ultimativ gefordert wurde, zwei „von der Notgemeinschaft bezahlte Herrn (freiwillige Mitarbeiter), und zwar die Herren Dr. Wolfsohn und Dr. Schocken, die jüdischer Abstammung sind“, sofort zu entlassen; auch wird unmissverständlich gedroht: „Falls dieser Aufforderung der N.S.B.O. nicht Folge geleistet werden sollte, müssten von hier aus entsprechende andere Massnahmen ergriffen werden.“^[23] Dass die drei Physiker, wie auch der Justiziar Schweitzer (siehe den Beitrag des Autors zu Kurt Schweitzer auf S. 95), bereits vor der Verkündung des BBG am 7. April 1933 aus der Reichsanstalt vertrieben wurden, wird auch durch Tagebucheintragen ihres Kollegen Max Jakob bestätigt. So hatte dieser nach seiner Rückkehr aus einem Kurzurlaub am 6. April notiert: „Ich habe meinen Dienst wieder angetreten und gleich erfahren, daß zwei Stipendiaten „jüdischer Abstammung“ ihre Arbeit in der Reichsanstalt haben einstellen müssen, einer (Wolfsohn) im Präsidentenlaboratorium; der Präsident hat ihn also nicht halten können“^[24]; in einem Eintrag vom Folgetag liest man: „Auch das Ausscheiden des seit vielen Jahren als Gast in der Reichsanstalt arbeitenden Prof. Reichenheim habe man von seinem Duzfreund Direktor Gehrcke verlangt“; weiterhin

liest man, dass ihm „von Dr. Lau erzählt (wurde), daß der ‚Justitiar‘ Schweitzer ... wegen seiner ‚Abstammung‘ beurlaubt worden sei; ich hatte nie daran gedacht, dass er von jüdischen Eltern abstammen könnte“^[25].

Bemerkenswert ist, dass nicht nur Niels Bohr, sondern auch der andere „Heilige“ der damaligen Physikerzunft, Albert Einstein, zeitnah über diese Vorgänge an der Reichsanstalt informiert waren. Die entsprechende Nachricht kam von Klaus Schocken, der seit 1932 zunächst als „freiwilliger Mitarbeiter“ und dann als Jungakademiker-Stipendiat an der Reichsanstalt tätig war. Wohl ermuntert durch Max von Laue, Gutachter seiner Promotion, hatte er sich mit einem Brief vom 12. April an Einstein mit der Frage gewandt „ob Sie mir nicht einen Hinweis geben könnten, wo ich mich im Ausland mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg bewerben könnte“^[26]. Einstein stellte ihm zwar eine „Empfehlung“ in Aussicht, doch zu einem konkreten und realisierbaren Stellenangebot führte dies erstmal nicht. Bis zum Sommer 1935 harrte er so im nationalsozialistischen Deutschland aus und emigrierte dann im September in die USA.^[27] Im obigen Brief an Einstein beschrieb er das abrupte Ende seiner Tätigkeit an der Reichsanstalt mit den Worten: „auf den Wunsch der Machthaber“ aber „gegen den Willen meiner Vorgesetzten“ und „weil mein Vater Jude ist“, „habe ich (dieser Tage) meine Stellung verloren“.^[28]

Wie bei Reichenheim werden es wohl auch bei Schocken und Wolfsohn die lokalen „Stoßtrupps“ der NSDAP oder anderer NS-Verbände gewesen sein, die das plötzliche und überraschende Ende ihrer Tätigkeit an der Reichsanstalt herbeiführten. Dabei bedurfte es nicht einmal einer förmlichen Entlassung, denn als Stipendiaten standen sie – wie auch Reichenheim als Gast – in keinem unmittelbaren Dienstverhältnis zur PTR, so dass ihnen relativ einfach „der Stuhl vor die Tür gesetzt werden“ konnte.^[29] Kurt Schweitzer, der vierte im Bunde der Früh-Entlassenen und ein verbeamteter Regierungsrat, war zwar auch dem Druck von NS-Betriebszelle und Beamten-Arbeitsgemeinschaft ausgesetzt, doch mit dem Inkrafttreten des BBG schufen dessen Ausnahmeregeln für Frontkämpfer und Alt-Beamte einen gewissen, wenngleich temporären Schutzraum für ihn. So bleibt er relativ lange bei Fortzahlung seiner Bezüge beurlaubt und wird erst zum 1. Juni 1934 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt; dies allerdings nicht nach § 3 (Nicht-Arier), sondern aufgrund des § 6 (Vereinfachung der Verwaltung), der bei der praktischen Umsetzung des BBG oft als „Gummi-Paragraph“ genutzt wird, um möglichst viele Betroffene, die durch die Ausnahmeregeln des Gesetzes vor einer Entlassung (zumindest temporär) geschützt waren, ebenfalls vom Dienst zu suspendieren. Allerdings waren in diesen Fällen, höhere Ruhestandsgelälter

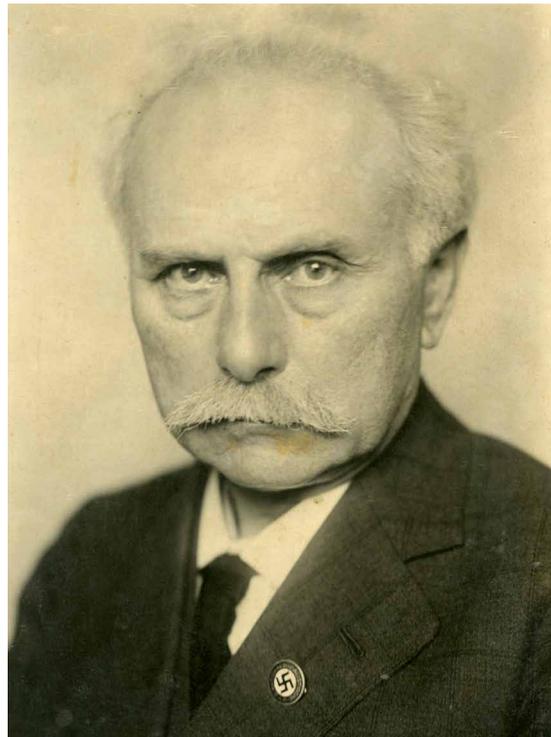


Abbildung 4: Johannes Stark (1874–1957), um 1935

zu zahlen, was im Übrigen mit einer Übereinkunft zwischen Reichs-Innenminister Wilhelm Frick und dem Preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring konform ging: „bei der Gewährung der Versorgungsansprüche“ sollte eine gewisse Großzügigkeit praktiziert werden.^[30]

Obwohl im Frühjahr 1933 in den Amtsstuben der Reichs-Ministerien sowie auch auf Landesebene die Tätigkeit jüdischer bzw. „nichtarischer“ Beamter bereits lebhaft diskutiert wurde und es wohl seitens der Ministerialbürokratie schon konkrete Vorarbeiten für ein entsprechendes Gesetz gab^[31], scheint für die Reichsanstalt – wie auch für andere Wissenschaftsinstitutionen, wie Rüdiger Hachtmann in seinem Buch über die Generalverwaltung der MPG ausführt^[32] – das BBG einigermaßen überraschend gekommen zu sein. Bedingt durch den anstehenden Präsidentenwechsel fiel das Gesetz dort zudem in eine schwierige Zeit des Übergangs. Die Pensionierung von Friedrich Paschen, der seit 1924 Präsident der Reichsanstalt war, stand auf der Tagesordnung und mit der nationalsozialistischen Machtübernahme hatte das Reichsinnenministerium die Regelung der Nachfolge energisch an sich gezogen. Es wurde nun nicht nur dezidiert darauf gedrungen, dass sich „Herr Paschen infolge der Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand“ verabschiedet^[33], sondern auch durch einen politisch konformen Gelehrten ersetzt wird. Mit dem Münchener Physiker Johannes Stark wird quasi ein Nachfolger aus dem Hut „gezaubert“, mit dem die bisher diskutierten Kandidaten, u. a. Hans Geiger,

Walther Gerlach, Gustav Hertz oder Jonathan Ze-neck, seitens des Ministeriums ad acta gelegt wurden. Stark brachte zwar als Physiknobelpreis-träger des Jahres 1919 die für das Amt erwartete Prominenz und Kompetenz mit, doch für viele Physiker in Deutschland galt er als Außenseiter und Querulant.^[34] Dies hatte bereits Anfang der zwanziger Jahre dazu geführt, dass er bei der Neubesetzung des Präsidentenamtes der PTR in der Nachfolge Emil Warburgs übergangen worden war^[35] und man stattdessen Walther Nernst den Vorzug gegeben hatte; dieser war Mitbegründer der physikalischen Chemie und ebenfalls Nobel-preisträger. Die damals angeführten Gründe hatten auch ein Jahrzehnt später nichts an ihrer Relevanz verloren, so dass Paschen in einem Brief an seinen Schüler Walther Gerlach resignierend feststellte: „keiner will ihn, nur der Minister, der durch die Gründe der Gelehrten wohl kaum zu überzeugen

sein wird“^[36]. Das ministerielle Votum wurde nicht zuletzt von der Tatsache beeinflusst, dass Stark seit Mitte der zwanziger Jahre zu den glühenden Bewunderern Adolf Hitlers zählte und 1930 auch Mitglied der NSDAP geworden war. Damit zählte er zur Kategorie der „Alten Kämpfer“ – jene Mitglieder, die sich bereits weit vor 1933 der nationalsozia-listischen Bewegung angeschlossen hatten und zu den Wegbereitern der NS-Diktatur gehörten.^[37] Gemeinsam mit Philipp Lenard war er der maß-gebliche Wortführer der sogenannten „Deutschen Physik“ – jenes Einbruchs von Obskurantismus und Rassismus in das Wissensgebäude der Physik, mit dem die antisemitische NS-Ideologie quasi für die exakten Naturwissenschaften hoffähig gemacht wurde. In seinem Glückwunschschreiben an den neu ernannten Reichsinnenminister Wilhelm Frick hatte Stark diesem im Februar 1933 angeboten, dass er und Lenard „bei der Einflußnahme auf die ihm unterstellten wissenschaftlichen Institute gern unseren Rat zur Verfügung stellen werden“ und wenig später auch diesem gegenüber sein speziel-les Interesse an der vakanten Präsidentschaft der Reichsanstalt artikuliert.^[38] Starks Interesse war dann mit einem ausführlichen Gutachten von Len-ard^[39] und lancierten Briefen der NS-Betriebszelle der PTR an den Minister befördert worden^[40] und schließlich im April mit seiner Ernennung zum sechsten Präsidenten der Physikalisch-Tech-nischen Reichsanstalt gekrönt worden. Stark trat sein Amt zum 1. Mai 1933 an und zu seinen ersten Amtshandlungen gehörte es, das Berufsbeamten-gesetz an der Reichsanstalt umzusetzen.

Dafür waren bereits im April 1933 Fragebögen an all jene Beamten verteilt worden, von denen man annahm, dass für sie das BBG zutreffen würde; mit der oben bereits erwähnten 2. Durch-führungsverordnung war das BBG nicht nur auf Beamte anzuwenden, sondern es galt auch für nichtbeamtete Mitarbeiter, d. h auch Angestellte und Arbeiter der PTR wurden aufgefordert, den an „Verdächtige“ ausgegebenen Fragebogen des Innenministeriums auszufüllen, der weitgehend reichseinheitlich konzipiert worden war. Wann genau und in welchem Rahmen die Frage-bögen verteilt wurden, ist für die PTR nicht belegt. Allerdings wird man davon ausgehen können, dass dies – wie an vergleichbaren wissenschaft-lichen Institutionen, z. B. der KWG^[41] – Ende April erfolgte. Die Betroffenen hatten neben den Angaben zur Person insbesondere Fragen nach ihrer Abstammung zu belegen, und dies bis zu den Großeltern, denn für die Gesetzgeber waren nicht der Glaube oder die aktuelle Mitgliedschaft in einer jüdischen Gemeinde ausschlaggebend; „entscheidend ist die Rasse“, wie es in einem Brief des Reichs-Innenministeriums heißt, dem die Exe-kutive des Gesetzes oblag.^[42] Weiterhin hatte man



Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Vom 7. April 1933.

Die Reichregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Zur Wiederherstellung eines nationalen Berufsbeamtentums und zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen aus dem Amt entlassen werden, auch wenn die nach dem geltenden Recht hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen.

(2) Als Beamte im Sinne dieses Gesetzes gelten unmittelbare und mittelbare Beamte des Reichs, unmittelbare und mittelbare Beamte der Länder und Beamte der Gemeinden und Gemeindevorstände, Beamte von Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie diesen gleichgestellten Einrichtungen und Unternehmungen zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen vom 6. Oktober 1931 — Reichsgesetzbl. I S. 537 —, Dritter Teil Kapitel V Abschnitt I § 15 Abs. 1). Die Vorschriften finden auch Anwendung auf Beamtente der Träger der Sozialversicherung, welche die Rechte und Pflichten der Beamten haben.

(3) Beamte im Sinne dieses Gesetzes sind auch Beamte im einseitigen Ruhestand.

(4) Die Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft werden ermächtigt, entsprechende Anordnungen zu treffen.

§ 2

(1) Beamte, die seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung zu besitzen, sind aus dem Dienste zu entlassen. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung werden ihnen ihre bisherigen Bezüge belassen.

(2) Ein Anspruch auf Wartegeld, Ruhegeld oder Hinterbliebenenversorgung und auf Weiterführung der Amtsbezeichnung, des Titels, der Dienstkleidung und der Dienstabzeichen steht ihnen nicht zu.

(3) Im Falle der Bedürftigkeit kann ihnen, besonders wenn sie für mittellose Angehörige sorgen, eine jederzeit widerrufliche Rente bis zu einem Drittel

des jeweiligen Grundgehalts der von ihnen zuletzt besetzten Stelle bewilligt werden; eine Nachversicherung nach Maßgabe der reichsgesetzlichen Sozialversicherung findet nicht statt.

(4) Die Vorschriften der Abs. 2 und 3 finden auf Personen der im Abs. 1 bezeichneten Art, die bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Ruhestand getreten sind, entsprechende Anwendung.

§ 3

(1) Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand (§§ 8 ff.) zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen.

(2) Abs. 1 gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind. Weitere Ausnahmen können der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem zuständigen Reichsminister oder die obersten Landesbehörden für Beamte im Ausland zulassen.

§ 4

Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rüchlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung werden ihnen ihre bisherigen Bezüge belassen. Von dieser Zeit an erhalten sie drei Viertel des Ruhegeldes (§ 8) und entsprechende Hinterbliebenenversorgung.

§ 5

(1) Jeder Beamte muß sich die Veretzung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn, auch in ein solches von geringerem Rang und planmäßigem Dienstentkommen — unter Vergütung der vorchriftsmäßigen Umzugskosten — gefallen lassen, wenn es das dienstliche Bedürfnis erfordert. Bei Veretzung in ein Amt von geringerem Rang und planmäßigem Dienstentkommen behält der Beamte seine bisherige Amtsbezeichnung und das Dienstentkommen der bisherigen Stelle.

(Wirkungstermin Tag nach Ablauf des Ausgabebetrags: 21. April 1933) Reichsgesetzbl. 1933 I

Abbildung 5: Faksimile der Titelseite des Reichsgesetzblatts zum Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

4. § 3 des Gesetzes:

- a) Sind Sie bereits am 1. August 1914 Beamter gewesen und seitdem geblieben?

In welcher Stellung?

oder

- b) Lagern am 1. August 1914 bei Ihnen die Voraussetzungen der Dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 6. Mai 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 245) zu § 3, Nr. 2 Satz 2, vor?

oder

- c) Haben Sie im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft?

oder

- d) Sind Sie Sohn (Tochter) oder Vater eines im Weltkrieg Gefallenen?

Falls nein zu a bis d:

- e) Sind Sie arischer Abstammung im Sinne der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 11. April 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 195) zu § 3, Nr. 2 Abs. 1?

(Nachweise zu 4c bis e gemäß der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 11. April 1933 — Reichsgesetzbl. I S. 195 — zu § 3, Nr. 2 Abs. 2, sind beizufügen.)

Abbildung 6:
Ausgebener
Fragebogen
(Seite 2) des Reichs-
gesetzblatts zum
Gesetz zur Wie-
derherstellung des
Berufsbeamtentums

Fragen zu Parteimitgliedschaften und politischen Überzeugungen zu beantworten. Dabei folgten die Fragen strukturell dem Gesetzestext, wobei insbesondere die Paragraphen 2, 3, 4 und 6 des BBG für eine Entlassung von besonderer Relevanz waren.

Ursprünglich wurde den Befragten eine Frist von zwei Wochen für das Ausfüllen des Fragebogens gestellt, was sich jedoch als wenig realistisch erwies. Allein schon die Recherche nach jüdischen Vorfahren erwies sich meist als sehr zeitraubend und auch die Darstellung bzw. Bewertung einstiger politischer Aktivitäten war nicht binnen Wochenfrist zu erbringen. Wer hinsichtlich des §3 die entsprechenden Rubriken nicht ausfüllen konnte oder wollte, hatte eidesstattlich zu erklären, dass keinerlei Hinweise vorlägen, die auf eine Abstammung von „nichtarischen Eltern oder Großeltern“ hindeuten würden. Da im Reichsmaßstab in kürzester Zeit eine immense Zahl von Fällen von der Bürokratie bearbeitet werden mussten, und es auch

jede Menge Einsprüche gegen die Entlassungsbescheide gab, musste die ursprüngliche 6-monatige Befristung des Gesetzes bis September 1933 – es sollte ja nur für eine der nationalen Revolution geschuldeten Übergangszeit gültig sein – mehrfach verlängert werden. Erst mit dem Reichsbürgergesetz (RBG) und dem damit verknüpften Deutschen Beamtengesetz (DBG) vom Herbst 1935 bzw. Januar 1937, das den Beamten „zum Vollstrecker des von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei getragenen Staates“^[43] machte, wurde das Provisorium schließlich ersetzt und dessen Anwendung zum 31.7.1937 befristet; danach galten ausnahmslos die Bestimmungen des 1935 in Kraft getretenen Reichsbürgergesetzes bzw. des damit korrelierenden Deutschen Beamtengesetzes von 1937.^[44]

Dass in der Anfangszeit von den NS-Betriebszellen und der SA mittels Aktionismus, aber auch durch gezielte Denunziationen der politische

Umbruch angetrieben wurde, haben der Fall des technischen Angestellten Erich Bobsin, aber auch die Vertreibung der Physiker Otto Reichenheim, Klaus Schocken und Günther Wolfsohn deutlich gemacht. Neben den Betriebszellen gab es an der PTR, wie in anderen staatlichen Behörden, zudem die schon erwähnte „Nationalsozialistische Beamtenarbeitsgemeinschaft“ (NSBAG), die vornehmlich die Interessen der Beamtenschaft vertrat und sich in der Anfangszeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ebenfalls als treibende Kraft der „nationalen Revolution“ profilierte und die Aktionen der NS-Betriebszelle ergänzte. Die Entlassungen in dieser Zeit sind ihrem Charakter nach eher als Vertreibungen zu charakterisieren und erfolgten in einem weitgehend rechtsfreien und von Einschüchterung und Gewalt besetzten Raum; sie wurden vornehmlich durch Denunziationen aus der Belegschaft der Reichsanstalt angefeuert. Dass sowohl Otto Reichenheim, als „ständiger wis-

senschaftlicher Gast“ mit einem eigenen durch die PTR finanzierten Laboratorium, wie auch die Stipendiaten Klaus Schocken und Günther Wolfsohn die Reichsanstalt praktisch von heute auf morgen und dies vor der Verabschiedung des BBG durch das Reichskabinett verlassen mussten, war eine Folge von Denunziationen und des politischen Drucks der NS-Betriebszelle.^[45]

Periodisierung der Vertreibung

Nach Grüttner umfasst die erste Etappe der „systematischen, politisierten Ausgrenzung unerwünschter Hochschullehrer [in unserem Fall handelt es sich um Mitarbeiter einer außeruniversitären Forschungsinstitution] ... im Wesentlichen die Jahre 1933/34“^[46], so dass für diese Phase über die eben identifizierten fünf Mitarbeiter hinaus, noch weitere vier PTR-Mitarbeiter hinzuzurechnen sind. Es sind dies die beiden Physiker und Oberregierungsräte Willy Bein und Victor Engelhardt sowie die beiden technischen Angestellten Walter Lange und Richard Steinhagen.

Ebenfalls während dieser Vertreibungsphase wird zum 30. Juni 1934 der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Anton Weber in den dauernden Ruhestand versetzt. Dieser, 1895 in Berlin geboren, hatte nach seiner Promotion an der Universität Berlin, im Jahre 1925 an der PTR als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter seine Tätigkeit aufgenommen – in der Abteilung I (Maß und Gewicht) unter Wilhelm Kösters, wo er zunächst im Laboratorium für Längenmaße und später in dem für Getreideprober tätig war. Als Grund seiner Zwangspensionierung im Rahmen des BBG nennt die Entlassungsurkunde den „Gummi-Paragraphen“ 6 (Vereinfachung der Verwaltung), wobei in der Korrespondenz zwischen dem Reichs-Innenministerium und Präsident Stark dazu näher ausgeführt wird, dass die maßgeblichen Gründe der Entlassung seine „unterdurchschnittliche Leistung und ein aufbrausendes Talent“ waren. In Briefen von Stark an das Reichs-Innenministerium heißt es weiter, dass es immer wieder mit „anderen wissenschaftlichen Arbeitern der Anstalt zu Reibereien und dienstlichen Schwierigkeiten gekommen“ ist^[47] und die „Belassung im Dienst eine nicht zu vertretende, schwere Belastung auf voraussichtlich Jahrzehnte bedeuten würde“.^[48] Da in diesem Fall weder eine politische, noch eine rassistische Verfolgung erkennbar sind, Weber vielmehr Mitglied der Deutschen Burschenschaft war, die einen völkischen Nationalismus und antisemitisches Ideengut vertrat sowie in der NSDAP-Ortsgruppe Berlin-Steglitz aktiv war, ist der Fall wohl eher als ein rein arbeitsrechtlicher Konflikt einzustufen und damit für unsere Analyse nicht relevant.

Die zweite Etappe der Vertreibungen wird durch das Reichsbürgergesetz bestimmt, das zum Paket

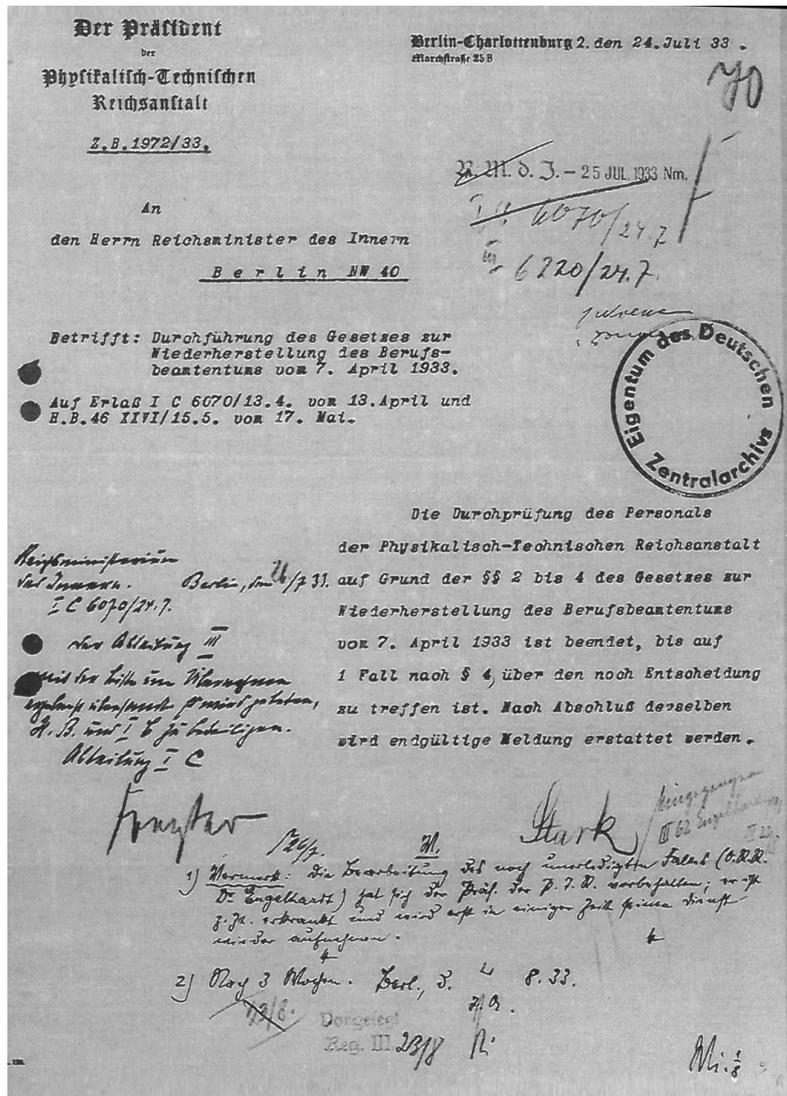


Abbildung 7: Faksimile des Briefes von Stark an das Reichs-Innenministerium vom 24. Juli 1933 über den Abschluss der „Durchprüfung des Personals der PTR“

der infamen Nürnberger Gesetze vom Herbst 1935 gehört und alle Ausnahmeregelungen des BBG aufhob; fortan war für das Beschäftigungsverhältnis allein maßgebend, ob man „Arier“ oder „Nicht-Arier“ war. In der PTR wird nur der Physiker und praktizierende Jude Max Jakob im Oktober 1935 zunächst beurlaubt und dann zum 1. Januar 1936 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Dieser war als sogenannter Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs sowie Alt-Beamter bisher von den Entlassungen des BBG ausgenommen, doch wurden diese mit dem RBG aufgehoben. Wenn Grüttner für die Hochschulen hinsichtlich solcher Fälle einen „sehr viel tieferen Einschnitt“ konstatiert^[49], kann dies für die PTR nicht bestätigt werden. Dort scheint tatsächlich im Sommer 1933 – wie Stark in einem Brief an das Reichs-Innenministerium im Sommer 1933 auch gemeldet hatte^[50] – die Durchprüfung des Personals auf Grundlage der §§ 2–4 des Beamtengesetzes offiziell abgeschlossen worden zu sein. In den Folgejahren gab es nur noch zwei weitere Entlassungen im Sinne des BBG bzw. des ab 1935 gültigen RBG bzw. DBG.

Die eine betraf den Physiker und Vorsteher des Laboratoriums für Photometrie Walter Dziobek, der nach langem hin und her zum 1. Mai 1939 in den Ruhestand versetzt wurde.^[51] Als Frontkämpfer und Altbeamter hatte er im „Windschatten“ dieser Ausnahmeregelungen das Ausfüllen des Fragebogens zunächst zu umgehen und damit auch seinen Status als sogenannter „Jüdischer Mischling“ – er hatte Großeltern mit jüdischem Hintergrund – zu verbergen vermocht. Dabei ist unklar, ob letzteres weitgehend Privat-Geheimnis blieb oder ob er nicht zuletzt wegen seiner fachlichen Kompetenz und den internationalen Beziehungen – so gehörte er seit 1933 als Vertreter der PTR dem *Comité Consultatif de Photometrie* (CCP) des CIPM an – institutionell seitens der PTR gedeckt wurde. Diese Vermutung wird dadurch gestützt, dass Anfang 1933 das Verfahren, Dziobek die Ehrenpromotion der mathematisch-naturwissenschaftliche Abteilung der TH Dresden zu verleihen, abgeschlossen und beim zuständigen Kultusministerium eingereicht war. Aufgrund der Denunziation eines Kollegen aus der PTR, „daß er nichtarischer Abkunft sei und infolgedessen seinen Dienst in der PTR nicht weiter versehen würde“, kassierte das Ministerium aber den Vorschlag, so dass die Ernennung ausblieb.^[52] Dziobek erfuhr dies durch einen Brief seines Dresdener Kollege R. Reuther, der auch der Initiator der Ehrung gewesen war. Dieser teilte ihm im August 1933 mit: „Unser Senat hat beschlossen in Anbetracht der politischen Lage die bereits beschlossene Ehrenpromotion bis auf weiteres nicht auszusprechen, Die Beschlüsse bleiben bestehen, aber treten erst an die Öffentlichkeit, wenn es Rektor und Senat für opportun erachten. Im gewissen Sinne sind Sie daher Gehei-

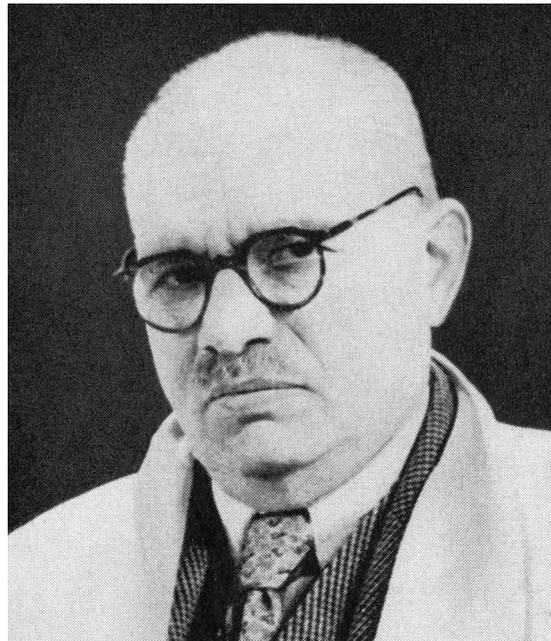


Abbildung 8:
Walter Dziobek
(1888–1957),
um 1950

mer Ehrendoktor oder Dr. ing h.c. designates.“^[53] Ähnliches geschah an der TH Berlin-Charlottenburg, wo man Dziobek zum Sommersemester 1933 den Lehrauftrag entzog.^[54] Hinzu kommt, dass Dziobek sich in seiner Not auch einigen Kollegen anvertraut hatte.^[55] Es ist deshalb davon auszugehen, dass Dziobeks nicht-arische Herkunft an der Reichsanstalt bekannt oder zumindest ein offenes Geheimnis gewesen war. Als sich in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahren der Verfolgungsdruck der NS-Behörden auf „Jüdische Mischlinge“ verstärkte, ließ sich Dziobek „nicht-arische Herkunft“ jedoch nicht mehr „tolerieren“. Dziobek wurde schließlich im Sommer 1937 „durch den PTR-Präsidenten persönlich aufgegeben, den Nachweis arischer Abstammung zu führen“.^[56] Diesen konnte er nicht erbringen – vielmehr machten ihn seine zwei nicht-arischen Großeltern im Sinne des RBG zum Mischling I. Grades, was sein Ausscheiden aus dem Staatsdienst unumgänglich machte. Zwar hat er noch mit allen nur möglichen juristischen Mitteln und einer Begutachtung durch die Reichsstelle für Sippenforschung versucht, eine Rückstufung zum Mischling II. Grades zu erwirken und damit die anstehende Entlassung zu verhindern, doch blieben diese Versuche sämtlich erfolglos; selbst sein Abteilungsdirektor Ernst Gehrcke hatte sich in einem längeren Brief an das Wissenschafts-Ministerium für eine Ausnahmeregel mit der Begründung eingesetzt, dass Dziobek keinerlei „jüdische Charakterzüge“ zeige.^[57] Dies alles konnte aber seine Entlassung nur hinausschieben, wodurch Dziobek nicht zu den Bedingungen des BBG entlassen wurde, sondern nach denen des neuen Deutschen Beamtengesetzes von 1937. Neben günstigeren Ruhestandsbezügen war dies auch mit einer geringeren öffentlichen

Name	Lebensdaten	Religion	Status	
Bein, Willy	2.4.1869 Berlin - 17.11.1943 Berlin	evangelisch	Physikochemiker ORR	
Bobsin, Erich	25.8.1903 Metz - 1992 Berlin	evangelisch	Ingenieur Techn. Angestellter	
Dziobek, Walter	13.3.1888 Berlin - 17.11.1957 Freiburg	evangelisch	Physiker ORR	
Engelhardt, Victor	4.8.1891 Wien - 1964 Düsseldorf	evangelisch	Physiker ORR	
Jakob, Max	20.7.1879 Ludwigshafen - 4.1.1955 Chicago	jüdisch	Physiker ORR	
Koch, Karl Michael	22.12.1893 Wien – 13.4.1978 Wien	römisch- katholisch	Physiker Stipendiat DFG	
Lange, Walter	12.11.1887 Merseburg	evangelisch	Techniker Techn. Angestellter	
Reichenheim Otto	15.2.1882 Berlin 22.8.1950 London	evangelisch	Physiker Langjähriger Gast In Abtlg. IV (Optik)	
Schocken, Klaus	24.4.1905 Berlin - 13.10.1997 Holyoke	evangelisch	Physiker Jungakademiker Stipendium	
Schweitzer, Kurt	27.6.1886 Berlin- 18.7.1973 Hove/England	evangelisch	Jurist / Justiziar RR	
Steinhagen, Richard	4.11.1883 Berlin – 27.9.1938 Berlin	evangelisch	Technischer Oberinspektor	
Wolfsohn, Günther	31.3.1901 Elberfeld 13.4.1948 Jerusalem	jüdisch	Physiker Stipendiat DFG	

Grenz- /unklare Fälle

Name	Lebensdaten	Religion	Status	
Weber, Anton	21.5.1895 Berlin	evangelisch	Physiker Wiss. Hilfsarbeiter	
Kiel, Max	unbekannt	unbekannt	Verwaltungsamtman	
Pfankuche, Ernst	unbekannt	unbekannt	Regierungsinspektor	

Stigmatisierung verknüpft und es ermöglichte, ihn „wegen Dienstunfähigkeit“ zu entlassen. Dies half Dziobek in der Industrie recht schnell wieder eine neue Anstellung zu finden, da ein solcher Entlassungsgrund ihn bei „den stets nationalsozialistisch eingestellten Personalstellen gegenüber tarnte“.^[58]

Der letzte Fall einer antisemitisch motivierten Entlassung an der PTR betraf ebenfalls einen sogenannten „jüdischen Mischling“. Den aus Wien stammenden Physiker Karl Martin Koch, der im

April 1942 auf Empfehlung Max von Laues als DFG-Stipendiat im Tieftemperaturlaboratorium der PTR angestellt worden war. Vorsteher des Laboratoriums war Eduard Justi, ein Vertrauter Laues, und beide werden wohl Kochs Problem gekannt haben. Auf jeden Fall fand Kochs PTR-Tätigkeit bereits nach wenigen Wochen ein abruptes Ende. Eine Denunziation hatte zu einer Anfrage der Gestapo beim Rassenamt in Wien, seiner Heimatstadt, geführt, die Kochs Angabe,

	Eintritt PTR	Ruhestand Entlassung	Grund	Emigration
	1894 (1923)	1.4.1934 Beurlaubung: Dezember 1933	BBG §6 /§3	
	1925	1.7.1933 Beurlaubung: März 1933	BBG §4 Druck Betriebszelle	
	1913 (1923)	1.5.1939 Beurlaubung: 21.12.1938 RBG (nicht-arisch)	RBG/DBG (nicht-arisch)	
	1918	28.9. 1933 Beurlaubung:19.8.1933	BBG §4	
	1910	1.1.1936 Beurlaubung: 14.11.1935	BBG §3	USA
	April 1942	Juni 1942	RBG (nicht arisch)	
	1910	1.12.1933 Beurlaubung: Juli 1933	BBG § 4	
	1906	Anfang April 1933 Druck Betriebszelle	BBG §3	England
	April 1932	Anfang April 1933 Druck Betriebszelle	BBG §3	USA
	1930	1.6.1934 Beurlaubung: Anfang April 1933	BBG §6 /§3	England
	1903	1.11.1933	BBG §4	
	1932	Anfang April 1933 Druck Betriebszelle	BBG §3	Palästina

Tabelle 1:
Die auf Grund des
Berufsbeamtengesetzes entlassenen
PTR-Mitarbeiter

	Eintritt PTR	Ruhestand Entlassung	Grund
	1925	1.7.1934	BBG §6
	1932	1939	Freimaurer
	1934	1937	Freimaurer

Mischling II. Grades (ein jüdischer Großelternanteil) zu sein, nicht bestätigen wollte. Vielmehr wurde er in Wien als Mischling ersten Grades geführt, was die sofortige Beendigung seiner Tätigkeit an der Reichsanstalt nach sich zog. Zwingend war die Entlassung Kochs eigentlich nicht, denn es gab einen Bescheid des REM vom April 1940, das im Bereich der Hochschulen aus kriegsbedingten Personal-mangel vermieden werden sollte, „mischblütig versippte Hochschulangehörige“ zu entlas-

sen^[59], doch anwenden wollte man den Bescheid an der Reichsanstalt offenbar nicht. Laues sarkastische Bemerkung gegenüber Meissner, „die Reichsanstalt hat den Dr. K. M. Koch Knall auf Fall entlassen ... die Auffassungen, ob er als Jude zu rechnen ist, oder nicht, sind verschieden“^[60], könnte sich auch auf diesen Bescheid beziehen, der den Universitäts-Professoren Laue und Meissner sicher bekannt war. Mit ihrer tatkräftigen Hilfe konnte Koch dann zeitnah eine neue Anstellung in

der Industrie finden, wo er das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erlebte.^[61]

Von den insgesamt zwölf entlassenen PTR-Mitarbeitern wurde die Majorität von neun Kollegen aufgrund §3 (Nicht-Arier) des Berufsbeamtengesetzes oder nach 1935 wegen des Reichsbürgergesetzes entlassen (siehe Tabelle 1). Im Falle des Juristen Kurt Schweitzer und auch bei Willy Bein von der Abteilung I (Maß und Gewicht) wird zwar als Grund für die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand der §6 (Vereinfachung der Verwaltung) angegeben, auch war Bein durch Stark genötigt worden, selbst ein Gesuch zur vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand zu stellen (§5 / nachgesuchter Ruhestand)^[62], doch offiziell wurde er dann doch aufgrund von § 6 entlassen, aber letztlich war es der §3, d. h. die nicht-arische Herkunft, der für die Entlassung maßgebend war. Die Anwendung des §6 muss als bürokratische Formalität bzw. ein verwaltungstechnischer Schachzug gewertet werden; vielleicht auch als Geste an den Entlassenen, da die Pensionsbedingungen des §6 besser als die von §3 waren.

Aufgrund des §4 (politische Unzuverlässigkeit) wurden im Laufe des Jahres 1933 vier PTR-Mitarbeiter in den vorzeitigen Ruhestand entlassen. Im Einzelnen sind dies die drei Technischen Angestellten E. Bobsin, W. Lange und R. Steinhagen sowie der Oberregierungsrat und Laborvorsteher Victor Engelhardt, dessen aktive SPD-Mitgliedschaft und namentlich die engen Beziehungen zu Carl Severing, dem Intimfeind von Joseph Goebbels, zum Entlassungsgrund wurden; auch warf man ihm seine intensive publizistische Tätigkeit im Sinne linker Volksaufklärung vor. Alle vier sind im Sommer bzw. Herbst 1933 entlassen worden; Engelhardt erst nach einem Einspruch, der abschlägig beantwortet wurde.

Der §2 des BBG, der für sogenannte „Partei-buch-Beamte“ galt, die in der Zeit der Weimarer Republik ihre Stellung wegen ihrer parteipolitischen Bindung erhalten hatten, jedoch keine adäquate Ausbildung nachweisen konnten, fand im Übrigen in der Reichsanstalt keine Anwendung; wie es dort offenbar auch keine Mitglieder der Kommunistischen Partei oder Mitarbeiter gab, die sich „im marxistischen Sinne“ betätigt hatten (Grenzfälle waren W. Lange und R. Steinhagen), die mit dem zweiten Änderungsgesetz vom 20. Juli 1933 ebenfalls durch den §2 zu sanktionieren waren.

Weitere Formen politischer Repression

Im Übrigen wurden Mitarbeiter der Reichsanstalt nicht nur durch das BBG oder RBG zu „Un-Personen“. Zum Konflikt mit der nationalsozialistischen Macht konnte es auch in anderen gesellschaftspolitischen Zusammenhängen kommen. Beispiels-

weise wurde Georg Langbein, seit 1923 Mitarbeiter der Abteilung I und dort Vorsteher des Laboratoriums Längenmaße, im Sommer 1933 von der Berliner Gauleitung der NSDAP angeschwärzt, dass seine Aktivitäten in der evangelischen Kirche ihn als Beamten untragbar machen würden. In einem denunziatorischen Brief der Gauleitung an Johannes Stark wurde deshalb seine Entlassung aus dem Staatsdienst gefordert.^[63] Konkret ging es darum, dass es auf der Provinzialsynode der Preussischen Kirchenprovinz Mark Brandenburg, die am 24. August in Berlin getagt hatte, zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den „Deutschen Christen“ und der oppositionellen Gruppe von „Evangelium und Kirche“ gekommen war. Im Mittelpunkt standen dabei Diskussionen, ob das für den Staatsdienst geltende BBG mit seinem Arierparagrafen auch zur Grundlage eines Kirchengesetzes werden und damit ebenfalls für Pfarrer, Kirchen- und Kirchengemeindebeamte sowie kirchliche Angestellte gelten sollte.^[64] Langbein hat sich offenbar an den „lauten, aber wirkungslosen Protest der kleinen kirchlichen Opposition“ aktiv beteiligt und gegen die Auffassung der Deutschen Christen und ihrer entsprechenden Anträge opponiert. Auch wenn aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Synode – nach den Kirchenwahlen vom Juli 1933 verfügten die Deutschen Christen dort über eine deutliche Mehrheit^[65] – die Beschlusslage eindeutig war, wurde Langbeins Verhalten registriert und führte zum oben erwähnten denunziatorischen Brief der Berliner Gauleitung. Langbein war im Übrigen nicht der einzige Synodale, den die Berliner Gauleitung der NSDAP denunziert hatte. Auch Hans Lietzmann, der als Professor für Kirchengeschichte an der Berliner Universität und Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften über eine gewisse Prominenz verfügte, wurde damals ebenfalls von den Nazi-Aktivisten diffamiert und als politisch „untragbar“ diskreditiert, insbesondere in seiner Position als Universitätsprofessor.^[66] Weder für Lietzmann, noch für Langbein hatte die Denunziation allerdings erkennbare Konsequenzen. So sah Präsident Stark im Verhalten von Langbein keineswegs ein gravierendes Defizit an Loyalität und nationalsozialistischer Gesinnung, sondern lediglich einen „Mangel des Urteils“, der „aus seiner kirchlich-dogmatischen Erziehung zu verstehen sei.“^[67] Auch als die Gauleitung nicht bereit war, eine solche Deutung von Langbeins Verhalten zu akzeptieren und auf seine Entlassung drängte, beharrte Stark auf seiner Auffassung. Langbein blieb so bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1944 Mitarbeiter der Reichsanstalt.^[68]

Im Übrigen sollte Starks Reaktion nicht vor-schnell als eine Form von Opposition gegenüber der NS-Vertreibungs- und Rassenpolitik oder gar als politischer Widerstand gewertet werden. Nicht nur zeigte sich Stark in seinem sonstigen Verhalten

grundsätzlich politisch konform zum Nationalsozialismus und seinen Maßnahmen, ja man muss ihn sogar als politischen NS-Aktivisten charakterisieren, der vor allem niemals von seiner glühenden Hitler-Verehrung und seinem rigiden Antisemitismus abgerückt ist – obwohl er 1947 seine Frau mit Aplomb und im Streit mit den örtlichen Parteifunktionären des bayrischen Heimatgaus, die man für korrupt hielt, aus der NSDAP ausgetreten war und Stark* sich diesen Schritt für die Zeit nach dem Krieg vorbehielt.^[69] Autokrat der er war, wollte er sich gerade von subalternen Parteifunktionären nicht sagen lassen, wen er in seinem Verantwortungsbereich zu entlassen habe oder nicht. Hinzu kam, dass Langbeins Verhalten – wie auch Stark argumentiert – als Teil eines innerkirchlichen Streits zu deuten ist und nicht zwingend als Gegenstand politischen Widerstands.

Das nationalsozialistische Regime reagierte aber nicht nur im sogenannten protestantischen Kirchenkampf repressiv. Anhänger bzw. Mitglieder von Freimaurerlogen rückten nach 1935 verstärkt ins Visier nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen, die die berufliche Entlassung oder gar Inhaftierung einschlossen. Der politische Hintergrund solcher Repression war die Unterstellung, dass Freimaurer Teil einer jüdischen Weltverschwörung seien und sie zusammen mit dieser für die jüngsten ökonomischen Krisen und sogar für die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg verantwortlich gemacht wurden. In seiner Programmschrift „Mein Kampf“ hatte Hitler bereits festgestellt: „Der Jude kämpft mit aller ihm eigenen Zähigkeit für die religiöse Toleranz – und hat in der ihm vollständig verfallenen Freimaurerei ein vorzügliches Instrument zur Verfechtung wie aber auch zur Durchschiebung seiner Ziele“^[70] und Jahre später verkündete er: „Wir, oder die Freimaurer, oder die Kirche – es ist nur Platz für einen der Drei und nicht mehr. Wir sind von den Dreien die stärksten und werden uns der beiden anderen entledigen.“^[71] Konnte man die Kirchen wegen ihres Volkscharakters schlecht verbieten, zumal ihre „Entledigung“ nicht eine Sache des Moments gewesen wäre, sondern Zeit gekostet hätte, wurden im Dritten Reich die Freimaurerlogen und ihre Mitglieder sehr schnell zum Opfer nationalsozialistischer Ausplünderungen, Exzessen und Einschüchterungen. Dies führte zu einem massiven Mitgliederschwund und zur Auflösung zahlreicher Logen in den ersten Jahren des Dritten Reiches. 1934 wurde in der NS-Führung sogar darüber nachgedacht, die Freimaurerlogen zu verbieten. So stellte Reichs-Innenminister W. Frick 1934 fest: „Es ist unangebracht, eine geheime Gesellschaft mit dunklen Zielen im Dritten Reich weiter existieren zu lassen. Und so ist es höchste Zeit, dass die Freimaurerlogen in Deutschland genauso verschwinden, wie sie das in Italien getan

haben.“^[72] Dem folgte im Mai 1935 die Verordnung, dass Freimaurern der Dienst in staatlichen Behörden und in der Wehrmacht untersagt wurde.

Dementsprechend wurde mit Erlass vom 20. August 1935 auch die Reichsanstalt durch das Reichs-Wissenschaftsministerium angewiesen, „die Zugehörigkeit von Beamten zu Freimaurerlogen, anderen Logen oder logenähnlichen Organisationen und deren Ersatzorganisationen“ systematisch zu erfassen. Am 1. Oktober 1935 teilte Präsident Stark das Ergebnis der Erfassung dem Ministerium mit.^[73] Demnach seien vier PTR-Mitarbeiter Logenmitglieder gewesen, doch alle vier waren spätestens 1933 freiwillig ausgetreten oder ausgeschlossen worden. Dabei handelt sich um den

- Verwaltungsamtmann Max Kiel,
- Regierungsoberinspektor Ernst Pfankuchem,
- Regierungsoberinspektor Ernst Wilke,
- Oberregierungsrat Dr. August Wetthauer.

Aus einem Brief des Leiters der Abteilung Wissenschaft des Reichs-Wissenschaftsministeriums vom 11. Juni 1937 an den Präsidenten der PTR lässt sich entnehmen, dass es für diese Mitarbeiter – „mit Zustimmung des Stellvertreters des Führers“ – „in dieser Sache“ keine gravierenden Konsequenzen in Gestalt einer Entlassung oder anderer Disziplinarmaßnahmen gegeben habe. Es wurde lediglich verfügt, dass Max Kiel „Personalangelegenheiten nicht selbständig und entscheidend bearbeitet“ und Pfankuchem die Beschäftigung mit Personalsachen gänzlich verwehrt werden sollte.^[74] Hinweise in anderen Dokumenten und persönliche Erinnerungen machen jedoch deutlich, dass es wohl zu innerbehördlichen Anfeindungen und auch zu Verzögerungen oder gar zur dilatorischen Behandlung anstehender Beförderungen gekommen ist. So durfte der Physiker August Wetthauer, der wohl prominenteste PTR-Mitarbeiter dieses Quartetts, als ehemaliger Freimaurer bestimmte Räume der PTR nicht mehr betreten, auch fühlte er sich Verdächtigungen ausgesetzt^[75]; durch Recherchen des Autors und im Rahmen der Magisterarbeit von Gloria Mana konnten diese Angaben aber nicht konkretisiert oder gar ergänzt werden. Nicht zuletzt wegen seiner kriegswichtigen Forschungen zu Nachtsichtgeräten und der Entwicklung anderen optischen Kriegsgeräts hat Wetthauer seine Tätigkeit bis zum Kriegsende fortsetzen können, teilweise in hohen und sicherheitsrelevanten Positionen wie dem der Inspektion und Begutachtung von französischen Rüstungsbetrieben während der deutschen Besetzung Frankreichs.

Allerdings ist bei den anderen ehemaligen Freimaurern auffallend, dass ihre Tätigkeit sämtlich in den späten dreißiger Jahren endet, was Vermutungen stützt, dass es innerbetriebliche Spannungen

* Brief J. Stark an Ph. Lenard, Traunstein, 26.12.1942.

oder gar ideologisch motivierte Diskriminierungen gab, die zur vermeintlich freiwilligen Beendigung ihrer Tätigkeit an der PTR geführt haben könnten. Deshalb werden die Fälle von M. Kiel, Ernst Pfankuchem und Ernst Wilke – alle im Übrigen keine Wissenschaftler, sondern in der Verwaltung tätig – als „Grenzfälle“ in Tabelle 1 geführt und finden jedoch wegen der ungeklärten Ursache ihres Ausscheidens aus der PTR in den nachfolgenden Analysen keine Berücksichtigung.

Befunde/Ergebnisse

Unser Forschungsprojekt konnte zwar weitere vertriebene PTR-Mitarbeiter identifizieren, doch hat sich an der Feststellung von Ulrich Kern aus dem Jahre 1994 im Grundsatz nichts geändert: „verblüffend wenig Mitarbeiter fielen in den Anwendungsbereich des Berufsbeamtengesetzes“.^[76] Auch die nunmehr 12 entlassenen Mitarbeiter – gegenüber den zwei (Engelhardt und Jakob) bei Kern – sind immer noch ein relativ kleiner Personenkreis, der an der Reichsanstalt Opfer von rassistisch oder politisch motivierter Vertreibung während des Dritten Reiches wurde. Klein ist diese Gruppe nicht nur in Bezug auf die Mitarbeiterzahl der Reichsanstalt. Letztere lag damals bei knapp 400 Mitarbeitern, davon etwa ein Drittel Wissenschaftler und knapp die Hälfte Technische Angestellte (Techniker und Ingenieure) sowie etwa 60 Verwaltungsangestellte.^[77] Bei der Berechnung der prozentualen Anteile der entlassenen PTR-Mitarbeiter ergibt sich das Problem, wozu man diese in Beziehung zu setzen hat: zum gesamten Personalbestand der PTR, d. h. inklusive der Verwaltung und anderer nicht-wissenschaftlicher Hilfskräfte, oder nur auf die Teilgruppen der Wissenschaftler bzw. der Wissenschaftler und Techniker. Dies ist insofern von Bedeutung, als bei den Berechnungen zu den vertriebenen universitären Lehrkräften (bei Grüttner, aber auch in älteren Untersuchungen) die Gesamtzahl des Lehrkörpers, aber nicht der Personalstand der Hochschule insgesamt die Referenzgröße ist; bei der KWG (insbesondere bei Schüring) wird ähnlich verfahren, obwohl hier in Einzelfällen auch Sekretärinnen, Gärtner, Laborantinnen und anderes Dienstpersonal Berücksichtigung fanden, wird in der Regel aber auch hier nicht der gesamte Personalbestand als Bezugsgröße angesetzt. Um diesbezüglich den Bezugsrahmen zu vereinheitlichen und damit einen realistischen Vergleich zu ermöglichen, werden wir so vorgehen, dass wir hinsichtlich der Zahl der PTR-Mitarbeiter vom Personalstand für die relevanten Jahre 1933, 1934 und 1935 den Mittelwert bilden und dabei aber nur Wissenschaftler (133) und Technische Mitarbeiter (194) berücksichtigen. Damit ergeben sich folgende Werte:

- Personalstand insgesamt: 384 Mitarbeiter

- davon Wissenschaftler: 133, Techniker: 194, Verwaltung: ca. 60
- Vertriebene Wissenschaftler (5) sowie Stipendiaten (3) und Gäste (1): 9
- Vertriebene Technische Angestellte (3)

Danach wurden

- von 133 Wissenschaftlern 9 entlassen, d. h. 4,5 %
- von 194 Technischen Angestellten (Ingenieure & Techniker) 3 entlassen, d. h. 1,6 %
- von 327 Wissenschaftlern und Technischen Angestellten 12 entlassen, d. h. 3,7 %

Als Index für die Vertreibungsgrad, der auch beim nachfolgenden Vergleich mit den anderen deutschen Wissenschaftsinstitutionen, insbesondere die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Universitäten, die Bezugsgröße ist, werden wir 3,7 % verwenden.

Vergleiche

Bevor wir den Grad der Vertreibungen an der PTR mit anderen deutschen Wissenschaftsinstitutionen vergleichen, soll daran erinnert werden, dass das BBG nicht nur und nicht einmal vornehmlich den Bereich der wissenschaftlich-technischen Institutionen betraf, sondern den staatliche Behörden insgesamt galt. Neben den Hochschulen und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen als die wichtigsten Säulen der deutschen Wissenschaft, kam das BBG nicht zuletzt im Bildungsbereich, d. h. in den Schulen zur Anwendung und natürlich auch in staatlichen Verwaltungseinrichtungen. Mehr noch als im Wissenschaftsbereich führte es dort vielfach zu Massenentlassungen ganz anderen Ausmaßes als in dem bei uns im Fokus stehenden akademischen Einrichtungen. So wurden in Berlin allein an den etwa 150 sogenannten höheren Schulen, den Gymnasien, Lyzeen und Oberrealschulen, 415 Lehrkräfte entlassen^[78]; an einzelnen Schulen, wie der reformpädagogischen Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln mussten allein 30 festangestellte Lehrkräfte aufgrund des BBG die Schule verlassen, was einem Anteil von über 50 % entspricht und zum weitgehenden Austausch des alten Kollegiums führte.^[79] Ebenfalls exorbitant waren die Entlassungen in einigen staatlichen Behörden, wo das BBG vor allem dazu diente, missliebige Beamte abzusetzen und durch staats-treue und NS-nahe Mitarbeiter zu ersetzen. Solche Maßnahmen dienten vor allem der Stabilisierung des NS-Regimes und der Disziplinierung der Staatsdiener. Beispielsweise wurden im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, wozu die Physikalisch Technische Reichsanstalt, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sowie alle deutschen Hoch-

Tabelle 2: Entlassungen in ausgewählten Institutionen

Institution	Entlassene	Mitarbeiterzahl	Anteil der Entlassenen in %
PTR	12	327	3,7 %
Universitäten insgesamt	1199 ¹	6140 ¹	20,5 % ¹
Universität Berlin	279 ¹	7897 ¹	36,3 % ¹
Universität Tübingen	12 ¹	200 ¹	6 %
Kaiser Wilhelm-Gesellschaft	126 ²	1061 ²	11 %
KWI Phys. Chemie	29 ³	49 ²	59,1 %
Material Prüfungsamt Berlin-Lichterfelde	4 ⁴	< 300 ⁴	etwa 1,3 %
Deutsche Physikalische Gesellschaft	112 ⁵	2110 ⁵	5,3 %
Reichsministerium für Wissenschaft ... (REM)	44 ⁶	284 ⁶	15,5 %
Höhere Schulen Berlin	415 ⁹	ca. 10000	4-5 %
Karl-Marx-Schule Berlin-Neukölln	29 ⁹	64 ⁹	ca. 50 %
Reichs-Wirtschaftsministerium	15 ⁷	< 5000 ⁷	unter 1 %
Auswärtiges Amt	< 12 ⁸	unbekannt	unbekannt
Reichs-Finanzministerium	1732 ¹⁰	75509 ¹⁰	2,3 %
Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung	3160 ¹⁰	10752 ¹⁰	29,4 %

In der vorliegenden Tabelle können nur die absoluten Zahlen der Entlassenen als hinreichend gesichert gelten; die Gesamt-Mitarbeiterzahl der jeweiligen Institutionen ist oft geschätzt oder auf der Grundlage unsicherer Quellen ermittelt, manchmal bezeichnet sie auch nur Teilgruppen: wie den Lehrkörper der Universitäten, Wissenschaftler und Techniker o.ä., d. h. ohne Hilfspersonal wie Sekretär*innen, Gärtner, Boten o.ä.m.

Quellen:

- [1] Grüttner 2023, S.12;
- [2] Rürup/Schüring 2008, S 70;
- [3] Steinhauser et al 2010, S.9, 107;
- [4] Stöcken 2024;
- [5] Wolff 2007, S. 572-577;
- [6] Nagel 2012, S. 53f;

- [7] Fisch 2016, S. 31-41;
- [8] Conze et al 2010, S. 51-55;
- [9] Bergemann/Ladwig 2016, S. 423-427;
- [10] Grottkopp 1992, S. 283f;

schulen und Universitäten, aber auch der gesamte Bereich der Volksbildung gehörten insgesamt 7054 Beamte in den Ruhestand geschickt, was einen prozentualen Anteil von 5,6% am gesamten Personalbestand des REM (125069 Beamte) entspricht; für das Ministerium selbst (ohne die verbeamteten Hochschullehrer oder anderen Lehrkräften ist die Quote der Entlassenen allerdings sehr viel höher und liegt bei ca. 15% ^[80]. Einen Spitzenplatz nimmt bei solchen Statistiken wohl die Zahl der Entlassenen an der dem Arbeitsministerium nachgeordneten Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit 3120 Entlassenen ein; bei einem Personalstand von 10752 Beamten bedeutet das einem Austausch von fast einem Drittel der Beamtenschaft, was sich - nach Hachtmann ^[81] – damit erklärt, dass Mitarbeiter der lokalen Arbeitsämter und Krankenkassen stark sozialde-

mokratisch geprägt gewesen waren. ^[82]

Kehren wir aber zum akademischen Bereich zurück. Für die deutschen Universitäten gibt Michael Grüttner, der wohl profundeste Kenner der Materie und mit den wohl präzisesten statistischen Angaben zu den Entlassungen an deutschen Universitäten im Rahmen des BBG und RBG ^[83], eine Entlassungsquote von 20,5 % an – bei einem Lehrkörper von 6140 Privatdozenten, Professoren, Lehrbeauftragten und Lektoren waren das 1199 Lehrkräfte. Die Werte für die einzelnen Universitäten changieren von 37 % bzw. 36,3 % bei den Universitäten Frankfurt a. M. und Berlin bis zu den „Schlusslichtern“ der Liste, die Universitäten Würzburg (13/8,6 %), Erlangen (9/7,4 %) und Tübingen (12/6,0 %). ^[84]

Für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als damals größte außeruniversitäre Forschungseinrichtung

in Deutschland wurden durch Michael Schüring folgende Werte erhoben:

Von 1061 KWG-Mitarbeitern sind aufgrund des BBG 126 Mitarbeiter entlassen worden, was eine Entlassungsquote von 11 % ergibt. Auch hier gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Instituten der Gesellschaft. 1933/34 wurden 29 Mitarbeiter des KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie entlassen^[85], was einen Verlust von mehr als 50 % seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter bedeutete. Damit war das Institut in der KWG von den Entlassungen am härtesten getroffen und geriet in eine Existenzkrise, was im Übrigen auf die gesamte KWG ausstrahlte. Das KWI verlor praktisch seinen Wissenschaftlerstamm, was im Übrigen dazu beitrug, dass es sich unter seinem neuen Direktor Peter Adolf Thiessen als nationalsozialistisches Muster-Institut neu profilieren konnte.^[86] Demgegenüber gab es jedoch bei der Hälfte der Kaiser-Wilhelm-Institute keine oder nur vereinzelte Entlassungen im Rahmen des BBG oder RBG.^[87] Bemerkenswert ist, dass im Falle der KWG diese Entlassungen vor allem „Nicht-Arier“ betrafen und die Anwendung der §§ 4 und 6 eher Ausnahmen waren^[88]; bei der PTR war die Situation vielmehr umgekehrt.

Um noch einen anderen Bereich, die wissenschaftlichen Gesellschaften, anzusprechen, sei beispielhaft auf die Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG) hingewiesen. Es gab zwar in der DPG keinen expliziten Ausschluss mittels Anwendung des BBG, doch kam es zwischen 1933 und 1939 zu 112 Austritten (bei einem Mitgliederbestand von ca. 2110 Mitgliedern), die nachweislich (oder potenzielle) Opfer von „rassistischer“ oder politischer Diskriminierung waren^[89]. Darunter Max Jakob, Otto Reichenheim, Klaus Schocken und Günther Wolfsohn, die auch in unserem Beitrag erwähnt sind.^[90]

Last but not least soll noch das Staatliche Materialprüfungsamt (MPA) in Berlin-Lichterfelde Erwähnung finden, war sie doch eine Art Schwesterinstitution der PTR^[91], die hinsichtlich Struktur und Geschichte neben der KWG wohl die meisten Vergleichsmöglichkeiten eröffnen könnte. Allerdings liegen hierfür keine verlässlichen Zahlen vor, denn im bisherigen Standardwerk zur Institutionengeschichte von Walter Ruske wird um das BBG ein großer Bogen gemacht, und man kann dort nicht einmal eine Erwähnung identifizieren.^[92] Auch das aktuelle Projekt zur Geschichte des MPA, Teil des Megaprojekts zur Ressortforschung im Nationalsozialismus, konnte nur „eine Handvoll entlassener Mitarbeiter“ nachweisen^[93], wahrscheinlich sind es 4^[94], d. h. nochmal sehr viel weniger als die schon bemerkenswert geringe Anzahl von 12 entlassenen Mitarbeitern der PTR (bei etwa 25 % weniger Gesamt-Personalstand der MPA).

Mit der relativ kleinen Fallzahl von 12 vertriebenen Mitarbeitern der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt lassen sich natürlich keine tiefergehenden statistischen Analysen durchführen, doch sehr wohl und anknüpfend an die obigen Darlegungen einige systematische Betrachtungen anstellen:

- Von den 12 Mitarbeitern, die wir identifizieren konnten, verfügten 9 über einen Hochschulabschluss, in der Regel wurden sie in Physik oder Chemie promoviert, einer war Jurist. Wissenschaftler stellen damit die Majorität der Gruppe, jedoch in unterschiedlichen Anstellungsverhältnissen und Karrierestufen: 5 waren Beamte mit dem Status eines Regierungs- oder Oberregierungsrats, 3 standen als Stipendiaten, d. h. in einem befristeten Angestellten- oder gar Qualifizierungsverhältnis; einen kann man als permanenten Gastwissenschaftler charakterisieren, dem die Reichsanstalt sogar ein eigenes Laboratorium zur Verfügung stellte und der mit Ernst Gehrcke, seit 1926 Direktor der Abteilung 4 (Optik), lange Zeit sehr erfolgreich (1906/07 gemeinsame Entdeckung der Anoden-Strahlen) zusammen gearbeitet hatte; später dann – wie bereits anfangs erwähnt – auch mit dessen Mitarbeiter Ernst Lau. Das restliche Viertel bilden 2 Technische Angestellte und ein Technischer Oberinspektor, über deren beruflichen Ausbildungsweg wir wenig wissen – wahrscheinlich hatten sie eine Ingenieurs- oder Techniker Ausbildung durchlaufen. Ohnehin lässt sich fast nichts Konkretes über die Mitarbeiter und vor allem auch Mitarbeiterinnen der Verwaltung sagen, die Sekretärinnen, Dienstboten und dem anderen Dienst- und Hilfspersonal, die in diesem Bereich die Majorität ausmachen^[95], jedoch in den Listen der entlassenen Mitarbeiter nicht erscheinen. In welchem Maße dieser Mitarbeiterkreis der Reichsanstalt von den Entlassungen im Rahmen des BBG betroffen war, wird sich jedoch kaum mehr ermitteln lassen – im Rahmen unserer Forschungen sind wir auf keinen einzigen Fall gestoßen.

Ebenfalls stehen Fragen im Raum, ob es bereits im Bewerbungs- und Einstellungsprozess „antisemitische Filter“ gegeben hat, und in welchem Maß diese gewirkt und vielleicht schon per se den Anteil jüdischer Mitarbeiter minimiert haben. Auch hing der PTR der Ruf an, in ihrem wissenschaftlichen Habitus eine konservative Institution zu sein. So stammt von Friedrich Paschen die sarkastische Aussage, dass „die Herren aus der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt keine Physiker sind; sie machen Aufgaben aus dem

Großen Kohlrausch [ein damals gängiges Physik-Lehrbuch bzw. Handbuch], dies allerdings mit höchster Präzision.^[96] Damit stellt sich die Frage, in welchem Maße ein solch konservatives wissenschaftliches Selbstverständnis auch für das gesellschaftliche Verhalten prägend war. Auf jeden Fall war man Beamter eines hochrangigen und wissenschaftlich renommierten Staatsinstituts, was gerade auch in der Zeit des Nationalsozialismus bestimmte Verpflichtungen, auch ideelle und habituelle, nach sich zog.

Unter den 9 entlassenen Wissenschaftlern hat keiner eine herausgehobene Leitungsfunktion bekleidet und ihr Mitarbeiterstatus war der eines subalternen Regierungs- oder Oberregierungsrats, eine der üblichen Karrierestationen des „Mittelbaus“ (in heutiger Nomenklatur) und man war bestenfalls Vorsteher eines Laboratoriums. Keiner der Direktoren der vier Abteilungen der Reichsanstalt, deren Berufungen sämtlich in den späten Jahren der Weimarer Republik erfolgt war und die alle bis 1945 im Amt blieben, war von den Entlassungen betroffen oder auch nur bedroht. Friedrich Paschens Situation, der seit 1924 PTR-Präsident war und 1933 das gesetzliche Rentenalter von 68 Jahren erreicht hatte, könnte ein Grenzfall sein, denn ihm wurde zunächst die Weiterführung seiner Tätigkeit über das gesetzliche Rentenalter hinaus verweigert, was unüblich und ein Affront war; auch eine bewusste Verletzung einer ministeriellen Berufungszusage.^[97]

Dies weist auf einen gravierenden Unterschied zu anderen Institutionen hin, insbesondere im Vergleich zu den Hochschulen und vor allem der KWG, wo in hohem Maße auch Führungspersonal, d. h. Institutsdirektoren, Ordinarien etc. von den Entlassungen betroffen waren.

- Die meisten der nach den §§ 3 und 6 entlassenen PTR-Mitarbeiter gehörten nicht oder nicht mehr zum Judentum, sondern waren evangelische Christen oder im Falle von Karl Michael Koch „römisch-katholisch“; dies zumeist schon in der zweiten Generation. Praktizierende Juden waren lediglich zwei PTR-Mitarbeiter: Max Jakob und Günther Wolfsohn.
- Beispiele eines freiwilligen Rückzugs aus dem Beschäftigungsverhältnis oder gar eines Suizids gibt es unter den dokumentierten Fällen nicht – ein Grenzfall ist das Schicksal des Physikers Willy Bein, der im Spätherbst 1933 vom Präsidenten Stark genötigt wurde,

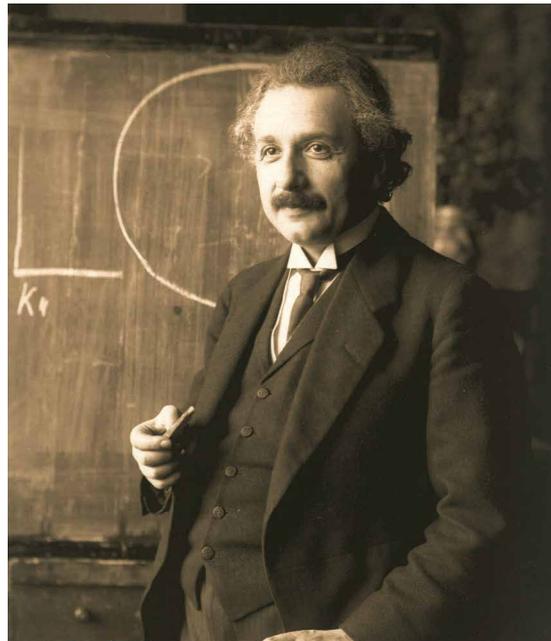


Abbildung 9: Albert Einstein (1879–1955), in den 1920er Jahren in Berlin.

einen Antrag auf seine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand zu stellen (§5, nachgesuchter Ruhestand), obwohl in einem halben Jahr ohnehin seine altersgemäße Versetzung in den Ruhestand anstand; Bein wurde dann schließlich doch nach §3 in den Ruhestand geschickt. Unklar sind die Motive von Starks diesbezüglichem Insistieren – war es rigider Antisemitismus und das Bestreben, die PTR möglichst schnell „judenfrei“ zu machen oder vielleicht „nur“ ein verwaltungstechnisches Kalkül zur Optimierung des Stellenplans der PTR? Tragisch und ungeklärt sind die Umstände des Todes von Bein im Herbst 1943, als die Deportation der Berliner Juden auf Hochtouren lief. Sein Tod (Herzmuskelschwäche) könnte auch Suizid gewesen sein, um sich der anstehenden Deportation ins Ghetto oder Vernichtungslager zu entziehen.

- Von den vertriebenen Mitarbeitern der PTR sind 5, d. h. etwa 40 %^[98], emigriert: jeweils zwei in die USA oder nach England und einer flieht nach Palästina. Das sind sehr wenige, zumindest im Vergleich zur Zahl der Emigranten bei der KWG, die bei etwa 90 %^[99] und auch bei den entlassenen Hochschullehrern bei fast 60 %^[100] liegt. Unklar sind die Gründe für die auffällige Differenz. Sind sie im Zufall der extrem kleinen Probe von nur 12 Personen zu suchen oder ist hier ausschlaggebend, dass deutsche Hochschullehrer, wie auch die KWG-Wissenschaftler, in ihrem wissenschaftlichen Status prominenter und profilierter, damit auf dem internationalen Akademikermarkt konkurrenzfähiger waren?
- Mit 4 Mitarbeitern, d. h. 1/3 (33 %), fallen die

politisch motivierten Entlassungen (§4 BBG, politische Unzuverlässigkeit) deutlich stärker ins Gewicht als bei der KWG und auch bei den Universitäten. Kann man sie im Falle der KWG als Einzelfälle charakterisieren^[101], so unterscheidet sich der Prozentsatz von knapp 20 % bei den Universitäten^[102] ebenfalls noch signifikant von dem der PTR – allerdings ist auch hier die Frage nach der Aussagekraft einer statistischen Probe von nur 12 Personen zu stellen.

Eindeutige Gegner des Nationalsozialismus, die sich auch in der Öffentlichkeit als solche artikuliert haben oder gar zum organisierten Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime gehörten, gibt es unter den Mitarbeitern der PTR ebenso wenig (unter den Entlassenen gehörten nur zwei Mitglieder einer antifaschistischen Partei, der

SPD, an), wie es auch in der Belegschaft keinen wirklichen Widerstand gegen die Entlassungen oder auch nur eine sichtbare Solidarität mit den Entlassenen gegeben hat. Allerdings gab es vereinzelt Interventionen – beispielsweise die schon oben erwähnte des Direktors der Abteilung 4 (Optik), Ernst Gehrcke. Dieser hatte sich bei Präsident Stark, aber auch im Ministerium, nicht nur für Walter Dziobek eingesetzt, sondern während der ersten Entlassungswelle 1933/34 ebenfalls für die Mitarbeiter Victor Engelhardt und Otto Reichenheim seiner Abteilung. Erfolg war ihm in seinen Bemühungen, die Entlassungen zu verhindern, nicht beschieden. Vielmehr wurde ihm sein kollegiales Engagement als Wankelmütigkeit, ja sogar als „eine gewisse Ablehnung“ des Nationalsozialismus angekreidet^[103] und in einem Brief an Philipp Lenard vom Sommer 1938 beschuldigt ihn Stark, „kürzlich hinter meinem Rücken für einen Halbjuden Partei ergriffen“ zu haben.^[104] Bemerkenswert ist dabei, dass Gehrcke alles andere als ein Gegner des Nationalsozialismus war. Obwohl kein Mitglied der NSDAP, hatte er seit den zwanziger Jahren in seinem Kampf gegen Einstein und die Relativitätstheorie durchaus antisemitische Töne angeschlagen und Nazi-Vokabular verwandt; auch lässt sich für viele Jahre eine gewisse Nähe zur antisemitischen „Deutschen Physik“ von Lenard und Stark konstatieren.^[105]

Was den politischen Hintergrund angeht, so lässt sich ein klassisches politisches Verhalten nur bei vier PTR-Mitarbeitern, Erich Bobsin, Victor Engelhardt, Walter Lange und Richard Steinhagen, konstatieren, die auch aufgrund des §4 BBG entlassen wurden; als Mitglieder der SPD waren nur die beiden erstgenannten parteipolitisch aktiv. Engelhardt als mutmaßlicher Protegé von Carl Severing^[106], einem prominenten SPD-Politiker, langjähriges Mitglied des Reichstags und Innenminister in mehreren Kabinetten der Weimarer Republik, sogar exponiert.

Albert Einstein und Max von Laue in ihrem Verhältnis zur Reichsanstalt

Albert Einstein und Max von Laue hatten zwar nicht wie der eben behandelte Mitarbeiterkreis in einem förmlichen arbeitsrechtlichen Verhältnis zur Reichsanstalt gestanden, doch sollte man sie ebenfalls zur Gruppe jener Wissenschaftler rechnen, die während des Dritten Reichs aus der PTR vertrieben wurden, so dass ihr Fall im Folgenden beschrieben werden soll.

Einstein hatte im Übrigen am Vorabend des Ersten Weltkriegs vor der Entscheidung gestanden, Beamter bzw. „Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ der PTR zu werden. Emil Warburg, Präsident der Reichsanstalt von 1905 bis 1922 und Förderer des jungen Einstein, hatte diesem 1912 die Position

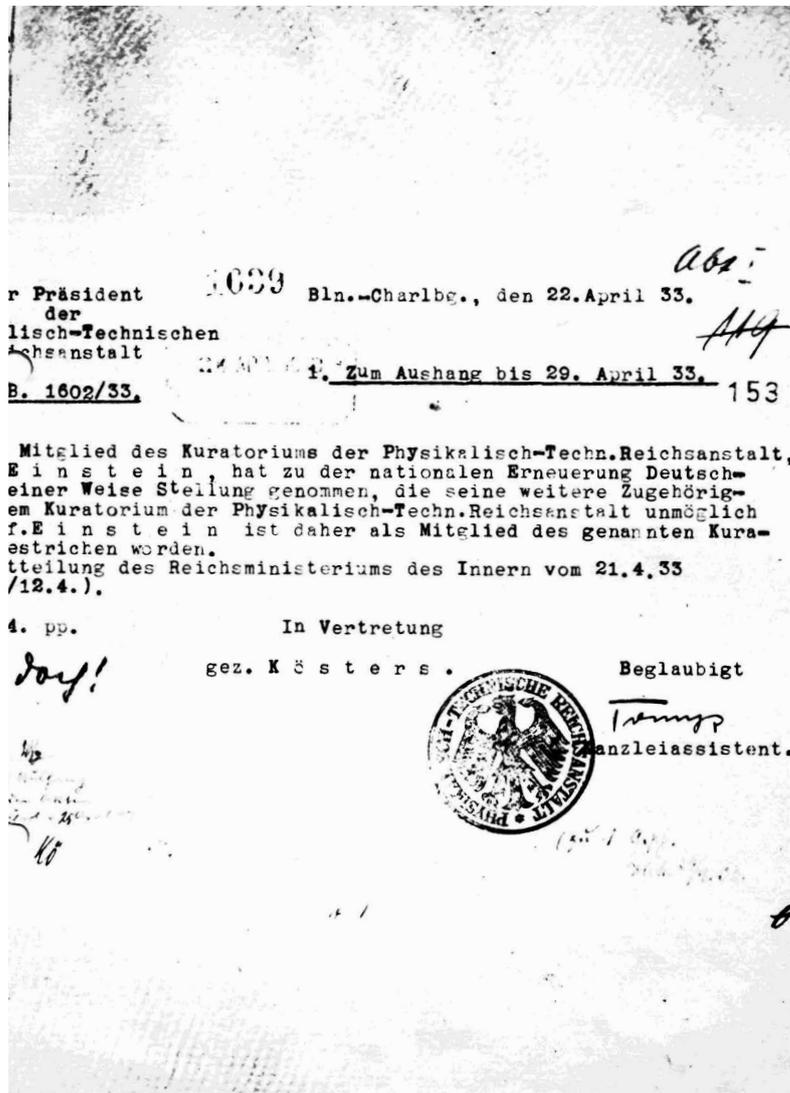


Abbildung 10: Aushang vom 22. April 1933 über die Streichung von Einsteins Mitgliedschaft im Kuratorium der Reichsanstalt

eines „Haustheoretikers“ der Reichsanstalt angeboten. Das Angebot schlug er jedoch aus und nahm stattdessen einen Ruf an die ETH Zürich an. Dort wirkte er die folgenden zwei Jahre als Professor für theoretische Physik, um dann doch in die preußische Hauptstadt, dem damaligen „Mekka der Physik“, zu wechseln: als Hauptamtliches Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Als „bezahltes Genie“ konnte er sich fortan unabhängig von sonstigen akademischen Pflichten und insbesondere frei von Lehrverpflichtungen allein seinen eigenen Forschungsinteressen widmen. Im nationalsozialistischen Deutschland war indes auch für sein Genie und insbesondere seine politische Gesinnung kein Platz, und er zog es im Frühjahr 1933 vor, von einer Vortragsreise in die USA nicht mehr nach Berlin zurückzukehren und stattdessen zunächst in Belgien und England Station zu machen, um Ende 1933 ins US-amerikanische Exil nach Princeton zu gehen.^[107]

Einstein war im Dezember 1916 Kraft „allerhöchsten Erlasses“ durch Wilhelm II. zum Mitglied des Kuratoriums der Reichsanstalt ernannt worden. Das Kuratorium war mit Gründung der Reichsanstalt „als sachverständiger Aufsichtsrat für die technische und wissenschaftliche Tätigkeit dieser Behörde“ geschaffen worden. Zu seinem Aufgabengebiet gehörten laut Geschäftsordnung vor allem die Beratung des allgemeinen Arbeitsplans, aber auch solche Fragen wie die Diskussion des Budgets, der generellen Personalpolitik, die Einstellung bzw. Berufung höherer Beamter und auch die Zulassung wissenschaftlicher Gäste.^[108] Ein solcher war Einstein im Übrigen auch selbst gewesen, als er zusammen mit dem holländischen Physiker Wander Johannes de Haas unmittelbar nach seiner Übersiedlung nach Berlin im Winter 1914/15 Experimente zum sogenannten gyromagnetischen Effekt durchführte^[109]; als Gast der PTR hatte er sich auch im Sommer 1921 „ein sehr interessantes und simples Experiment über die Natur der Lichtemission ausgedacht“, mit dem er in die damals hochaktuellen Diskussionen über den Wellen- und Teilchencharakter des Lichtes klärend eingreifen wollte. Zur Ausführung des diffizilen Experiments, das den Charakter der Lichtemission an Kanalstrahlteilchen untersuchen sollte, versicherte er sich wieder der ausgewiesenen Kompetenz und den exzellenten apparativen Möglichkeiten der Reichsanstalt. Diesmal waren seine kongenialen Partner Hans Geiger und Walther Bothe vom Laboratorium für Radioaktivität, mit deren „vorzüglicher Mitarbeit“ sich das Experiment bald realisieren ließ. Allerdings musste er bekennen, dass er „einen monumentalen Bock geschossen hatte.“^[110]

Das Kuratorium der Reichsanstalt tagte alljährlich im März an zwei oder drei Tagen und bestand aus zwanzig bis dreißig hochrangigen



Abbildung 11: Max von Laue (1879–1960) und Richard Vieweg (1906–1972) auf dem Weg zur Amtseinführung von Vieweg als Präsident der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, Braunschweig am 18.11.1951

und renommierten Vertretern von Staat, Industrie und Wissenschaft, die die wesentlichen Arbeitsgebiete der Reichsanstalt repräsentieren sollten. Eine definierte (fünfjährige) Amtszeit sah die Geschäftsordnung nur in der Anfangszeit vor, ab 1897 hatten die Mitglieder lebenslang bzw. bis zum Ende des eigenen aktiven Wirkens in diesem Expertengremium Sitz und Stimme.^[111] Die Liste der dort vertretenen Wissenschaftler und Techniker liest sich wie ein „Who is Who“ der modernen Naturwissenschafts- und Technikgeschichte, darunter befanden sich die Nobelpreisträger Wilhelm Conrad Röntgen, Philipp Lenard, Wilhelm Wien, Max Planck, Fritz Haber, James Franck und Gustav Hertz neben dem Jenaer Physiker und Industriellen Ernst Abbe, dem Pionier der Kältetechnik Carl von Linde oder dem Strömungsforscher Ludwig Prandtl und eben auch Albert Einstein. Wie schon erwähnt, fanden im Frühjahr 1933 seine Beziehungen zur Reichsanstalt – wie zu Deutschland überhaupt – ein abruptes Ende. Für die Nazis war er nicht nur der Repräsentant der modernen Physik, die nicht zuletzt von Johannes Stark als neuen PTR-Präsidenten in ihren Grundlagen vehement in Abrede gestellt wurde.^[112] Darüber hinaus galt er ihnen als Protagonist der von den Nazis verhassten Weimarer Republik, die er als Demokrat begrüßt und unterstützt hatte; zudem war er Jude, der mit seiner Übersiedlung nach Berlin nicht nur seine jüdische Identität, sondern auch seine Unterstützung des Zionismus öffentlich herausgestellt hatte, sowie ein „leidenschaftlicher Pazifist und Anti-Militarist“^[113].

Dies alles machte ihn in den zwanziger Jahren

zum bevorzugten Gegenstand von Polemiken und sogar persönlichen Angriffen durch politische rechte und antisemitische Kreise, die mit der nationalsozialistischen Machtübernahme kulminierten. Es war deshalb kein Zufall, dass im April 1933 – in zeitlicher Koinzidenz zum Boykott jüdischer Geschäfte und Einrichtungen vom 1. April 1933 und im Nachklapp zur alljährlichen Kuratoriumssitzung im März – durch das damals für die PTR zuständige Reichs-Innenministerium verfügt wurde, Einstein aus der Liste der Kuratoriumsmitglieder zu streichen, da er „zu der nationalen Erneuerung Deutschlands in einer Weise Stellung genommen hat, die seine weitere Zugehörigkeit in dem Kuratorium der Physikalisch-Techn. Reichsanstalt unmöglich macht.“^[114]

Bezogen wird sich dabei auf Einsteins öffentliche Stellungnahmen gegen die Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten, in denen er erklärt hatte: „Solange mir die Möglichkeit offen steht, werde ich mich nur in einem Lande aufhalten, in dem politische Freiheit, Toleranz und Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz herrschen ... Diese Bedingungen sind gegenwärtig in Deutschland nicht erfüllt.“^[115] Hinzu kam, dass Einstein am 28. März 1933 einen bevorstehenden Ausschluss aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften zuvorgekommen war und demonstrativ seine Mitgliedschaft niedergelegt hatte. All dies wurde ihm von den nationalsozialistischen Machthabern und ihren Gefolgsleuten als Beteiligung an der ausländischen Gräuelpromaganda gegen das „neue Deutschland“ angelastet und hatte in der Erinnerung von Max von Laue im Kultusministerium^[116], aber sicher auch in anderen Amtsstuben Nazi-Deutschlands, „unbeschreibliche Wut“ ausgelöst – und sicherlich den Ausschluss aus dem Kuratorium der Reichsanstalt befördert.

Einstein war nicht der Einzige, der ins Fadenkreuz der neuen Machthaber geriet. So gab es im Mai 1933 eine Anfrage des für die PTR zuständigen Reichs-Innenministeriums, „ob die Mitglieder des Kuratoriums Ehrenbeamte sind und demgemäß unter das Berufsbeamtengesetz fallen“^[117]. Der Standpunkt der Abteilungs-Direktoren der Reichsanstalt zu dieser Anfrage war nicht einheitlich. Fritz Henning, Leiter der Abteilung 3 (Wärme und Druck), meinte, dass auf die Kuratoren das BBG keine Anwendung finden sollte, wogegen Wilhelm Kösters, Direktor der Abteilung 1 (Maß und Gewicht), den Gegenstandspunkt vertrat. Das Problem wurde dilatorisch behandelt und erledigte sich letztlich von selbst, als Johannes Stark nach Übernahme des Präsidentenamtes eine Auflösung des Kuratoriums in seiner jetzigen Zusammensetzung intendierte und mittelfristig eine radikale Neuberufung anstrebte, denn „die jetzige Zusammensetzung des Kuratoriums aus der Zeit des schwarz-roten Systems (entspricht) weder den

wissenschaftlichen noch den nationalsozialistischen Forderungen für die Zusammensetzung.“^[118] Diesen Standpunkt vertrat im Übrigen auch die Nationalsozialistische Betriebszelle und die Nationalsozialistische Fachschaftsgruppe der PTR in einem denunziatorischen Brief an den „Reichsinnenminister Pg. Dr. Frick“ vom Dezember 1933: „Wohl ist bereits der Landesverräter Einstein ausgeschlossen worden, doch befinden sich unter den übrigen Mitgliedern noch Juden und Größen des alten Systems [...] wie Professor Dr. James Franck (Volljude), Professor Dr. Haber (Volljude), Professor Dr. Hertz (Halbjude), Prof. Dr. Konen, gegen den zur Zeit ein Strafverfahren schwebt, Professor Dr. Nernst, einer der stärksten Vertreter der liberalistischen und kapitalistischen Weltanschauung. Im Übrigen ist im Prinzip noch jetzt die rein demokratische Zusammensetzung von früher vorhanden.“^[119]

Die genannten Kuratoriumsmitglieder gehörten damit für die NS-Betriebszelle und Fachschaftsgruppe ebenfalls zu den „Unerwünschten“ an der PTR. Allerdings ließ ihre Amtsenthebung auf sich warten bzw. wurde niemals direkt und offiziell vollzogen. Johannes Stark und das politische Establishment hatten anderes vor, wollten vielmehr – wie Stark das Ministerium im September 1933 informiert hatte^[120] – „das alte Kuratorium beseitigen“^[121], wobei das angestrebte Revirement Teil ihrer generellen Umstrukturierungspläne für die Reichsanstalt werden sollte. Wenn es nach den NS-Aktivisten gegangen wäre, hätte „die Auflösung des Kuratoriums bereits im April 1933“ erfolgen sollen. Damals war jedoch „eine Auflösung von höherer Stelle aus zu erwarten gewesen“, so dass diesbezügliche Aktionen der Betriebszelle zurückgestellt wurden. Entsprechende Maßnahmen mahnte man nunmehr, Ende 1933, mit umso größerer Dringlichkeit an.^[122]

Trotz solcher Winkelzüge betrieb Johannes Stark als neuer Präsident der Reichsanstalt die systematische Delegitimierung des Kuratoriums, das er – wie oben bereits erwähnt – in jüdischer Hand und durch Vertreter der modernen Physik dominiert sah^[123]; vor allem aber stand ein solches korporatives Gremium im Widerspruch zum nationalsozialistischen Führerprinzip. Nachdem das Kuratorium absichtsvoll 1934 nicht getagt hatte, wurde es unmittelbar vor der nächsten Zusammenkunft durch Erlass des Reichskanzlers und Führers vom 6. März 1935 aufgelöst. Damit war nun endlich im Sinne des nationalsozialistischen Führerprinzips „der Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt als Führer des Betriebs für die Gesamtheit der Anstalt voll und ganz verantwortlich“^[124].

Ähnlich diskreditierend wie Einstein und das PTR-Kuratorium von den nationalsozialistischen Autoritäten behandelt wurden, ging man auch

mit Max von Laue um. Dieser hatte gerade in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wiederholt Zivilcourage gezeigt und galt nicht nur als enger Vertrauter Einsteins, sondern war insbesondere ein dezidierter Kritiker und Widersacher Starks^[125]. Laue gehörte damals zwar nicht dem Kuratorium der PTR an – erst nach dem Zweiten Weltkrieg und der Neugründung der Reichsanstalt als Physikalische Technische Bundesanstalt, was maßgeblich von ihm initiiert worden war, wurde er in das hohe Gremium berufen –, doch stand er seit Mitte der zwanziger Jahre auf andere Weise mit der Reichsanstalt in einer engen Beziehung. Während der Präsidentschaft von Walther Nernst hatte man Laue 1924 als theoretischen Berater an die PTR geholt, wobei in den entsprechenden Diskussionen des Kuratoriums die Nernstsche Idee insbesondere von Einstein und Wilhelm Wien befürwortet wurde.^[126] Im Folgejahr, nachdem das Ministerium die Nominierung bestätigt und entsprechende Etatmittel genehmigt hatte, teilte Nernst dem Kuratorium mit, dass man „Professor von Laue nebenamtlich als Theoretiker für die Reichsanstalt gewinnen“ konnte.^[127] Mit Beginn des Jahres 1925, nun schon unter dem neuen Präsidenten Friedrich Paschen, trat er schließlich sein Berateramt an, wobei seine Pflichten als Professor für theoretische Physik der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität davon unberührt blieben. In der Regel war er an einem Tag pro Woche in der Reichsanstalt vor Ort und „half beratend bei der Lösung von [aktuellen] wissenschaftlichen Problemen, ging aber auch selbst durch die Laboratorien und gab gelegentlich Anregungen zur zweckmäßigen Gestaltung von Versuchen“^[128]. An der Wende zu den dreißiger Jahren war er so in die Tieftemperaturexperimente von Walther Meissner einbezogen und konnte im Frühjahr 1933 wichtige Anregungen geben, die zur Entdeckung des Meissner-Ochsenfeld-Effektes führten^[129]. Stark, der sich ebenfalls für die Supraleitung interessierte, mag dies als unerwünschte Konkurrenz empfunden haben, doch mehr noch könnte ihn gestört haben, dass Laue zu den gleichermaßen renommierten, wie einflussreichen Vertretern der modernen Physik gehörte und insbesondere die Relativitäts- und Quantentheorie vorbehaltlos unterstützte; dies geschah auch durch eigene Forschungen und Publikationen. Zum Intimfeind von Stark wurde er endgültig, als Laue im Frühjahr 1933 zu jenen gehörte, die der Ernennung Starks zum PTR-Präsidenten kritisch gegenüberstanden – 1947 stellte dieser rückblickend fest, dass Starks Ernennung „gegen den Rat maßgeblicher Fachvertreter erfolgt war“^[130], und zu diesen Ratgebern wird auch Laue gehört haben. Vor allem aber führte Laue die Fronde an, die Starks Aufstieg zum „Führer“ der deutschen Physik, ja der deutschen Natur-

wissenschaften überhaupt zu verhindern wusste. So hatte er im Dezember 1933 in einer engagierten Rede vor der Preußischen Akademie auf die wissenschaftsfeindlichen und insbesondere gegen die moderne Physik gerichteten Bestrebungen Starks hingewiesen und seine Akademiekollegen dazu auffordert, Stark „im Namen der Freiheit der Forschung ... nicht zu wählen“^[131]. Daraufhin wurde zunächst die Wahl verschoben und schließlich ganz verhindert. Ähnlich couragiert wurde von ihm im September 1933 der Versuch Starks vereitelt, Nachfolger Laues im prestigeträchtigen und einflussreichen Vorsitz der Deutschen Physikalischen Gesellschaft zu werden und sich so zum „Führer“ der deutschen Physiker zu stilisieren^[132]. Damit hatte er Stark direkt und öffentlich herausgefordert. Dieser „revanchierte“ sich wenig später, indem der Beratervertrag zwischen Laue und der PTR als theoretischer Berater gekündigt wurde. Dazu stellte Stark in seinem Brief an den Reichs-Innenminister vom 15. November 1933 fest: „In meiner bisher halbjährigen Amtsführung habe ich mich davon überzeugt, daß ein erfolgreicher Einfluß auf die Betätigung der Reichsanstalt durch die auch zeitlich geringe Mitarbeit des Herrn von Laue nicht ausgeübt wird. Der Aufwand ist sachlich nicht gerechtfertigt, noch weniger aber persönlich, da es sich um ein Nebeneinkommen eines festangestellten Universitätsprofessors handelt ... Ich habe daher die Absicht, dem Professor von Laue auf Grund des mit ihm abgeschlossenen Dienstvertrags vom 30. Juni 1926, mit Ablauf des Monats Dezember für den 31. März 1934 das Dienstverhältnis zu kündigen“^[133]. Das ist dann auch so mit Billigung des Reichs-Innenministers Wilhelm Frick exekutiert worden^[134]. Offizielle Kontakte zwischen Laue und der PTR gab es damit bis zum Ende des Dritten Reiches nicht mehr – eine Einladung der PTR zu ihrer 50-Jahr-Feier im Herbst 1937 wurde von Laue demonstrativ nicht wahrgenommen^[135].

Anklage auf Wehrkraftzersetzung: Leonore Theissing

Wenn man das Verhalten von Georg Langbein, aber auch die frühere Mitgliedschaft in einer Freimaurerloge als Resilienz oder gar als Form widerständischen Verhaltens gelten lässt, so stellt sich natürlich die generelle Frage des antifaschistischen Widerstands unter den Mitarbeitern der PTR. Sieht man vom eingangs geschilderten Flaggenvorfall ab, scheint es – wie oben schon angemerkt – weitere politisch motivierte Widerstands- oder auch Sabotageaktionen in der PTR nicht gegeben zu haben. Allerdings gab es zwei Opfer nationalsozialistischer Repression, die abschließend gewürdigt werden sollen.

Zum einen geht es um Leonore Theissing, Frau

des Leiters des Laboratoriums für Strahlungsprüfung in der Abteilung 4 (Optik) der Reichsanstalt Hans Theissing^[136]; das zweite Beispiel betrifft den Physiker Friedrich Houtermans. Beide Fälle fallen in die Endzeit des Dritten Reiches und der Fall von Houtermans ist zudem als Grenzfall einzuordnen, da angesichts der schwierigen Quellenlage es schwierig zu bewerten ist, ob bei der nachfolgend geschilderten „Tabak-Affäre“ nur ein reines Dienstvergehen vorlag oder für dieses auch politische und antifaschistische Motive geltend gemacht werden können.

Als im Herbst und Winter 1943 die Laboratorien der Reichsanstalt – wie auch viele andere Berliner Institutionen – wegen der starken Zunahme anglo-amerikanischer Bombenangriffe auf Berlin sukzessive nach Thüringen evakuiert wurden, waren auch der Physiker Hans Theissing und seine Familie davon betroffen. Dieser war seit 1930 Mitarbeiter der Abteilung 4 (Optik) und nicht zuletzt mit kriegswichtigen Forschungen befasst. Die Familie Theissing, zu der eine 6-jährige Tochter gehörte, war im Frühjahr 1944 in die thüringische Kleinstadt Weida, dem Hauptevakuierungsort der Reichsanstalt, umgezogen. Dort hatte die Familie zum 1. April 1944 im Haus des Ehepaars Hagen in der Hohe Strasse 35 eine Wohnung zugewiesen bekommen. Im August 1944 wurde sie von der Vermieterin denunziert, was am 9. September zu ihrer Verhaftung durch die Gestapo führte.

Was war geschehen? Aufgrund der „in der Familie herrschenden anti-nationalsozialistischen Einstellung“^[137], war es durch Leonore Theissing wohl zu allzu freimütigen Äußerungen gegenüber ihren Vermietern gekommen. Waren solche politischen Bekundungen in der Anonymität der Großstadt sowie im bewährten Freundes- und Bekanntenkreis bisher folgenlos geblieben, so fanden sie in der thüringischen Provinz „offene Ohren“ und hätten beinahe in die Katastrophe geführt. Als wieder einmal alliierte Bombergeschwader auf dem Weg zu ihren Zielen in Mitteldeutschland am Himmel über Weida gesichtet wurden, entspann sich darüber mit ihrer Vermieterin ein Gespräch. Theissing bemerkte dabei, dass „wir von den Amerikanern nichts zu befürchten (haben), eher von den Russen ... mit ihren Greueln. Die Amerikaner werden höchstens das Reich besetzen, besonders Berlin und Paris, bis eine neue Regierung vorhanden ist.“^[138] Auf die Entgegnung von Frau Hagen, dass man „auch von den Amerikanern Schlimmes zu befürchten (hätte)“ soll Leonore Theissing weiterhin erwidert haben: „Ach, das ist von den Amerikanern nicht zu befürchten, die sind doch religiös und haben doch ihren Glauben. Von den Russen ist das eher zu erwarten, von denen mit ihren Greueln, vor denen habe ich Angst.“ Wenige Tage später kam es auch mit dem Ehemann Hagen zu einem

politischen Disput. Hagen schilderte das Vorgehen der Anglo-Amerikaner in Frankreich und verurteilte deren Handlungsweise, „daß sie Einwohner der von ihnen besetzten Gebiete gewissenlos hinschlachteten bzw. daß unter ihrer Duldung Erschießungen durch die Bolschewisten vorkämen.“ Darauf soll Leonore Theissing erwidert haben: „Bei uns in Deutschland werden die Leute auch erschossen.“^[139]

Diese beiden Bemerkungen wurden die Grundlage einer Anklage des Volksgerichtshof, einer Art Nationalgerichtshof zur Aburteilung von Hoch- und Landesverrat gegen den NS-Staat^[140], der seinen Sitz in Berlin hatte. Allerdings war das Verfahren gegen Leonore Theissing zwecks Entlastung des Berliner Volksgerichtshofs an den Generalstaatsanwalt in Jena abgegeben worden – ein seit 1943 übliches Verfahren.^[141] Gemäß §5 Abs. 1 Nr. 1 der Kriegssonderstrafrechtsverordnung wurde Leonore Theissing beschuldigt, „im Jahre 1944 in Weida fortgesetzt öffentlich den Willen des deutschen Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen und zu zersetzen gesucht zu haben.“^[142] Die Anklage lautet damit auf Wehrkraftzersetzung, was im schlimmsten Fall in ein Todesurteil münden konnte, doch mindestens zu einer hohen Zuchthausstrafe oder Schutzhaft im Konzentrationslager^[143]. Was die Anklage gegen Leonore Theissing betrifft, so sah diese nach Einschätzung ihres Mannes und anderer Zeitgenossen „sehr ernst aus ... [und hätte] sicher sehr ernste Folgen für die Angeklagte“ haben können.^[144]

Das es dazu nicht kam, lag am raschen Vormarsch der amerikanischen Truppen unter General Patton im Frühjahr 1945. Diese befreiten Jena genau an dem Tag, für den der Prozess und wohl auch die Urteilsverkündung vor dem 1. Strafsenat des dortigen Oberlandesgerichts angesetzt war. Für Leonore Theissing wurde der 13. April 1945 so zum Tag doppelter Befreiung – die von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Tag ihrer persönlichen Rettung vor der nationalsozialistischen Terrorjustiz.^[145] Ihr Entlassungsschein aus dem Landgerichtsgefängnis Altenburg – dorthin war sie Ende Oktober nach Abschluss des Ermittlungsverfahrens aus der Untersuchungshaftanstalt Jena überstellt worden – trägt das Datum des 13. April 1945. Nach der Entlassung kehrte Leonore Theissing umgehend zu ihrer Familie nach Weida zurück, das inzwischen (am 14. April) auch durch amerikanische Truppen befreit worden war. Die amerikanische Besetzung Weidas stellte indes nur ein Interregnum dar, von der auch die Familie Theissing unmittelbar betroffen war. Gemäß den in Teheran und Jalta getroffenen Vereinbarungen der Alliierten zogen sich die amerikanischen Streitkräfte Anfang Juli aus Sachsen und Thüringen (englische Verbände aus Mecklenburg) auf die vereinbarten Besatzungszonen zurück, womit

Weida nunmehr zur Sowjetischen Besatzungszone gehörte. Unmittelbar vor der Besetzung Weidas durch die Rote Armee hatte sich die Familie Theissing nach Bayern abgesetzt; wohl einer Empfehlung des damaligen Präsidiums der Reichsanstalt und auch den eigenen pro-amerikanischen Sympathien folgend, um „sich am Heidelberger Phys. Institut wieder zusammenzufinden, wo die PTR wieder reorganisiert werden sollte.“^[146] Zusammen mit den Amerikanern war die Hochfrequenzgruppe um Adolf Scheibe ebenfalls nach Heidelberg verbracht worden, da deren Pionierarbeiten zur Definition eines neuen Zeitnormals mittels der von ihnen entwickelten Quarzuhren^[147] militärtechnisch relevant und begehrliche Hochtechnologie waren. Darüber hinaus hatten sich auch andere PTR-Mitarbeiter dorthin durchgeschlagen^[148], doch kam es zu der oben erwähnten Reorganisation der PTR zunächst nicht. Erst Ende der vierziger Jahre gehörte die Heidelberger Gruppe zu jenen Teilen der alten PTR, die zur Neugründung als Physikalisch-Technische Anstalt bzw. Bundesanstalt entscheidend beitrugen, allerdings nicht in Heidelberg, sondern im niedersächsischen Braunschweig.^[149] Theissing, der zu dieser Zeit bereits in den USA war und sich daran nicht mehr beteiligen konnte, musste sich damals vielmehr des Vorwurfs erwehren, dass er mit seinem Weggang aus Weida sein Dienstverhältnis mit der PTR „selbst gelöst (habe)“, was die „Entlassung aus dem Beamtenverhältnis ... den Verlust der Amtsbezeichnung ‚Regierungsrat‘ und des Pensionsanspruchs von Rechts wegen zur Folge“^[150] hatte. Da dies existenzbedrohende Maßnahmen waren, wollte er die Anschuldigungen nicht auf sich beruhen lassen und nahm dagegen energisch Stellung. In einem Brief an die Reichsanstalt bzw. das amtierende Direktorium machte er – nicht zuletzt mit Bezug auf das Schicksal seiner Frau – klar, dass „man sich schlechterdings nicht vorstellen (kann), daß – solange sich noch ein früherer Nazi in seiner Stellung befindet – so einschneidende Maßnahmen ohne ersichtlichen Grund gegen jemand ergriffen werden sollten, dem, wie mir, durch die lange Gefängnishaft und drohende Verurteilung der Frau so übel vom Naziterror mitgespielt wurde und über dessen naziblehnende Haltung seinerzeit ein so klares Zeugnis wie das der Kreisleitung Gera zu den Anklageakten ausgestellt wurde.“^[151] Obwohl bei solchen Anklagen in der Regel keine Sippenhaft drohte – es sei denn, man bekannte sich öffentlich ebenfalls zu den defätistischen Äußerungen oder Taten des Partners –, befand sich Theissing nach der Verhaftung, wie er selbst die Situation beschreibt – in einer „schwierigen Situation“ und war offenbar auch „als höherer Beamter von den Nazis in [seinem] Büro angegriffen“ bzw. unter Druck gesetzt worden.^[152]

Leider wissen wir nichts Näheres über diesen



Abbildung 12: Leonore und Hans Theissing (1904–1993) bei der Ankunft seiner Frau Leonore (1911–2004) und mit den beiden Töchtern Eva (geb. 1937) und Irene (geb. 1948) in den USA, Staten Island 18. November 1948.

Übergriff – waren es Vertreter der Staatsanwaltschaft, der GESTAPO oder Nazi-Aktivisten aus dem Kollegenkreis, die vielleicht im vorausgehenden Gehorsam gehandelt hatten? Leider ist auch das erwähnte „Zeugnis“ der lokalen Parteibehörden in der überlieferten Anklageakte sowie in den erhaltenen Nachlasspapieren aus dieser Zeit nicht erhalten, so dass sich aus heutiger Perspektive schlecht ein fundiertes Urteil über diese Vorgänge abgeben lässt.

Aus anderen Dokumenten wissen wir jedoch, dass Theissing nach seiner Übernahme in ein Angestelltenverhältnis im Jahre 1934 – zuvor war er an der PTR schon vier Jahre als Stipendiat der Notgemeinschaft tätig gewesen^[153] – ungewöhnlich lange, bis zum Oktober 1939 auf seine Verbeamtung und die Ernennung zum Regierungsrat warten musste. Dies war indes kein Einzelfall, denn ähnliches geschah auch mit anderen parteilosen Kollegen, beispielsweise mit Carl Friedrich Weiss^[154], der etwa gleichzeitig wie Theissing an die PTR gekommen, zunächst auch in einem Angestelltenverhältnis beschäftigt und ebenfalls parteilos war. Der Zufall wollte es – oder waren es die Engpässe der Kriegswirtschaft, vielleicht auch der vermeintliche nationale Schulterschluss in Kriegszeiten, wenn nun auch parteilose Volksgenossen ihnen zustehende berufliche Aufstiegschancen geboten bekamen –, dass beide am gleichen Tag (30.10.1939) zum Regierungsrat befördert wurden.^[155]

In einem Fragebogen der amerikanischen Militärregierung aus dem Herbst 1945 hat Theissing dazu selbst festgehalten: „Bin von 1934–1939 bei Beförderung zum Regierungsrat übergangen

worden, weil ich – wie in meinen Personalakten steht – den Nationalsozialisten der Behörde vor 1933 als Brüninganhänger bekannt war.“^[156] Weiterhin geht aus dem Fragebogen hervor, dass er weder der NSDAP, noch ihren Gliederungen angehört hatte; erwähnt werden lediglich Mitgliedschaften im Reichsbund Deutscher Beamten, in der Deutschen Arbeitsfront und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt – alles nationalsozialistische Massenorganisationen, deren Mitgliedschaft man kaum ausschlagen konnte und für eine politische Einschätzung wenig relevant sind.

Theissings kritische Haltung zum Nationalsozialismus machen nicht nur seine Selbstbekundungen deutlich, sondern dies geht auch aus Befragungen hervor, die der militärische Geheimdienst G-2 der Amerikaner an der Wende zu den fünfziger Jahren über die Familie Theissing geführt hat.^[157] Grund waren ihre privaten Beziehungen in die Sowjetische Besatzungszone, die in der Hysterie des Kalten Kriegs und der McCarthy-Ära den Verdacht der Geheimdienste erregt hatten. In diesem Zusammenhang stand auch Theissings Verhalten in Nazi-Deutschland im Fokus des geheimdienstlichen Interesses. Ein ehemaliger Kollege stellte diesbezüglich fest, dass Theissings „Stellung durch seine Haltung oft etwas gefährdet war, aber durch seine gediegene wissenschaftliche Bildung war er unangreifbar“^[158]; ein anderer Zeuge wusste sogar zu berichten, dass wegen Theissings kriegswichtigen Forschungen „high military authorities“ zu seinen Gunsten interveniert hätten. Letzteres ist indes nicht belegbar und nach den vorliegenden Dokumenten eher unwahrscheinlich. Dennoch haben diese Aussagen in Bezug auf Theissings Haltung im Dritten Reich ein besonderes Gewicht. Der Befragte ist der bereits in diesem Beitrag erwähnte Walter Dziobek, der 1939 als „Halbjuden“ die PTR verlassen musste. Dieser wusste auch von vertraulichen Gesprächen zu berichten, deren Dekonspiration gravierende Folgen für Dziobek hätte haben können – vergleichbar wohl mit der Denunziation Leonore Theissings – doch Theissing „did not betray the confidence placed him“.^[159] Dass zudem Theissings kritische Haltung zum Nationalsozialismus vielfach und in den unterschiedlichsten Kontexten bezeugt wurde und dies nicht erst durch die Anklage des Volksgerichtshofes offenkundig wurde^[160], machen die obigen Nachkriegsaussagen glaubwürdig. All dies hat Theissing aber noch nicht zu einem aktiven Gegner des nationalsozialistischen Herrschaftssystems oder gar zu einem antifaschistischen Widerstandskämpfer gemacht.

Bemerkenswert ist, dass solch kritische Haltung oder gar Systemkritik keineswegs die Mitwirkung an militärtechnischen Forschungsprogrammen ausschloss, wie entsprechende Zusammenstellungen von Theissings Forschungsaktivitäten zeigen.

^[161] Ob dies nun aus vermeintlichem vaterländischen Patriotismus geschah oder den Sachzwängen seiner Anstellung folgte, war die PTR doch exponiert in die Rüstungsforschung des Dritten Reiches eingebunden^[162], lässt sich aufgrund der vorliegenden Dokumente schwer sagen; auf jeden Fall war Theissing in dieser Beziehung kein Einzelfall. Abgesehen von den moralischen Implikationen solcher Kriegsforschungen, die ja einen imperialen und verbrecherischen Angriffskrieg unterstützten, konnten solche Forschungen durchaus wissenschaftlich herausfordernd und kreativ sein und damit die politischen Implikationen des eigenen Tuns vergessen lassen; davon einmal ganz abgesehen, dass sie nicht zuletzt durch Unabkömmlichkeit (UK-Stellung) das Überleben sicherten.

Dass Theissing nach dem Krieg als politisch unbelastet galt und seine Frau sogar als Opfer des Faschismus offiziell anerkannt wurde^[163], hat ihm im Übrigen nicht geholfen, seine Rückkehr an die Reichsanstalt zu befördern bzw. die obige Entscheidung des PTR-Präsidiums vom Herbst 1945 rückgängig zu machen. Trotz mehrerer Bewerbungen, u. a. bei Telefunken in München und der Reichspostdirektion in Frankfurt a. M., blieb er über Monate stellenlos. Anfang 1946 kehrte er deshalb nach Berlin zurück und fand zunächst eine befristete Anstellung am renommierten Heinrich-Hertz-Institut in Berlin-Charlottenburg; anfangs hatte er parallel dazu noch eine Teilzeitanstellung bei einer Firma im Ostteil, d. h. im sowjetischen Sektor der Stadt. Dieses Beschäftigungsverhältnis kündigte er aber bald auf, da er fürchtete, dort nicht vor Übergriffen der sowjetischen Besatzungsmacht sicher zu sein und eventuell für eine Tätigkeit in der Sowjetunion verpflichtet zu werden – so wie es damals vielen seiner Kollegen in Weida ergangen ist.^[164] Dies und nicht zuletzt seine pro-westliche Haltung hatten auch dazu geführt, dass er nicht in seine alte Wohnung im Ostteil der Stadt, in der Frankfurter Allee, zurückgekehrt war, sondern sich eine Bleibe in Steglitz, im Amerikanischen Sektor, gesucht hatte; im Übrigen ist ihm auch dort durch sowjetische Agenten nachgestellt und sind Informationen über sein Leben und seine berufliche Tätigkeit eingeholt worden.^[165] Der Kalte Krieg und der Wettlauf der Besatzungsmächte um militärische Dominanz, ökonomische Ressourcen und nicht zuletzt um die „besten Köpfe“ hatten Fahrt aufgenommen und die „Frontstadt Berlin“ war dabei zum bevorzugten Terrain der Verteilungskämpfe und insbesondere auch der Geheimdienste aller Couleur geworden.

Im Unklaren bleibt, ob allein Theissings pro-westliche Haltung dafür verantwortlich war, den Kontakt mit den Amerikaner zu suchen oder er sich schon damals mit dem Gedanken trug oder es gar konkrete Pläne/Angebote gab, in die USA auszuwandern. Auf jeden Fall existierte für ihn noch

im Herbst 1947 die „Option PTR“, denn in einem Brief an den Physiker und Hochfrequenztechniker Karl Willy Wagner, der damals als potenzieller PTR-Präsident gehandelt wurde, äußert er selbstbewusst den Wunsch, im „neuen Institut die optische Abteilung übertragen zu erhalten“^[166]. Bekanntlich hat sich dieser Wunsch nicht erfüllt. Theissing ging schließlich Anfang 1948 im Rahmen des Projects Paperclip in die USA und startete in den Forschungslabors der Signal Corps Engineering Laboratories des amerikanischen Heeres eine erfolgreiche Nachkriegskarriere, die bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1970 währen sollte.^[167] Seine Familie, die in Bayern verblieben und auch nicht mit ihm nach Berlin gegangen war, folgte ihm im November 1948 dorthin. Hans Theissing verstarb mit 88 Jahren 1993 in Belmar, New Jersey, und seine Frau Leonore mit 93 Jahren ebendort im Jahr 2004.

Fritz Houtermans und die „Tabak-Affäre“

War im Falle Theissing eine eigentlich unpolitische, wenngleich kritisch zum NS-Regime stehende Familie – ein Kollege beschreibt Theissing als jemand, der „first of all, a scientist is, and has little active interests in political issues“^[168] – in der Endzeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu dessen Opfer geworden und nur durch Glück glimpflich davon gekommen war, so ist

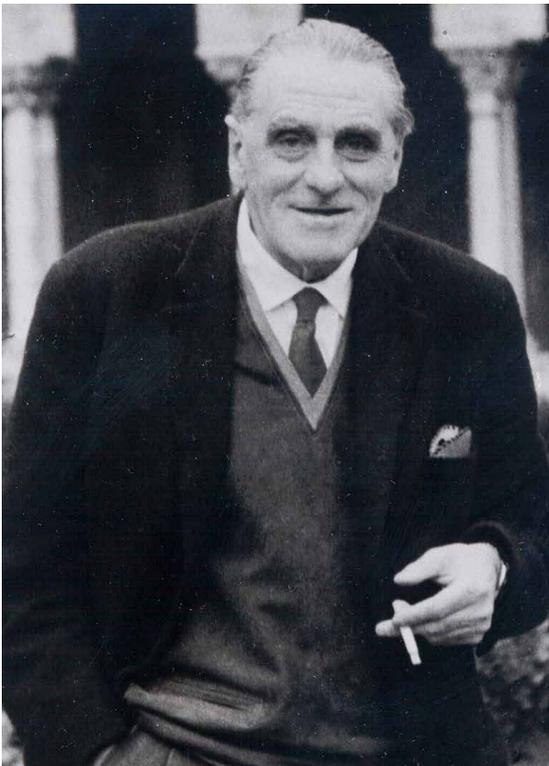


Abbildung 13: Friedrich Houtermans (1903–1966), um 1950

unser zweites Beispiel, das Schicksal des Physikers Friedrich Houtermans, zwar spektakulär, doch sehr viel komplexer – vor allem muss hier ein erweiterter Widerstandsbegriff Anwendung finden, der – nach J. Schoeps – sehr viel breiter ist als das herkömmliche Verständnis von Widerstand, der zumeist mit „Gewalt“ und „Kampf“ konnotiert ist. Nach Schoeps sollte auch „die Verweigerung von staatlichen Anordnungen, das Lächerlich-Machen des Regimes, oder das Bemühen um individuelle Selbstbehauptung“ als spezielle Formen von Widerstand anerkannt werden.^[169] In unserem Beispiel geht es speziell ums „Lächerlich-Machen“ des Regimes, das mit einer Episode im Leben von Houtermans aus der Endphase der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verknüpft ist. Bevor wir zur Schilderung dieser Episode kommen, soll zunächst die außergewöhnliche Biographie des Physikers in gebotener Kürze geschildert werden.^[170]

Friedrich Houtermans wurde am 22. Januar 1903 in Zoppot bei Danzig geboren. Sein Vater Otto, der holländische Vorfahren hatte, war Justiziar und Bankier. Die Mutter stammte aus einer angesehenen Wiener Familie mit jüdischen Vorfahren und war eine emanzipierte Frau, die an der Wiener Universität Chemie studiert hatte und dort zu den ersten Frauen gehörte, die promovierten. Nach dem Scheitern der Ehe wuchs Fritz, so sein Rufname, in Wien auf, wo er nicht nur lebhaften Anteil am kulturellen Leben und der Kaffeehauskultur der Stadt nahm, sondern vor allem auch vom „roten Wien“ geprägt wurde. Sein Interesse für Politik und linke Weltanschauung brachte ihn schnell in Konflikt mit der Obrigkeit und führte 1918 zur Relegation vom Gymnasium. Er wurde daraufhin in eine reformpädagogische Schulgemeinde im thüringischen Wickersdorf geschickt, wo er 1921 als Externer das Abitur ablegte. Dort festigte sich im Übrigen seine marxistische Weltanschauung durch Mitschüler wie Heinrich Kurella oder Alexander Weissenberg, die später in der kommunistischen Bewegung eine wichtige Rolle spielten und ihn zum Eintritt in die Kommunistische Partei bewegten. Im Frühjahr 1922 ließ er sich an der Universität Göttingen immatrikulieren, um dort, einem damaligen Zentrum der modernen Physik, ein Physikstudium aufzunehmen, das er 1927 mit der Promotion bei James Franck abschloss. Im folgenden Jahr ging er nach Berlin und wurde an der TH Berlin-Charlottenburg Assistent von Gustav Hertz, der gemeinsam mit J. Franck gerade für den Franck-Hertz-Versuch den Nobelpreis erhalten hatte. In Göttingen und Berlin konnte sich Houtermans mit interessanten und wegweisenden Arbeiten zum radioaktiven Alphazerfall, zum Problem der Energieerzeugung in Sternen oder auch zur Elektronenmikroskopie als kreativer Forscher der jüngeren Physikergene-

ration profilieren. Gleichzeitig hat sich in dieser Zeit auch sein politisches Engagement weiterentwickelt. Allerdings weniger in Richtung politischer Agitation, sondern bei der Beschaffung von qualifizierten Informationen für „den Betriebsbeobachtungsapparat“ der KPD, der eng mit dem Nachrichtendienst der sowjetischen Armee kooperierte. ^[171] Über Houtermans konkrete Tätigkeit und spezielle Aufgaben in dieser Spionageorganisation der KPD ist wenig bekannt; in einem Parteiprotokoll aus dem Jahre 1935 ist kryptisch von „sehr speziellen physikalischen Fragen“ oder „Bericht über Hochspannungsanlagen“ die Rede, die den Schluss erlauben, dass Houtermans Industriespionage für die Sowjetunion betrieb.

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme waren 1933 Verfolgung und Terror zur Staatsdoktrin geworden und Houtermans als Kommunist, aber auch als „Nicht-Arier“ (sogenannter „Vierteljude“) gefährdet. So gab es Übergriffe von nationalsozialistischen Sturmtruppen in der TH, wie dies an anderen deutschen Hochschulen ebenfalls gang und gäbe war; auch Houtermans' Berliner Wohnung war Gegenstand einer Hausdurchsuchung der SA geworden, die jedoch keine verwertbaren Beweise gegen ihn erbrachten. Nachdem er wegen §4 (politische Unzuverlässigkeit) des BBG seine Assistentenstelle verloren hatte und ihm die Verhaftung drohte, verließ er im Juli 1933 Deutschland fluchtartig und emigrierte über Paris und Kopenhagen zunächst nach England und 1935 schließlich in die Sowjetunion. Am Ukrainischen Physikalisch-Technischen Institut (UFTI) in Charkow stand er in der Abteilung Kernphysik einem Labor vor und beschäftigte sich vornehmlich mit Neutronenphysik. Im Dezember 1937 wurde er in der Zeit des Großen Terrors verhaftet, womit für ihn eine dreijährige Odyssee begann, die er mit viel Glück und im Gegensatz zu vielen anderen Leidensgenossen überstand – der Stalinsche Terror kostete am Ende mindestens 2 Millionen Menschen das Leben. Dass Houtermans überlebte, ist nicht zuletzt einer Solidaritätsaktion von prominenten Physikern wie Albert Einstein, Niels Bohr, Frederic Joliot-Curie u.a.m. zu danken, die in Briefen an Stalin gegen die Verhaftung protestiert und Auskunft über Houtermans Schicksal verlangt hatten. ^[172] Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die Rettung für Houtermans der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 brachte. Dieser sah in einem Geheimabkommen neben der Aufteilung Polens die Abschiebung unerwünschter Ausländer vor, u. a. auch von Antifaschisten wie Houtermans. Nachdem man Houtermans in einem Moskauer Gefängnis des NKWD „aufgepöppelt“ hatte, wurde er am 2. Mai 1940 nach Deutschland abgeschoben und damit der Gestapo ausgeliefert. Diese nahm Houtermans sofort wieder in „Schutzhaft“ und verhörte ihn im folgenden Vierteljahr

zu seiner Tätigkeit in der Sowjetunion; zunächst in einem Internierungslager im besetzten Polen und dann im Untersuchungsgefängnis in der Keibelstraße am Berliner Alexanderplatz. Dass er die folgenden Jahre nicht im Konzentrationslager verbringen musste, verdankt er der Intervention von hochrangigen deutschen Physikern, als man von seiner Rückkehr nach Deutschland erfuhr; auch hier spielte Max von Laue eine zentrale Rolle. Darüber hinaus war Houtermans kernphysikalische Expertise gefragt, denn im Sommer 1939 war unter der Ägide des Heereswaffenamtes der sogenannte deutsche Uranverein gegründet worden, der sich mit der militärtechnischen Anwendung der kurz zuvor entdeckten Urankernspaltung beschäftigte. Dafür war insbesondere das von Houtermans in Charkow erworbene kernphysikalische Spezialwissen relevant, insbesondere seine Forschungen zur Neutronenphysik. Allerdings scheint er für diese exklusive Forschergruppe ein Sicherheitsrisiko gewesen zu sein; undenkbar war natürlich auch eine Wiederaufnahme seiner Hochschultätigkeit, zumal die Gestapo ihn nach wie vor im Visier hatte. ^[173] Nach seiner Haftentlassung im Juli 1940 fand er so zunächst eine Anstellung bei den Physikalischen Berichten, einer von beiden Physikalischen Gesellschaften herausgegebenen Referatezeitschrift, wo neben seinem physikalischen Fachwissen, wohl vor allem seine russische Sprachkompetenz gefragt war. Allerdings blieb die Redaktion von Kurz-Referaten russischer Physikaufsätze ein Interregnum, denn schon nach einem halben Jahr warb ihn der Forscher und Erfinder Manfred von Ardenne für sein Privatlabor in Berlin-Lichterfelde ab; auch hier half der „politisch gefährdeten Person“ Max von Laue. ^[174] Im Lichterfelder Team war Houtermans, wie Ardenne ihn in der Rückschau charakterisierte, „mit seinen phantasievollen, genialen Ideen eine der tragenden Säulen“ ^[175]. Im Rahmen seiner dortigen Tätigkeit verfasste Houtermans im Sommer 1941 einen Geheimbericht „Zur Frage der Auslösung von Kern-Kettenreaktionen“ ^[176]. In diesem beschrieb er die Möglichkeit, dass sich durch Neutronenbeschuss von Uranproben ein transurantisches Element mit der Ordnungszahl 94 erzeugen lässt, das sich vermutlich – neben dem Uranisotop 235 – ebenfalls als „atomarer Sprengstoff“ eignet. Unabhängig und fast gleichzeitig hatte auch Carl Friedrich von Weizsäcker, enger Mitarbeiter von Werner Heisenberg, eine solche Vermutung geäußert und gleich noch ein Patent angemeldet. ^[177] Nachdem man das transurantisches Element mit der Ordnungszahl 94, das später den Namen Plutonium erhielt, experimentell nachgewiesen und entsprechende Kernreaktoren zum Brüten des neuen Kern-Sprengstoffs entwickelt hatte, wurde dies zum Königsweg in der Entwicklung der ersten amerikanischen Atombombe.

Houtermans war sich über die Bedeutung seiner eigenen Forschungsarbeiten, wie auch die des deutschen Uranvereins voll im Klaren. Da er den potenziellen Besitz einer Atombombe in den Händen der Nazis beängstigend fand, nutzte er die Emigration eines Bekannten, des Physikers Fritz Reiche in die USA, den amerikanischen Physikern eine anonyme Nachricht zukommen zu lassen: „Beeilt Euch. Wir sind nahe dran.“^[178] In welchem Maße diese konspirative Nachricht die Arbeiten am amerikanischen Manhattan-Projekt beeinflusst hat, ist nicht geklärt.^[179] Auf jeden Fall ist Houtermans großer Mut zu bescheinigen, denn wäre der Kassiber in falsche Hände geraten, hätte ihm eine Anklage wegen Hochverrats mit unabsehbaren Konsequenzen gedroht.

Eines „Hochverrats“ ganz anderer Art ist Houtermans im Übrigen in der Nachkriegszeit seitens sowjetischer Physiker bezichtigt worden. Grundlage dieser Beschuldigung war eine Reise, die Houtermans im Herbst 1941 unmittelbar nach der deutschen Besetzung Charkows dorthin unternommen hatte, „um den Zustand der dortigen Institute zu prüfen“^[180]. Begleitet wurde er vom Leiter des Tieftemperaturlaboratoriums des Berliner KWI für Physik Ludwig Bewilogua und einem Herrn König, dessen Identität bisher nicht ermittelt werden konnte, doch könnte es sich um einen Vertreter des Reichs-Luftfahrtministeriums gehandelt haben, in dessen Auftrag die Inspektionsreise unternommen wurde. Da man Houtermans „wegen seiner Russlandfreundlichkeit nicht traute“, wurde ihm auch noch der „S.S. Häuptling Beuthe nachgeschickt“^[181]. Dieser war nicht nur SS-Mitglied (allerdings kein „Häuptling“, aber im gehobenen Rang eines Hauptsturmführers (Oberfeldwebel)), sondern an der PTR Direktor der Abteilung V (Atomforschung) und in den Worten des PTR-Präsidenten Johannes Stark der „älteste Nationalsozialist“ in der PTR (Eintritt in die NSDAP Juni 1930 und SS seit August 1931)*, wo er wohl auch als Russland-Experte galt^[182]; im folgenden Jahr sollte er dann auch Houtermans unmittelbarer Vorgesetzter in der PTR werden. Zu den üblichen Aufgaben solcher Inspektionsreisen gehörte, Geräte und Material für die deutsche Kriegswirtschaft und speziell für die Militärforschung zu requirieren. In Kiew wurden beispielsweise Platinschalen beschlagnahmt und nach Deutschland verbracht.^[183] Die besondere Aufmerksamkeit der Gruppe galt aber dem Charkower Physikalisch-Technischen Institut (UFTI), die frühere Wirkungsstätte von Houtermans und damaliges sowjetisches Zentrum für kernphysikalische und Tieftemperaturforschung von internationalem Rang^[184]. Dieses verfügte über hochwertige kernphysikalische Experimentiertechnik, die für den Uranverein von potenziellem Interesse war; darunter einen Van-de-Graaf-Generator. Sicher-



Abbildung 14: Ilse Bartz (1923-2012), um 1950

lich hatten die deutschen Emissäre auch zu prüfen, ob sowjetische Wissenschaftler für eine Kollaboration zu gewinnen waren. Solche Missionen waren inhärenter Bestandteil deutscher Besatzungspolitik, bei der es nicht zuletzt um die zielgerichtete Ausplünderung von Ressourcen ging. Bekannt ist die Besetzung und Nutzung des Pariser Instituts von Joliot-Curie durch deutsche Kernphysiker, wobei für sie das dortige Zyklotron von besonderem Interesse war, da es damals kein solches in Deutschland gab.^[185]

Für manche, wie den russischen Physiker Pjotr Kapica, aber auch für Max Born in Edinburgh oder Paul Scherrer in Zürich, hatte sich Houtermans durch seine Inspektionsreise nach Charkow mit den Nazis gemein gemacht und insbesondere die offizielle sowjetische Parteilinie sah in ihm einen Verräter und Nazi-Kollaborateur, ungeachtet seiner dramatischen Lebensgeschichte. Der mutmaßliche Kollaborationsvorwurf hat das Ansehen Houtermans in der Nachkriegszeit und namentlich unter amerikanischen und britischen Physikern massiv geschädigt; in der Stalinschen Sowjetunion sowieso.

Allerdings entlasten die bekannten Fakten Houtermans weitgehend, denn dieser war vor allem wegen seiner Insider-Kenntnisse für diese Mission zwangsverpflichtet worden und hatte diese keineswegs freiwillig unternommen; auch hätte er sich der Abkommandierung wegen seines Schicksals kaum entziehen können: „eine Ablehnung in meiner Situation (hätte) unbedingt K.Z. bedeutet“, wie er 1947, sich gegen die ehrenrührigen Vorwürfe verteidigend, seinem Physikerkollegen Bruno Touschek schrieb.^[186] Hierzu passt, dass er während seines Aufenthalts wiederholt Essenrationen an die in Charkow verbliebenen Mitarbeiter des UFTI und anderer ukrainischer Institute illegal verteilte^[187] und auch alles in seinen Möglichkeiten liegende tat, um die Zerstörung des UFTI zu

* Karteikarte H. Beuthe. BAB R9361-III, 517063.



Abbildung 15:
Die Ruine des
Hauptgebäudes
der PTR in der
Abbestraße (heute:
Werner-von- Sie-
mens-Bau) um 1948
(Schäche S. 105
oben)

verhindern (was dann aber doch beim deutschen Rückzug zwei Jahre später durch SS-Einheiten geschah) sowie auch „einige andere Institute zu retten.“^[188] Weder der begehrte van-de-Graaf-Generator, noch andere Einrichtungen des UFTI sind demontiert und nach Deutschland verbracht worden; ebenfalls ist kein einziger Wissenschaftler des Instituts bekannt, der nach Deutschland zwangsverpflichtet wurde (ohnehin hatten sich die meisten Mitarbeiter des UFTI beim Rückzug der Roten Armee ins russische Hinterland begeben).^[189] Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Ludwig Bewilogua im Gegensatz zu Houtermans nicht als Nazi-Kollaborateur stigmatisiert und auf die sowjetische Kriegsverbrecherliste gesetzt wurde; vielmehr wurde er sogar 1945 „eingeladen“, seine wissenschaftliche Karriere als sogenannter Spezialist in der Sowjetunion fortzusetzen.^[190]

Unmittelbar nach der Rückkehr nach Deutschland – vielleicht sogar als „Belohnung“ für seinen Einsatz in Charkow und Kiew gedacht – wurde Houtermans zum 15. Mai 1942 „Dienstverpflichteter“ auf Zeit bzw. wissenschaftlicher Mitarbeiter der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt Berlin-Charlottenburg, wobei seine Forschungen diesmal mit Mitteln der Kriegsmarine und ihrer Abteilung Forschung, Entwicklungs- und Patentwesen (FEP 3) finanziert wurden.^[191] Dort beschäftigte er sich im Laboratorium für Radioaktivität der Abteilung V (Atomforschung), das von Karl Friedrich Weiss

geleitet wurde, mit kernphysikalischen Problemen, insbesondere aus dem Bereich der Neutronenphysik, wozu er bereits in den dreißiger Jahren in Charkow geforscht hatte.^[192] Im Herbst 1943, als viele Labore der Reichsanstalt wegen der verstärkten alliierten Bombenangriffe auf die Reichshauptstadt nach Thüringen verlagert wurden, wurde das thüringische Ronneburg Dienstort. Anfang 1944 hatte Houtermans auch seine Kollegin Ilse Bartz geheiratet. Beide hatten sich im Privatlaboratorium von Ardenne kennengelernt, wo Ilse Bartz seit 1942 als Chemotechnikerin tätig war; in dieser Zeit sind drei gemeinsame Publikationen mit Houtermans entstanden.^[193]

Es war auch die Zeit einer Episode, die für die umtriebige und unkonventionelle Persönlichkeit Houtermans charakteristisch ist und die sich vielleicht auch, wie oben erwähnt, in den Kontext des „antifaschistischen Widerstands“ einordnen ließe. Nachdem die Versuche seiner Frau, im heimischen Garten Tabak anzubauen, nur mäßigen Erfolg gezeitigt hatten und den Bedarf des Kettenrauchers nicht decken konnte, wurde er von einem Kollege auf ein Lager verplombter Säcke des Zolls aufmerksam gemacht, die ein Gemisch aus Sand und Tabakresten enthielten. Sie brachten Houtermans auf die Idee, mit dem Briefkopf der PTR bei der zuständigen Zollbehörde um Freigabe eines der Säcke für strahlenanalytische Untersuchungen zu bitten – in der physikhistorischen Folklore changiert die Begründung von „Einwirkung des

Nikotins auf den menschlichen Körper“ bis zur „Bestimmung des Gehalts an schwerem Wasser“, das bekanntlich für das Uranprojekt von zentraler Bedeutung und damit kriegswichtig war.

Dem Antrag Houtermans wurde stattgegeben und mit einem Küchensieb konnte man in geduldiger Arbeit den kostbaren Tabak vom Schmutz trennen, so dass Houtermans für die nächste Zeit etwas zum Rauchen hatte. Als das Tabakdeputat aufgeraucht war, wurde ein neuer Antrag gestellt und auch dieser positiv beschieden. Allerdings ging das Antwortschreiben diesmal nicht direkt an Houtermans, sondern landete auf dem Schreibtisch des PTR-Präsidenten. Abraham Esau ordnete die Sache jedoch nicht unter „spaßig“ oder „clever“ ein, sondern sah darin ein ernstes Dienstvergehen; vielleicht auch, um die obigen Überlegungen von Schoeps aufzunehmen, ein „Lächerlich-Machen“ der Behörde. Die Konsequenz war die sofortige Entlassung von Houtermans zum 31. Januar 1945, die durch eine Strafanzeige des PTR-Präsidenten zusätzliches Gewicht erhielt und für Houtermans in die Katastrophe hätte führen können. Es war schließlich Krieg und Houtermans gesellschaftlicher Status als einstiger Kommunist, Emigrant und Mischling II. Grades machte seine Lage höchst fragil und angreifbar; zumal er wohl auch unter Beobachtung der Gestapo stand. ^[194] Bei einer Verfolgung der Esauschen Anzeige drohte nicht nur eine zivilrechtliche Verurteilung, sondern unter Umständen sogar – wie beim oben geschilderten Fall Theissing – eine Anklage des Volksgerichtshofs oder die Verbringung in ein Arbeitslager.

Den Ernst der Lage erkennend, kam seine Frau auf die rettende Idee, dass sich Houtermans unter den Schutz des deutschen Uranvereins stellen sollte. Auch wenn Houtermans selbst nicht zum inneren Zirkel der deutschen Kernphysiker um Werner Heisenberg gehörte ^[195], hatte sich ein enges, fast freundschaftliches Verhältnis zu Heisenberg entwickelt, das es zu nutzen galt. Houtermans setzte sich kurzerhand aufs Fahrrad und fuhr ins keine hundert Kilometer entfernte Stadtilm, wohin sich Walther Gerlach, der Bevollmächtigte des Reichsmarschalls für Kernphysik und Leiter der Fachsparte Physik der Reichsforschungsrates vor der heranrückenden Roten Armee aus Berlin zurückgezogen hatte. Dort wurde vereinbart, dass Houtermans zur Durchführung „kriegswichtiger Forschungen“ an die Universität Göttingen abkommandiert werde. Deren II. Physikalisches Institut wurde von Hans Kopfermann geleitet, einem alten Freund aus Berliner Tagen. Dieser schickte kurzerhand seinen Assistenten Wolfgang Paul nach Lindau am Harz, ebenfalls mit dem Fahrrad. Dort hatte Werner Osenberg als Vorsitzender des Planungsamtes des Reichsforschungsrates sein Ausweichquartier bezogen und für Houtermans als

Teil der sogenannten Aktion Osenberg die nötige UK-Stellung verfügt. ^[196] So wurde Houtermans für den Rest des Krieges und bis zur Befreiung Göttingens durch amerikanische Truppen am 8. April 1945 zum Mitarbeiter des Göttinger Forschungsprojektes zur Demagnetisierung von U-Booten. Carl Friedrich Weizsäcker hat Houtermans Odyssee in den Schüttelreim gefasst: „Heisenberg musste die Reise bescheinigen, Kopfermann die Sch... bereinigen.“ ^[197]

Houtermans blieb bis zu seiner Berufung an die Universität Bern im Jahre 1952 in Göttingen, wo sich für ihn am Heisenbergschen KWI/MPI für Physik eine neue berufliche Perspektive eröffnete. Dort konnte er seine Forschungen zur experimentellen Neutronenphysik zwar nicht fortsetzen, weil die alliierten Kontrollratsgesetze solche Arbeiten verboten, doch fand er mit der Anwendung kernphysikalischer Methoden in den Geowissenschaften einen neuen und sehr innovativen Forschungsfokus, der bis zu seinem frühen Tod im Frühjahr 1966 bestimmend blieb. Zugleich bot ihm die Universität Göttingen und deren akademisches Milieu einen gewissen Schutz, denn nach Kriegsende stand sein Name wegen der obigen Beschuldigungen auf der sowjetischen Liste der Kriegsverbrecher, wobei ihn offenbar Max Born unmittelbar nach Kriegsende darüber informiert und gewarnt hatte. ^[198] Die britischen Besatzungsbehörden wären bei einer Anklage oder einem Auslieferungsbegehren verpflichtet gewesen, ihn an die Sowjetunion auszuliefern. Wäre er bei der PTR in Ronneburg geblieben, hätte sicherlich nicht nur seine Verhaftung und Aburteilung wegen seiner vermeintlichen Amtsanmaßung gedroht, sondern nach der Eingliederung Ronneburgs in die sowjetische Besatzungszone im Juli 1945 wäre sicherlich ein Zugriff des sowjetischen NKWD erfolgt und sein Schicksal wohl besiegelt gewesen: zur Auswahl hätten Stalins Gulag oder gleich das Erschießungskommando des NKWD gestanden.

Fazit

Vergleicht man die Situation der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt hinsichtlich der Entlassungen im Rahmen des Berufsbeamtenengesetzes von 1933 bzw. des RBG von 1935 mit der anderer akademischen Institutionen, insbesondere den Universitäten oder auch der außeruniversitären Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, so fällt auf, dass – ungeachtet der großen Unsicherheiten bei der Erhebung des Zahlenmaterials und der Bestimmung der Entlassungsquoten – die Quote deutlich geringer ausfällt und eher von einer Größenordnung ist, die für Ministerien, aber auch für den Bereich der Schulen charakteristisch ist.

Eine Erklärung für dieses Faktum wäre, dass die Reichsanstalt ungeachtet ihres ausgeprägten For-

schungscharakters, der historische Wurzeln hat ^[199] und bei anderen Instituten der Ressortforschung nicht so stark ausgebildet war, ihre institutionelle Verwurzelung in der Ressortforschung strukturelle und habituelle Folgen für die Reichsanstalt und ihre Mitarbeiter hatte. Stärker und im Gegensatz zum Lehrkörper der Universitäten und Hochschulen sowie auch der Wissenschaftler an den Kaiser-Wilhelm-Instituten fühlten sich die Regierungs- und Oberregierungsräte der PTR als Staatsbeamte, wobei weniger die konkrete Staatsform, als vielmehr der „Staat per se“ intendiert war. Dies implizierte ein vermeintlich „unpolitisches“ und „objektives“ Sein für das persönliche Verhalten wie für die eigene Forschungstätigkeit und ging mit einem konservativen Wissenschaftsverständnis einher, worauf schon oben kurz hingewiesen wurde. Das könnte bereits beim Prozess der Einstellung der Mitarbeiter zur Selektion eines bestimmten Wissenschaftlertyps geführt haben, der weniger für die Entlassungskategorien des BBG zutreffend war als beispielsweise an den Hochschulen und Kaiser-Wilhelm-Instituten; auch dass bereits hier die Quote jüdischer bzw. nicht-arischer Mitarbeiter gesenkt wurde und es „antisemitische Filter“ gegeben haben könnte. Im Sinne ähnlicher politisch motivierter Auslesungsprozesse lässt sich vielleicht auch der relativ hohe Anteil von einem Drittel politisch bedingter Entlassungen deuten (Siehe Tabelle auf S. ??)

Ein anderes bemerkenswertes Phänomen ist, dass schon in den Tagen vor Verkündung des BBG fast die Hälfte der letztlich zwölf entlassenen PTR-Mitarbeiter, nämlich fünf (E. Bobsin, O. Reichenheim, K. Schocken, K. Schweitzer, G. Wolfsohn), bereits vor dem 7. April 1933 durch Druck der NS-Betriebszellen bzw. des NSBO aus der PTR vertrieben bzw. beurlaubt wurden. Bei den Gästen bzw. Stipendiaten mit ihrem arbeitsrechtlich nicht belastbaren Status ließ sich dies problemlos exekutieren und für die Angestellten bzw. Beamten, E. Bobsin und K. Schweitzer, wurde die Entlassung/Beurlaubung dann durch das BBG nachträglich sanktioniert und in einem vermeintlich „geordneten“ Verfahren gesetzeskonform abgewickelt.

Im Gegensatz zu vielen anderen Wissenschaftseinrichtungen und speziell auch Instituten der Ressortforschung konnten in der PTR keine wirklichen Aktionen antifaschistischen Widerstands oder einzelne Widerstandskämpfer identifiziert werden; auch war die Physikalisch-Technische Reichsanstalt - wie z.B. die Chemisch-Technische Reichsanstalt ^[200] - wohl auch kein Objekt von Industriespionage. Allerdings war der im vorliegenden Aufsatz porträtierte Physiker und Antifaschist Friedrich Houtermans in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren für den „Betriebsbeobachtungsapparat“ der KPD tätig gewesen, und dieser hatte eng mit dem Nachrich-

tendienst der sowjetischen Armee kooperiert. Angesichts seines Schicksals – er entkam nur knapp dem Stalinschen Terror - und der Kriegssituation kann man wohl ausschließen, dass Houtermans während seiner Tätigkeit in der PTR (1942-1945) erneut für die Sowjetunion berichtet hat.

Fußnoten

- [1] Grüttner, im vorliegenden Band S. 49ff.
- [2] Grüttner 2023; Kienas 2018.
- [3] Schüring 2006.
- [4] Kern 1994, S. 219ff.
- [5] Kern 1994, S. 220.
- [6] Siehe Rürup/Schüring 2008.
- [7] Vgl. Frei 2013, S. 43ff.
- [8] Nationalsozialistische Betriebszelle der PTR an Reichsinnenminister Pg. Dr. Frick, Berlin 9. 3. 1933. BAB, RMdI 27079/1, Bl. 404.
- [9] Frei 2013, S. 55.
- [10] Nationalsozialistische Betriebszelle der PTR an Reichsinnenminister Pg. Dr. Frick, Berlin 9. 3. 1933. BAB, RMdI 27079/1, Bl. 404.
- [11] Nationalsozialistische Betriebszelle der PTR an Reichsinnenminister Pg. Dr. Frick, Berlin 9. 3. 1933. BAB, RMdI 27079/1, Bl. 404.
- [12] Hoffmann 1990.
- [13] Personalakte E. Bobsin, BAB R 1519, Nr. 955.
- [14] Carsten Bobsin an den Verfasser, e-mail 18.6.2020.
- [15] LABO, EB-A, Akte E. Bobsin 313.374, Bl. E6.
- [16] Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, Reichsgesetzblatt, Teil I, 1933, Berlin, den 4. Mai 1933, S. 233.
- [17] LABO, EB-A, Akte E. Bobsin 313.374, Bl. E20.
- [18] LABO, EB-A, Akte Bobsin 313.374, Bl. E24.
- [19] E. Bobsin an Direktor Kösters, Berlin 24.8.1945. Personalakte E. Bobsin, BAB, R 1519, Nr. 955.
- [20] Zu den Biographien von Reichenheim, Schocken und Wolfsohn siehe den Beitrag von Stefan L. Wolff, im vorliegenden Band S. 69ff.; zu Schweitzer näheres in den Beiträgen von Hoffmann und Schock-Hurst ebenfalls dort; S. 111ff.“
- [21] Notarielle Erklärung von Prof. Ernst Lau vom 24.7.1958. LABO, EB-A, Akte Reichenheim 71.136. Siehe auch den Beitrag von Stefan L. Wolff und seine kritische Bewertung der Erklärung von Lau.“
- [22] Ebbe Rasmussen an Niels Bohr, Berlin 6.4.1933. Niels Bohr Archive Kopenhagen, Bohr Scientific Correspondence, Supplement 1910-1962, Folder 273 (auch bei Wolff, S.69ff.). Christian Joas, Direktor des Niels-Bohr-Archives Kopenhagen, sei für die Übersetzung aus dem Dänischen ganz herzlich gedankt.
- [23] Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (N.S.B.O.) an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt an Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Berlin 3.4.1933. BAB R 1501/1267774, Bl. 162. Stefan L. Wolff danke ich

- für den Hinweis auf diesen Brief. Siehe dessen Beitrag mit Abdruck des Dokuments (S. 80) und detaillierten Informationen zu Kontext und Exegese des Briefes.
- [24] Jakob, Max. Tagebucheintrag 6.4.1933. DM-A. Nachlass Max Jakob (NL 149). Tagebuch S.1287.
- [25] Jakob, Max, Tagebucheintrag 7.4.1933. DM-A. Nachlass Max Jakob (NL 149) Tagebuch, S. 1287.
- [26] K. Schocken an A. Einstein, Berlin 12.4. 1922. Albert Einstein Archives, The Hebrew University Jerusalem, AEA 0510762
- [27] Siehe den Aufsatz von Stefan Wolff, S.69ff.
- [28] K. Schocken an A. Einstein, Berlin 12.4. 1922. Albert Einstein Archives, The Hebrew University Jerusalem, AEA 0510762
- [29] Siehe auch den Beitrag von Stefan L. Wolff in diesem Band (S.69ff.), wo die Datierung und die konkreten Umstände der Entlassung wie auch das Leben der drei entlassenen Physiker detailliert kommentiert werden.
- [30] Mühl-Benninghaus 1996, S. 40.
- [31] Bergemann, Ladwig-Winters 2016, S. 81.
- [32] Hachtmann 2007, S. 372.
- [33] Hoffmann 1990, S. 192.
- [34] Beyerchen 1982, S. 157f.
- [35] Walker 2024, S. 84.
- [36] F. Paschen an W. Gerlach, Charlottenburg 15.4.1933. DM-A, Nachlass W. Gerlach (NL 80)/104.
- [37] Stanciu 2018.
- [38] J. Stark an Ph. Lenard, Eppenstadt, 3.2.1933. SPKB-SBB.. Nachlass Johannes Stark.
- [39] Zum Gutachten Lenards, Siehe Ph. Lenard an J. Stark, Heidelberg 20.2.1933. SPKB-SBB.. Nachlass Johannes Stark.
- [40] Siehe J. Stark an Ph. Lenard, Eppenstadt, 22.2.1933. Staatsbibliothek zu Berlin – Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Nachlass Johannes Stark sowie Nationalsozialistische Betriebszelle der PTR an Reichsinnenminister Pg. Dr. Frick, Berlin 9. 3.1933. BAB, RmDI 27079/1, Bl. 404.
- [41] Schüring 2006, S. 59 gibt für die KWG den 27.4. 1933 an.
- [42] Brief des RmDI v. 16.1.1936, In: Fisch 2016, S. 31.
- [43] DBG 1937, S. 41.
- [44] Vgl. Mühl-Benninghaus 1996, S. 33ff.
- [45] Eine detaillierte Behandlung findet man im Beitrag von Stefan I. Wolff, S. 69ff.
- [46] Grüttner 2023, S. 5.
- [47] J. Stark an RmDI, 22.3.1934. BAB, R1501/127794, Bl. 67.
- [48] J. Stark an RmDI, 20.3.1934. BAB, R1501/127794, Bl. 66.
- [49] Grüttner 2023, S. 10.
- [50] J. Stark an W. Frick, Berlin 24.7.1933. BAB RmDI 27079/13, Bl. 70.
- [51] Zur Biographie von W. Dziobek: Veröffentlichung in den PTB-Mitteilungen (2025) in Vorbereitung.
- [52] H. Staude (Phys.-Chem- Institut Universität Leipzig) an R. Reuther, Leipzig 19.12.1956. THD-A, Math-Nat (1945-1968), XI/386 Ehrenpromotion Walter Dziobek (1933) Dez. 1956- Juli 1957.
- [53] R. Reuther an W. Dziobek, 2.8.1933. H. Staude (Phys.-Chem- Institut Universität Leipzig) an R. Reuther, Leipzig 19.12.1956. THD-A, Math-Nat (1945-1968), XI/386 Ehrenpromotion Walter Dziobek (1933) Dez. 1956- Juli 1957.
- [54] REM an W. Dziobek, Berlin 12.9.1933. BAB, R 4901/17110, PA Dziobek, Bl. 96.
- [55] Im Bericht über Theissing (Agent Report vom 11.1.1953. NARA NARA, RG 330, Box 167, Folder Hans Theissing) wie auch Bemerkungen in der Nachkriegskorrespondenz Dziobek-Hoffmann (Siehe PTB-A, Nachlass F. Hoffmann (N21-50) lassen sich in diese Richtung deuten.
- [56] W. Dziobek an Reichsstelle für Sippenforschung, Feb 1938. BAB, R 4901/17110, PA Dziobek, Bl. 96.
- [57] E. Gehrcke an REM, Berlin 14.12.1937. BAB, R 4901/17110, PA Dziobek, Bl. 98.
- [58] W. Dziobek an Entschädigungsamt, Berlin, 9.1.1953. LABO, EB-A, Akte Dziobek 5.5788, Bl. E6R.
- [59] Grüttner 2023, S. 9.
- [60] M.v. Laue an W. Meissner, Berlin 6.7.1942. DM-A. Nachlaß W. Meissner (NL 45), Mapped 006-2.
- [61] Zur Biographie von K.M. Koch: Siehe Nentwich 1968 sowie Veröffentlichung in den PTB-Mitteilungen (2025) in Vorbereitung.
- [62] W. Bein an Präsident J. Stark, Berlin Dezember 1933. BAB, R 1501 / 204861 PA W. Bein sowie F. Bein an Magistrat der Stadt Berlin, Berlin 20.5. 1946. LABO, EB-A, Akte Bein 6.095, Bl. ??.
- [63] Kern, S. 221.
- [64] Meier 1976, Bd. 1, S. 277f.
- [65] Siehe Olaf Kühl-Freudenstein: Evangelische Religionspädagogik und völkische Ideologie. Würzburg 2003, S. 27. Dagmar Pöpping (München) danke ich für den Hinweis und entsprechende Erläuterungen.
- [66] Siehe Scholder, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich. Berlin 1986, Bd. 1, S. 595. Manfred Gallius (Berlin) habe ich für den Hinweis auf Lietzmann zu danken.
- [67] Kern, Ulrich, S. 221.
- [68] Kern, S. 221. Die Personalakte Langbeins, aus der Kern zitiert, ist im Archiv der PTB und im Bundesarchiv nicht mehr auffindbar.
- [69] Walker 2024, S. 196f.
- [70] Hitler, Adolf: Mein Kampf. Berlin 1933, S. 345
- [71] Zitat nach: https://freimaurer-wiki.de/index.php/Die_Freimaurerei_Europas_unter_den_Nazis
- [72] Wilhelm Frick, Rede in Essen 5.8. 1934, In: Blume 1937, S. 8.
- [73] BAB, R 4907/2572, Bl. 7-8.
- [74] O. Wacker an J. Stark, Berlin 11.7.1937. BAB, R 1519/49, Bl. 27.

- [75] Göwert/Müller 2013, S. 59.
- [76] Kern 1994, S. 220
- [77] Siehe die Masterarbeit von Manna 2019, S. 46, wobei die Zahlen den in der Physikalischen Zeitschrift publizierten Tätigkeitsberichten und Mitarbeiterverzeichnissen entnommen wurden.
- [78] Bergemann/Ladwig-Winters 2016, S. 116.
- [79] Bergemann/Ladwig-Winters 2016, S. 111.
- [80] Nagel 2012, S. 53.
- [81] Hachtmann 2023, Bd.1, S. 590.
- [82] Grotkopp 1992, S. 283-286. Dort finden sich noch weitere statistische Zusammenstellungen zur Zahl der Entlassenen in der Reichsverwaltung und einigen Länderverwaltungen, insbesondere zu Preußen.
- [83] Siehe den Beitrag im vorliegenden Heft, sowie Grüttner 2023, S. 12. und Grüttner 2024 S.89.
- [84] Grüttner 2023, S. 12.
- [85] Steinhauser et al 2011, S. 107.
- [86] Steinhauser et al 2011, S. 95 -137.
- [87] Siehe Rürup/Schüring 2008, S.107; Hachtmann 2007, Bd. 1, S. 398-407.
- [88] Siehe Schüring, Michael, S.87-106 und Rürup/Schüring 2008, S. 70.
- [89] Wolff 2007, S. 103.
- [90] Wolff 2007, S. 572.
- [91] Siehe Ruske 1971.
- [92] Ruske 1971, S. 123ff.
- [93] Mitteilung von Carsten Reinhardt (Universität Bielefeld), einer der Leiter des vom Bundes-Wirtschaftsministeriums finanzierten Mega-Projektes zur „Geschichte der Ressortforschung in der NS-Zeit“.
- [94] M. Stöcken: Das Staatliche Materialprüfungsamt in der NS-Zeit, Vortrag Berlin 18.11.2024.
- [95] Siehe Manna 2019, S. 50ff.
- [96] Anonym 1962.
- [97] Hoffmann 1990, S. 191.
- [98] Die Angabe einer Prozentzahl ist hier natürlich methodisch sehr problematisch und kann nur der Orientierung dienen.
- [99] Schüring 2006, S.88-103.
- [100] Grüttner 2024, S.27.
- [101] Schüring 2006, S. 88ff.
- [102] Grüttner 2023, S. 7 u. S. 14.
- [103] Brief der Nationalsozialistischen Beamtenarbeitsgemeinschaft an das Reichsinnenministerium Berlin 20.4.1933. LABO, EB, Akte V. Engelhardt 5.550, Bl. 16.
- [104] J. Stark an Ph. Lenard, Charlottenburg 6.6.1938. SPKB-SBB. Nachlass Johannes Stark.
- [105] Wazek 2009, S. 371f und Hoffmann 2002.
- [106] Siehe Alexander 1992.
- [107] Zur Biographie Einsteins: Fölsing 1993.
- [108] Beuthe 1937, S. 46.
- [109] Hoffmann 2018, S. 65f.
- [110] Siehe Einstein 1921 sowie Fick/Kant 2008, S. 4-9.
- [111] Siehe Cahan 1992, S. 110.
- [112] Walker 2024, S. 179ff; Hoffmann 1982.
- [113] Einstein 1932 und 1953.
- [114] Mitteilung des Reichsministeriums des Innern v. 21.4.1933, In: Hoffmann 2018, S. 68.
- [115] Einstein, Albert.: Mein Weltbild, S. 105.
- [116] M.v.Laue an F.v.Ficker, Göttingen 11.7.1947, In: Kirsten/Treder 1979, Bd. 1, S. 273.
- [117] RMdI an PTR (Präsident), Berlin Mai 1933. BAB, RMdI 27079/2, Bl. 224.
- [118] PTR (Präsident) an RMdI (Minister Frick), Berlin 4. Dezember 1933. BAB, RMdI 27079/2, Bl. 122.
- [119] NSBO & NSBA an RMdI, Berlin 4.12.1933. BAB, RMdI 27079/2, Bl. 240f.
- [120] Vermerk des RMdI vom 28.12.1933. BAB, RMdI 27079/2, Bl. 242.
- [121] Vermerk des RMdI vom 28.12.1933. BAB, RMdI 27079/2, Bl. 242.
- [122] NSBO & NSBA an RMdI, Berlin 4.12.1933. BAB, RMdI 27079/2, Bl. 240f.
- [123] J. Stark an BAB, RMdI 27079/2, Bl. 236R.
- [124] Reichs-Innenministerium an Führer und Reichskanzler, Berlin 12.2.1934. BAB, RMdI Nr. 27079/2, Bl. 269R..
- [125] Hoffmann 2010, S. 42.
- [126] Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 20.3.1923, S.6. PTB-Archiv Braunschweig, Kuratorium.
- [127] Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 12.3.1924, S. 4f. PTB-Archiv Braunschweig, Kuratorium.
- [128] Zeitz 2006, S. 32f.
- [129] Hoffmann 1993, S. 899.
- [130] Laue 1947, S. 273.
- [131] Erklärung Laues vom 26.6.1948. BBAW-A, NL Laue UV, Nr. 2.
- [132] Beyler 2007, S. 73-79.
- [133] J. Stark an Reichsminister des Innern, Berlin 15.11.1933. BAB, RMdI 27079/13, Bl 74ff.
- [134] Brief RMdI an J. Stark v. 23.11.1933. BAB, RMdI 27079/13, Bl 74ff.
- [135] Hoffmann (in Vorbereitung).
- [136] Stefan L. Wolff (München) und seiner Internet-Expertise habe ich zu danken, dass die Familie Theissing in den USA ausfindig gemacht werden konnten. Frau Eva M. Mikutowicz (Mesquite, Ne) und Irene Theissing (Sumner, Wa) gilt ein besonderer Dank, dass sie mir Material zum Leben ihrer Eltern zur Verfügung gestellt und dieses dem Archiv der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig übergeben haben.
- [137] H. Theissing an Reichspostdirektion, Oberweissenbrunn 23.9.1945. PTB-A, Nachlass Theissing.
- [138] Der Generalstaatsanwalt Jena, Anklageschrift v. 8.1.1945. BAB, R 317/41350, S.21. Andreas Herbst (Berlin) half, die Prozeßakte mit der Anklageschrift zu finden.
- [139] Der Generalstaatsanwalt Jena, Anklageschrift v. 8.1.1945. BAB, R 317/41350, S. 2.
- [140] Siehe Wagner 1974.
- [141] Tüchel 2016, S. 14ff.

- [142] Der Generalstaatsanwalt Jena, Anklageschrift v. 8.1.1945. BAB, R 317/41350, S. 21.
- [143] Information von Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin.
- [144] Aussage Erwin Falkenthal v. 15.11.1947. NARA Akte. G2-CDOSP.OACOPS, G-2, Intelligence, DA, Washington 25, DC.
- [145] Entlassungsbescheinigung des Gefängnisvorstehers Altenburg, 13.4.1945. PTB-A, Nachlass Theissing.
- [146] H. Theissing an PTR, Oberweißbrunn 30.12.1945. BAB, R 1519/924. Personalakte Theissing.
- [147] Siehe Bussemer 2013, S. 13f.
- [148] Kind 2002, S. 21; Peltzer 1995 S. 23f.
- [149] Kind 2002, S. 21ff.
- [150] PTR (Direktor Dr. Steinhaus) an H. Theissing, Weida 1.11.1945. BAB, R 1519/924. Personalakte Theissing.
- [151] H. Theissing an PTR, Oberweißbrunn 30.12.1945. BAB, R 1519/924. Personalakte Theissing.
- [152] H. Theissing to the Military Government, Oberweissenbrunn 20.9.1945; OMGUS-Fragebogen v. 13.11.1947, PTB-A Braunschweig, Nachlass Theissing.
- [153] Lebenslauf von 1933. PTB-A, Nachlass Theissing.
- [154] Weiss 2012, S.27f.
- [155] Siehe die Splitternachlässe von H. und L. Theissing sowie von CF. Weiss. PTB-A.
- [156] Military Government of Germany, Personnel Questionnaire vom 5.10.1945. PTB-A Braunschweig.
- [157] Vivian Yurdakul (Berlin) danke ich für den Hinweis auf dieses Aktenkonvolut; zum Dank verpflichtet bin ich in diesem Zusammenhang ebenfalls Johannes Hagmann vom Deutschen Museum München, der mir komplementäre Akten von seinen Forschungen zur Aktion Paperclip zur Verfügung stellte.
- [158] Erklärung von Johannes Nienhold. Report v. 22.4.1953. NARA, RG 330, Box 167, Folder Hans Theissing.
- [159] Agent Report vom 11.1.1953. NARA NARA, RG 330, Box 167, Folder Hans Theissing.
- [160] H. Theissing an die amerikanische Militärregierung in Deutschland, Oberweissenbrunn 20.9.1945. PTB-A, Nachlass Theissing.
- [161] Siehe die diversen Lebensläufe und Publikationsverzeichnisse im Nachlass Theissing. PTB-A.
- [162] Siehe Müller 2013; Hoffmann 1993, S. 128ff; Maier 2017, S. 6f.
- [163] H. Theissing an K.W. Wagner, Berlin 5.10.1947. PTB-A, Nachlass Theissing.
- [164] Bussemer 2013, S. 25ff.
- [165] Bericht von Marta Klingbeil, Agent Report v. 11.1.1953. NARA, RG 330, Box 167, Folder Hans Theissing.
- [166] H. Theissing an K.W. Wagner, Berlin 5.10.1947. PTB-A Braunschweig, Nachlass Theissing.
- [167] Hermann 2017, S. 429 und 585.
- [168] Bericht von Dr. Hans Jungfer, Agent Report v. 11.1.1953. NARA, RG 330, Box 167, Folder Hans Theissing.
- [169] Schoeps 2016, S. 10, sowie Schoeps 2024.
- [170] Siehe Hoffmann 2014.
- [171] Grundmann 2008.
- [172] Korr. Houtermans, Bodleian Library Oxford, MS. , S.P.S.L. 330/8.
- [173] OMGUS Fragebogen v. 1.9.1945. Universität Göttingen, Archiv, Kur PA Houtermans, Fritz.
- [174] M.v. Ardenne an O. Haxel, Dresden 31.3.1993. Familienarchiv Ph. Haxel (Karlsruhe).
- [175] Ardenne 1990, S. 164.
- [176] Frenkel 2011, S. 123-153.
- [177] Karlsch 2005, S. 73f.
- [178] Herneck 1984, S. 190-200; Siehe auch Powers 1993, S. 148ff.
- [179] Powers 1993, S. 154ff.
- [180] F. Houtermans an Bruno Touschek, Göttingen, Juli 1947. SPKB – SBB, Nachlaß Born, Nr. 320.
- [181] F. Houtermans an Bruno Touschek, Göttingen, Juli 1947. SPKB – SBB, Nachlaß Born, Nr. 320.
- [182] Siehe dessen Ausarbeitung aus dem Jahre 1940: Über die der PTR entsprechenden Institute in Sowjetrußland. BAB, R 1519/37, Bl. 2.
- [183] Rammer, S. 124.
- [184] Siehe Reinders 2018.
- [185] Siehe Hoffmann/Schmidt-Rohr 2008, S. 19f sowie Viciano 2024, S. 79ff.
- [186] F. Houtermans an B. Touschek, Juli 1947 (Abschrift) und siehe auch den Brief an Max Born vom 26.12.1947. SPKB – SBB, Nachlaß Born, Nr. 320, S.2.
- [187] F. Houtermans an B. Touschek, Juli 1947 (Abschrift). SPKB – SBB, Nachlaß Born, Nr. 320, S. 3.
- [188] F. Houtermans an B. Touschek, Juli 1947 (Abschrift). SPKB – SBB, Nachlaß Born, Nr. 320, S. 3.
- [189] Raniuk 1999, S.159; Hoffmann 2014, S. 69.
- [190] Siehe Albrecht et al 1992, S. 48f.
- [191] Moser 1962, S.183
- [192] Siehe die entsprechenden Publikationen im seinem Schriftenverzeichnis, Hoffmann 2011, S. 159f.
- [193] Hoffmann 2011, S. 160.
- [194] Powers 1993, S. 136.
- [195] V. Weisskopf an S. Goudsmit, Cambridge 13.12.1948. AIP, NBL, Samuel Goudsmit Papers, box 24, Folder 257.
- [196] Rammer 2004, S. 122.
- [197] Landrock 2003, S. 197; Schlüppmann, 2002 (ließ sich im Herbst 2024 trotz wiederholter Versuche, nicht mehr aufrufen); Amaldi 1998, S. 656.
- [198] F. Houtermans an M. Born, Göttingen 26.12.1947. SPKB – SBB, Nachlaß Born, Nr. 320.

[199] Siehe Cahan 1992, S. 107-124.

[200] Siehe Groß-Wilde 2024.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, Ulrich; Andreas Heinemann-Grüder, Arend Wellmann: Die Spezialisten, Berlin 1992.
- Alexander, Thomas: Carl Severing. Sozialdemokrat aus Westfalen mit preussischen Tugenden. Westfalen-Verlag, Bielefeld 1992.
- Amaldi, Edoardo: The Adventures Life of Friedrich Houtermans, physicists (1903-1966), In: G. Batimelli, G. Paoloni (Eds): 20th Century Physics Essays and Recollections . A Selection of Historical Writings by Edoardo Amaldi. Singapore 1998, S. 592-695.
- Anonym: Von den Präsidenten der PTR. Physikalische Blätter 18(1962) S. 323.
- Ardenne, Manfred von: Die Erinnerungen. München 1990.
- Beuthe, Hermann: Kuratorium, In J. Stark (Hrsgb): Forschung und Prüfung. 50 Jahre Physikalisch-Technische Reichsanstalt. Leipzig 1937,
- Bergemann, Hans; Simone Ladwig-Winters: Der Prozess der „Gleichschaltung“ der Lehrerverbände sowie die Diskriminierung und Verfolgung Berliner Lehrkräfte im Nationalsozialismus. GEW-Berlin 2016.
- Beyerchen, Alan D.: Wissenschaftler unter Hitler. Physiker im Dritten Reich. Frankfurt/Main 1982.
- Beyler, Richard H.: Rahmenbedingungen und Autoritäten der Physikergemeinschaft im Dritten Reich, In: Dieter Hoffmann, Mark Walker: Physiker zwischen Autonomie und Anpassung. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Dritten Reich. Weinheim 2007, S. 59-90.
- Blume, H.: Das politische Gesicht der Freimaurerei. Braunschweig 1937.
- Bussemer, Peter: Die Thüringer Spuren der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt. PTB-Mitteilungen 123 (2013)1, 7-15.
- Cahan, David: Meister der Messung. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt im Deutschen Kaiserreich. Weinheim 1992.
- Conze, Eckart; Norbert Frei; Peter Hayes; Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. München 2010.
- Deutsches Beamtengesetz (DBG) v. 26.1.1937. Reichsgesetzblatt Nr. 9/1937, S. 41.
- Einstein, Albert: Mein Glaubensbekenntnis. Caputh 1932, Schallplatte.
- Einstein, Albert: Mein Weltbild. Zürich 1953.
- Einstein, Albert: Über ein Elementarprozess der Lichtemission betreffende Experiment. Sitzungsberichte der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1921, S. 882-883, Siehe auch (mit Kommentaren): CPAE, Vol. 7, Princeton 2002, S. 484-487.
- Fick, Dieter; Horst Kant: Walther Bothe's contributions to the particle-wave dualism of. Light. Preprint 360 des MPI für Wissenschaftsgeschichte Berlin 2008.
- Fisch, Stefan: Willkür und Regelmäßigkeit. Personal und Organisation des Reichswirtschaftsministeriums im Dritten Reich, In: Albrecht Ritschl (Hrsgb.): Das Reichs-Wirtschaftsministerium in der NS-Zeit. Wirtschaftsordnung und Verbrechen. Berlin, Boston 2016.
- Fölsing, Albrecht: Albert Einstein. Eine Biographie. Frankfurt am Main 1993.
- Frei, Norbert: Der Führerstaat. München 2013.
- Frenkel, Viktor J.: Friedrich Houtermans – Arbeit, Leben, Schicksal. Biographie eines Physikers des zwanzigsten Jahrhunderts . Herausgegeben und ergänzt von Dieter Hoffmann. Preprint 414 MPI für Wissenschaftsgeschichte Berlin 2011.
- Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. (BBG) Vom 7. April 1933. Reichsgesetzblatt, Teil I, Nr. 34 v. 7.4. 1933, S. 175-179.
- Göwert, Ingrid und Edgar; Jürgen Müller: August Wetthauer. Aus dem Leben eines PTR-Wissenschaftlers im Dritten Reich – eine Bildgeschichte. PTB Mitteilungen 123(2013) 1, S.59.
- Groß-Wilde, Simon: Die Wehrtechnologische Forschung und Prüfung für das „Dritte Reich“. Die Chemisch-Technische Reichsanstalt 1933 bis 1945. Vortrag in der BAM Berlin, 18.11.2024.
- Grotkopp, Jörg: Beamtentum und Staatsformwechsel. Die Auswirkungen der Staatsformwechsel von 1918, 1933 und 1945 auf das Beamtenrecht und die personelle Zusammensetzung der deutschen Beamtenchaft. Frankfurt am Main 1992.
- Grüttner, Michael: Ausgegrenzt: Entlassungen an den deutschen Universitäten im Nationalsozialismus. De Gruyter, Oldenbourg 2023.
- Hachtmann, Rüdiger: Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Göttingen 2007
- Hachtmann, Rüdiger: Vom Wilhelminismus zur Neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus. Das Reichsarbeitsministerium 1918-194, Bd. 1 & 2. Göttingen 2023.
- Hermann, Manfred: Project Paperclip – Deutsche Wissenschaftler in Diensten der U.S. Streitkräfte nach 1945., Diss. Universität Erlangen-Nürnberg 2017.
- Herneck, Friedrich: Eine alarmierende Botschaft, In: F. Herneck: Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte. Berlin 1984, S. 190-200
- Hoffmann, Dieter: Johannes Stark - eine Persönlichkeit im Spannungsfeld von

- wissenschaftlicher Forschung und faschistischer Ideologie. In: K.-F. Wessel (Hrsgb.): Philosophie und Naturwissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Heft 22: Wissenschaft und Persönlichkeit. Sektion marxistisch-leninistische Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin 1982, S.90-102.
- Hoffmann, Dieter: Friedrich Paschen: Der fünfte Präsident der Reichsanstalt. Zum 125 Geburtstag des Physikers. PTB-Mitteilungen 100(1990) 3, 187-192.
 - Hoffmann, Dieter: Wendepunkt in der Geschichte der Supraleitung. Physikalische Blätter 49(1993) 10, 899-901.
 - Hoffmann, Dieter: Nationalsozialistische Gleichschaltung und Tendenzen militärtechnischer Forschungsorientierung an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt im Dritten Reich, In: Helmut Albrecht (Hrsgb.): Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. Stuttgart 1994, S. 121-132.
 - Hoffmann, Dieter: Ein Experimentalphysiker als antitheoretischer Sammler. Ernst Gehrckes Zeitungsausschnittsammlung. In: A. te Heesen (Hrsgb.): Cut and Paste um 1900. Der Zeitungsausschnitt in den Wissenschaften. Kaleidoskopien Heft 4/2002, S. 70-80.
 - Hoffmann, Dieter; Ulrich Schmidt-Rohr: Wolfgang Gentner (1906-1980). Festschrift zum 100. Geburtstag. Heidelberg 2006.
 - Hoffmann, Dieter; Mark Walker (Hrsgb.): Zwischen Autonomie und Anpassung. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Dritten Reich. Weinheim 2007
 - Hoffmann, Dieter: „Nicht nur ein Kopf, sondern auch ein Kerl!“ Zum Leben und Wirken Max von Laues (1879-1960). Physik Journal 9(2010),
 - Hoffmann, Dieter: Schriftenverzeichnis Friedrich Houtermans, In: Frenkel, Victor J.: Professor Friedrich Houtermans – Arbeit, Leben, Schicksal. Biographie eines Physikers des zwanzigsten Jahrhunderts.: Herausgegeben von Dieter Hoffmann. Preprint 414 des MPI für Wissenschaftsgeschichte, Berlin 2011, S. 87.
 - Hoffmann, Dieter: Einsteins Berlin. Berlin 2018.
 - Hoffmann, Dieter: Die Feiern zum fünfzig jährigen Gründungsjubiläum der Physikalisch Technischen Reichsanstalt im November 1937 in Berlin. (in Vorbereitung).
 - Karlsch, Rainer: Hitlers Bombe. München 2005.
 - Kern, Ulrich: Forschung und Präzisionsmessung. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt zwischen 1918 und 1948. Weinheim 1995.
 - Kinas, Sven: Akademischer Exodus. Die Vertreibung von Hochschullehrern aus den Universitäten Berlin , Frankfurt am Main, Greifswald und Halle 1933-1945. Heidelberg 2018.
 - Kind, Dieter: Herausforderung Metrologie: die Physikalisch-Technische Bundesanstalt und die Entwicklung seit 1945. Bremerhaven 2002.
 - Kirsten, Christa; Hans-Jürgen Treder (Hrsgb.): Albert Einstein in Berlin 1913-1933, Bd. 1. Berlin 1979.
 - Landrock, Kurt: Friedrich Houtermans (1903-1966) – Ein bedeutender Physiker des 20. Jahrhunderts. Naturwissenschaftliche Rundschau 56(2003) 187-199.
 - Laue, Max von: Bemerkungen zu der vorstehenden Veröffentlichung von J. Stark. Physikalische Blätter 3 (1947) S. 271-273
 - Maier, Helmut: Kurzgutachten zum Forschungsstand der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des dem BMWi nachgeordneten Bereichs (insb. BAM, BGR, PTB) vom 16.10. 2017.
 - Manna, Gloria: Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt unter dem Hakenkreuz. Neustrukturierung einer außeruniversitären Forschungsinstitution 1933-1937. Masterarbeit TU Berlin, Lehrstuhl Wissenschaftsgeschichte. 2019.
 - Meier, Kurt: Der evangelische Kirchenkampf, Bd. 1. Göttingen 1976.
 - Mommsen, Hans: Beamtentum im Dritten Reich: Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik. Stuttgart 1966.
 - Moser, Hans (Hrsgb.): Forschung und Prüfung. 75 Jahre Physikalisch-Technische Bundesanstalt / Reichsanstalt. Braunschweig 1962.
 - Mühl-Benninghaus, Sigrun: Das Beamtentum in der NS-Diktatur. Zur Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze. Düsseldorf 1996.
 - Müller, Jürgen; Die PTR als Wehrmachtsbetrieb. PTB-Mitteilungen 123 (2013)1, 16-33.
 - Nentwich, Gerhard: Karl Michael Koch – 75 Jahre. E und M 85(1968)12, 569-570.
 - Peltzer, Lilli: Die Demontage deutscher naturwissenschaftlicher Intelligenz nach dem 2. Weltkrieg. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt 1945-1948. Berlin 1995.
 - Powers, Thomas: Heisenbergs Krieg. Hamburg 1993.
 - Rammer, Gerhard: Die Nazifizierung und Entnazifizierung der Physik an der Universität Göttingen. Promotion Universität Göttingen 2004. (<http://dx.doi.org/10.53846/goediss-1233>)
 - Raniuk, Yurij M.: Laboratorium No. 1. Charkow 1999. (russisch)
 - Reinders, L.J.: *The Life, Science and Times of Lev Vasilevich Shubnikov: Pioneer of Soviet Cryogenics*. Heidelberg 2018.
 - Rose, Paul Lawrence: Heisenberg and the Atomic Bomb Project. A Study in German Culture. Berkeley, Los Angeles, London 1998.
 - Rürup, Reinhard unter Mitwirkung von Michael Schüring: Schicksale und Karrieren. Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen

- und Forscher, Göttingen 2008.
- Ruske, Walter: 100 Jahre Materialprüfung in Berlin – Beitrag zur Technikgeschichte, Berlin 1971.
 - Schäche, Wolfgang; Brigitte Jacob, Norbert Szymanski: Bauten für die Wissenschaft. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt/ Bundesanstalt in Berlin-Charlottenburg 1887-2002. Berlin 2002.
 - Schlüpmann, Klaus: Vergangenheit im Blickfeld eines Physikers. Hans Kopfermann 1895-1963. Online Publikation 2002. (<http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a9.htm>; ließ sich trotz wiederholter Versuche im Herbst 2024 nicht aufrufen)
 - Schoeps, Julius H.: Vor der Geschichte Zeugnis ablegen, In: J. Schoeps, D. Bingen, G. Botsch: Der jüdische Widerstand als Problem der Forschung. Berlin, Boston 2016.
 - Schoeps, Julius H.: Gegenwehr gegen den NS-Terror. Gab es einen jüdischen Widerstand? Tagesspiegel v. 10.8. 2024, S. 12-13.
 - Schüring, Michael: Minervas verstoßene Kinder. Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft. Göttingen 2006.
 - Shiftman, Michail: Physics in a Mad World. Houtermans. Gelfand. Signapore 2016.
 - Silbermann, Elisa; Philipp Bunk; Franz Eckstein; Gudrun und Kurt Häßner: Das Kriegsende für die PTR in Thüringen. PTB-Mitteilungen 123 (2013)1, 82 - 89.
 - Stanciu, Anja: „Alte Kämpfer“ der NSDAP. Köln 2018.
 - Steinhauser, Thomas, Jeremiah James, Dieter Hoffmann, Bretislav Friedrich: Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik. Das Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft zwischen 1911 und 2011. Berlin 2011.
 - Tuchel, Johannes: Die Todesurteile des Kammergerichts 1943-1945. Eine Dokumentation. Berlin 2016.
 - Viciano, Astrid: Die Formen des Widerstandes. Wie Kernphysiker mithalfen, die Atombombe der Nazis zu verhindern. Berlin 2024.
 - Wagner, Walter: Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat. Oldenburg, München 1974,
 - Walker, Mark: Hitler's Atomic Bomb. History Legend, and Legacies of Auschwitz and Hiroshima. Cambridge 2024.
 - Wazek, Milena: Einsteins Gegner. Die öffentliche Kontroverse um die Relativitätstheorie in den 1920 Jahren. Frankfurt/Main 2009.
 - Wolff, Stefan L.: Die Ausgrenzung und Vertreibung von Physikern im Nationalsozialismus, In: Dieter Hoffmann, Mark Walker (Hrsgb.): Physiker zwischen Autonomie und Anpassung. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Dritten Reich. Weinheim 2007, S. 91-138.

Abkürzungen:

AIP, NBL:

American Institute of Physics, Niels Bohr Library, College Park, USA.

BAB:

Bundesarchiv, Berlin Lichterfelde.

DM-A:

Deutsches Museum München, Archiv.

LABO:

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin, Entschädigungsbehörde, Opfer des Nationalsozialismus, Archiv.

NARA

The National Archives and Record Administration, College Park, USA.

SPKB-SBB:

Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Staatsbibliothek Berlin.

Bildnachweise

Archiv der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig:

Abb. 1, 2, 3, 4, 10, 12, 15

Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin:

Abb. 9, 11 (Sign. VII. Abt., Rep. 1, Laue III/16).

Sammlung Hoffmann:

Abb. 5, 6, 7, 8, 13, 14

Danksagung:

Den Kolleginnen und Kollegen Manfred Gallius (Berlin), Michael Grüttner (Berlin), Johannes Hagmann (München), Philipp Haxel (Karlsruhe), Andreas Herbst (Berlin), Dagmar Pöpping (Berlin/München), Gerhard Rammer (Berlin), Johannes Tuchel (Berlin), Stefan Wolff (München) und Vivian Yurdakul (Berlin) habe ich für bereichernde Diskussionen und wichtige Informationen ganz herzlich zu danken.

Eröffnung zum Symposium „Unerwünscht“ am 30. September 2020

Tobias Schächter*

Lieber Herr Hoffmann, liebe Vortragende, liebe Gäste. Herzlich Willkommen am Institut Berlin!

Ursprünglich war dieses Symposium für den 7. April 2020 geplant. Der Jahrestag des nationalsozialistischen Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums sollte an die Ausgrenzung von Angehörigen der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR) erinnern. Aufgrund der Corona-Pandemie musste dies verschoben werden und findet heute als Hybridveranstaltung mit reduzierter Anwesenheit (und damit zulässigem Abstand) hier im Hörsaal und einer Live-Übertragung ins Internet statt. In Anlehnung an Albert Einsteins Eröffnung der Berliner Funkausstellung, die 1930 im Rundfunk übertragen wurde, begrüße ich daher alle „verehrten An- und Abwesenden!“

Normalerweise berichte ich zur Einführung von den Anfängen der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt durch die Gründungsväter Werner von Siemens und Hermann von Helmholtz sowie von großen wissenschaftlichen Entdeckungen zur Jahrhundertwende, wie z. B. die Quantenphysik, die hier an diesem Institut durch Zusammenarbeit von experimentell und theoretisch arbeitenden Wissenschaftlern begründet wurde; auch später hat die PTR mit fundamentalen Beiträgen zur modernen Physik und namentlich zur Quantenphysik beigetragen – wenn man etwa an die Koinzidenzexperimente von Geiger und Bothe, an die von Einstein angeregten Experimente zu Kanalstrahlen oder an die Forschungen von Kohlhörster und Bothe zur kosmischen Höhenstrahlung denkt. Als Naturwissenschaftler betrachtet man solche Errungenschaften gerne als objektive Erkenntnisse und spricht eher selten über den sozial-historischen Kontext. Allerdings spielen die Lebensumstände und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine viel stärkere Rolle für uns Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als

wir uns zugestehen möchten – damals wie auch heutzutage.

In der Geschichtsschreibung wird der Wechsel von Epochen meist durch Ereignisse, welche Brüche markieren, festgelegt. Es ist nicht einfach, die genauen Zeitpunkte solcher Ereignisse festzulegen. Ich denke, dass das infame „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 zwei Monate nach der nationalsozialistischen Machtübernahme einen solchen Bruch darstellt. Dabei ging der letzte verbleibende gesellschaftliche Zusammenhang verloren. Das Gesetz hatte mittelbaren Einfluss auf das Leben deutscher Beamter mit unterschiedlichem Glauben, Abstammung und politischen Anschauungen und wurde wenig später von den Nationalsozialisten als sogenannter „Arierparagraph“ zur Verfolgung und Ausgrenzung auch für andere Berufsgruppen eingesetzt.

Dieses Symposium „Unerwünscht“ beschäftigt sich mit der Verfolgung und Vertreibung von Wissenschaftlern der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt im Nationalsozialismus. Ich spreche hier bewusst von der männlichen Form eines Wissenschaftlers, da man damals die Anzahl von Wissenschaftlerinnen namentlich in der Reichsanstalt an einer Hand abzählen konnte. Allerdings werden wir im Verlauf dieses Symposiums hören, dass mit jedem Schicksal einer Vertreibung ein großes soziales Umfeld, also Ehefrauen, Familie und Freunde, betroffen war und oft zerstört wurde. Heute soll in Vorträgen sowohl auf den geschichtlichen Rahmen als auch auf die Auswirkungen auf die Arbeit einzelner Wissenschaftler eingegangen werden. Dabei freue ich mich, Frau Schock-Hurst begrüßen zu dürfen, die als Nachfahrin eine wichtige Zeitzeugen-Perspektive einbringt. Darüber hinaus darf ich auch Angehörige von anderen ehemaligen PTR-Mitarbeitern, wie Carsten Bobsin oder Friedrich Ritschl, herzlich begrüßen.

Das Symposium ist Teil eines Forschungsprojektes,

* Schächter, Prof. Dr. Tobias (geb. 1967) Physiker; Leiter des Instituts Berlin der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, E-Mail: tobias.schaeffter@ptb.de

das die Geschichte der Reichsanstalt und ihre Integration in das nationalsozialistische Herrschaftssystem zwischen 1933 und 1945 beleuchtet. Das Forschungsprojekt geht auf eine Initiative unseres Alt-Präsidenten Ernst Otto Goebel zurück, der unmittelbar vor seiner altersbedingten Pensionierung bei Dieter Hoffmann vom Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin anfragte, ob er sich vorstellen könnte, die Geschichte der Reichsanstalt während des Dritten Reiches aufzuarbeiten. Herr Hoffmann war an der PTB kein Unbekannter, denn er hatte sich schon in der DDR intensiv mit der Geschichte der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt beschäftigt und war dabei in Diskussion mit PTB-Kollegen, insbesondere zum kürzlich verstorbenen Präsidenten Dieter Kind sowie mit Heinz Lübbig vom Institut Berlin. Dieter Kind war es auch, der schon als Präsident der Bundesanstalt (1975–1995) der Geschichte dieser traditionsreichen Forschungsinstitution einen festen Platz einräumte. So wurde Anfang der neunziger Jahre die Drucklegung der deutschen Übersetzung von David Cahans vielbeachteter Dissertation „*An Institute for an Empire. The Physikalisch-Technische Reichsanstalt 1871–1918*“ in der Monographienreihe der PTB gefördert. Auch die Dissertation von Ulrich Kern zur PTR-Geschichte von 1918 bis 1945 am Lehrstuhl für Wissenschaftsgeschichte an der Universität Stuttgart wurde durch die Bundesanstalt unterstützt. Die Geschichte der Reichsanstalt hat also seit langem einen festen Platz in der Bundesanstalt, und die Aktivitäten von Präsident Kind wurden auch unter seinen Nachfolgern Ernst Otto Göbel und Joachim Ullrich weitergeführt. Insofern war es kein Zufall als Herr Hoffmann gebeten wurde, sich mit der Geschichte der Reichsanstalt in den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu beschäftigen – einer Periode, in der die Reichsanstalt von zwei herausragenden nationalsozialistischen Aktivisten, Johannes Stark und Abraham Esau, geleitet wurde und auch sonst ihren Platz in der nationalsozialistischen Forschungs- und Aggressionspolitik gefunden hatte. Wie stark und in welchem Maße auch wissenschaftliche wie forschungspolitische Freiräume genutzt wurden, darüber sollen die Forschungen von Dieter Hoffmann Aufschluss geben. Herr Hoffmann ist durch zahlreiche Studien zur Physikgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts als Physikhistoriker ausgewiesen und gehört zu den raren Experten der PTR/PTB-Geschichte. Seit mehr als 30 Jahren ist er gern gesehener Gast am Institut Berlin, war dort auch in der unmittelbaren Nach-Wende-Zeit kurzzeitig als „Haus- und

Hof-Historiker und -Archivar“ angestellt. Aktuell ist Herr Hoffmann mit uns über einen Werkvertrag verbunden, der die Erstellung einer Studie zur Geschichte der PTR im Dritten Reich zum Ziel hat – wobei natürlich vollständige Forschungsautonomie für Herrn Hoffmann garantiert ist. Das heutige Symposium ist die erste öffentliche Veranstaltung des Projektes und widmet sich einem speziellen und besonders kläglichen Themenbereich: der Vertreibung von Mitarbeitern der Reichsanstalt aus rassistischen und politischen Gründen.

Bei der Vorbereitung auf den heutigen Tag stellte ich mir die Frage nach „Schuld und Verantwortung“. Die Frage nach individueller und kollektiver Schuld wurde oft gestellt und führte – vorsichtig ausgedrückt – zu komplexen Bewertungen. Allerdings bin ich überzeugt, dass eine offene Beschreibung und Diskussion der historischen Ereignisse Grundvoraussetzungen dafür sind, dass sich Dinge nicht wiederholen.

Ich betrachte die derzeitigen politischen Entwicklungen mit großer Sorge, und man kann durchaus parallele Entwicklungen sehen. Ausgrenzende Meinungen werden unverblümt in der Politik und im Alltag geäußert und vertreten. Anfang des Jahres ging Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede in Yad Vashem darauf mit den Worten ein: „Ich wünsche, sagen zu können: Wir Deutsche haben für immer aus der Geschichte gelernt. Aber das kann ich nicht sagen, wenn Hass und Hetze sich ausbreiten.“

Wir leben in einer Welt, in der auch Präsidenten kleiner und großer Nationen wissenschaftliche Erkenntnisse komplett in Frage stellen. Es ist unsere Aufgabe als Wissenschaftler und Bürger, Verantwortung zu übernehmen und Stellung zu beziehen. Ansonsten geht die Grundlage verloren für die aus meiner Sicht durchaus erfolgreiche gesellschaftliche Entwicklung in Europa und weltweit. Ich bin der festen Überzeugung, dass die derzeitigen großen Herausforderungen der Menschheit ein gemeinsames Handeln erfordern. Die Corona-Pandemie oder der Klimawandel zeigen, dass dieses Handeln in enger Abstimmung mit der Wissenschaft angegangen werden muss. Wissenschaft lebt von einer weltoffenen und vielfältigen Gemeinschaft. Daher darf im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung keine Ausgrenzung aufgrund des Glaubens und politischen Einstellung stattfinden.

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir mit dem heutigen Symposium ein wenig aus der Geschichte lernen und wir Verantwortung für unsere Zukunft übernehmen.



Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Nationales Metrologieinstitut

Symposium 30. September 2020

Unerwünscht – Verfolgung und Vertreibung von Angehörigen der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR) im Nationalsozialismus

„Am 87. Jahrestag des nationalsozialistischen Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums soll mit diesem Symposium an die Angehörigen der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR) erinnert werden, die auf der Grundlage des infamen Gesetzes Opfer antisemitischer, politischer und weltanschaulicher Verfolgung und Vertreibung wurden. Das Symposium ist Teil eines Forschungsprojektes, das die Geschichte der Reichsanstalt und ihre Integration in das nationalsozialistische Herrschaftssystem zwischen 1933 und 1945 aufarbeitet.“
Dieter Hoffmann

30. September 2020 (10 Uhr – 16 Uhr)

Institut Berlin der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB)
Hörsaal, Helmholtz-Bau
Abbestraße 2-12
10587 Berlin

Das Symposium wird zugleich als Videostream übertragen:
<https://www.ptb.de/cms/symposium30sept>

Programm

- | | |
|-------------------|---|
| 10.00 Uhr | Eröffnung durch den Leiter des Instituts Berlin der PTB, Prof. Dr. T. Schäffter |
| 10.15 Uhr | M. Grüttner (TU Berlin):
Die Vertreibung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Nationalsozialismus - Stand der Forschung. |
| 11.00 Uhr | D. Hoffmann (MPIWG / PTB Berlin):
Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 und dessen Umsetzung an der PTR. |
| 11.45 Uhr | H.-L. Diemel (TU Berlin):
Wie die Wärmeübertragungsforschung nach Amerika kam: Max Jakob.
(In Analogie zu P. Hanles Buch über Theodor von Karman „Bringing Aeronautics to America“) |
| 12.30 – 13.30 Uhr | Pause |
| 13.30 Uhr | S. L. Wolff (Deutsches Museum München):
Otto Reichenheim und andere vertriebene Gastwissenschaftler und Stipendiaten. |
| 14.15 Uhr | A. Schock-Hurst (London), D. Hoffmann (MPIWG / PTB Berlin):
Die Entlassung des Justiziers Kurt Schweitzer und die familiäre Erinnerung an seine Vertreibung aus Deutschland. |
| 15.00 Uhr | Abschlussdiskussion |

Die Vertreibung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Nationalsozialismus

Michael Grüttner*

Die Entlassung zahlreicher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch die brutale Exklusionspolitik des NS-Regimes und die dadurch ausgelösten internationalen Migrationsbewegungen gelten zu Recht als bedeutsame Ereignisse in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Fast alle kennen zumindest einige der illustren Namen, die zu den Opfern dieser Politik zählen: Albert Einstein und Sigmund Freud, Erwin Schrödinger und Ernst Cassirer, Max Born und Erwin Panofsky, Lise Meitner und Theodor Adorno.

Gleichwohl sind die Dimensionen und Konturen dieses Vertreibungsprozesses bis heute nur in Umrissen bekannt. Zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, dem Vorläufer der heutigen Max-Planck-Gesellschaft, liefern die Arbeiten von Reinhard Rürup und Michael Schüring ein präzises Bild. Zu den Technischen Hochschulen liegen dagegen nur Lokalstudien vor. Bisher gibt es noch keinen Versuch, ein Gesamtbild zu erstellen. Mit den Auswirkungen der Vertreibungspolitik auf die deutschen Universitäten haben wir uns an der TU Berlin im Rahmen eines Forschungsprojekts beschäftigt, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert wurde.^[1] Im Rahmen dieses Projektes haben wir Biogramme sämtlicher betroffener Lehrkräfte erstellt, von den Lehrbeauftragten bis zu den Emeriti. Die gesammelten Daten wurden mit Blick auf Entlassungsgründe, Religion, akademischen Status und disziplinäre Zugehörigkeiten, gegebenenfalls auch auf Mitgliedschaften in politischen Organisationen und Emigrationsländer ausgewertet.^[2]

Einige Ergebnisse dieses Projekts möchte ich im Folgenden vorstellen. Meine Ausführungen sind in vier Teile gegliedert: Ich werde 1. auf die verschiedenen Stadien der Entlassungspolitik und ihre Ergebnisse eingehen; 2. das Schicksal der Betroffenen behandeln; 3. die Reaktion der nicht betroffenen Wissenschaftler analysieren; und 4. die politischen und wissenschaftspolitischen Folgen der Entlassungspolitik skizzieren.

Die Stadien der Entlassungspolitik und ihre Ergebnisse

Die Vertreibung unerwünschter Hochschullehrer begann mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933, dessen Geltungsbereich auch auf alle nichtbeamteten Hochschullehrer ausgedehnt wurde. Dieses Gesetz richtete sich sowohl gegen politische Gegner des Nationalsozialismus als auch gegen Juden und „Nichtarier“.^[3] Allerdings enthielt das Berufsbeamtengesetz auch verschiedene Ausnahmeregelungen, von denen vor allem zwei wichtig waren: Juden und „Nichtarier“, die im Ersten Weltkrieg „an der Front“ für das Deutsche Reich oder seine Verbündeten gekämpft hatten, blieben zunächst



* Prof. i.R. Dr. Michael Grüttner (geb. 1953) Historiker; Berlin, E-Mail: michael.gruettner@berlin.de

Abbildung 1: Albert Einstein, hauptamtliches Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften und Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin, erklärte im März 1933, er wolle nur in einem Land leben, "in dem politische Freiheit, Toleranz und Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz herrschen." Einstein emigrierte in die USA und ist nie wieder nach Deutschland zurückgekehrt.

von der Entlassung verschont; Gleiches galt für Hochschullehrer, die schon vor dem Ersten Weltkrieg zu Beamten ernannt worden waren.

Gemäß der spezifischen, durch Radikalisierung geprägten Dynamik des NS-Regimes waren diese Ausnahmeregelungen nur von kurzer Dauer. Bereits zwei Jahre später startete eine zweite Entlassungswelle: Die erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz – einem der berüchtigten „Nürnberger Gesetze“ – befahl im November 1935 die Entlassung jener „jüdischen“ Beamten, die 1933 noch vom Berufsbeamtengesetz verschont geblieben waren.

Eine dritte Entlassungswelle fiel in die Jahre 1937/38. Diesmal traf es zum einen die sog. „Vierteljuden“ und „Halbjuden“, zum anderen jene Hochschullehrer, deren Ehepartner als Juden oder „Mischlinge“ galten.^[4]

Eine letzte Gelegenheit, große Teile des Lehrkörpers zu überprüfen, bot sich im Februar 1939, als eine neue Reichshabilitationsordnung in Kraft trat.^[5] Dadurch verloren verschiedene Privatdozenten und nichtbeamtete Professoren ihre Lehrbefugnis. Zu den Betroffenen gehörten insbesondere „konfessionell gebundene“ Hochschullehrer und Nachwuchskräfte der Theologischen Fakultäten, deren Auflösung seit 1938 in Planung war.

Damit war die „Säuberung“ des deutschen Wissenschaftssystems im Wesentlichen abgeschlossen. In den folgenden Jahren kam es angesichts eines allgemeinen Nachwuchsmangels in den meisten wissenschaftlichen Disziplinen nur noch selten zu weiteren Entlassungen. Wenn sich aber einzelne Hochschullehrer – wie der Hamburger Pädiater Rudolf Degkwitz oder der Marburger Romanist Werner Krauss – eindeutig als Gegner des Nationalsozialismus exponierten, mussten sie nicht nur mit der Verfolgung durch Gestapo und Justiz

rechnen, sondern auch mit ihrer Entlassung aus dem Hochschuldienst.^[6]

Welche Auswirkungen hatte diese Politik? Für die Universitäten ergibt sich aus unseren Berechnungen eine Entlassungsquote von 19,5 % bezogen auf den Lehrkörper des Wintersemesters 1932/33. Wenn wir zu den Entlassenen auch noch jene Hochschullehrer hinzurechnen, die unter dem Eindruck der politischen Ereignisse freiwillig aus dem deutschen Universitätssystem ausschieden, dann liegt die Verlustquote eindeutig über 20 %. Einen noch größeren Substanzverlust erlitt die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die nach den Berechnungen von Reinhard Rürup seit 1933 fast ein Drittel ihrer wissenschaftlichen Mitglieder und 10 von 35 Institutsdirektoren bzw. Leitern von Forschungsstellen verlor.^[7] Für die Technischen Hochschulen gibt es, wie bereits erwähnt, noch keine zuverlässigen Gesamtzahlen. Die bereits 1937 veröffentlichte Pionierstudie des amerikanischen Soziologen Edward Yarnall Hartshorne (1912–1946) deutet jedoch darauf hin, dass die Technischen Hochschulen geringere Verluste hatten als die Universitäten.^[8]

Eine besonders hohe Entlassungsquote verzeichneten die an den Universitäten tätigen Dozentinnen. Frauen hatten erst seit 1919 die Möglichkeit, sich zu habilitieren. Demensprechend war diese Gruppe sehr klein, sie umfasste 1932 nur 74 Personen, 1,2 % des Lehrkörpers der deutschen Universitäten. Umso größer war jedoch die Zahl der Dozentinnen, die Opfer der universitären „Säuberung“ wurden. Die Entlassungsquote der weiblichen Lehrkräfte lag bei 35 %; sie war damit deutlich höher als die der Männer. Die Differenz erklärt sich vor allem aus der Tatsache, dass unter den Wissenschaftlerinnen der jüdische Anteil größer war als unter ihren männlichen Kollegen.

Abbildung 2:
Dahlemer Physik-Community 1920. Sitzend von links nach rechts: **Hertha Sponer**, **Albert Einstein**, **Ingrid Franck**, James Franck, **Lise Meitner**, **Fritz Haber**, Otto Hahn; stehend von links nach rechts Walter Grotrian, Wilhelm Westphal, Otto von Baeyer, **Peter Pringsheim**, **Gustav Hertz** (die Namen der später vom NS-Regime Entrechteten sind fett markiert).



Wer waren die Opfer der Massenentlassungen? An den Universitäten bildeten Juden bzw. „Nichtarier“ die bei weitem größte Gruppe der Entlassenen (70,4 %). Von ihnen gehörte nur eine Minderheit der jüdischen Religionsgemeinschaft an. Die meisten waren getauft, einige wenige bezeichneten sich als „Dissidenten“ oder als konfessionslos. Eine zweite kleinere Opfergruppe bestand aus Hochschullehrern, deren Partner von den Nazis als jüdisch oder „nichtarisch“ klassifiziert worden waren. Diese Gruppe umfasste 9,6 % der Entlassenen. Zusammengerechnet sind also 80 % der von den Universitäten vertriebenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Opfer der antisemitischen Politik des Regimes geworden. Unter den entlassenen Angehörigen des wissenschaftlichen Personals der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war der Anteil dieser Gruppe noch größer. Hier wurden 92 von 104 betroffenen Personen (88,5 %) aufgrund antisemitischer Motive vertrieben.^[9]

Die restlichen Opfer der Entlassungspolitik bildeten eine äußerst heterogene Gruppe. Unter ihnen befanden sich Kommunisten, Sozialdemokraten und Liberale ebenso wie Mitglieder der evangelischen „Bekennenden Kirche“ und Angehörige des katholischen Milieus, aber auch Homosexuelle, oppositionelle Konservative und einige NSDAP-Mitglieder.

Die einzelnen Universitäten wurden von der Entlassungswelle ganz unterschiedlich erfasst. Von den insgesamt 23 deutschen Universitäten verloren zwei, Berlin und Frankfurt, mehr als ein Drittel ihres Lehrkörpers. Überproportional viele Entlassungen verzeichneten ferner die Universitäten Breslau und Heidelberg. Dagegen waren andere Hochschulen – allen voran die Universitäten Erlangen und Tübingen – von den Entlassungen nur geringfügig betroffen.

Wie kann man diese Unterschiede erklären? Naheliegender ist hier die Vermutung, dass an den einzelnen Universitäten mit unterschiedlicher Härte gegen tatsächliche oder vermeintliche Feinde des NS-Staates vorgegangen wurde. Demnach wäre in Berlin und Frankfurt radikaler „gesäubert“ worden als in Tübingen oder Erlangen. Tatsächlich hatten die Kultusministerien im Falle der jüdischen bzw. „nichtarischen“ Wissenschaftler, die das Gros der Entlassenen bildeten, aber keinen wirklichen Handlungsspielraum. Juden oder Wissenschaftler jüdischer Herkunft wurden (von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen) in jedem Fall entlassen – unabhängig davon, ob sie Kommunisten waren oder hochdekorierte Frontoffiziere des Ersten Weltkriegs.

Demzufolge geben die Entlassungsstatistiken in erster Linie Auskunft über die unterschiedliche Bereitschaft der Universitäten, vor 1933 Juden und „Nichtarier“ in den Lehrkörper aufzunehmen. Als Faustregel lässt sich formulieren: Je offener die Universitäten in dieser Hinsicht vor 1933 gewesen

sind, desto stärker waren sie nach 1933 von den Entlassungen betroffen. Im Umkehrschluss heißt das: Wenn eine Universität wie Tübingen nach 1933 nur geringe personelle Verluste hatte, dann lag das vor allem daran, dass diese Universität schon in der Weimarer Republik darauf geachtet hatte, möglichst keine Juden zu habilitieren oder zu berufen.^[10]

Das Schicksal der Betroffenen

Was wurde aus den entlassenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, nachdem sie die Hochschule verlassen mussten? Die Forschung hat sich in den vergangenen Jahren vor allem auf jene Hochschullehrer konzentriert, die nach 1933 emigriert sind. Unter ihnen finden wir eine große Bandbreite höchst unterschiedlicher Lebensläufe.

Hier gab es auf der einen Seite talentierte junge Mediziner oder Naturwissenschaftler, die manchmal schon vor ihrer Emigration international vernetzt waren, gut Englisch sprachen, und sich wissenschaftlich über Deutschland hinaus einen Namen gemacht hatten. Ihre Chancen, sich in der Emigration relativ schnell eine neue Existenz aufzubauen, waren in der Regel gut, oft sogar sehr gut. Herausragendes Beispiel einer solchen Laufbahn ist der Freiburger Physiologe Hans Adolf Krebs (1900–1981).^[11] Krebs hatte sich im Dezember 1932, wenige Wochen vor der „Machtergreifung“, mit einer Arbeit über den biochemischen Mechanismus der Synthese des Harnstoffs im Tierkörper habilitiert. Diese Arbeit wurde schon bald als bedeu-



Abbildung 3:
Hans Krebs bei der
Nobelpreisübergabe
1953

tende wissenschaftliche Leistung anerkannt und auch außerhalb Deutschlands öffentlich gewürdigt. Die Nachricht von seiner Entlassung in Freiburg setzte daher sofort lebhaftere Bemühungen in Gang, ihm eine neue Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen. Bereits fünf Monate nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler konnte Krebs auf Einladung des britischen Biochemikers und Nobelpreisträgers Frederick Gowland Hopkins (1861–1947) nach Cambridge reisen, wo er ein Rockefeller-Stipendium erhielt. Zwei Jahre später ging er zunächst als *Lecturer*, später als Professor nach Sheffield. 1953 erhielt Krebs den Nobelpreis für Medizin, ein Jahr später wurde er auf eine Professur in Oxford berufen. Krebs selber sah seine Biographie in vieler Hinsicht als untypisch an. Rückblickend notierte er:

„Mein Beruf als Naturwissenschaftler und Mediziner war ein internationaler, so dass ich ohne Schwierigkeiten meine berufliche Tätigkeit im Ausland fortsetzen konnte (was für Juristen, Lehrer, Journalisten, Schriftsteller und manche Geschäftsleute recht schwierig war). Vor allem hatte ich das Glück, nach der Entdeckung des Ornithinzyklus als international anerkannter Forscher zu gelten, eine Entdeckung, die ich gerade noch zur rechten Zeit gemacht hatte, weniger als ein Jahr vor Hitlers Machtübernahme. Ich war jung genug (32), um mich im Ausland leicht anpassen zu können. Ich war unverheiratet und daher ohne Familienverpflichtungen. Meine Kenntnis der englischen Sprache reichte aus, dank eines früheren Aufenthaltes in England und Amerika, mich ohne Schwierigkeiten verständlich zu machen.“^[12]

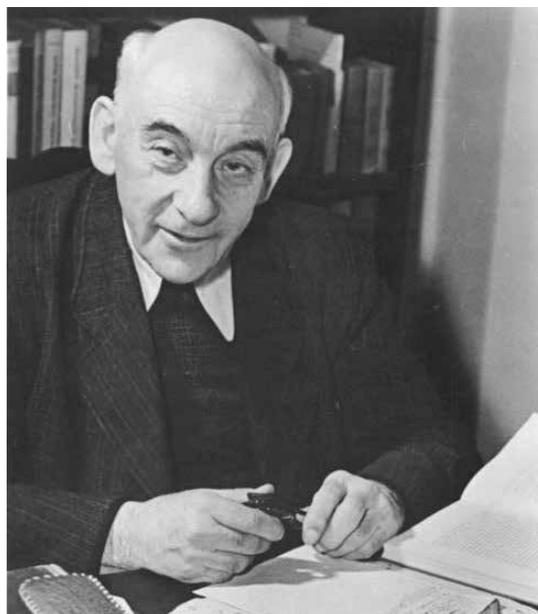


Abbildung 4: Victor Klemperer, der in einer „privilegierten Mischehe“ das Dritte Reich überlebte, um 1954

Naturgemäß wissen wir über Erfolgsgeschichten dieser Art viel mehr als über jene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, denen es nicht gelang, sich in der Emigration eine neue Existenz aufzubauen. Zu den letzteren gehörte die Berliner Historikerin Hedwig Hintze (1884–1942), die als Frau jüdischer Herkunft und als Sozialistin schon vor 1933 eine Außenseiterin im deutschen Wissenschaftsbetrieb gewesen war.^[13] Hedwig Hintze war Spezialistin für französische Geschichte. Als sie 1933 aufgrund des Berufsbeamtengesetzes ihre *Venia Legendi* verloren hatte, lag es daher nahe, sich in Frankreich eine neue wissenschaftliche Existenz aufzubauen. 1933/34 erhielt sie auch tatsächlich ein Stipendium, das einen längeren Forschungsaufenthalt in Paris ermöglichte. Da es ihr nicht gelang, in Frankreich dauerhaft Fuß zu fassen, kehrte sie im März 1936 nach Berlin zurück. Angesichts der Radikalisierung des NS-Regimes emigrierte Hedwig Hintze schließlich kurz vor Kriegsbeginn, im August 1939, mit Hilfe evangelischer Kirchenkreise in die Niederlande. Ihre Versuche, dort eine Stelle zu finden, verliefen jedoch ebenfalls erfolglos. Sie bemühte sich deshalb, in die USA auszureisen. Im Herbst 1940 – mittlerweile war auch Holland von der Wehrmacht besetzt – schienen ihre Bemühungen endlich von Erfolg gekrönt. Sie erhielt einen Ruf an die *New School for Social Research*, eine Art Emigrantenuniversität in New York, konnte diese Stelle aber nicht antreten, weil sie kein Einreisevisum für die USA erhielt. Hedwig Hintze versuchte daraufhin, eine Einreisegenehmigung für Kuba zu erhalten, in der Hoffnung, auf diese Weise dem Zugriff der Nationalsozialisten zu entkommen und über eine Zwischenstation doch noch in die USA zu gelangen. Nachdem Kuba, damals eine Art Satellitenstaat der USA, Deutschland im Dezember 1941 den Krieg erklärt hatte, wurde auch diese Option hinfällig. Seit April 1942 musste Hedwig Hintze den Judenstern tragen; sie litt unter starken Depressionen, und ihr letzter erhaltener Brief vom 6. Juli 1942, in dem sie sich verzweifelt um eine Ausreise in die Schweiz bemühte, verrät Todesangst: „Ich weiß bestimmt, daß ich vor dem Untergang nur gerettet werden kann, wenn ein Wunder geschieht.“ In demselben Brief heißt es auch: „Das Abgeschnittensein von den Quellen geistigen Lebens, von Bibliotheken, ja von Büchern ist für mich auf längere Zeit kaum zu ertragen ...“^[14] Am 15. Juli begann die Deportation der in Holland lebenden Juden. Vier Tage später starb Hedwig Hintze nach einem Schlaganfall. Die Annahme, sie habe Suizid begangen, ist umstritten.^[15]

Über diejenigen, die während der NS-Diktatur in Deutschland geblieben sind, wissen wir relativ wenig. Dabei ist ihre Zahl keineswegs gering. Wie unsere Untersuchung ergab, sind 40 % der entlassenen Universitätslehrer nicht emigriert.

Auch ihr Leben verlief nach der Entlassung sehr unterschiedlich.

Für die jüdischen und die als „Juden“ kategorisierten Wissenschaftler war dies eine Zeit fortschreitender Entrechtung und Demütigung, die vielfach mit dem Tod endete. Die wenigen Personen aus dieser Gruppe, die das Dritte Reich überlebten, waren in der Regel durch ihre Ehe mit einem „arischen“ Partner vor der Deportation in die Vernichtungslager geschützt. Zu diesem Personenkreis gehörte der Romanist Victor Klemperer (1881–1960) – ein Hochschullehrer protestantischer Konfession, der den Nationalsozialisten als „Volljude“ galt.^[16] Klemperer wurde erst 1935 entlassen, weil er als Kriegsfreiwilliger des Ersten Weltkriegs zunächst unter die Ausnahmeregelungen des Berufsbeamtengesetzes fiel. Nach der Entlassung stürzte sich Klemperer auf seine Arbeit, insbesondere auf eine Geschichte der französischen Literatur des 18. Jahrhunderts, die erst viele Jahre später publiziert werden konnte. 1936 wurde ihm verboten, den Lesesaal der Universitätsbibliothek zu benutzen. Im Dezember 1938, kurz nach dem Novemberpogrom, teilte ihm ein sichtlich aufgewühlter Bibliothekar mit, er dürfe die Bibliothek überhaupt nicht mehr betreten, eine Entscheidung, die Klemperer als „absolute Mattsetzung“ empfand, weil weitere wissenschaftliche Forschung damit für ihn – wie für viele andere entlassene Wissenschaftler – praktisch unmöglich geworden war: „Mit dem Bibliotheksverbot bin ich nun buchstäblich arbeitslos geworden.“^[17] Vor der Emigration schreckte Klemperer lange zurück. Erst nach dem Novemberpogrom von 1938 bemühte er sich erfolglos darum, Deutschland zu verlassen. Die folgenden Jahre verbrachte der Romanist in wachsender Isolation, die nur von wenigen Freunden und Bekannten durchbrochen wurde. 1940 musste er sein Haus in Dresden-Dölzchen verlassen und lebte fortan mit seiner Frau auf beengtem Raum in einem „Judenhaus“. Im Februar 1945 nutzte Klemperer das Chaos, das die Luftangriffe auf Dresden hinterlassen hatten, um sich vom obligatorischen Judenstern zu befreien und aus Dresden zu flüchten. In einem bayerischen Dorf erlebte er den Einmarsch amerikanischer Truppen, der für ihn die endgültige Rettung bedeutete.

Im Gegensatz zu den jüdischen und den als „jüdisch“ kategorisierten Wissenschaftlern hatten manche „Mischlinge“ oder „nichtarisch Versippte“ durchaus die Möglichkeit, sich nach ihrer Vertreibung aus der Universität eine neue Existenz aufzubauen. Das galt insbesondere für Naturwissenschaftler, deren Fachwissen angesichts einer seit 1936/37 sichtbar werdenden Nachwuchsknappheit dringend benötigt wurde. So wechselte der „nichtarische“ Physiknobelpreisträger Gustav Hertz (1887–1975) 1935 von der TH Berlin-Charlottenburg zu Siemens.^[18] Die Chemiker Siegfried

Skraup (1890–1972) und Günther Schiemann (1899–1967), die ebenfalls als „Mischlinge“ ihre Hochschullaufbahn aufgeben mussten, kamen in der Privatwirtschaft unter, wo sie zeitweise sogar Führungspositionen übernahmen.^[19] Der Tübinger Mathematiker Erich Kamke (1890–1961), der 1937 wegen seiner „nichtarischen“ Ehefrau entlassen wurde, konnte seine Forschungen in den folgenden Jahren außerhalb der Universität mit Unterstützung des Reichsluftfahrtministeriums und des Reichsforschungsrats fortsetzen. Als die Gestapo ihn 1944 in ein Arbeitslager einweisen wollte, verhinderte Kamke diese Maßnahme mit Unterstützung einflussreicher Kollegen durch den Hinweis auf seine „kriegswichtigen“ Forschungen.^[20] Als „jüdisch versippt“ galt auch Erich Regener, der im Herbst 1937 seiner Stellung als Direktor des Physikalischen Instituts der TH Stuttgart enthoben wurde und daraufhin in Friedrichshafen eine private Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre gründete, die Ende 1938 von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft übernommen wurde.^[21]

Als „arisch“ klassifizierte Forscherinnen und Forscher besaßen, auch wenn sie politisch verdächtig waren, in der Regel größere Spielräume. Der Hamburger Historiker Justus Hashagen, der als Gegner des Nationalsozialismus in den Ruhestand versetzt worden war, hatte auch in den Jahren nach seiner Entlassung keine Probleme, zahlreiche Publikationen in angesehenen Fachzeitschriften unterzubringen.^[22] Habilitierte Theologen wie Helmut Thielicke (1908–1986), der 1940 aus kirchenpolitischen Gründen die Universität Heidelberg verlassen musste, konnten in der Regel problemlos als Pfarrer in den Dienst ihrer Kirche treten, sofern sie nicht zuvor von der Wehrmacht eingezogen wurden.^[23]

Glücklicherweise war die Zahl der entlassenen Hochschullehrer, die direkt oder indirekt

Abbildung 5:
Victoria und Erich
Regener, Stuttgart
1936



Opfer nationalsozialistischer Vernichtungspolitik wurden, relativ klein. 41 (3,4 %) der entlassenen Wissenschaftler starben in Lagern, wurden als Gegner des Regimes hingerichtet oder fielen auf andere Weise nationalsozialistischer Gewalt zum Opfer. Die meisten von ihnen waren Juden oder jüdischer Herkunft. Von den älteren Professoren, die nicht den Weg in die Emigration gegangen waren, wurden viele in das Ghetto Theresienstadt deportiert, wo die meisten nach einiger Zeit starben – unter ihnen der Dermatologe Ludwig Friedheim (1862–1942), der Theaterwissenschaftler Max Herrmann (1865–1942), der Internist Hans Hirschfeld (1873–1944) und der Jurist Julius Magnus (1867–1944). In anderen Fällen hießen die Sterbeorte Auschwitz, Majdanek, Bergen-Belsen, Oranienburg oder Riga. Der Theologe Dietrich Bonhoeffer, der Berliner Honorarprofessor (und langjährige preußische Finanzminister) Johannes Popitz (1884–1945) sowie der Wirtschaftswissenschaftler Jens Jessen (1895–1944) wurden in der Endphase der NS-Diktatur wegen ihrer Beteiligung am Widerstand hingerichtet.^[24]

Neben diesen unmittelbaren Opfern nationalsozialistischer Gewalt gab es noch eine zweite Gruppe von indirekten Opfern, nämlich jene Wissenschaftler, die aus eigenem Entschluss ihr Leben beendeten. Diese zweite Gruppe umfasste 46 Personen, das waren 3,8% der Entlassenen. Ein Teil dieser Suizide erfolgte kurz nach der Entlassung oder angesichts der bevorstehenden Entlassung. In anderen Fällen war die Selbsttötung Ausdruck der Hoffnungslosigkeit angesichts zunehmender Diskriminierung und Vereinsamung. Eine größere Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern setzte ihrem Leben angesichts der zu erwartenden Deportation ein Ende.^[25]

Abbildung 6:
Max Planck und
Otto Hahn sowie
im Hintergrund
Max von Laue,
Adolf Windaus und
Werner Heisenberg,
Göttingen 1946



Die Reaktion der nicht betroffenen Hochschullehrer

Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das die Massenentlassungen einleitete, wurde am 7. April 1933 veröffentlicht. Nur fünf Tage später fand in Wiesbaden eine Rektorenkonferenz statt. Rückblickend betrachtet war dies die letzte Rektorenkonferenz, bevor die Gleichschaltung der Universitäten einsetzte. Von Ausnahmen abgesehen waren die meisten anwesenden Rektoren noch in freien Wahlen zu Amt und Würden gekommen. Auf dieser Rektorenkonferenz schlug der Hamburger Rektor, der Jurist Leo Raape (1878–1964), vor, man solle über einen grundsätzlichen Protest gegen die Entlassung der jüdischen Kollegen nachdenken. Die Mehrheit der versammelten Magnifizenzen lehnte diesen Vorschlag jedoch als „gefährlich und aussichtslos“ ab. Zudem teilten einige der Anwesenden ganz offensichtlich die nationalsozialistische Kritik an der angeblichen „Verjudung“ der Universitäten. Unter ihnen war der Rektor der Berliner Universität, Eduard Kohler (1874–1948), der Raapes Vorschlag mit folgenden Worten zurückwies: „Wir haben eine schwere Schuld auf uns geladen, wir haben viele Riegel nicht vorgeschoben, die man hätte verschieben können. Die Verjudung ist gekommen, weil man sich nicht entgegengestellt hat.“^[26]

Der Freiburger Rektor Joseph Sauer (1871–1949), ein katholischer Theologe, kommentierte das Ergebnis der Diskussion in seinem Tagebuch:

„Die Judensperre hat leider zu keiner grundsätzlichen Haltung geklärt. Es wurde viel von der Würde der Hochschulen gesprochen, aber in keiner Weise diese auch zum Ausdruck gebracht [...] Das Gefühl der Ohnmacht lastet schwer auf unserer Tagung; würdevolle Haltung wäre allein der Schritt der sieben Göttinger gewesen. Eine große Entscheidungsstunde hat uns erbärmlich klein gesehen.“^[27]

Diese Diskussion war symptomatisch für das Verhalten der deutschen Hochschullehrer gegenüber der destruktiven Personalpolitik des NS-Regimes. Ein ähnliches Bild zeigte sich auch auf Fakultätsebene. Von den mehr als 100 Fakultäten, aus denen das deutsche Universitätssystem zum damaligen Zeitpunkt bestand, haben sich, soweit bislang bekannt, nur zwei grundsätzlich gegen die Entlassungspolitik ausgesprochen: die Philosophische Fakultät Hamburg und die Medizinische Fakultät Heidelberg.

Die Hamburger Philosophische Fakultät verabschiedete Ende April bei zwei Gegenstimmen eine Resolution, in der es hieß: „Die Fakultät bedauert die Eingriffe in den Lehrkörper. Der Dekan wird

gebeten, dies den betroffenen Herren in einem ausführlichen Schreiben mitzuteilen.“ Gleichzeitig wurde allerdings vereinbart, über diese Entscheidung Stillschweigen zu bewahren; die Vermutung, dass dieser Beschluss in erster Linie der eigenen moralischen Entlastung diene, liegt daher nahe.^[28]

In Heidelberg äußerte sich die Medizinische Fakultät in einer Denkschrift an das Kultusministerium, die unveröffentlicht blieb. Darin hieß es:

„Wir können nicht übersehen, daß das deutsche Judentum teilhat an großen Leistungen der Wissenschaft, und daß aus ihm große ärztliche Persönlichkeiten hervorgegangen sind. Gerade als Ärzte fühlen wir uns verpflichtet, [...] unsere Bedenken geltend zu machen, wo die Gefahr droht, daß verantwortungsbewusste Besinnung durch rein gefühlsmäßige oder triebhafte Gewalten verdrängt werde ...“^[29]

Festhalten lässt sich also, dass grundsätzliche Kritik an der Vertreibungspolitik im universitären Raum selten war und in der Regel überhaupt nicht an die Öffentlichkeit gelangte. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe:

Erstens, die Entlassungspolitik der Regierung Hitler wurde von vielen jüngeren Wissenschaftlern erkennbar mit großen Erwartungen beobachtet. Alle Beteiligten wussten, dass die Karrierechancen des wissenschaftlichen Nachwuchses sich durch die Entlassungen deutlich verbessern würden. Der Dekan der Philosophischen Fakultät Berlin, der Historiker Fritz Hartung (1883–1967), klagte bereits im Frühjahr und Sommer 1933 über die „Aasgeier“, die „es nicht abwarten können, bis das Ministerium die jüdischen Kollegen entfernt, und die sich rechtzeitig für Lehraufträge und Professuren vormerken lassen.“^[30]

Unter solchen Umständen hielt auch Max Planck (1858–1947), der sich nach 1933 für eine ganze Reihe bedrohter Kollegen einsetzte, einen Protest für sinnlos. Als Otto Hahn (1879–1968) ihm vorschlug, eine möglichst große Zahl prominenter Professoren zusammenzubringen, um gegen die Behandlung der jüdischen Kollegen zu protestieren, antwortete Planck: „Wenn heute 30 Professoren aufstehen und sich gegen das Vorgehen der Regierung einsetzen, dann kommen morgen 150 Personen, die sich mit Hitler solidarisch erklären, weil sie die Stellen haben wollen.“^[31]

Zweitens, auch aus den Reihen der beamteten Professoren, die in der Regel nicht von den Entlassungen profitierten, kam selten grundsätzliche Kritik am Berufsbeamtengesetz und ähnlichen Maßnahmen. Die Minderheit der liberalen Lehrstuhlinhaber hielt sich schon deshalb zurück, weil viele von ihnen selber potentielle Opfer der sich etablierenden Diktatur waren. Bei der Mehrheit

der nationalkonservativen Ordinarien dominierte hingegen eine eigenartige Ambivalenz, die auf der einen Seite die Maßnahmen des Regimes für nachvollziehbar oder sogar für notwendig hielt, auf der anderen Seite aber die Auswirkungen dieser Politik im Einzelfall durchaus bedauerte.

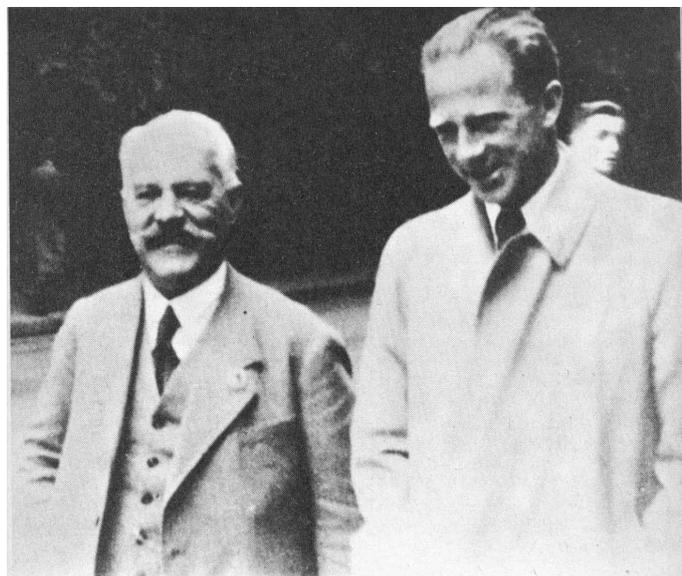
So schrieb der deutschnationale Theologe Hans Lietzmann (1875–1942) im Mai 1933 an einen Kollegen: „Der Auszug der Kinder Israel vollzieht sich auch hier [in Berlin] wie überall. Als Ganzes wohl eine Notwendigkeit nach langen Jahren üblen Mißbrauchs: aber im einzelnen zuweilen mit schweren Verlusten menschlicher und wissenschaftlicher Art.“^[32]

Ähnlich zwiespältig äußerte sich Fritz Hartung, der 1933/34 als Dekan der Philosophischen Fakultät Berlin für eine Reihe bedrohter Kollegen eintrat: „An meiner Brust weinen sich so ziemlich alle beurlaubten jüdischen Kollegen aus [...] Wir hatten in der Tat Institute, die fast restlos verjudet waren. Insofern begreift man die Judenverfolgung. Aber sie hat, von der verheerenden außenpolitischen Wirkung abgesehen, auch viel Tragik zur Folge, zumal unter den Jüngeren.“^[33]

Das dritte Zitat dieser Art kommt von dem Juristen Otto Koellreutter (1883–1972), der zu den wenigen Hochschullehrern gehörte, die bereits vor 1933 öffentlich für die NSDAP eingetreten waren. In einem Artikel, den Koellreutter im April 1933 dem „Völkischen Beobachter“ anbot, der Parteizeitung der NSDAP, polemisierte er zunächst gegen den „Einfluß des Judentums und eines oft noch gefährlicheren Halbjudentums“ sowie gegen eine „ungeheure jüdische Überfremdung“ wissenschaftlicher Kongresse. Danach schlug er allerdings eine erstaunliche Volte und plädierte gegen einen völligen Ausschluss jüdischer Wissenschaftler:

„Vor allem möchte ich mich [...] offen dazu bekennen, dass gerade Juden von starken menschlichen Qualitäten als Hochschullehrer

Abbildung 7:
Arnold Sommerfeld
und Werner Heisenberg



tätig gewesen sind [...] Die vornehme, im besten Sinne liberale Persönlichkeit meines verstorbenen Kollegen Rosenthal an der Jenaer Universität wird mir immer unvergessen bleiben. Und auch heute wirken Kollegen jüdischen Bluts an den Hochschulen, an deren wissenschaftlicher und persönlicher Qualität nicht zu rütteln ist.“^[34]

Obwohl Hochschullehrer, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten, während der Weimarer Republik in Preußen lediglich 8–9 % des Lehrkörpers stellten^[35] übernahmen viele konservative Hochschullehrer offensichtlich die nationalsozialistische Propagandaparole von einer angeblichen „Verjudung“ der Universitäten. Das schloss Unterstützung für einzelne bedrohte Hochschullehrer nicht aus – insbesondere, wenn es sich um herausragende Wissenschaftler und beliebte Kollegen handelte.

So unterschrieben 28 Kollegen und ehemalige Schüler eine Petition zugunsten des Göttinger Mathematikers Richard Courant, unter ihnen Werner Heisenberg, Max von Laue, Max Planck, Ludwig Prandtl und Arnold Sommerfeld.^[36] In München setzte sich die Philosophische Fakultät energisch für den Philosophen Richard Höningwald ein.^[37] An der Universität Köln machte sich die Rechtswissenschaftliche Fakultät für den renommierten Völkerrechtler Hans Kelsen stark.^[38] Und in Halle konnte insbesondere der Historiker Hans Herzfeld mit einer breiten Unterstützung innerhalb der Universität rechnen.^[39]

Man könnte diese Liste von Interventionen zugunsten Einzelner, die fast immer erfolglos blieben, noch erheblich erweitern. Das würde allerdings die Proportionen verzerren. Denn das Signum der Zeit war nicht die Solidarisierung, sondern ein auffälliger Mangel an Solidarität mit den Opfern nationalsozialistischer Politik.

Abbildung 8:
Sonntagsausflug in
Los Alamos:
v.l.n.r.: Emilio
Segrè, Enrico Fermi,
Hans Bethe, Hans
Staub, Victor
Weisskopf
sitzend: Erika Staub
und Elfriede Segrè



Die Folgen der Entlassungspolitik

Die Folgen der Massentlassungen für Nazi-Deutschland lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

Die *erste* und wichtigste Folgewirkung war ein erheblicher Verlust an wissenschaftlichem Potenzial. Eine Verlustquote von 19,5 % rechtfertigt es nicht, von einer „geistigen Selbstenthauptung Deutschlands“ zu sprechen, wie in älteren Arbeiten zu lesen ist. Allerdings gibt es gute Gründe anzunehmen, dass der durch die Entlassungen verursachte Verlust an wissenschaftlicher Substanz deutlich höher war, als die schiere Zahl der entlassenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vermuten lässt. Insbesondere die Arbeiten von Ute Deichmann und Klaus Fischer zur Geschichte der Biologie, Chemie und Physik zeigen, dass wissenschaftliche Spitzenkräfte unter den emigrierten Hochschullehrern weit überproportional vertreten waren.^[40] Dafür spricht nicht zuletzt die große Zahl der Nobelpreisträger unter den vertriebenen Medizinerinnen und Naturwissenschaftlern. Wenn wir auch Wissenschaftler einbeziehen, die den Preis erst nach der Emigration erhielten, dann ergibt sich eine Zahl von insgesamt 24 Nobelpreisträgern, die vor dem NS-Regime aus Deutschland und später aus Österreich geflohen sind.^[41]

Eine *zweite* Folgewirkung habe ich bereits kurz angesprochen: Die Entlassungen wirkten für die nicht Betroffenen als potenzieller Karrierebeschleuniger. Um 1932 hatte ein Großteil des wissenschaftlichen Nachwuchses ungewöhnlich schlechte Karrierechancen. Nach Berechnungen des Hochschulverbandes konnte von den Privatdozenten und nichtbeamteten außerordentlichen Professoren der Philosophischen Fakultäten Anfang der 1930er Jahre nur etwa ein Drittel darauf hoffen, jemals einen Lehrstuhl zu erhalten, an den Medizinischen Fakultäten war es sogar nur ein Siebtel.^[42] Aus der Perspektive dieser in ungesicherten Verhältnissen lebenden Wissenschaftler, die 1932 noch guten Grund hatten, sich als „verlorene Generation“ zu fühlen, eröffnete sich mit den 1933 einsetzenden Massentlassungen eine zweite Chance, und viele von ihnen waren offensichtlich entschlossen, sie zu nutzen. Der massenhafte Eintritt in die NSDAP gerade aus den Reihen der Assistenten, Privatdozenten und nichtbeamteten Professoren spricht hier eine sehr deutliche Sprache. Dieser Zusammenhang von Parteieintritt und akademischem Status war schon für viele Zeitgenossen so evident, dass sie 1933/34 von einer „Privatdozentenkrankheit“ sprachen.^[43]

Eine *dritte* Folgewirkung der Entlassungen ist darauf zurückzuführen, dass die Emigranten, die Deutschland nach 1933 verließen, mehrheitlich in die USA oder nach Großbritannien gingen und damit Deutschlands zukünftige Kriegsgegner

wissenschaftlich stärkten. Bezeichnenderweise ist diese Entwicklung in den entscheidenden Jahren (1933–1935) an den Schalthebeln nationalsozialistischer Politik nicht als ein mögliches Problem wahrgenommen worden.

Das änderte sich 1942/43, als nicht mehr geleugnet werden konnte, dass die Wehrmacht auf waffentechnisch zentralen Forschungsfeldern, vor allem in der Radartechnik, gegenüber den Alliierten ins Hintertreffen geraten war. Nun begann in Deutschland eine Diskussion über die Defizite der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, an der sich auch hochrangige Parteiführer beteiligten. Im Zuge dieser Debatte wurden auch die Massenentlassungen der Anfangsjahre von manchen Zeitgenossen mit anderen Augen gesehen. Auf der Rektorenkonferenz von 1943 wies der Freiburger Rektor, der Mathematiker Wilhelm Süß (1895–1958), in einem Referat darauf hin, „dass wir [...] mit den ins feindliche Ausland gegangenen wissenschaftlichen Emigranten der Gegenseite einen nicht unbeträchtlichen Potentialgewinn geliefert haben.“^[44] Noch erstaunlicher ist eine Rede, die Hermann Göring im Sommer 1942 hielt, nachdem er die Leitung des neugegründeten Reichsforschungsrates übernommen hatte. Darin erklärte er ausdrücklich, es sei falsch, bedeutende Forscher nur wegen jüdischer Vorfahren oder einer jüdischen Ehefrau zu entlassen.^[45] Zu einem Zeitpunkt, als die „Säuberung“ der deutschen Hochschulen schon weitgehend abgeschlossen war, wirkten diese Äußerungen freilich ausgesprochen realitätsfremd.

Als Göring im Juli 1942 diese Rede hielt, wusste in Deutschland noch niemand, in welchem Ausmaß einige Emigranten tatsächlich an militärisch brisanten Forschungen beteiligt waren, weil bis 1945 keine Informationen über das größte militärische Forschungsprojekt der Alliierten vorlagen, das *Manhattan Project* – den Bau der amerikanischen Atombombe. Tatsächlich waren es die aus Deutschland geflüchteten Physiker Albert Einstein, Leo Szilárd und Eduard (Edward) Teller, die das Atombombenprojekt der USA in Gang brachten, indem sie den amerikanischen Präsidenten auf das militärische Potenzial der Kernenergie hinwiesen. Angetrieben von dem Alptraum, Hitler könne als erster über die Atombombe verfügen, beteiligten sich darüber hinaus zahlreiche weitere Emigranten in leitender Position an den Forschungen in Los Alamos (New Mexico), die schließlich zur Entwicklung der ersten Atombombe führten. Zu ihnen gehörten neben Szilárd und Teller u. a. Hans Bethe, Otto Robert Frisch, Victor Weisskopf und Rudolf Peierls, aber auch Enrico Fermi und Emilio Segrè, die nach den italienischen Rassegesetzen von 1938 in die USA emigriert waren.^[46]

Kurz, mit der rassenideologisch motivierten Entlassung zahlreicher bedeutender Wissenschaft-

ler haben die Nationalsozialisten das wissenschaftlich-militärische Potenzial der Alliierten gestärkt und damit zur Niederlage der Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg beigetragen.

Anmerkungen und Quellen

- [1] *Die Vertreibung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten* (DFG-Projekt Nr. 392933430). Vgl. <https://gepris.dfg.de/gepris/projekt/392933430>
- [2] Zu den Projektergebnissen vgl. ausführlicher: Michael Grüttner: *Ausgegrenzt. Entlassungen an den deutschen Universitäten im Nationalsozialismus*, Berlin/Boston 2023; ders.: *The Expulsion of Academic Teaching Staff from German Universities, 1933-1945*. *Journal of Contemporary History* 57 (2022), S. 513-533.
- [3] Der NS-Begriff „Nichtarier“ bezeichnet hier Personen, die nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten, aber aufgrund ihrer (teilweise) jüdischen Herkunft Opfer nationalsozialistischer Verfolgung wurden.
- [4] Zur rechtlichen Grundlage dieser drei Entlassungswellen vgl. Hans Mommsen: *Beamtenum im Dritten Reich*, Stuttgart 1966; Sigrun Mühl-Benninghaus: *Das Beamtenum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Zu Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze*, Düsseldorf 1996; Sven Kinas: *Akademischer Exodus, Die Vertreibung von Hochschullehrern aus den Universitäten Berlin, Frankfurt am Main, Greifwald und Halle 1933–1945*, Heidelberg 2018.
- [5] Vgl. Franz Senger (Hg.): *Reichs-Habilitations-Ordnung. Amtliche Bestimmungen über den Erwerb des Dr. habil. und der Lehrbefugnis an den deutschen wissenschaftlichen Hochschulen*, Berlin 1939.
- [6] Zu Degkwitz vgl. Hendrik van den Bussche: *Die Hamburger Universitätsmedizin im Nationalsozialismus. Forschung – Lehre – Krankenversorgung*, Berlin 2014, S. 343–360; zu Krauss: Hermann Hofer u.a. (Hg.): *Werner Krauss. Literatur, Geschichte, Schreiben*, Tübingen 2003.
- [7] Vgl. Reinhard Rürup, unter Mitwirkung von Michael Schüring: *Schicksale und Karrieren. Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher*, Göttingen 2008.
- [8] Vgl. Edward Y. Hartshorne: *The German Universities and National Socialism*, London 1937, S. 95.
- [9] Vgl. Rürup: *Schicksale*, S. 92ff., 110, eigene Berechnungen.
- [10] Vgl. Dieter Langewiesche: *Die Eberhard-Karls-Universität Tübingen in der Weimarer Republik*. *Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte* 51 (1992), S. 345–381, hier S. 361f.

- [11] Vgl. Hans Krebs: Wie ich aus Deutschland vertrieben wurde. Dokumente mit Kommentaren. *Medizinhistorisches Journal* 15 (1980), S. 357–377.
- [12] Krebs: Deutschland, S. 376f.
- [13] Zu Hedwig Hintze vgl. Otto Hintze / Hedwig Hintze: „Verzage nicht, und laß nicht ab zu kämpfen“. Die Korrespondenz 1925–1940. Bearbeitet von Brigitta Oestreich. Hg. Robert Jütte und Gerhard Hirschfeld, Essen 2004; Steffen Kaudelka: Rezeption im Zeitalter der Konfrontation. *Französische Geschichtswissenschaft und Geschichte in Deutschland 1920–1940*, Göttingen 2003, S. 241–408. Zur Emigration: Peter-Thomas Walther: Hedwig Hintze in den Niederlanden 1939–1942, in: „...immer im Forschen bleiben“. Festschrift Rüdiger vom Bruch. Hg. Marc Schalenberg und Peter Th. Walther, Stuttgart 2004, S. 415–433.
- [14] Hedwig Hintze an Edgar Bonjour, 6.7.1942, in: Hintze/Hintze: „Verzage nicht, und laß nicht ab zu kämpfen“, S. 226f.
- [15] Zum Tode Hedwig Hintzes vgl. Walther: Hedwig Hintze, S. 427.
- [16] Vgl. zum Folgenden: Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. *Tagebücher 1933–1945*, 2 Bde., Berlin 1995.
- [17] Vgl. Klemperer: Zeugnis, Bd.1, S. 311, 438f., 443.
- [18] Reinhold Schröder: Die „schöne deutsche Physik“ von Gustav Hertz und der „weiße Jude“ Heisenberg – Johannes Starks ideologischer Antisemitismus, in: Helmuth Albrecht (Hg.): *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. 25 Jahre Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik am Historischen Institut der Universität Stuttgart*. Stuttgart 1993, S. 323 ff.
- [19] Vgl. Karin Orth: Die NS-Vertreibung der jüdischen Gelehrten. Die Politik der Deutschen Forschungsgemeinschaft und die Reaktion der Betroffenen, Göttingen 2016, S. 277–282.
- [20] Vgl. Richard Mohr: Erich Kamke, 1890–1961, in: Urban Wiesing u.a. (Hg.), *Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus*, Stuttgart 2010, S. 863–879, hier: S. 870–874.
- [21] Vgl. Norbert Becker / Katja Nagel: *Verfolgung und Entrechtung an der Technischen Hochschule Stuttgart während der NS-Zeit*, Stuttgart 2017, S. 373–380; Orth, *NS-Vertreibung*, S. 301–314.
- [22] Vgl. Peter Borowsky: Justus Hashagen, ein vergessener Hamburger Historiker. *Zeitschrift des Vereins für hamburgische Geschichte* 84 (1998), S. 163–183, hier: S. 181.
- [23] Vgl. Wolfdietrich von Kloeden: Helmut Thielicke, in: *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon* Bd. 11, Herzberg 1996, Sp. 1106–1113.
- [24] Namensliste in: Grüttner: *Ausgegrenzt*, S. 443 und die dort (S. 40–322) abgedruckten Biogramme.
- [25] Vgl. die Namensliste in: Grüttner: *Ausgegrenzt*, S. 444 und die dort publizierten Biogramme.
- [26] Zitate aus: Helmut Heiber: *Universität unter dem Hakenkreuz*, Teil II: Die Kapitulation der Hohen Schulen, Bd. 1, München 1992, S. 297.
- [27] Tagebuch-Eintrag vom 12.4.1933, zit. in: Eduard Seidler/Karl-Heinz Leven: *Die Medizinische Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau*, überarb. u. erw. Neuauflage, Freiburg/München 2007, S. 447. Der Hinweis auf die „sieben Göttinger“ bezieht sich auf sieben Göttinger Professoren, darunter die Gebrüder Grimm, die 1837 öffentlich gegen den Bruch der Landesverfassung durch den König von Hannover protestierten und deswegen aus ihren Ämtern entlassen wurden.
- [28] Protokoll über die Sitzung der Hamburger Philosophischen Fakultät, 29.4.1933, in: Staatsarchiv Hamburg Fakultäten/Fachbereiche der Universität, Protokollbuch der Philosophischen Fakultät 1.10.1932 – 30.9.1933.
- [29] Medizinische Fakultät Heidelberg an den badischen Kultusminister, 5.4.1933, in: Generallandesarchiv Karlsruhe 235/5007 Bl. 20–24.
- [30] Fritz Hartung: Korrespondenz eines Historikers zwischen Kaiserreich und zweiter Nachkriegszeit, Hg. Hans-Christof Kraus, Berlin 2019, S. 237f.
- [31] Zit. in: Otto Hahn: *Mein Leben*, München 1968, S. 145.
- [32] Lietzmann an Karl Müller, 16.5.1933, in: Kurt Aland (Hg.): *Glanz und Niedergang der deutschen Universität. 50 Jahre deutscher Wissenschaftsgeschichte in Briefen an und von Hans Lietzmann*, Berlin/New York 1979, S. 740.
- [33] Hartung an Gustav Aubin, 14.5.1933, in: Hartung: *Korrespondenz*, S. 235f.
- [34] O. Koellreutter: Die deutschen Hochschulen im nationalen Rechtsstaat (MS), in: *Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz I. HA Rep. 76 Va Sekt. 1 Tit. I Nr. 39 II Bl. 397f.*
- [35] Vgl. Michael Grüttner: Die deutschen Universitäten unter dem Hakenkreuz, in: John Connelly/Michael Grüttner (Hg.): *Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, Paderborn 2003, S. 67–100, hier: S. 69.
- [36] Text in: *Exodus Professorum. Akademische Feier zur Enthüllung einer Ehrentafel für die zwischen 1933 und 1945 entlassenen und vertriebenen Professoren und Dozenten der Georgia Augusta am 18. April 1989*, Göttingen 1989, S. 22–24.
- [37] Vgl. Helmut Böhm: Von der Selbstverwaltung zum Führerprinzip. *Die Universität München in den ersten Jahren des Dritten Reiches (1933–1936)*, Berlin 1995, S. 125ff.
- [38] Frank Golczewski: *Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus*, Köln/Wien 1988, S. 117f.

- [39] Vgl. Henrik Eberle: Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945, Halle 2002, S. 82f.
- [40] Vgl. Ute Deichmann: Biologen unter Hitler, Portrait einer Wissenschaft im NS-Staat, erweiterte Ausgabe, Frankfurt/M. 1995, S. 47f.; Ute Deichmann: Flüchten, Mitmachen, Vergessen. Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit, Weinheim 2001, S. 138ff.; Klaus Fischer: Die Emigration von Wissenschaftlern nach 1933. Möglichkeiten und Grenzen einer Bilanzierung. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 39 (1991), S. 535–549, hier: S 541ff.
- [41] Vgl. Horst Möller: Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984, S. 70.
- [42] Vgl. Friedrich Solger: Die Statistik des Hochschulverbandes über den akademischen Nachwuchs. Mitteilungen des Hochschulverbandes 11 (1931), S. 2–11.
- [43] Vgl. Christian Jansen: Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1935, Göttingen 1992, S. 243.
- [44] W. Süss: Die gegenwärtige Lage der deutschen Wissenschaft und der deutschen Hochschulen. Vortrag gehalten auf der Rektoren-Konferenz in Salzburg am 26.8.1943 (MS), S. 4, in: Bundesarchiv Berlin R 43 II 942b Bl. 82. Zu Süss vgl. Volker R. Remmert: Zwischen Universitäts- und Fachpolitik: Wilhelm Süss, Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (1940–1945) und Vorsitzender der Deutschen Mathematiker-Vereinigung (1937–1945), in: Karen Bayer u. a. (Hg.), Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit, Stuttgart 2004, S. 147–165.
- [45] Vgl. Notker Hammerstein: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur, München 1999, S. 384f.
- [46] Vgl. Richard Rhodes: Die Atombombe oder die Geschichte des 8. Schöpfungstages, Nördlingen 1988.

Bildnachweise

Abbildung 1:

Albert Einstein, hauptamtliches Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften und Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin, erklärte im März 1933, er wolle nur in einem Land leben, „in dem politische Freiheit, Toleranz und Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz herrschen.“ Einstein emigrierte in die USA und ist nie wieder nach Deutschland zurückgekehrt.

Quelle: MPG Berlin

Abbildung 2:

Dahlemer Physik-Community 1920. Sitzend von links nach rechts: **Hertha Sponer, Albert Einstein, Ingrid Franck, James Franck, Lise Meitner, Fritz Haber, Otto Hahn**; stehend von links nach rechts Walter Grotrian, Wilhelm Westphal, Otto von Baeyer, **Peter Pringsheim, Gustav Hertz** (die Namen der später vom NS-Regime Entrechteten sind fett markiert).

Quelle: MPG Berlin

Abbildung 3:

Hans Krebs bei der Nobelpreisübergabe 1953

Quelle: Alamy

Abbildung 4:

Victor Klemperer, der in einer „privilegierten Mischehe“ das Dritte Reich überlebte, um 1954.

Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-26707-0001 / Höhne, Erich; Pohl, Erich / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5427305>

Abbildung 5:

Victoria und Erich Regener, Stuttgart 1936

Quelle: UA Stuttgart

Abbildung 6:

Max Planck und Otto Hahn sowie im Hintergrund Max von Laue, Adolf Windaus und Werner Heisenberg, Göttingen 1946

Quelle: MPG Berlin

Abbildung 7:

Arnold Sommerfeld und Werner Heisenberg

Quelle: MPG Berlin

Abbildung 8:

Sonntagsausflug in Los Alamos: v.l.n.r.: Emilio Segrè, Enrico Fermi, Hans Bethe, Hans Staub, Victor Weisskopf sitzend: Erika Staub und Elfriede Segrè

Quelle: (Segre, S. LXXIV)

Wie die Wärmeübertragungsforschung nach Amerika kam: Max Jakobs Vertreibung in die USA

Hans-Liudger Dienel*



Abbildung 1: Max Jakob im Jahr der Einwanderung in die USA (1936)

1. Einführung: Max Jakob und Theodore von Kármán im Vergleich

Unter dem Titel „*Bringing Aeronautics to America*“ publizierte Paul Hanle, damals Kurator am *National Air and Space Museum* in Washington, im Jahr 1982 ein Buch über Theodore von Kármáns (1881–1963) Weg von Aachen ans *California Institute of Technology* (Caltech). Der berühmte Strömungsmechaniker, der 1908 in Göttingen bei Ludwig Prandtl promoviert hatte und seit 1913 als Professor an der RWTH Aachen lehrte, nahm 1926 eine Einladung des amerikanischen Nobelpreisträgers Robert Millikan nach Pasadena ans Caltech

an, entnervt auch von den antisemitischen Umtrieben an der Aachener Hochschule, die stark auf ihn als ungarischen Juden zielten. Er pendelte fortan zwischen Kalifornien und Deutschland und wurde im April 1934 als Folge der NS-Gesetze zur „Arisierung“ des öffentlichen Dienstes in Aachen aus dem Staatsdienst entlassen. Aufgrund seiner übertragenden Bedeutung hatte das Reichsluftfahrtministerium ihm noch Anfang 1934 ein Angebot als Berater gemacht, was Kármán aber ablehnte. In den USA entfaltete Kármán eine gewaltige Wirkung vor allem für die Entwicklung von Flugtriebwerken und wirkte – noch wichtiger – zugleich als wichtigster Organisator der Luftfahrtforschung in den USA. Laut Hanle brachte Kármán nicht nur die Aerodynamik als neue Disziplin in die USA sondern mit seinen angewandten und zugleich mathematisch aufgeladenen Fragestellungen einen neuen Forschungsstil, wie er sie in aerodynamischen Versuchsanstalt in Göttingen erlernt hatte, der experimentelle Arbeiten mit anspruchsvollen mathematischen Deutungen kombinierte. Während Kármán mit diesem Ansatz im Deutschland der 20er Jahre mit einer Reihe von anderen theoretisch beschlagenen Strömungsmechanikern konkurrierte, war er dem Forschungsumfeld in den USA turmhoch überlegen und konnte von Pasadena aus die Aerodynamik in den USA prägen. Kármáns Weg in die USA war eine Vertreibung, ja, aber für Kármán mit einer grandiosen Steigerung seines Outputs verbunden (Hanle 1982).

Dies gilt noch mehr für den etwa gleichalten Thermodynamiker Max Jakob (1879–1955). Sein Weg in die USA war noch deutlicher eine Vertreibung im Zuge der NS-Gesetze „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, etwas später und daher auch dramatischer als bei Kármán. Aber, ähnlich wie bei Kármán, ermöglichte der Wechsel in die USA Jakob eine massive Steigerung seiner wissenschaftlichen Wirkung. Auch Jakob brachte einen neuen Forschungsstil zur Wärmeübertra-

* Dienel, Prof. Dr. Hans-Liudger (1961) Institut für Berufliche Bildung und Arbeitslehre der TU Berlin, E-Mail: hans-liudger.dienel@tu-berlin.de

gung mit, den es in den USA so noch nicht gab, und den er über seine in den USA geschriebenen Lehrbücher und über seine Schüler am Illinois Institute of Technology in Chicago relativ schnell an allen forschungsstarken, technisch ausgerichteten Universitäten durchsetzen konnte. Seine wichtigsten Publikationen liegen in dieser späten amerikanischen Phase, die bei Kármán deutlich kürzer war, als bei Kármán, weil er 10 Jahre später in die USA ging und über 10 Jahre früher starb.

Erst über die USA und mit zeitlicher Verzögerung wurde Jakob dann auch in Deutschland wieder verstärkt wahrgenommen, wie die folgende Zählung der Worte „Max Jakob“ in der amerikanischen und deutschen Literatur von 1905–60 zeigt. Die sogenannten NGRAM Kurven zeigen natürlich nicht Jakobs wissenschaftlichen Output sondern nur die Aufmerksamkeitskurve für Jakob in der Literatur. Die beiden Grafiken machen deutlich, dass die Aufmerksamkeit für Max Jakob nach seinen ersten auffälligen Veröffentlichungen in der PTR in den 1920er Jahren auf noch hohem Niveau beständig zurückging und nach 1933 sein Name trotz des von ihm initiierten und bis 1940

gemeinsam mit Arnold Eucken herausgegebenen Handbuchs „Der Chemie-Ingenieur“ (3 Bände, 15 Teilbände, knapp 5000 Seiten) fast totgeschwiegen wurde. Erst durch den Aufstieg Jakobs in der amerikanischen Literatur nach der Veröffentlichung des ersten Bandes seines Lehrbuches „Heat Transfer“ von 1942 stieg auch in Deutschland die Rezeption Jakobs wieder an. In den USA wurde Jakob dagegen bereits seit den frühen 1930er Jahren zunehmend rezipiert.

Ich habe den Titel „Wie die Wärmeübertragungsforschung nach Amerika kam“ in Anlehnung an den Buchtitel von Paul Hanle gewählt, um auf diese Ähnlichkeit hinzuweisen, die schon der Technikwissenschaftshistoriker Edwin Layton 1989 hervorgehoben hat (Layton 1989, 138), wobei er auch die fundamentalen charakterlichen Unterschiede zwischen den beiden mathematisch begabten Ingenieuren betonte.

Eine zweite Ähnlichkeit ist der langfristige Nutzen aus der Vertreibung, den die beiden alten deutschen Technischen Hochschulen von Kármán und Jakob in Aachen und München aus der Vertreibung zogen. Die RWTH feiert

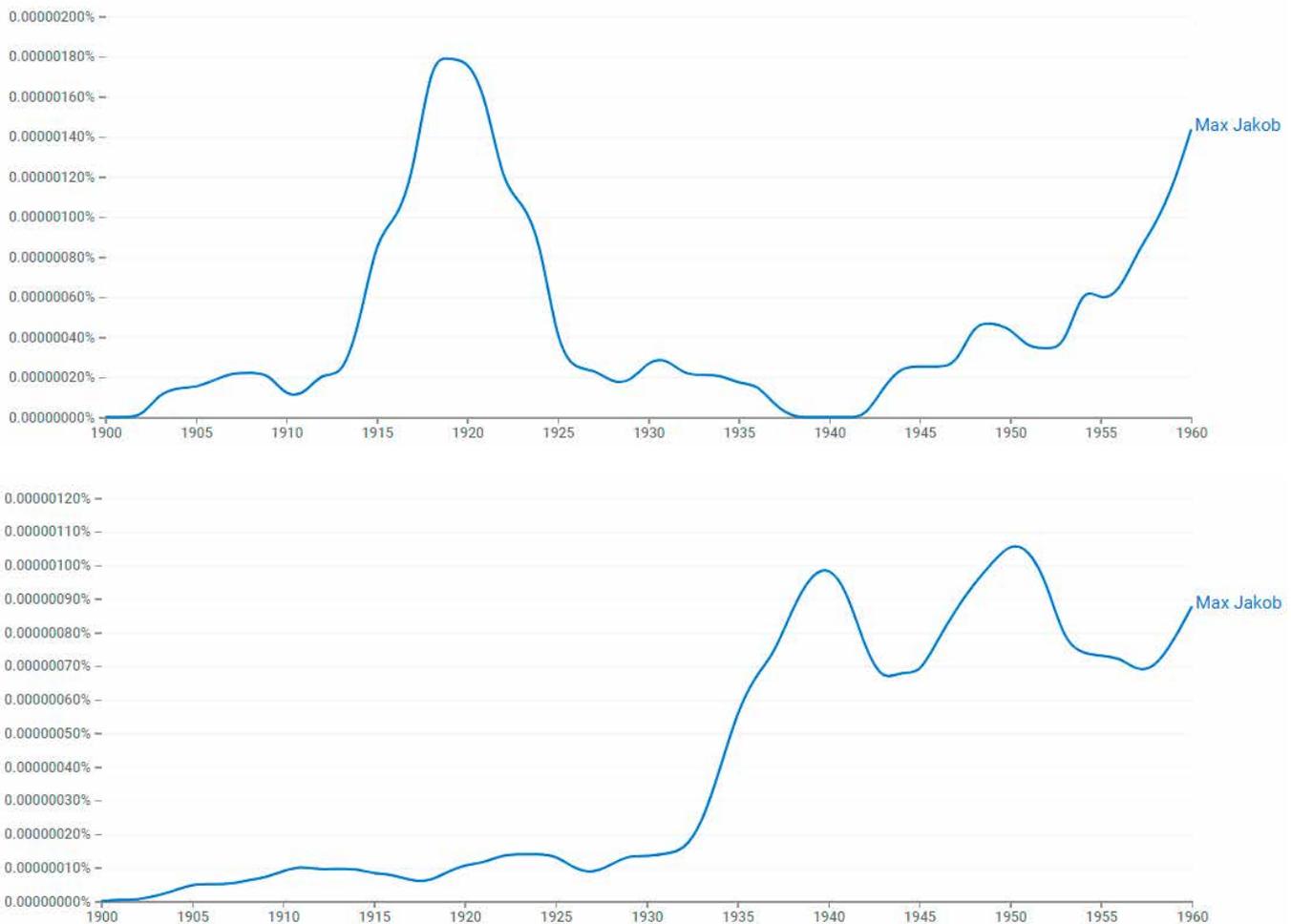


Abbildung 2: Häufigkeit der Nennung von Max Jakob in der deutschen (oben) und amerikanischen Literatur (unten) von 1900 bis 1960. Quelle: <https://books.google.com/ngrams>, Zugriff am 2.1.2021

Kármán heute als einen ihrer Großen, mit einem nach ihm benannten ganzen Hörsaalkomplex, Studentenwohnheim, Straßennamen und Stipendienprogramm. Max Jakob hat zwar die Kontakte zur Nachfolgeeinrichtung der PTR, der PTB, institutionell nicht wieder angeknüpft, dafür waren die Verletzungen aus der Entlassung zu tief, wohl aber zu seiner alten Münchner Alma Mater und dem dort von Oscar Knoblauch und Carl von Linde gegründeten Institut für technische Physik sowie dem Lehrstuhl für Thermodynamik, dessen erster Vertreter Carl von Linde war und an dem die Wärmeübertragungsforschung seit dem Ausscheiden Knoblauchs aus dem Institut für technische Physik wieder beheimatet war. Drei Vertreter dieses bedeutenden Lehrstuhls erhielten in der Nachkriegszeit den „Max Jakob Award“, die weltweit wichtigste Auszeichnung für technische Thermodynamik, die seit 1961 von der American Society for Mechanical Engineers (ASME) und dem American Institute of Chemical Engineers (AIChE) gemeinsam vergeben wird, nämlich die Lehrstuhlinhaber Ernst Schmidt (1964), Ulrich Grigull (1974) und Franz Mayinger (1991).

2. Das Münchner Institut für technische Physik

Schauen wir deshalb, bevor wir uns dem Wirken von Max Jakob selbst zuwenden, auf das 1902 gegründete Münchner Institut für technische Physik und seinen Forschungsstil. Hintergrund der Münchner Gründung war der gescheiterte Versuch des Rektors der Universität Göttingen, des Mathematikers Felix Klein (1849–1925), im Jahr 1895 den früheren Münchner Professor für theoretische Maschinenlehre und erfolgreichen Erfindunternehmer Carl von Linde (1841–1934) auf den neugegründeten, industriefinanzierten Lehrstuhl für Technische Physik im gleichnamigen Institut in Göttingen zu berufen (Dienel, 1995, 376f). Linde hatte gerade in diesem Jahr ein großtechnisch einsetzbares Verfahren für die Luftverflüssigung entwickelt und war dabei, sein kältetechnisches Unternehmen (die heutige Linde AG) auf die Tieftemperaturtechnik und die Produktion technischer Gase auszuweiten. Bis 1900 rüstete sein Unternehmen nebenher über 70 Hochschulinstitute mit den neuen Luftverflüssigungsanlagen aus. Linde sagte Klein aber ab, und zwar mit der Begründung, den Göttingern mathematisch nicht gewachsen zu sein. Eine wichtige, im Ablehnungsschreiben nicht genannte Rolle hat aber sicherlich auch der gerade aufblühende neue Unternehmenszweig gespielt. Jedenfalls gründete Linde einige Jahre später ebenfalls ein Institut für technische Physik, allerdings an der TH München und mit direktem Verweis auf das Göttinger Vorbild, ebenfalls stiftungsfinanziert und damit ein frühes Beispiel für erfolgreiches

industrielles Sponsoring der universitären Forschung (Dienel, 1995, 396–98). Klein hatte für die Finanzierung die Göttinger Vereinigung gegründet, die Vorbild für die kurze Zeit später gegründete Kaiser Wilhelm-Gesellschaft wurde (Manegold, 1970); – Linde finanzierte gemeinsam mit der MAN das Münchner Institut.

In dem Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende wütete an den Technischen Hochschulen der „Theorie-Praxis-Streit“ um die Ausrichtung der Ingenieurwissenschaften, der mit einer deutlichen Abgrenzung der Ingenieurwissenschaften von Mathematik und Naturwissenschaften endete, sichtbar durch eine massiven Reduzierung der Mathematik in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen (an der weltführenden TH Berlin um fast 50 %) (Dienel, 1993). Die freiwerdende Zeit im Studienplan ging in die experimentelle Lehre und Forschung; – erst die Schaffung von Laboratorien für die experimentelle Arbeit ermöglichte die Einführung des Promotionsrechtes für die ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten. Die eigenständige ingenieurwissenschaftliche Forschung war nun experimentell begründet. Doch nur wenige Jahre später, kam es eben durch die experimentelle Arbeit vor allem in der Strömungsmechanik und Thermodynamik zu einem neuen Theorieboom, insbesondere einer Mathematisierung, weil nur so die experimentellen Ergebnisse gedeutet werden konnten. Thermodynamiker und Strömungsmechaniker übten sich nun in der Lösung partieller Differentialgleichungen und der Variationsrechnung zu ihrer näherungsweisen Integration. In Göttingen waren Rudolf Prandtl (1875–1953) und später Albert Betz (1885–1968) besonders erfolgreich, in München etablierte Oscar Knoblauch (1862–1946) eine thermodynamische Schule, zu der neben Max Jakob auch Wilhelm Nusselt, Heinrich Gröber, Sigmund Erk, Friedrich Merkel, Richard Linde (ein Sohn Carl von Lindes) und Helmuth Hausen gehörten. Das Institut sah nicht viele Studierende, lag es doch abseits der Hochschule in Nymphenburg, in dem Gebäude, in dem Carl von Linde 1895 die Luft verflüssigt hatte. Doch die wenigen Studierenden prägten später die Tieftemperatur- und Wärmeübertragungsforschung in vielen deutschen Hochschulen. Linde war 1890 aus Wiesbaden, dem Unternehmenssitz der „Gesellschaft für Lindes Eismaschinen“, zurück nach München gezogen und hatte dieses Gebäude ab 1892 als private (unternehmensfinanzierte) Versuchsanstalt für die Tieftemperaturtechnik gegründet und 1904 dem neuen Institut als Dauerleihgabe gestiftet. Einige Mitarbeiter des Instituts gründeten 1918 das „Forschungsheim für Wärmeschutz“, welches noch industrienäher, angewandte Forschungen für die Gebäudeisolierung betrieb.

3. Max Jakob und die PTR

Der berufliche Einstieg in die Technik war für Max Jakob holperig. Nach einem Doppel-Diplom an der TH München sowohl in der Elektrotechnik (1902) als auch in der technischen Physik (1903) als erster Diplomand von Oscar Knoblauch, ging er als Mitarbeiter in das Institut für technische Physik, promovierte aber zugleich in der vielversprechenden Elektrotechnik im Jahr 1905 bei Johann Ossana (1870–1952) mit einem enttäuschenden „Genügend“, obwohl (oder vielleicht auch weil) Ossana im Gutachten „eine gewisse Genialität und insbesondere eine anerkanntenswerte Selbstständigkeit des Kandidaten“ festgestellt hatte (Promotionsakte Max Jakob, Archiv der Technischen Universität München, Gutachten Prof. Ossana vom 31.12.1904). Doch zeitgleich befreundete er sich im Institut für technische Physik mit Knoblauchs erstem Assistenten Richard Linde, einem der beiden Söhne von Carl von Linde. Richard wurde nach der Promotion

bei Knoblauch der theoretische Kopf der Linde Gesellschaft, gemeinsam mit Helmuth Hausen, der ebenfalls bei Knoblauch promoviert hatte. Die beiden, insbesondere Hausen als Leiter der Berechnungsabteilung bei Linde, entwickelten nur iterativ lösbare Gleichungen für Mehrphasenrektifikationskolonnen, die das Unternehmen bis in die 1940er Jahre geheimhalten konnte und seine Führungsrolle in der Gaszerlegung sicherte (Kistenmacher, 1987). Über Richard Linde knüpfte Max Jakob den Kontakt zu Carl von Linde. Jakob war sich nach der Promotion unsicher über seine weitere berufliche Zukunft. Er blieb erst einmal in der Wärmeforschung im Institut für technische Physik, ging aber 2006 für drei Jahre zur AEG, wo er nicht glücklich wurde. Eine Bewerbung an die Gesellschaft Linde beantwortet Carl von Linde mit einem ausführlichen Schreiben, in dem er Jakob zu einer Karriere im Hochschulbereich riet und sich anschließend nachdrücklich für seine Bewerbung bei der Physikalisch Technischen Rechanstalt einsetzte, in deren Kuratorium er saß.

Gern hätte Max Jakob die in München begonnene Tieftemperaturforschung in Berlin weiterbetrieben. So ist auch sein Besuch bei J.E. Lilienfeld (1882–1963) in Leipzig im Jahr 1911 zu verstehen, der an der Universität Leipzig ein Laboratorium für tiefe Temperaturen aufgebaut hatte (Tagebuchnotiz von Max Jakob vom 25.7.1911, Nachlass Max Jakob, Archiv des Deutschen Museums München). Doch die Tieftemperaturforschung an der PTR war bereits besetzt, und zwar mit Walther Meißner (1882–1974), der 1934 dann Knoblauchs Nachfolger in München wurde. Meißner, der bereits 1907 an die PTR berufen worden war, hatte an der PTR ein Tieftemperaturlabor gegründet und mit Hilfe der Gesellschaft Linde 1913 einen Wasserstoffverflüssiger und 1925 einen Heliumverflüssiger in Berlin installiert und konnte nun seine viel beachteten Versuche zu Materialeigenschaften bei tiefen Temperaturen durchführen. Meißner zog damit viele weitere Tieftemperaturforscher an, etwa Kurt Mendelsohn oder Franz Simon (später Sir Francis Simon), und hatte mit seine spektakulären Forschungen zur Supraleitung eine viel größere öffentliche Wirkung als Jakob mit einem größeren Reputationsgewinn für die PTR als die wirtschaftlich eigentlich bedeutendere Wärmeübertragungsforschung. Diese blieb für Max Jakob, als er 1910 in die PTR eintrat, als Thema übrig, und er betrieb nun angewandte Forschungen zu Wärmekapazität und Wärmetransport. Sein erstes Projekt betraf die Strahlung und Leitung von Kachelöfen. Der Präsident der PTR, Emil Warburg (1846–1931), hatte ihn gezielt auf dieses Projekt angesetzt, um den angewandten Münchner Forschungsstil in Berlin einzuführen. In sein Tagebuch schrieb Jakob, ihm sei diese Konkurrenz zu München „ziemlich peinlich. Ich bin Knoblauch sehr ver-

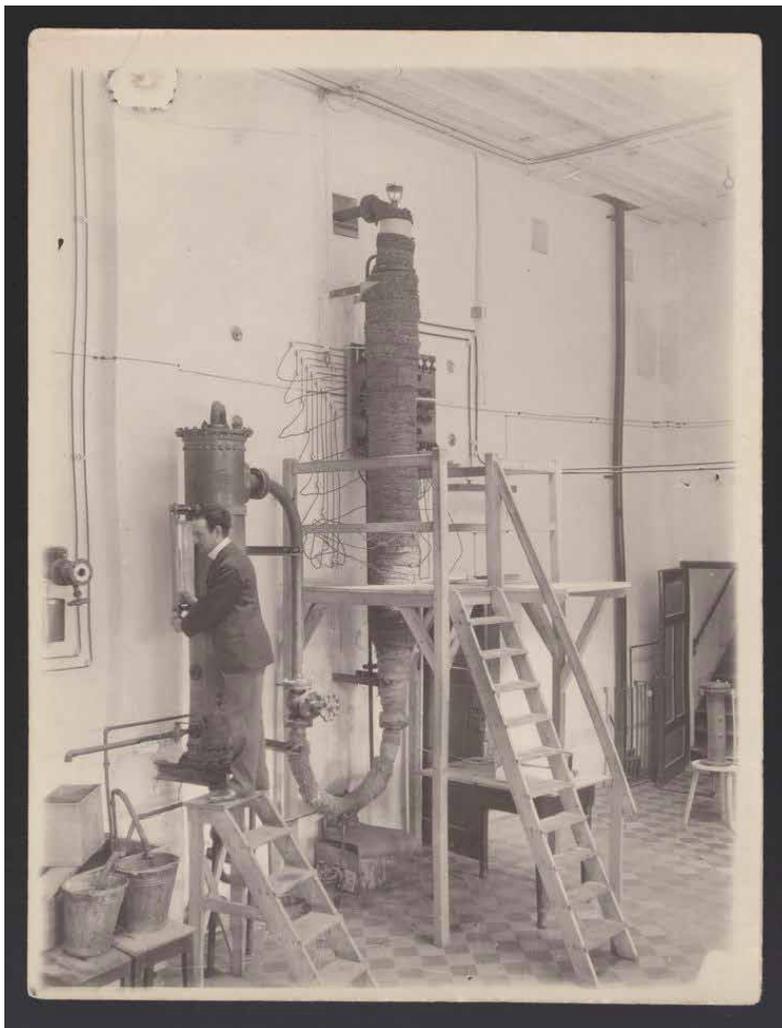


Abbildung 3: Max Jakob im Institut für Technische Physik der TH München in München-Nymphenburg, 1902–1906

pflichtet und möchte andererseits nicht die erste von mir von Warburg ... selbstständig übertragene Arbeit zurückweisen“ ((Tagebuchnotiz Max Jakob vom 28.7.1911, Nachlass Max Jakob, Deutsches Museum München). 1914 hob PTR-Präsident Emil Warburg die alte Helmholtz'sche Unterteilung in eine physikalische und eine technische Abteilung auf und gliederte die PTR neu in Fachabteilungen für Optik, Elektrizität und Wärme mit rein wissenschaftlichen und technischen Unterabteilungen. Die Leitung der Abteilung für Wärme und Druck erhielt Ludwig Holborn (1860–1926), der Jakob auf Abstand gehalten hatte; auch in der Wärmeforschung gab es Konkurrenz. 1911 hatte Jakob seinem Tagebuch noch anvertraut, Holborn sei „sehr verstimmt, weil ich die Wärmedurchgangsversuche machen will. Kann mir gleich sein.“ Nun war Holborn sein Chef, allerdings nur bis Holborns Pensionierung, dann übernahm Jakob 1924 doch den Wärmeforschungsbereich. Die weit über 3000 eng beschriebenen Tagebuchseiten Max Jakobs (davon rund 1500 während der PTR-Zeit) geben einen wunderbaren Einblick in die internen Machtverhältnisse, Konkurrenzen und Strukturen der PTR, weil Jakob dort die Verhältnisse offen, ehrlich und auch selbstkritisch reflektiert, so etwa am 1.11.1911: „Vor einem Jahr bin ich in die PTR eingetreten. Noch nichts geleistet.“ Am Krieg nahm Jakob als Kriegsfreiwilliger teil, wurde lebensgefährlich verwundet und hinkte den Rest seines Lebens etwas. Seine Forschungen wurden dadurch für einige Jahre unterbrochen. In den 1920er Jahren gelang es Jakob, seiner sehr kleinen, anwendungsorientierten Wärmeabteilung in der in der PTR Stabilität und in den Ingenieurwissenschaften eine langsam zunehmende Wirkung zu sichern. Bereits seit 1914 hatte Jakob den Professorentitel erhalten, allerdings ohne einen Lehrstuhl. Nach dem Krieg organisierte Jakob die finanzielle Förderung wärmetechnischer Forschungsprojekte etwa durch die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und informierte in den technischen Zeitschriften über die Arbeit der Reichsanstalt (Jakob 1921, Jakob 1926), gründete 1926 im VDI den Ausschuss für Wärmetechnik und übernahm im VDI Verlag seit 1930 die Redaktion der neuen Zeitschrift „Technische Mechanik und Thermodynamik“, die er bald in „Fortschritte auf dem Gebiet des Ingenieurwesens“ umbenannte. Ebenfalls seit 1930 gab er mit dem Göttinger Physikochemiker Arnold Eucken (1884–1950) das bereits genannte vielbändige Handbuch „Der Chemie-Ingenieur: ein Handbuch der physikalischen Arbeitsmethoden in chemischen und verwandten Industrie-Betrieben“ heraus, welches bis 1940 in 15 Teilbänden mit über 5000 Seiten erschien. Es war die große Zeit der „technischen Physik“ und deren 1919 gegründete Fachvereinigung „Deutsche Gesellschaft für technische Physik“ hatte Anfang

der 1930er Jahre mehr Mitglieder als die Deutsche Physikalische Gesellschaft (Hoffmann, 1987, 140–53).

Die doppelte Ausrichtung der Reichsanstalt auf physikalische Grundlagenforschung und angewandte Prüfung bot der Wärmeforschung Jakobs, die in der Mitte lag, nur beschränkten Raum. Zwar prüfte die Reichsanstalt laut Jakob von 1920–25 fast zwei Millionen Fieberthermometer, 40.000 weitere Thermometer und 2500 Ölviskositätsmesser (Jakob, 1926, 1589), und Jakob legte wichtige Tabellenwerke etwa zum Wärmeübergang bei Verdampfung oder zum Druckabfall in Röhren und Düsen vor, doch selbst in den ingenieurwissenschaftlichen Zeitschriften und Verbänden stießen die spektakulären Ergebnisse der Tieftemperaturforschung Meißners auf mehr auch national gefärbtes Interesse und Aufmerksamkeit als seine angewandte Wärmeforschung.

4. Die Vertreibung aus der PTR

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten veränderten sich schlagartig die Arbeitsverhältnisse für Jakob in der PTR. Zwar war er als Kriegsteilnehmer und –verwundeter des ersten Weltkriegs vorerst nicht von der Entlassung bedroht, aber schon im Mai 1933 durfte der die PTR nicht mehr nach außen vertreten, etwa auf der Jahrestagung des VDI. Dass er intern weiterarbeiten durfte „ist alles, was ich erwarten kann. Im Vergleich zum Schicksal von vielen anderen ist meine Situation exzellent“ versuchte er sich im Tagebuch (Eintrag 6. Mai 1933) zu beruhigen. Im VDI musste er im August die Leitung der Wärmekommission abgeben, die Ernst Schmidt übernahm. Wiederum versuchte Jakob die Dinge positiv zu sehen und freute sich im Tagebuch über einen „besonders herzlichen“ Brief von Schmidt, der ihm für die bisherige Leitung dankte. Auf der Kommissionssitzung selbst war Jakob schon nicht mehr zugegen. Im Januar 1934 wurde Walther Meißner auf die Nachfolge Knoblauch nach München berufen, ein Lehrstuhl, auf den Jakob viele Jahre gehofft hatte. Seit 1933 lehnte die VDI-Zeitschrift die Veröffentlichung von Beiträgen Jakobs ab, darunter auch die von ihm redigierten jährlichen Tätigkeitsberichte der Reichsanstalt. Im Sommer 1935 nahm der Druck auf Jakob in der PTR massiv zu. Am 2. September übernahm der ehemalige Knoblauch Assistent Koch, den Meißner in München nicht mehr haben wollte, die Leitung des Wärme-Labors der PTR. Sechs Wochen später am 10. Oktober musste Jakob die PTR physisch verlassen, formal wurde er pensioniert. An diesem Tag verabschiedete er sich nur von drei Personen, u. a. seinem Techniker Diemke und seinem Mitarbeiter Dr. Walter Fritz (1902–1983), der nach dem Krieg die Wärmeabteilung der PTB bis 1967 leitete. Obwohl ihm

laut Tagebuch zum Weinen zumute war, verließ er die Reichsanstalt stolz und mit einem Lächeln. Zu den wenigen Unterstützern dieser Tage zählte sein alter Münchner Kollege und Freund Richard Linde, inzwischen Direktor der Gesellschaft Linde, der sarkastisch schrieb, es wäre unklar, wer durch die Ereignisse mehr beschädigt würde, Max Jakob oder die deutsche Wissenschaft (Elizabeth Jakob, 1988, 20) und die Hilfe von Rudolf Hess anbot, einem Verwandten der Lindes. Die Gesellschaft Linde beschäftigte bis Anfang 1939 zwei jüdische Mitarbeiter als Direktoren, Franz Pollitzer und Philipp Borchardt, die mit Richards Linde Vermittlung zur Air Liquide nach Paris und zu British Oxygen nach London gingen. Pollitzer wurde nach der Eroberung Frankreichs verhaftet und starb im KZ, Borchardt kam bereits Ende 1945 zurück nach München und übernahm bis 1957 als Direktor das Auslandsgeschäft der Linde Gesellschaft (Dienel, 1995, 266).

5. Auswanderung und Aufstieg

Unmittelbar nach dem zwangsweisen Ausscheiden aus der PTR erhielt Jakob, per Telegramm eine Einladung zum Gastvortrag auf der Hauptversammlung der American Society for Mechanical Engineers (ASME) am 2. Dezember. Vermittelt hatte diese ehrenvolle Einladung Emil Mayer, den er aus dessen Berliner Zeit als Generaldirektor von Telefunken kannte und der bereits 1933 in die USA emigriert war. Dort hatte er als freier Elektroingenieur schnell wieder Fuß gefasst, der ein florierendes Ingenieurbüro betrieb und über einigen Einfluss verfügte, der nicht zuletzt Jakob zu Gute kam. Jakob musste ablehnen, da er so kurzfristig kein Visum hätte bekommen können, begann aber nun mit 57 Jahren intensiv Englisch zu lernen, wobei seine Tochter Elizabeth, die fließend Englisch sprach, weil sie als Haustochter (Au Pair) in England gearbeitet hatte, ihn unterrichtete. Bereits 1931 hatte er schon einmal Vorträge auf Englisch in London gehalten. Wenige Monate später, im Frühjahr 1936 reiste er dann für ein Vierteljahr in die USA und hielt fast im Sinne einer Bewerbungstour Vorlesungen zur Wärmeübertragung an vielen der führenden Hochschulen, u. a. in Princeton, Harvard, MIT, Pratt Institute, Steven Institute, Polytechnic Institute of Brooklyn, General Electrics in Schenectady, ASME Philadelphia, Armour Research Foundation in Chicago, University of Illinois, California Institute of Technology und der University of California Berkeley (Elizabeth Jakob, 1988, 21). Auch wenn die Vorlesungen aus Jakobs Sicht anfangs mehr als stotternd verliefen, kam er gut an. Einige der Vorlesungen wurden direkt publiziert (Jakob 1936) und Jakob erhielt, zurück in Deutschland, ein Doppelangebot von dem Armour Institute of Technology in

Chicago und der mit der Universität verbundenen Armour Research Foundation (dem heutigen IIT Research Institute), welches zusätzlichen Raum für die Forschung der Professoren vom IIT anbieten und die Universität damit attraktiver machen sollte. Auf Anraten des Aerodynamikers Prof. Lyonel Marks von der Harvard University, den er im Tagebuch seinen „speziellen Freund“ nennt, nahm Jakob dieses Angebot an. Die Universität hatte ambitionierte Ausbaupläne und firmierte ab 1940 als „Illinois Institute of Technology“ mit einem beispielhaften neuen Hochschulcampus, den Mies van der Rohe entwarf. Gleichzeitig hatten die Hochschule und die Armour Foundation anfangs finanzielle Schwierigkeiten, auch wegen der noch immer anhaltenden Wirtschaftskrise in den USA, und Jakob musste zeitweise länger auf sein Gehalt warten; erst ab 1940 stabilisierte sich die Situation. Doch insgesamt war die Entscheidung, in die quasi neugründete Hochschule zu gehen, genau richtig. Max Jakob wurde mit offenen Armen empfangen, konnte nach kurzer Zeit ein Wärmeforschungslabor gründen und vor allem einen „Heat Transfer“ Kurs etablieren, der in den nächsten Jahren den professoralen Nachwuchs für die Thermodynamik in den führenden amerikanischen Hochschulen ausbildete. Hier nur drei Beispiele: 1942 stieß Stothe P. Kezios (1921–2005) als Mitarbeiter zu Jakob und forschte mit ihm bis zu dessen Tod. Kezios wurde nach Jakobs Tod Leiter der Heat Transfer Division am IIT, gab seit 1963 das Journal of Heat Transfer heraus, ging zum Georgia Institute of Technology und wurde 1977 Präsident der ASME. Auch einige ältere Semester lernten von Jakob einen neuen experimentellen und mathematischen Forschungsstil, so etwa George Hawkins (1909–2005), der von der bekannten Purdue University herüberfuhr, im Heat Transfer Lab von Jakob die angewandte Wärmeforschung lernte und die Wärmeforschung in Purdue ab 1953 als Dean of Engineering an die Weltspitze brachte. Schon seit 1944 hatte Purdue Max Jakob zum „non resident professor“ gemacht (mit der Verpflichtung, drei Tage pro Monat an der Purdue University zu verbringen) und machte ihn 1949 zum Ehrendoktor. Ähnliches gilt für Richard Jordan (1909–2002), der bereits etabliert gleichwohl bei Jakob lernte und ab 1951 gemeinsam mit Ernst Eckert (1904–2004) das später ebenfalls weltführende Heat Transfer Lab an der University of Minnesota aufbaute. Viele weitere angehende Thermodynamiker kamen nach Chicago zu Jakob, unter anderem aus München Walther Meißners Sohn Hans. Die wichtigsten und am meisten verbreiteten Bücher Jakobs entstanden erst in der amerikanischen Zeit, vor allem 1942 die „Elements of Heat Transfer and Insulation“ (Jakob 1942) und 1949 das Standardwerk „Heat Transfer“, dessen zweiter Band erst nach Jakobs überraschendem Tod im Jahr 1957 folgte. Diese Bücher haben

in mehreren Auflagen mit über 30.000 Exemplaren und mehreren Übersetzungen die Wärmeforschung bis in die Gegenwart geprägt. Diese Bücher, und nicht die in Deutschland publizierte Forschung, wurde in den folgenden Jahren international rezipiert und übersetzt. Anders als Kármán war Jakob dabei nicht direkt in die industrielle Innovationen involviert. Vielmehr produzierte seine Forschung thermodynamische Daten in Tabellenform, die industriell genutzt werden konnten. Jakob wurde seit 1950 mit Ehrungen überhäuft. 1952 erhielt er für das Heat Transfer Buch (Band 1) auf der ASME Hauptversammlung die „Worcester Reed Warner Medal“, die für Werke vergeben wird, die „highly influential to a generation of engineers“ sind. „Ein formidables Goldstück von 165 Gramm“ notierte er am 3.12.1952 in sein Tagebuch. Eine physikalische Kennzahl zur Wärmeübertragung bei Phasenübergängen wurde nach ihm als „Jakob Zahl“ benannt. Seit 1961 vergeben ASME und die American Association of Chemical Engineers, wie geschrieben, gemeinsam den Max Jakob Award. Kurz: das Leben in Chicago nahm für Max Jakob, der 1942 amerikanischer Staatsbürger wurde, eine wissenschaft-



Abbildung 4: Der Neu-Amerikaner Max Jakob in Chicago, ca. 1940

lich sehr erfreuliche Entwicklung. Der erzwungene Wechsel nach Chicago im Alter von 58 Jahren war für Jakob und die Wärmeforschung bei allem Leid ein Glücksfall. Bei aller Bewunderung und Zuneigung zu den USA blieb Jakob in vieler Hinsicht ein deutscher Bildungsbürger: musikinteressiert und musikalisch, belesen, bescheiden, neugierig und reflektiert. Als ihm zur Feier seines 75. Geburtstags im Institut eine Armbanduhr mit einem Zitat aus der Ilias geschenkt wurde, konnte er die weiteren Verse aus der Erinnerung in Altgriechisch vortragen. Seine Tochter Elisabeth beschreibt ihn als einen Mann, dessen Wärmeforschung extrem fortschrittlich war, der aber nicht einmal Auto fahren konnte und nur widerstrebend das Telefon oder ein Radio benutzte.

In den USA haben der Thermodynamiker John Lienhard und der Technikwissenschaftshistoriker Edwin Layton in ihren Veröffentlichungen zur Geschichte der Wärmeforschung den großen Einfluss Jakobs historisch eingeordnet, in wissenschaftlichen Werken, und Lienhard seit 1988 auch in dem von ihm geschaffenen populären Radioprogramm „The engines of our ingenuity“ (Lienhard 1983, Layton 1988, Lienhard 2000). In Deutschland haben nach dem Krieg die Thermodynamiker Ernst Schmidt und Walter Fritz die wissenschaftliche Bedeutung Max Jakobs in mehreren Artikeln gewürdigt. Seit 1953 zahlte der deutsche Staat wieder seine mit der Vertreibung eingestellte Pension. Der Physikhistoriker Dieter Hoffmann hat mit meiner Vermittlung Jakobs Tochter Elisabeth 1995 in Chicago besucht und sie dafür gewonnen, den Nachlass ihres Vaters dem Archiv des Deutschen Museums in München zu geben. Die Vergabe nach München (und nicht nach Berlin) spielte in dieser Entscheidung eine emotionale Rolle.

Quellen

Archiv des Deutschen Museums München
Teilnachlass Max Jakob: Tagebuchaufzeichnungen von Max Jakob

Archiv der Technischen Universität München
Promotionsakten

Archiv der Linde AG, München-Höllriegelskreuth
Korrespondenz Carl von Linde

Library of the University of Texas

Literatur und Fußnoten

- [1] Professor John Lienhard Papers.
- [2] Dienel, Hans-Liudger (1995): Ingenieure zwischen Hochschule und Industrie. Kältetechnik in Deutschland und Amerika, 1870–1930. Vandenhoeck: Göttingen.
- [3] Fritz, Walter: Erinnerung an Max Jakob. In: Wärme- und Stoffübertragung 8 (1975), 45–48.

- [4] Dienel, Hans-Liudger: Carl Linde and his relationship with Georges Claude: The cooperation between two independent inventors in cryogenics and its side effects. In: Kostas Gavroglu (ed.): History of Artificial Cold: Scientific, technological and social aspects. Dordrecht: Springer 2014, 171–189.
- [5] Dienel, Hans-Liudger: Der Münchner Weg im Theorie-Praxis-Streit um die Emanzipation des wissenschaftlichen Maschinenbaues. In: Ulrich Wengenroth (Hg.): Die Technische Universität München. Annäherungen an ihre Geschichte. München: TU 1993, 87–117.
- [6] Dienel, Hans-Liudger: Die Geschichte der deutschsprachigen kältetechnischen Zeitschriften bis 1945. In: Deutscher Kälte- und Klimatechnischer Verein (Hg.): Die Entwicklung der Fachzeitschriften in der Kälte- und Klimatechnik. Stuttgart: DKV 2001, 5–19.
- [7] Dienel, Hans-Liudger: Die Linde AG. Geschichte eines Technologiekonzerns, 1879–2004. München: C.H. Beck 2004 (2. Auflage 2005). (Engl.: Dienel, Hans-Liudger: Linde. History of a Technology Corporation, 1879–2004. London/New York: Macmillan 2004.)
- [8] Dienel, Hans-Liudger: Die Thermodynamik der Ingenieure und die Physik, 1860–1920. Berlin: MPI 1995 (MPI für Wissenschaftsgeschichte, Preprint 31).
- [9] Dienel, Hans-Liudger: Nationale technologische Stile in der deutschen und amerikanischen Kältetechnik 1850–1950. In: Technik – Kultur – Arbeit. Geschichte der industriellen Arbeit. Band 2. Marburg: Schüren 1992, 35–55.
- [10] Dienel, Hans-Liudger: Praktiker und Theoretiker in der technischen Thermodynamik: Die Unternehmerringenieure Rudolf Diesel und Carl von Linde. In: Ivo Schneider, Helmuth Trischler, Ulrich Wengenroth (Hg.): Oszillationen. Naturwissenschaftler und Ingenieure zwischen Forschung und Markt. München/Wien: Oldenbourg 2000, 237–267.
- [11] Hanle, Paul A.: Bringing aeronautics to America. Cambridge/Mass: MIT Press 1982.
- [12] Hoffmann, Dieter: Zur Etablierung der „technischen Physik“ in Deutschland. In: Martin Guntau; Hubert Laitko: Vom Ursprung der modernen Wissenschaft. Berlin: Akademie-Verlag 1987, 140–153.
- [13] Jakob, Elizabeth: Max Jakob, July 20, 1879 – January 4, 1955. 50 years of his work and life. In: Edwing Layton/John Lienhard (Hg.): History of heat transfer. Essays in honour of the 540th anniversary of the ASME heat transfer division. New York: ASME, 1988, 87–116.
- [14] Jakob, Max: Heat Transfer in Evaporation and Condensation. In: Mechanical Engineering 58(1936), 643–60 und 729–39.
- [15] Jakob, Max: Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt 1912–1920. In: VDI-Z 65(1921), 829–31.
- [16] Jakob, Max: Die Tätigkeit der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in den letzten fünf Jahren. In: VDZ-Z 70(1926), 1589–90.
- [17] Jakob, Max: Heat Transfer. 2 Bde., New York: Wiley 1949/1957.
- [18] Jakob, Max; Hawkins, George A.: Elements of heat transfer and insulation. New York/London: Wiley 1942.
- [19] Kistenmacher, Hans: Grundlegende Methoden zur Berechnung verfahrenstechnischer Anlagen für die Stofftrennung im Wandel der letzten sechs Jahrzehnte. Vortrag zum Festakt zum 90. Geburtstag von Professor Hausen. Höllriegelskreuth 1987 (Linde Bericht aus Wissenschaft und Technik, Heft 60).
- [20] Layton, Edwin T.: Innovation and engineering design. Max Jakob and heat transfer as a case study. In: Kranzberg, Melvin; Elkana, Yehuda; Tadmor, Zehev: Innovation at the crossroads. Between science and technology. Haifa: Neaman Press 1989, 132–152.
- [21] Layton, Edwin T.; Lienhard, John H.: History of Heat Transfer. Essays in Honor of the 50th Anniversary of the ASME Heat Transfer Division. New York: ASME 1988.
- [22] Lienhard, John H.: Notes on the Origins and Evolution of the Subject of Heat Transfer. In: Mechanical Engineering (1983), 20–27.
- [23] Lienhard, John H.: The engines of our ingenuity: an engineer looks at technology and culture, New York: Oxford University Press 2000.
- [24] Manegold, Karlheinz: Universität, Technische Hochschule und Industrie; ein Beitrag zur Emanzipation der Technik im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Bestrebungen Felix Kleins. Berlin: Duncker&Humblot 1970.
- [25] Schmidt, Ernst: Max Jakob zum 75. Geburtstag. In: Forschungen auf dem Gebiete des Ingenieurwesens 20 (1954), 65.

Otto Reichenheim, Günther Wolfsohn und Klaus Schocken – entlassen von der PTR – aus Deutschland vertrieben

Stefan L. Wolff*

1. Einleitung

Die drei hier vorgestellten Physiker Otto Reichenheim, Günther Wolfsohn und Klaus Schocken verband fachlich wie sozial nicht viel miteinander, aber sie teilten das Schicksal, ihre Forschungstätigkeit in verschiedenen Abteilungen der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR) im April 1933 abrupt beenden zu müssen. Dabei standen sie nicht einmal in einem regulären Arbeitsverhältnis, sondern gingen dort lediglich als unbezahlter „Gast“ bzw. als extern finanzierter „freiwilliger Mitarbeiter“ oder Stipendiaten ihrer wissenschaftlichen Arbeit nach. Die Entlassung bzw. die Aufhebung des Gaststatus dieser drei Wissenschaftler fiel in eine Phase verstärkter Repression, die mit dem 1. April, dem Tag eines reichsweiten Boykotts jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte eine neue Eskalationsstufe erreichte. Die von Hass und Hetze begleitete Aktion weitete sich auch auf Universitäten und Hochschulen aus, wo Mitglieder des Lehrkörpers, die Juden waren oder für solche gehalten wurden, zur Niederlegung ihrer Ämter genötigt werden sollten.^[1] Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (BBG) vom 7. April und einer Reihe von Ausführungsbestimmungen entstand dann ein formales Regelwerk, mit dem die Regierung solch ein willkürliches Vorgehen wieder einfangen wollte und all jene, die durch eine mit ihrer Herkunft verknüpfte Definition als Juden galten, auf einer juristischen Grundlage aus dem öffentlichen Dienst entlassen konnte.^[2] Die drei Physiker hatten ihre Arbeitsplätze an der PTR aber schon zuvor bzw. unabhängig davon verloren. Mangels einer regulären Anstellung wären sie formal gar nicht oder zunächst noch nicht unter dieses Gesetz gefallen. Da Reichenheim aufgrund seiner finanziellen Unabhängigkeit auf eine feste Anstellung verzichtet hatte, behielt er deshalb auch als Leiter eines Laboratoriums den Status eines

Gastes. Ohne ein Arbeitsverhältnis konnte Reichenheim aber auch nicht entlassen werden. Die beiden Stipendiaten wären in der ersten Fassung des BBG nicht betroffen gewesen, weil zunächst allein die Situation der Beamten behandelt wurde. Wenn man sie als Angestellte hätte einstufen wollen, wäre es notwendig gewesen, auf die zweite Durchführungsverordnung vom 4. Mai zu warten, auch wenn die Ausweitung auf diesen Personenkreis bereits angekündigt war.^[3] Bei Wolfsohn versuchte die PTR dennoch seine bereits vor dem 7. April ausgesprochene Kündigung durch eine nachträgliche Datierung auf den 8. April mit dem BBG zu legitimieren. An dem Tag war das Gesetz durch Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt in Kraft getreten.^[4] Aber selbst für einen Beamten wäre das zu jenem Zeitpunkt nicht schlüssig gewesen, weil der Kreis der Betroffenen vor der „Ersten Verordnung zur Durchführung zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 11. April noch gar nicht genau definiert worden war.^[5] Bei Schocken, der wohl zwischen dem 4. und 12. April von seiner sofort in Kraft getretenen Entlassung informiert wurde, findet sich in den vorliegenden Akten dagegen kein Bezug zum BBG. Das ist ein Beleg dafür, dass der politische Wille zur Entlassung „jüdischer“ Kollegen auf dieser betrieblichen Ebene, sich einer auch nur scheinbaren Legalität gar nicht erst unterwerfen musste bzw. bei Wolfsohn nur vorgab es zu tun. Es wurden Tatsachen geschaffen, die von der Regierung erst später gesetzlich gerechtfertigt wurden.

Die Biografien der drei Physiker mit ihren sehr unterschiedlichen sozialen Milieus illustrieren das gesellschaftliche Ausmaß dieser Maßnahmen. In der Familie von Otto Reichenheim war das Judentum als Religion am Beginn des 20. Jahrhunderts weitgehend aufgegeben und von der Zugehörigkeit zur evangelischen Konfession abgelöst worden. Die wohlhabende und weitverzweigte Familie mit einer Reihe von Industriellen und Bankiers

* Wolff, Dr. Stefan L. (geb. 1952) Wissenschaftshistoriker; Senior Researcher Forschungsinstitut Deutsches Museum München, E-Mail: s.wolff@deutsches-museum.de

gehörte zur gesellschaftlichen Oberschicht. Der in einem Arzthaushalt aufgewachsene Günther Wolfsohn war auch nach seinem Selbstverständnis jüdisch, was soziale und politische Aspekte einschloss und ihn schließlich zum Zionismus brachte. Dagegen stammte Klaus Schocken aus einer „gemischten“ Verbindung zwischen jüdischem und nichtjüdischem Bildungsbürgertum. Insoweit zeigen schon diese drei Beispiele, dass die antijüdischen Maßnahmen des NS-Staates keine gesellschaftlich abgrenzbare, geschweige denn homogene Gruppe betrafen, sondern nicht zuletzt Vertreter einer bildungsorientierten bürgerlichen wie großbürgerlichen Schicht, die einen jüdischen Hintergrund besaßen. Im Folgenden behandeln wir diese drei unterschiedlichen Biografien.

2. Otto Louis Isidor Reichenheim

Die Reichenheims zählten wie etwa die Liebermanns zu den bedeutenden jüdischen Familiendynastien Berlins, die ihren großen Wohlstand mit dem Aufbau der Textilindustrie erworben hatten. Sie stammten aus Bernburg an der Saale (Fürstentum Anhalt-Bernburg, heute Sachsen-Anhalt) und verlegten 1841 ihren Firmensitz nach Berlin, wo verschiedene nach ihnen benannte Stiftungen auf ihr Mäzenatentum hinwiesen. Aus diesen wurden Stipendien für Studenten der Berliner Universität, der Bau und Unterhalt eines jüdischen Waisenhauses sowie die Unterstützung junger Maler finanziert.^[6]

Der Unternehmensgründer Nathanael Reichenheim (1776–1852) soll mit der damaligen jüdischen Tradition gebrochen haben, als er einen Hauslehrer engagierte, um seinen Kindern über eine säkulare Bildung den Eintritt in die moderne bürgerliche Gesellschaft zu ermöglichen. Die Sprache stellte eine wichtige Voraussetzung für die Akkulturation dar. Demnach schrieben „die Söhne auch in intimster Korrespondenz ein tadelloses, durch keinen Anklang an das Jiddische entstelltes Deutsch.“^[7] Zu seinen zwölf Kindern gehörte der älteste Sohn Louis (1805–1882), Mitbegründer der Firma, wie der liberale Politiker Leonor (1814–1868).

Julius (1836–1905), ein Sohn von Louis, vermählte sich 1878 mit Anna Eisner (1856–1932), die ebenfalls aus einer jüdischen Unternehmerfamilie stammte und zuvor mit seinem tödlich verunglückten Bruder Adolf Reichenheim (1851–1877) verheiratet gewesen war.^[8] Die gesellschaftliche Stellung von Julius als Fabrikant und Mitbesitzer der „Wollenweberei N. Reichenheim & Sohn“^[9] sowie als Familienvater wurde auch dadurch sichtbar, dass er sich 1880 im Tiergarten vor den Toren Berlins ein repräsentatives Palais errichten ließ. Mit ihm hatte Anna nach der Tochter Gertrud (1877–1959) aus ihrer ersten

Ehe dann noch sechs weitere Kinder: Heinrich (1881–1943), Otto (1882–1950), Louise (1883–1976), Peter (1885–1958), Sophie (1887–1976) und Ludwig (1889–1961).^[10] Alle Kinder von Anna wie der am 15. Februar 1882 geborene Otto gehörten laut den Geburtsurkunden anfangs noch dem Judentum an, das aber allmählich aus der Familie verschwand. Während sich Louis als Mitglied der Repräsentanten Versammlung aktiv für jüdische Belange eingesetzt und 1882 seine letzte Ruhestätte auf dem jüdischen Friedhof Weißensee gefunden hatte^[11], war Ottos Vater Julius 1903 aus der Jüdischen Gemeinde ausgetreten.^[12]

Otto Reichenheim bestand im Februar 1900 die Reifeprüfung am Askanischen Gymnasium, einer altsprachlichen Eliteschule Berlins. Anschließend begann er sein Studium in Genf bei dem Chemiker Carl Graebe (1841–1927). Eine Cousine seines Vaters war mit dem Berliner Professor für Chemie Carl Liebermann (1842–1914) verheiratet, der mit Graebe früher eng zusammengearbeitet hatte.^[13] Insoweit darf man vermuten, dass Otto hier Anregungen und Beratung erhielt, die seine Entscheidung für das Fach und den Ort beeinflussten. Nach dem ersten Semester unterbrach er sein Studium für ein Jahr, um ab Oktober 1900 als Einjährig-Freiwilliger in einem Dragoner-Regiment in Karlsruhe seinen „militärischen Pflichten zu genügen“.^[14] Er setzte sein Studium dann 1901 in Berlin fort, wo er an der Universität wie an der Technischen Hochschule Physik hörte, um schließlich 1903 an die Freiburger Universität zu wechseln. Dort promovierte er 1905 mit einer von Johann Königsberger (1874–1946) angeregten und von Franz Himstedt (1852–1933) begutachteten experimentellen Untersuchung über die Elektrizitätsleitung schlecht leitender Körper, die weder zu der Gruppe der metallischen Leiter noch zu den Elektrolyten gehörten. Er konnte zeigen, dass die Maxwellsche Beziehung zwischen Leitvermögen und optischem Absorptionsvermögen hier keine Gültigkeit besaß. Dazu bestimmte er das Leitvermögen auch in Abhängigkeit von der Temperatur. Dies ließ sich mit einer Formel recht gut wiedergeben, die „zugleich Aufschlüsse über den Vorgang der Elektrizitätsleitung durch Elektronen in metallischen und nichtmetallischen Leitern“ lieferte.^[15] Die mündliche Prüfung fand im Dezember 1905 drei Monate nach dem Tod seines Vaters statt. Im März 1906 erhielt Reichenheim dafür sein Dokortitel mit der Note „cum laude“.^[16]

Mit seiner anschließenden Rückkehr nach Berlin begann privat wie wissenschaftlich ein neuer Lebensabschnitt für ihn. Der Umstand, dass sein Vater stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates bei den schlesischen Hüttenwerken von Oskar Huldshinsky (1846–1931) gewesen war^[17], hatte sicher die Idee befördert, Otto mit einer von dessen Töchtern zu vermählen. Huldshinsky



Abbildung 1: Villa Reichenheim; Berlin Tiergarten, Rauchstraße 21, erbaut 1880-1881, seit 1922 Sitz des Nuntius in Berlin

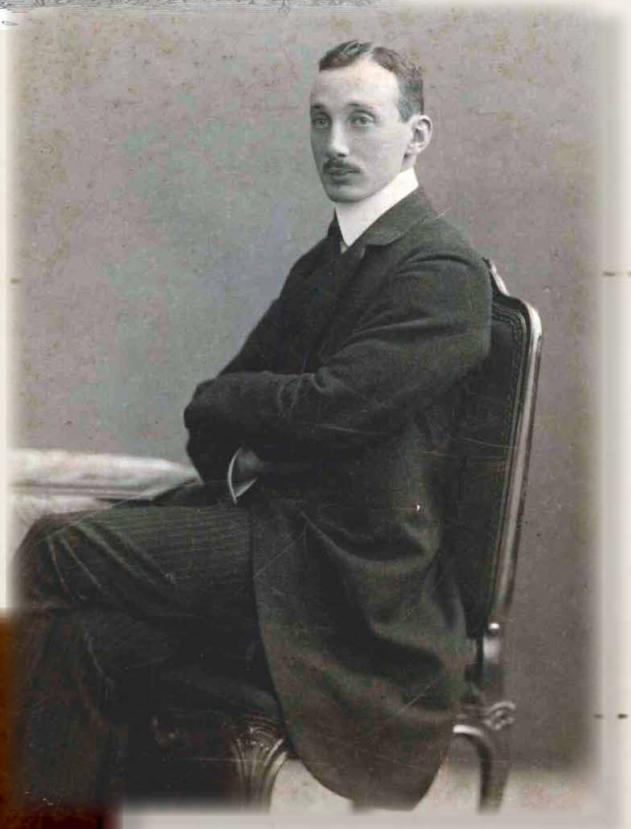


Abbildung 2: Otto Reichenheim, undatiert, vermutlich um 1906



Abbildung 3: Das junge Ehepaar Reichenheim, undatiert, vermutlich um 1906

drängte seine Tochter Susanne (1887–1939), sich für Otto und nicht für dessen zunächst von ihr favorisierten jüngeren Bruder Peter (1885–1958) zu entscheiden. Er hielt Otto für den begabteren, wohl, weil der als erster in der Familie Reichenheim nach seiner Promotion dabei war, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen.^[18] Otto war damit auch ein Beispiel für das soziale Phänomen, bei dem ein überproportional hoher Anteil der Gelehrten jüdischer Herkunft jener Zeit aus den begüterten Familien des Wirtschaftsbürger- und Unternehmertums stammte.^[19] Die besondere Reputation einer potenziellen Karriere in der Wissenschaft schien zumindest Ottos Schwiegervater beeindruckt zu haben. Durch diese Heirat im Oktober 1906 entstand eine Verbindung zwischen der Berliner Textil- und der schlesischen Schwerindustrie. Sie ist außerdem exemplarisch dafür, dass es auch nach der Abkehr von der jüdischen Religion, beide gaben als Konfession evangelisch an, weiterhin mehrheitlich endogame Heiraten gab, bei denen die Partner gleichfalls aus getauften, ehemals jüdischen Familien derselben Schicht stammten. Damit verblieben sie in dem durch ihre Herkunft geprägten sozialen Milieu.^[20] Aus der Ehe von Otto und Susanne Reichenheim gingen drei Söhne und zwei Töchter hervor, die zwischen 1907 und 1919 geboren wurden: Julius Oscar (1907–1958), Anna Susanne (1910–2009), Charlotte, später Carlotta (1913–1991), Peter Paul (1917–2003) und Otto Klaus (1919–1993).

Otto Reichenheim wurde in Berlin schon kurz nach seiner Promotion ab dem Frühjahr 1906 „Hilfsarbeiter“ bzw. „freiwilliger wissenschaftlicher Mitarbeiter“, später „Gast“ in der optischen Abteilung der PTR^[21], wo es mit dem vier Jahre älteren Ernst Gehrcke (1878–1960) zu einer engen und sehr erfolgreichen Kooperation kam.^[22] Das ging über eine rein fachlichen Ebene hinaus, denn beide pflegten mit privaten Einladungen auch einen sehr persönlichen Kontakt.^[23] Reichenheim besuchte fortan regelmäßig die Sitzungen der Physikalischen Gesellschaft ebenso wie das Physikalische Kolloquium. Er hielt dort Vorträge und hatte, wie Heinrich Rubens (1865–1922) in einem Gutachten später feststellte, dabei auch durch gelegentliche kritische Bemerkungen, „ein gutes Verständnis insbesondere für die modernsten Zweige physikalischer Forschung bewiesen.“^[24]

Zusammen mit Gehrcke gelang ihm in den Jahren 1906/07 die Entdeckung der Anodenstrahlen. Während es nach Untersuchungen von Julius Plücker (1801–1868), Johann Wilhelm Hittorf (1824–1914) und anderen schon seit mehreren Jahrzehnten bekannt war, dass in einer Geißleröhre die Kathode bei entsprechender Evakuierung zum Ursprungsort der nach ihr benannten Strahlen wird, gab es bis dahin keine Beobachtungen eines entsprechenden Phänomens an der

Anode. Dort sah man lediglich ein Glimmlicht, das Gehrcke zuvor schon einmal genauer untersucht hatte. Gehrcke und Reichenheim stellten sich nun die Aufgabe, Versuchsbedingungen aufzufinden, unter denen die Anode befähigt sein würde – analog zur Kathode – Strahlen zu emittieren. Sie beobachteten dann tatsächlich von der Anode ausgehende Strahlen, die auf Spuren von ungewollten Verunreinigungen zurückzuführen waren und bei deren vollständiger Beseitigung auch nicht mehr auftraten. Sie stellten daraufhin systematisch solche „verunreinigten“ Anoden überwiegend aus Natrium- und Lithiumsalzen her. Dafür entwickelten sie eine Art Rezeptur, indem sie diese Salze mit einem Mörser zerkleinerten und dabei etwas Graphitpulver daruntermischten. In mehreren Untersuchungen verifizierten sie sodann ihre Hypothese, dass die beobachteten Strahlen aus bewegten positiven Teilchen bestanden. Anfangs dauerte das Strahlungsphänomen nur wenige Minuten, mit einer anderen, besser evakuierten Anordnung konnten sie die Apparatur dann sogar tagelang betreiben, wobei die Strahlen nun auch längere Strecken durchliefen und die Fluoreszenz auf einem in der Röhre angebrachten Schirm einen damit verbundenen Materialfluss anzeigte. Mit dem Nachweis der elektrischen und magnetischen Ablenkbarkeit fanden die Autoren schließlich ihre Ausgangshypothese bestätigt, „daß die Anodenstrahlen in der Tat ein den Kathodenstrahlen völlig entsprechendes Phänomen darstellen.“^[25] Rubens meinte 1910 dazu: „Diese Reihe von Arbeiten gehört, was die Wichtigkeit der Ergebnisse anbelangt, zweifellos zu den bemerkenswertesten Publikationen der letzten Jahre auf dem Gebiet der korpuskularen Strahlung.“^[26] Reichenheim trug an verschiedenen Stellen darüber vor, so 1908 vor der „Société Française de Physique“ in Paris und – von ihm selbst im Lebenslauf als besonderes Ereignis hervorgehoben – auf Einladung während der Tagung der „British Association for the Advancement of Science“, die 1909 im kanadischen Winnipeg stattfand. Dabei war er Teil einer deutschen Delegation, die neben Eugen Goldstein (1850–1930), dem Entdecker der (positiven) Kanalstrahlen, noch aus den etwa gleichaltrigen Wilhelm Westphal (1882–1978), Otto Hahn (1879–1968) und Peter Pringsheim (1881–1963) bestand.^[27]

Reichenheim hatte sich in der Berliner Physik einen Namen gemacht und der nächste Schritt seiner Laufbahn ergab sich daraus beinahe zwangsläufig. Im März 1910 reichte er neben zwanzig bisherigen Publikationen eine Habilitationsschrift aus dem Kontext dieser Forschungen ein. Reichenheim untersuchte darin die Spektren der neu entdeckten Anodenstrahlen von Alkalien und Erdalkalien. Rubens fand in seinem Gutachten, dass aufgrund der experimentellen Schwierigkeiten, die Messungen den sonst übli-

chen Genauigkeitsgrad zwar nicht erreichten, aber „die Habilitationsschrift des Herrn Reichenheim [im Ganzen] als eine tüchtige und inhaltsreiche Arbeit zu bezeichnen“ ist. Max Planck (1858–1947) schloss sich dem ohne weiteren Kommentar an. Mit seiner Antrittsvorlesung vom 6. Juli 1910 „Ueber neue Fortschritte in der Konstruktion stark auflösender Spektralapparate“ wurde Reichenheim Privatdozent an der Berliner Universität.^[28] Die wissenschaftliche Betätigung ließ ihm offenbar genügend Raum für ein gesellschaftliches Leben, das er mit seiner Leidenschaft für den Automobilmus zu verbinden wusste, wenn er etwa zu den 50 ausgewählten deutschen Teilnehmern der elitären Prinz-Heinrich-Fahrt von 1911 gehörte.^[29] Auch die Jagd gehörte bei Reichenheim zu diesem Lebensstil einer bürgerlichen Oberschicht, die sich offenbar an einigen Gewohnheiten des Adels orientierte.^[30]

Auch in den folgenden Jahren verblieb Reichenheim, meist gemeinsam mit Gehrcke, überwiegend in dem die Anodenstrahlen betreffenden Themenbereich. Der Umstand, dass sich Gehrcke zu einem Gegner der Relativitätstheorie entwickelte, der dabei zunehmend den sachlich-inhaltlichen Rahmen verließ, störte die Beziehung zu Reichenheim offenbar nicht.^[31] Die Aufnahme eines gemeinsamen Beitrages „Über die positiven Strahlen“ in der enzyklopädischen „Kultur der Gegenwart“ stellte eine besondere Anerkennung ihrer zusammen durchgeführten Forschungen dar.^[32] Der Band erschien 1915 zu einer Zeit, in der sich Reichenheim im Kriegseinsatz befand. Im Oktober 1914 war ihm als Leutnant der Kraftfahrtruppen das Eiserne Kreuz II. Klasse verliehen worden, außerdem erhielt er später noch den entsprechenden türkischen Orden „Eiserner Halbmond“. ^[33] Vermutlich motivierte ihn die Kriegssituation 1915 zu einer Patentanmeldung. Er hatte einen Empfänger für drahtlose Telegraphie konstruiert, bei dem Signale außerhalb der Sendefrequenz besser unterdrückt werden konnten.^[34] Ebenfalls noch während des Krieges wurde ihm der Titel „Professor“ verliehen.^[35] Reichenheim lebte nach Friedensschluss zwischen 1919 und 1921 laut eigener Angabe „auf dem Lande“, womit er ein Rittergut im thüringischen Bad Berka meinte.^[36] Den Aufenthalt dort verband er mit einer nicht näher erläuterten Tätigkeit am „physikalisch-technischen Institut in Jena“. So ruhte seine Arbeit an der Reichsanstalt bis auf Weiteres und von der philosophischen Fakultät der Berliner Universität ließ er sich beurlauben. Nach zwei Jahren kehrte er nach Berlin zurück, bat jedoch die Fakultät im Juni 1921 um eine abermalige Beurlaubung. Das begründete er mit der Befürchtung, „von Arbeit überhäuft zu werden“, weil er beabsichtigte, in den Vorstand einer neugegründeten Tochtergesellschaft der Telefonfabrik-AG einzutreten. Auf seine

Venia legendi (Erlaubnis zum Lehren) wollte er trotzdem nicht verzichten, um sich die Möglichkeit einer Rückkehr an die Universität offenzuhalten.^[37] Darüber hinaus dürfte der akademische Titel auch für seine geschäftlichen Aktivitäten von Vorteil gewesen sein. Nur einige Wochen später erhielt er die Ernennung zum außerordentlichen nichtbeamteten Professor. Den erwähnten Vorstandsposten behielt er bis 1925 und bekleidete dazu eine Reihe von Aufsichtsratsposten.^[38] Außerdem war er Mitglied des Arbeitsausschusses der Heinrich-Hertz-Gesellschaft für Schwingungsforschung.^[39] Reichenheim ließ dann auch in den folgenden Jahren seine Vorlesungen immer wieder ausfallen, wobei er öfters gesundheitliche Gründe reklamierte, sodass er bis 1929 gar keine Vorlesungen mehr hielt. Der Dekan berichtete im Mai 1929, dass die Fakultät einen erneuten solchen Antrag „mit Erstaunen“ zur Kenntnis genommen habe und wohl schon erwog, Reichenheim deshalb die *Venia legendi* zu entziehen.^[40]

Im Jahr 1928 nahm Reichenheim die experimentelle Arbeit an der PTR wieder auf und wurde dort abermals „Gast“ mit einem eigenem Laboratorium.^[41] Er gab später an, dass er wiederholte Angebote einer besoldeten Beamtenstelle angesichts seiner gesicherten wirtschaftlichen Verhältnisse nie angenommen habe.^[42] Gehrcke war inzwischen Direktor der optischen Abteilung geworden und Reichenheim kooperierte nun mit dessen Mitarbeiter Ernst Lau (1893–1978), der 11 Jahre jünger und 1920 direkt nach der Promotion an die PTR gekommen war. Reichenheim nahm Lau oft mit seinem Auto mit, wenn sie gemeinsam Kongresse oder Fachkollegen besuchten. Die wissenschaftliche Partnerschaft führte zu privaten Kontakten mit freundschaftlichem Charakter. Lau berichtete von Besuchen in Reichenheims großen Haus im Westend, so auch zu dessen 50. Geburtstag im Jahr 1932. Rückblickend meinte er, bei diesem Ereignis der einzige „nichtjüdische Gast“ gewesen zu sein.^[43] Wie einleitend ausgeführt konnte er sich nicht auf die religiöse Zugehörigkeit Reichenheims beziehen, sondern fand sich ganz offensichtlich in einem gesellschaftlichen Milieu wieder, das er als fremd empfand und deshalb als „jüdisch“ identifizierte. Bis 1933 publizierten die beiden gemeinsam mindestens neun Arbeiten sowohl zur Gasentladung als auch über Themen aus der Spektroskopie. Außerdem meldeten sie noch wenigstens zwei gemeinsame Patente an, die ein Verfahren zur Herstellung von atomarem Wasserstoff beschrieben.^[44]

Reichenheims Tätigkeit als „Gast“ an der PTR kam im April 1933 zu einem abrupten Ende. Die dazu vorliegenden Quellen differieren etwas in ihren Aussagen über die Umstände wie auch über den Zeitpunkt seines erzwungenen Ausscheidens. Ebbe Rasmussen (1901–1959), ein dänischer Stipendiat der *Rockefeller Foundation*, der im



Abbildung 4: Haus der Familie von Otto Reichenheim im Berliner Westend, Ebereschallee 4-6



Abbildung 5: Otto Reichenheim mit seiner Frau und den 5 Kindern, undatiert, vermutlich 1920



Abbildung 6: Otto Reichenheim mit seiner Frau, vermutlich in den 1930er Jahren

Präsidentenlabor von Paschen an der PTR arbeitete, informierte seinen akademischen Lehrer Niels Bohr (1885–1962) regelmäßig über die Vorgänge an der PTR. In einem Brief vom 6. April berichtete er, Reichenheim sei „gerade verabschiedet“ worden.^[45] Im Tagebuch von Max Jakob (1879–1955), der die Laboratorien für Wärmetechnik und für Viskosität leitete, hört sich der Eintrag vom 7. April dagegen so an, als ob es noch nicht dazu gekommen sei, aber aktuell Druck in dieser Hinsicht ausgeübt würde. Man habe „das Ausscheiden des seit vielen Jahren als Gast in der Reichsanstalt arbeitenden Prof. Reichenheim ... von seinem Duzfreund Gehrcke verlangt.“^[46] Das geschah am Freitag, den 7. April noch ohne Kenntnis des BBG, von dem die Öffentlichkeit durch die Zeitungen am 8. April erfuhr.^[47] Eine von Reichenheims Mitarbeiter Lau 25 Jahre später verfasste Schilderung bezog sich auf diesen Vorgang. Demnach seien drei Mitglieder der nationalsozialistischen Zelle der PTR bei Gehrcke vorstellig geworden „und haben offenbar verlangt, daß er Herrn Prof. Reichenheim nicht mehr in seinem Laboratorium duldet.“ Daraufhin sei es Gehrcke gewesen, der Reichenheim Hausverbot erteilt und „aus Angst“ sogar die langjährigen persönlichen Beziehungen abgebrochen habe.^[48] In einem Gedenkartikel von 1968 modifizierte Lau die Schilderung dahingehend, dass eine Kommission der NSDAP in ihrem Laboratorium erschienen sei und dem vielleicht gar nicht anwesenden Reichenheim die Weiterarbeit untersagt habe.^[49] In seinem Fragebogen für die Emigrantenhilfsorganisation „*Society for the Protection of Science and Learning*“ (SPSL, bis 1936 *Academic Assistance Council*, AAC)^[50] hatte Reichenheim 1938 berichtet, im April 1933 nicht persönlich, sondern telefonisch darüber informiert worden zu sein, dass er sein „Laboratorium nicht mehr zu betreten habe“.^[51] Ein Brief der „Nationalsozialistischen Beamtenarbeitsgemeinschaft“ vom 20. April wirft jedoch die Frage auf, ob sich der Vorgang doch noch länger hinzog oder aber im Haus nicht kommuniziert worden war: „Sein [Gehrckes] persönlicher Mitarbeiter ist der Jude Professor Dr. O. Reichenheim, der Schwager des bekannten Dr. Weismann.“^[52] Damit sollte Reichenheim neben seiner Einstufung als „Jude“ außerdem noch in einen ungünstigen politischen Zusammenhang gestellt werden. Robert Weismann (1869–1942) hatte von 1918 bis 1920 die Position eines Ersten Staatsanwaltes in Berlin inne, wurde nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 preußischer Staatskommissar für die öffentliche Ordnung und bekleidete von 1923 bis 1932 das Amt eines Staatssekretärs in der preußischen Regierung. Zusammen mit seiner Frau Gertrud, der älteren Halbschwester Reichenheims, spielte er in Berlin auch gesellschaftlich eine Rolle, besaß also einen hohen Bekanntheitsgrad und galt zudem als enger Berater

des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun.^[53] Aufgrund seiner dezidierten Gegnerschaft zum Nationalsozialismus war er bereits im März emigriert. Diese inzwischen als negativ eingestufte Prominenz färbte nun auf Reichenheim ab. Mit der Beendigung seiner Tätigkeit an der PTR verlor Reichenheim vermutlich einige seiner Kontakte. Ein rückblickender Bericht von Otto Hahn aus dem Jahr 1945 deutet auf eine gesellschaftliche Ausgrenzung der Reichenheims hin. Hahn hatte den Kontakt nach 1933 wiederaufleben lassen und es sei dann ein „paar Mal“ zu Treffen zusammen mit ihren Frauen gekommen. Die Reichenheims wären in dieser Situation dankbar gewesen, „wenn man sie nicht ganz vergass“.^[54] Das Ehepaar Hahn schickte 1934 auch ein Glückwunschtelegramm zur Hochzeit von Reichenheims Tochter Charlotte.^[55]

An der Universität dagegen kam das BBG für Reichenheim zur Anwendung. Den Ausnahmestatus als Frontkämpfer hat er allerdings nicht wirklich genutzt.^[56] Seine letzte Vorlesung hielt er im Sommersemester (SS) 1932 „Über die Gasentladung und ihre Strahlen“ vor 12 Hörern, die für die SS 33 und 34 sowie für das Wintersemester (WS) 34/35 angezeigten Lehrveranstaltungen kamen nicht mehr zustande. Die von ihm angebotenen Vorlesungen behandelten alle denselben, relativ engen Themenbereich.^[57] Im WS 33/34 ließ er sich beurlauben, für das SS 35 und WS 35/36 kündigte er an, nicht zu lesen. Das veranlasste den Dekan, im September 1935 beim Ministerium Reichenheims Entlassung aus dem Lehrkörper zu beantragen. Dort erklärte man daraufhin im Oktober, dass dessen Lehrbefugnis „als erloschen anzusehen“ sei und bat darum, wohl um weiteren Schriftverkehr zu vermeiden, von einer „Benachrichtigung Reichenheims abzusehen“.^[58] Nur wenige Monate später, am 31.12.1935, wäre Reichenheims Lehrtätigkeit sonst durch das „Reichsbürgergesetz“ beendet worden, denn damit entfielen die Ausnahmeregelungen des BBG für „jüdische“ Beamte inklusive der nichtbeamteten Hochschullehrer.^[59] Im Berliner Adressverzeichnis stand er aber noch 1938 mit seinem Professorentitel.^[60]

Wahrscheinlich gab es kaum ein privates Laboratorium, das mit der Ausstattung der PTR hätte konkurrieren können, um Reichenheim eine Fortsetzung seiner Forschungen zu ermöglichen. So ist er aus dem Wissenschaftsbetrieb herausgefallen. Später erwähnte Reichenheim eine Beschäftigung mit Nahrungsmittelchemie in jener Zeit, aber belegbare Resultate etwa in Form von Publikationen lassen sich nicht nachweisen.^[61] Die Zugehörigkeit zu einer christlichen Konfession und der sozialen Oberschicht mögen dazu beigetragen haben, dass Reichenheim sich und seine Familie im NS-Staat lange Zeit nicht als gefährdet ansah. Der mit seiner Tochter Anna-Susanne

REPUBLICA DOS ESTADOS UNIDOS DO BRASIL
FICHA CONSULAR DE QUALIFICAÇÃO

MODELO S.C. 189

Esta ficha, expedida em duas vias, será entregue à Polícia Marítima e à Imigração no porto de destino

Nome por extenso Otto Louise Isidor REICHENHEIM
Admitido em território nacional em caráter TEMPORARIO (temporário ou permanente)
Nos termos do art. 7 letra a do dec. n. 20.254 de 1947
Lugar e data de nascimento Berlin 15 2 1882
Nacionalidade Britânica Estado civil Casado
Filiação (nome do Pai e da Mãe) Julius e Anna REICHENHEIM
Profissão Fisicista
Residência no país de origem 20A. Westbourne Terrace W.2.

	NOME	IDADE	SEXO
FILHOS MENORES DE 18 ANOS			

Passaporte n. 469132 expedido pelas autoridades de Foreign Office
Londres na data 31/3/1947
visado sob n. 1514

ASSINATURA DO PORTADOR:
Otto Reichenheim

Consulado Geral do Brasil
em Londres
11 de Novembro de 19 48
CONSUL
P. L. Franco

NOTA—Esta ficha deve ser preenchida à máquina pela autoridade consular, sendo as duas vias em original.

Abbildung 7:
Immigration Card
von Otto Reichen-
heim für einen Be-
such seiner Kinder
in Brasilien im Jahr
1948

(1910–2009) seit 1931 verheiratete nichtjüdische Filmkomponist Hans Sommer (1904–2000) bekam mittlerweile zunehmende Probleme bei seiner Berufsausübung. Im Dezember 1938 wurde er von der Gestapo verhaftet und aufgefordert, sich von seiner Frau scheiden zu lassen.^[62] Erst die Ereignisse des Novemberpogroms hatten bei Reichenheim zu einer fundamentalen Neubewertung seiner Lage geführt. Nur durch die zufällige Abwesenheit von seiner Wohnung entging er der Verhaftung, die im Rahmen einer konzertierten Aktion im Kontext des Pogroms erfolgt wäre, bei der insgesamt etwa 30.000 jüdische Männer in Konzentrationslager verbracht wurden.^[63] Reichenheim kam daraufhin mit einem Nervenzusammenbruch und dem Verdacht auf Suizidgefährdung ins Klinikum Westend, was ihn vor dem Konzentrationslager bewahrte.^[64]

Nun erst bemühte er sich um eine Emigration nach England, wo schon wenigstens einer seiner Söhne sowie der oben erwähnte jüngere Bruder Peter mit dem inzwischen geänderten Nachnamen Dane lebte. Reichenheim sandte noch Mitte November 1938 persönliche und berufliche Informationen an die akademische Hilfsorganisation SPSL mit einer illustren Liste von zehn Kollegen, die eine günstige Auskunft über ihn geben könnten. Darunter befand sich noch der bereits 1937 verstorbene Ernest Rutherford (1871–1937), der Reichenheim persönlich gekannt hatte.^[65] Die SPSL schrieb vier von ihnen an, denn für eine potenzielle Vermittlung benötigte sie Informationen über Reichenheims wissenschaftliche und persönliche Qualifikation sowie Einschätzungen über dessen Chancen einer Wiedereingliederung in einem neuen wissenschaftlichen Umfeld. Die Gutachten bzw. Stellungnahmen von Otto Hahn, dem Biochemiker Edward Charles Dodds (1899–1973) und dem Biologen John Randal Baker (1900–1984) drückten fachliche wie menschliche Wertschät-

zung aus, ohne ihn wirklich aktuell wissenschaftlich einzuordnen.^[66] Das allein tat der gleichaltrige James Franck (1882–1964), der Reichenheim seit 30 Jahren kannte und zwar ebenfalls persönliche Sympathie erkennen ließ, aber als einziger sowohl physikalische Kompetenz als auch eigene Erfahrungen als Emigrant seit 1934 einbringen konnte. Er selbst arbeitete inzwischen an der Universität von Chicago. Franck verwies auf Reichenheims gemeinsame Arbeiten mit Gehrcke, insbesondere auf die Entdeckung der Anodenstrahlen „*which at that time was a discovery of great importance*“. Nach einer Unterbrechung habe Reichenheim die Arbeit an der PTR wiederaufgenommen mit „*at least not uninteresting results*“. Dessen Chancen betrachtete er aktuell jedoch als nicht besonders gut, weil seine frühe Forschung teilweise in Vergessenheit geraten sei und sein Name in den letzten Jahren in den einschlägigen Zeitschriften auch nicht mehr oft erwähnt worden war.^[67]

Peter Dane sprach inzwischen im Innenministerium in London vor und verpflichtete sich, bei der Einwanderung seines Bruders gegebenenfalls für ihn wie auch für dessen Frau finanziell aufzukommen. Dazu erhielt Dane noch Unterstützung seitens des mit ihm befreundeten Parlamentsabgeordneten und ehemaligen Geschäftsträgers in der englischen Botschaft in Berlin Harold Nicolson (1886–1968), der sich erinnerte, dass er „*received great kindness from Professor Reichenheim's sister*“, der Frau des damaligen Staatssekretärs Weismann.^[68] Daraufhin erging noch am 30. Dezember 1938 der Bescheid des Innenministeriums, dass Reichenheim und seine Frau beim „*British Passport Control Officer*“ in Berlin Einreisevisa beantragen konnten.^[69] Insoweit war es nicht Reichenheims wissenschaftliche Qualifikation, sondern die Bürgerschaft seines Bruders zusammen mit Kontakten zu Persönlichkeiten aus der englischen Politik, die ihm und seiner Frau die Möglichkeit zur Emigra-

tion eröffneten. Zunächst brauchte es aber noch auf deutscher Seite die Abklärung, ob der Antrag auf Ausstellung eines Passes eines „nichtarischen ehemaligen Hochschullehrers“ überhaupt zulässig war. Am 23. Februar 1939 erging in dieser Hinsicht schließlich eine positive Entscheidung.^[70] So konnte Reichenheim Ende April nach England emigrieren, das inzwischen auch all seinen drei Söhnen Zuflucht bot. Julius Oskar war als Journalist tätig, Peter studierte Medizin und Klaus arbeitete bei einer Bank.^[71] Allerdings musste er Deutschland ohne seine Frau verlassen, die im Februar in Berlin im Alter von 51 Jahren an den Folgen einer Lungenentzündung verstorben war, gerade zwei Wochen nachdem ihre Tochter Anna-Susanne zusammen mit Mann und Sohn in die USA (Hollywood) hatte ausreisen können.^[72] Mit einer Ausnahme gelang es auch allen Geschwistern von Otto, dem Machtbereich des nationalsozialistischen Deutschlands zu entkommen. Allein sein älterer Bruder Heinrich blieb und wurde 1943 nach Auschwitz deportiert und ermordet.^[73] In England kam Otto Reichenheim nur „mit einer Handtasche und Bargeld in [der maximal zulässigen] Höhe von 10 Mark an.“^[74] Sein beträchtliches Vermögen, das durch Reichsfluchtsteuer, „Judenvermögensabgabe“ und Erbschaftssteuer schon erheblich gemindert worden war, hatte er zurücklassen müssen.^[75] Reichenheim aber verharrte nicht in der Trauer über die menschlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Verluste, sondern bemühte sich recht bald um Positionen, bei denen er seine spezifischen Kompetenzen einsetzen konnte. Seit Weihnachten arbeitete er als technischer Berater für eine private Firma, die in Verbindung mit dem Kriegsministerium ein geheimes drahtloses Telefonsystem entwickelte. Im Mai 1940 musste Reichenheim dies als „feindlicher Ausländer“ beenden. Außerdem hatte er eine Tätigkeit als wissenschaftlicher Berater des „Central European Joint Committee“ ausgeübt.^[76] Im Juni 1940 wurde Reichenheim auf der *Isle of Man* interniert, wo er auch auf seinen Sohn Klaus traf. Der kam Ende August unter der Auflage frei, sich zu einer Emigration nach Brasilien zu verpflichten, dem Land, das auch gerade seine Schwester Charlotte (dann Carlotta) mit ihrer Familie nach einem zwischenzeitlichen Aufenthalt in dem Heimatland ihres italienischen Ehemannes aufgenommen hatte. Peter Reichenheim war dagegen als einer der ersten bereits am 6. Juni wieder aus der Internierung entlassen worden.^[77] Die SPSL bemühte sich bei dem „Royal Society Tribunal“ um die Freilassung der bei ihr registrierten Wissenschaftler. Die Hürde dafür erwies sich bei Reichenheim als unerwartet hoch. Es bedurfte wissenschaftlich qualifizierter Fürsprecher, die sich mangels aktueller Bekanntschaften von Reichenheim mit englischen Kollegen nicht leicht finden

ließen. So reichte selbst die Aussage eines Politikers und Diplomaten wie von Andrew McFadyean (1887–1974), der Reichenheim und dessen Familie seit etwa 15 Jahren kannte, nicht aus: „... *it is inconceivable to me that any Reichenheim should be for a moment suspected of being anything but intensely anti-Nazi.*“^[78] Entscheidend war schließlich die fachlich uneingeschränkt positive Bewertung durch den Nobelpreisträger Francis William Aston (1877–1945) aus Cambridge. Aston kannte Reichenheim zwar nicht persönlich – „*I regret that I have not met him and know nothing of him personally*“ – aber er schätzte noch immer seine länger zurückliegenden wissenschaftlichen Leistungen: „... *of his scientific attainments I have the highest opinion. His discovery with Gehrcke in 1906 of anode rays was one of fundamental importance and their work on the properties of these rays which was developed with great experimental skills, has been of the utmost value not only in Positive Ray analysis but also in my own work on Isotopes. From the point of scientific distinction I am of the opinion that he deserves the highest recommendation.*“^[79] Es dauerte aber bis Ende Oktober 1940 bis der mittlerweile gesundheitlich angeschlagene Reichenheim schließlich aus der Internierung freikam.^[80] Er war dann „*tutorial advisor*“ für eine Firma^[81] und erwähnte, außerdem an verschiedenen chemischen Problemen zu arbeiten.^[82] Im Jahr 1941 erwog er zeitweise eine Emigration nach Brasilien, wo mittlerweile zwei seiner Kinder lebten und er sich bessere Möglichkeiten zu wissenschaftlicher Arbeit erhoffte.^[83] Seit dem Frühjahr 1941 beschäftigte er sich gemeinsam mit dem englischen Chemiker Eric Victor mit der Aufarbeitung von Lederresten, vornehmlich für die Produktion von Schuhen. Das führte zu der Anmeldung eines Patentes. Aber trotz erfolgreicher Tests durch das „*Ministry of Supply*“ fand sich keine Firma, die es in der Produktion einsetzen wollte.^[84] Dazu war er an der Ausarbeitung eines Prozesses zur Produktion von Plastikknöpfen und Modeschmuck beteiligt.^[85] In dem Zusammenhang gab es eine Kooperation mit der Glaskunstwerkstatt „Bimini“ von Fritz Lampl (1892–1955), der selbst ein Emigrant aus Wien war und zahlreiche Emigranten beschäftigte.^[86] Im Oktober 1945 stellte Reichenheim einen Antrag auf Einbürgerung^[87] und heiratete nochmals.^[88] Er verbrachte 1948 ein halbes Jahr in Brasilien, um seine beiden dort lebenden Kinder und deren Familien zu besuchen. Reichenheim war bis zuletzt an Arbeit interessiert, wobei der Verdienst nicht die entscheidende Rolle spielte.^[89] Es war ihm weiterhin ein Anliegen, seine Kenntnisse und Fertigkeiten einzusetzen und er hätte dabei „das ihm vorher unbekannte Glück erlebt, von seiner Hände Arbeit leben zu müssen.“^[90] Am 22. August 1950 ist er in England im Alter von 68 Jahren gestorben.^[91]



Abbildung 8:
Günther [Gideon]
Wolfsohn, undatiert

3. Günther [Gideon] Max Wolfsohn

Der Vater von Günther Wolfsohn wie auch dessen Vater waren Ärzte. Sie lebten im 19. Jahrhundert in der kleinen, in der Provinz Posen gelegenen Stadt Wollstein (heute Wolstyn bei Poznan, Republik Polen). Der Großvater Max Meyer-Wolfsohn (1825–1885) unterhielt dort eine Praxis und konnte die Patienten von Robert Koch (1843–1910) übernehmen, als dieser 1880 von Wollstein nach Breslau zog. Einer der beiden Söhne von Meyer-Wolfsohn war Alfred Wolfsohn (1861–1943), der nach der Heirat mit Elise Blumenhain (1874–1943) zunächst in das schlesische Königswalde ging, um schließlich im Jahr 1900 nach der Geburt einer Tochter in ein modernes, bereits elektrifiziertes Haus in der Innenstadt von Elberfeld im Rheinland zu ziehen.^[92] Hier wurde am 31. März 1901 Günther geboren. Die familiäre Überlieferung berichtet von einem hochbegabten Schüler, wozu auch ein ausgeprägtes musikalisches Talent gehörte.^[93] Für das intellektuelle Klima dieses Umfeldes spricht, dass auch Günthers ältere Schwester Hilde studierte und 1923 mit einer mathematischen Arbeit in Heidelberg promovierte.^[94] Im Winter 1919 begann Günther mit dem Studium der Mathematik, Physik und Chemie in Frankfurt, Heidelberg und München, das er nach fünf Semestern ab April 1922 in Bonn fortsetzte.^[95] Dort begann er 1924 bei Heinrich Konen (1874–1948) mit einer Doktorarbeit.

Unter Konen, einem Schüler und Nachfolger von Heinrich Kayser (1853–1940), bildete die Spektroskopie weiterhin den traditionellen Forschungsschwerpunkt der Bonner Physik. In diesem Rahmen bewegte sich auch die Disserta-

tion von Wolfsohn, der das Bogenspektrum des Kupfers bei vermindertem Druck untersuchte. Die dafür notwendige Lichtquelle (Vakuumlampe) als zentraler Teil der Apparatur musste erst neu konstruiert werden, weil es etwa für die Auswechslung der Elektroden und die Entfernung des Oxydstaubes notwendig war, das Lampeninnere leicht zugänglich zu machen. Sie entstand in Zusammenarbeit mit einem anderen Doktoranden, dem Jesuitenpater Albert Maring (1883–1943), der über ein ähnliches Thema arbeitete.^[96] Aufgrund des 1912 erstmals beobachteten und 1913 in Bonn bestätigten „Poleffektes“, der eine Abhängigkeit der Wellenlängenbestimmung von der Länge des Lichtbogens und seinen elektrischen Parametern bezeichnete, war die Genauigkeit der spektroskopischen Präzisionsmessungen in Frage gestellt worden.^[97] Wolfsohn behandelte mit der Druckabhängigkeit der Wellenlängenmessung auf Vorschlag von Konen einen ähnlichen, schon länger bekannten Effekt. Dafür wurde das bis dahin noch nicht untersuchte Kupferspektrum ausgewählt und unter sehr geringem Druck vermessen, bei dem die Schärfe der Linien deutlich zunimmt. Wolfsohn gelang dabei die Neubestimmung einer Reihe von Termen aus dem Dublettsystem. Technisch erwies sich die Aufgabe als anspruchsvoll, mit einer Gaedeschen Pumpe einen Druck zwischen 40 und 50 Torr konstant zu halten. Für die Ausführung standen Wolfsohn auch Mittel der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ (gegründet 1920, Vorläuferin der DFG) zur Verfügung.^[98] Im Februar 1926 bestand er das mündliche Doktor-examen und erhielt die Gesamtnote „sehr gut“.^[99] In demselben Jahr legte er außerdem das Staatsexamen für Mathematik, Physik und Chemie ab und arbeitete anschließend kurze Zeit als Lehrer an einem Realgymnasium in Köln.^[100]

In dem folgenden Jahr 1927 gab er die Tätigkeit an der Schule auf, da er eine Hilfsassistentenstelle am physikalischen Institut der Universität Bonn erhielt. Neben der Unterweisung von Studenten war er mit literarischer Arbeit beschäftigt. Wolfsohn übernahm es aus Anlass einer Feier der Universität zum 70. Geburtstag von Heinrich Hertz, einen Aufsatz über ihn in der „Bonner Zeitung“ zu publizieren.^[101] Für die von seinem Doktorvater Konen redigierten Bände 19 und 20 des „Handbuches der Physik“ von 1928 verfasste er Artikel über die „Fortpflanzungsgeschwindigkeit des Lichtes“ und die „Strenge Theorie der Interferenz und Beugung“.^[102] Bei dieser Tätigkeit bewies er, dass er neben den experimentellen Fähigkeiten ebenso ein tiefes Verständnis der theoretischen Optik besaß. Der zweite Beitrag zeigte bereits Wolfsohns Ortswechsel nach Berlin-Dahlem an.

Mit seinen Kenntnissen der Theorie sowie den in der Spektroskopie erworbenen technisch-apparativen Fertigkeiten passte er offenbar in

das Anforderungsprofil von Rudolf Ladenburg (1882–1952), der ihn 1928 als Assistenten an das Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für physikalische Chemie in Berlin holte, um ihn in sein Forschungsprogramm über die anomale Dispersion des Lichts einzubinden.

Das Phänomen der Dispersion – die Aufspaltung des Lichts durch Glasprismen in ein farbiges Band – war seit langem bekannt. Während das Licht im Vakuum für alle Frequenzen dieselbe Geschwindigkeit besitzt, gibt es in optisch dichteren Medien eine Abhängigkeit von der Wellenlänge. Dabei ist die Ablenkung im langwelligen roten im Allgemeinen geringer als im kurzwelligen blauen Bereich. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden dann Abweichungen von dieser Regel gefunden. In einem kleinen Frequenzintervall um die Absorptionslinie des vom Licht durchdrungenen Mediums kehrt sich die obige Regel um, was die Bezeichnung „anomale [ungleichmäßige] Dispersion“ erhielt.

Mit Ansätzen aus der klassischen Elektronentheorie entwickelte sich aus dem Verständnis der Dispersion als Wechselwirkung zwischen Strahlung und Materie einer der Entwicklungsstränge der Quantentheorie, handelte es sich doch um einen Vorgang, bei dem es durch die Lichtabsorption zu einer quantenmäßigen Veränderung der Materie kommt. Ladenburg hatte sich während seiner Zeit an der Universität Breslau von 1907 bis 1924 sowohl experimentell wie theoretisch immer wieder mit der anomalen Dispersion beschäftigt. Seit 1921 begann er, sie in die moderne Theorie zu „übersetzen“.^[103] Aus den Eigenfrequenzen der quasielastisch gebundenen Elektronen wurden zunächst die Umlauffrequenzen des Bohrschen Atommodells und schließlich die in Emission und Absorption beobachtbaren Quantensprünge. Ladenburg hatte sich 1909 an der Universität Breslau habilitiert und war dort 1921 a.o. Professor geworden. Er wechselte 1924 auf die Stelle eines Abteilungsleiters am KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin. Mit einer Umhabilitation gehörte er auch zu dem Lehrkörper der Berliner Universität. Einen großen Teil seiner Arbeit widmete er der Überprüfung der von ihm abgeleiteten quantentheoretischen Dispersionsformel bei angeregten Gasen. Ladenburg führte die entsprechenden Untersuchungen der Dispersion anhand der schon in Breslau verwendeten Interferenzstreifenmethode durch, woran die 1924 bei Wilhelm Wien in München promovierte Agathe Carst (1896–1975)^[104] und sein Assistent Hans Kopfermann (1895–1963) beteiligt waren. Ein Interferometer erzeugte zwei parallele kohärente Strahlengänge, die zwei Glasröhren mit demselben Gas durchliefen, von denen sich eines im elektrisch angeregten Zustand befand und die schließlich wieder zusammengeführt wurden. Der

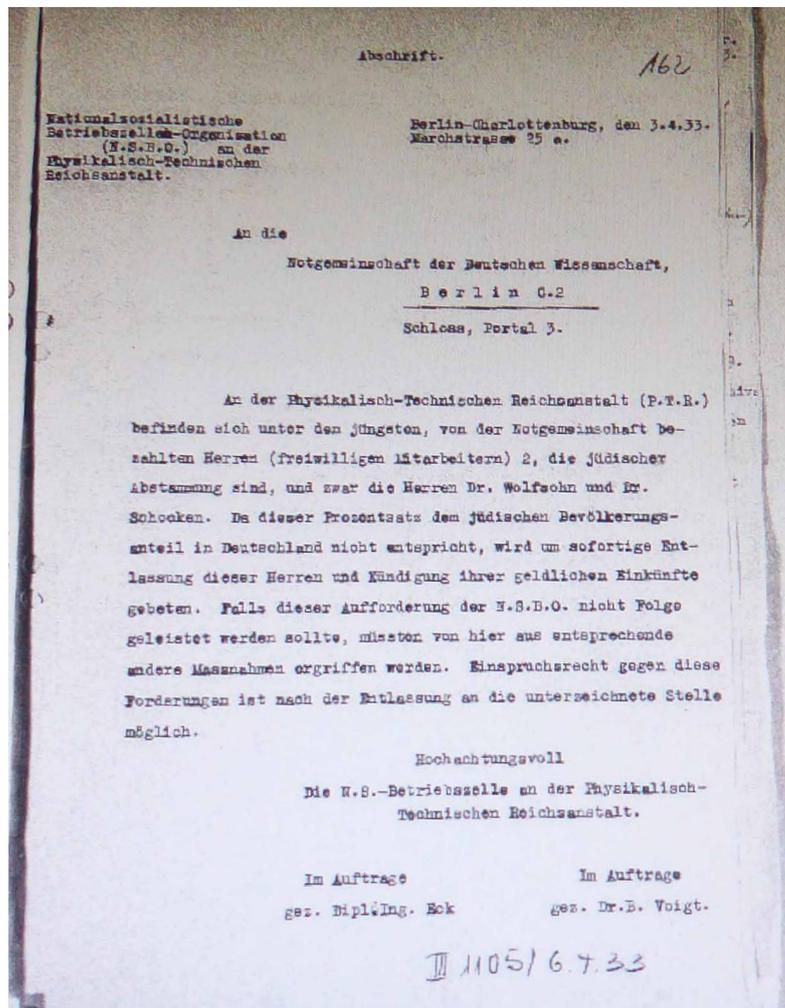
Unterschied der optischen Weglänge zeigte sich an den dabei entstandenen Interferenzmustern, die ein Spektrograph auffächerte. Eines der auf diese Weise gewonnenen Ergebnisse erbrachte die Bestätigung der auf anderem Weg gewonnenen Übergangswahrscheinlichkeiten der verschiedenen Quantenübergänge.^[105] Die genaue Bestimmung der Dispersion erforderte Messungen gerade bis in die Nähe der Absorptionsstellen, die bei den meisten einatomigen Gasen im UV-Bereich liegen. Das verlangte wegen der UV-Absorption der bislang verwendeten Apparatur eine technisch nicht unkomplizierte Abänderung der Untersuchungsmethoden. Hier setzte 1928 die Zusammenarbeit von Ladenburg und Wolfsohn ein, der Nachfolger Kopfermanns auf der Assistentenstelle geworden war.^[106] Ihre Ergebnisse mündeten in sechs, teilweise gemeinsamen Publikationen, über die sie erstmals im Februar 1929 bei einem Treffen des Gauvereins Niedersachsen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft in Göttingen berichteten.^[107] Sie wollten „die Dispersion einatomiger Gase und Dämpfe unter wohldefinierten Bedingungen von Druck und Temperatur in einem möglichst großen Druckintervall bis in die Nähe der Absorptionsstellen messen.“^[108] Nachdem ihnen die Bestätigung der quantentheoretische Dispersionsformel bei einatomigen Gasen wie dem Quecksilber gelungen war, dehnten sie ihre Untersuchungen 1932 noch auf mehratomige Gase aus.^[109] Wolfsohn bildete mit wenigstens einem Doktoranden und einem Postdoktoranden eine kleine Arbeitsgruppe um Ladenburg, die sich 1931 zwischenzeitlich noch um den US-amerikanischen Stipendiaten Mark Zemansky (1900–1981) erweiterte.^[110] In dieser Lebensphase heiratete Wolfsohn 1929 die Studienreferendarin Therese Klara [Thea] Posner (1903–1994).^[111]

Im Jahr 1932 verlor Wolfsohn jedoch seinen Chef und Mentor Ladenburg und damit Ende Juli auch seine Arbeitsstelle am KWI. Ladenburg hatte 1931 zunächst ein Jahr als Gast am Palmer Laboratorium in Princeton verbracht, wo man ihm dann eine Dauerstelle anbot, die er im Frühjahr 1932, wenn auch nur widerstrebend und vor allem auf starken Druck von Fritz Haber, schließlich annahm. Haber wies Ladenburg nachdrücklich darauf hin, wie ungünstig seine beruflichen Perspektiven in Deutschland seien. Dazu müsse er angesichts von Habers anstehender Pensionierung auch damit rechnen, dass sein Vertrag 1934 nicht verlängert werden würde, um dem Nachfolger Habers Gestaltungsfreiräume zu verschaffen.^[112] Wolfsohn, der Ladenburg während dessen Zeit in den USA verwaltungstechnisch sowie bei der Betreuung von Doktoranden vertreten hatte^[113], erhielt zur Fortsetzung seiner Forschungstätigkeit einen Arbeitsplatz im Präsidentenlabor von Friedrich Paschen (1865–1947) an der PTR.

Finanziert wurde er dabei ab 5. August 1932 durch ein Stipendium der Notgemeinschaft in Höhe von 200 RM im Monat. Die offizielle Themenstellung „Termordnung der Atomspektren des Zeemanefektes“ zeigt eine inhaltliche Nähe zu Paschen an, während Wolfsohn wohl aber tatsächlich seine bisherige Forschung fortsetzte, wenn er selbst „Untersuchungen der Absorptionsspektren von Kupfer, Silber und Gold im Schumanngebiet“ als sein Thema nannte.^[114] Das „Schumanngebiet“ bezeichnet dabei einen Bereich im UV-Spektrum unter 1850 Angström (Å). Aber nach acht Monaten und noch vor der Fertigstellung dieses Vorhabens verlor er seinen Arbeitsplatz bereits wieder. In der Folge des allgemeinen Boykotts vom Samstag, dem 1. April und noch vor dem BBG vom 7. April 1933 „bat“ die „Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation“ an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt am Montag, dem 3. April 1933 in einem Schreiben an die Notgemeinschaft um die „sofortige Entlassung“ von zwei von ihr „bezahlten Herren (freiwilligen Mitarbeitern)“. Diese „Bitte“ war als aggressive Aufforderung zu verstehen, denn in dem Fall, dass ihr „nicht Folge geleistet werden sollte“, wurde mit „entsprechenden anderen Massnahmen“ gedroht. Einer von den

beiden war Wolfsohn, der andere – in der irrtümlichen Annahme es handle sich ebenfalls um einen Stipendiaten der Notgemeinschaft – Klaus Schocken (siehe folgenden Abschnitt). Als „Begründung“ führte die Betriebszelle noch an, mit den beiden wäre der Anteil „jüdischer“ Wissenschaftler gemessen am jüdischen Bevölkerungsanteil unangemessen hoch.^[115] Der Präsident der Notgemeinschaft Friedrich Schmidt-Ott (1860–1956) wandte sich am 6. April daraufhin an den zuständigen Innenminister Wilhelm Frick (1877–1946), um solche Personalangelegenheiten auf „dem geraden Dienstweg“ zu regeln. Darin teilte er mit, dass Wolfsohns Stipendium bereits am 31. März ausgelaufen und nicht verlängert worden sei, das Ansinnen also gegenstandslos geworden war. Außerdem verwies er auf eine weit größere Anzahl von aktuellen Stipendiaten an der PTR, womit er auch den Vorwurf der Überproportionalität zurückwies.^[116] Der Minister bestätigte am 11. Mai, dass die Angelegenheit für ihn damit erledigt sei.^[117] Schmidt-Otts Hinweis auf das reguläre Ende des Stipendiums zum 31. März erscheint jedoch wenig plausibel, weil das Forschungsprojekt von Wolfsohn auf längere Zeit angelegt war und überraschend abgebrochen werden musste. Allerdings war seit Ende Februar bekannt, dass Paschen wahrscheinlich vorzeitig zum 1. Mai in den Ruhestand versetzt werden würde und damit die weitere Existenz der gesamten Abteilung Spektroskopie an der PTR in Frage stand.^[118] Der oben erwähnte Rasmussen, ein Kollege Wolfsohns im Präsidentenlabor von Paschen, berichtete Niels Bohr brieflich am 6. April von der Entlassung von Wolfsohn, die allein auf dessen „Abstammung“ zurückginge. Verantwortlich dafür sei die „Parteiführung“, die einen Brief an Paschen mit einer entsprechenden Anweisung geschickt habe. Vielleicht war damit die oben erwähnte Betriebszellenorganisation selbst gemeint, von deren Aktion Rasmussen nichts wissen konnte, oder sie hatte jenen Brief bei einer Stelle der Partei veranlasst, was sich mit den vorliegenden Unterlagen jedoch nicht klären lässt. Wolfsohn war für Rasmussen ein „sehr begabter und tüchtiger Mensch“ und wertete es als „eine unanständige Tat, dass der Mann sein Stipendium verliert und danach vollständig ohne Existenz und Arbeitsmöglichkeit dasteht.“^[119] Auch Max Jakob notierte nach der Rückkehr aus einem kurzen Urlaub in seinem Tagebuch am 6. April: „Ich habe meinen Dienst wieder angetreten und gleich erfahren, daß zwei Stipendiaten „jüdischer Abstammung“ ihre Arbeit haben einstellen müssen, einer (Wolfsohn) im Präsidentenlaboratorium; der Präsident hat ihn also nicht halten können.“^[120] Insoweit handelte es sich zu diesem Zeitpunkt um einen bereits abgeschlossenen Vorgang, einen regelrechten Rauswurf ohne jede Vorlaufzeit, der demnach in der auf den Boykott folgenden Woche

Abbildung 9:
Schreiben
„Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt“ an die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“, 3. April 1933



zwischen dem 3. und 6. April passiert sein musste. Dagegen gab Wolfsohn etwas später an, erst am Montag, dem 10. April mündlich und am 2. Mai schriftlich die Information über seine Entlassung erhalten zu haben.^[121] Bei der Schriftform bezog er sich auf einen dementsprechenden Brief der PTR. Darin wird der 8. April als Tag seines Ausscheidens genannt.^[122] Das erscheint angesichts der obigen Belege als nachträgliche Rückdatierung, die wohl einzig dem Zweck diene, explizit auf das BBG vom 7. April verweisen zu können, obwohl die Ausführungsbestimmungen zu dem Zeitpunkt noch gar nicht vorgelegen hatten. Diese Pseudobegründung entlarvt damit den außergesetzlichen Charakter von Wolfsohns Entlassung. Aber vielleicht war dessen Position als Mitarbeiter des Präsidenten so herausgehoben, dass in seinem Fall eine solche Erklärung notwendig erschien. Rasmussen erwähnte des Weiteren die schwierige soziale Situation von Wolfsohn, der Deutschland schnellstmöglichst verlassen müsse, „um nicht zu verhungern“.^[123]

Wolfsohn gelang es schon kurz darauf, im Mai 1933, vorläufig am physikalischen Institut in Utrecht unterzukommen. Dort konnte ihm Leonhard Ornstein (1880–1941) zunächst mit finanzieller Unterstützung eines speziellen Komitees für jüdische Studenten und Universitätsabsolventen sowie dann mithilfe des „*Academisch Steunfonds*“ (Akademischer Unterstützungsfonds) einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen. Solche Hilfsorganisationen verschafften den emigrierten Wissenschaftlern Übergangsfinanzierungen, vermieden dabei jede Konkurrenz mit einheimischen Kollegen und ermöglichten aus einer Tätigkeit heraus die weltweite Suche nach einer Position, die

zumindest die Aussicht auf eine dauerhafte Anstellung bot.^[124] Im Nachgang erschien nun noch die letzte Publikation der am KWI durchgeführten Untersuchung, in der Wolfsohn seiner besonderen Verbundenheit mit Ladenburg Ausdruck verlieh: „Es ist mir ein Bedürfnis Herrn Professor Ladenburg an dieser Stelle für viele Anregungen und sein dauerndes Interesse an der Fortführung dieser Versuche herzlichst zu danken“.^[125] Wolfsohn war nicht zufällig in Utrecht untergekommen, denn mit seinem Forschungsschwerpunkt besaß er eine starke Affinität zu der inhaltlichen Ausrichtung des Instituts. So entstanden dort noch zwei Publikationen als Gemeinschaftsarbeiten: Eine Bestimmung des Mengenverhältnisses von zwei Lithiumisotopen durch spektroskopische Intensitätsmessungen sowie die im Februar 1934 fertig gestellte Berechnung und Messung der von einem Stufengitter hervorgerufenen Intensitätsverteilung. Bei dem Stufengitter handelte es sich um ein wichtiges Hilfsmittel für Intensitätsmessungen der Hyperfeinstrukturkomponenten einer Spektrallinie.^[126] Die Position in Utrecht war mit der beschriebenen temporären Finanzierung von vornherein als Übergangslösung angelegt und Wolfsohn musste die Zeit nützen, um anderweitig eine Festanstellung zu erhalten. Das Zeugnis von Ornstein attestierte ihm jenseits üblicher Floskeln neben seinen experimentellen Fähigkeiten ebenso eine intensive Kenntnis der theoretischen Physik. „*He is a man of original ideas and critical spirit.*“ Die Untersuchungen bei Konen und Ladenburg waren nach Ornsteins Meinung „*work of high class*“ und auch als Lehrender sei er „*extremely good*“.^[127]

Es war dann auch Ornstein, der ihn auf einem

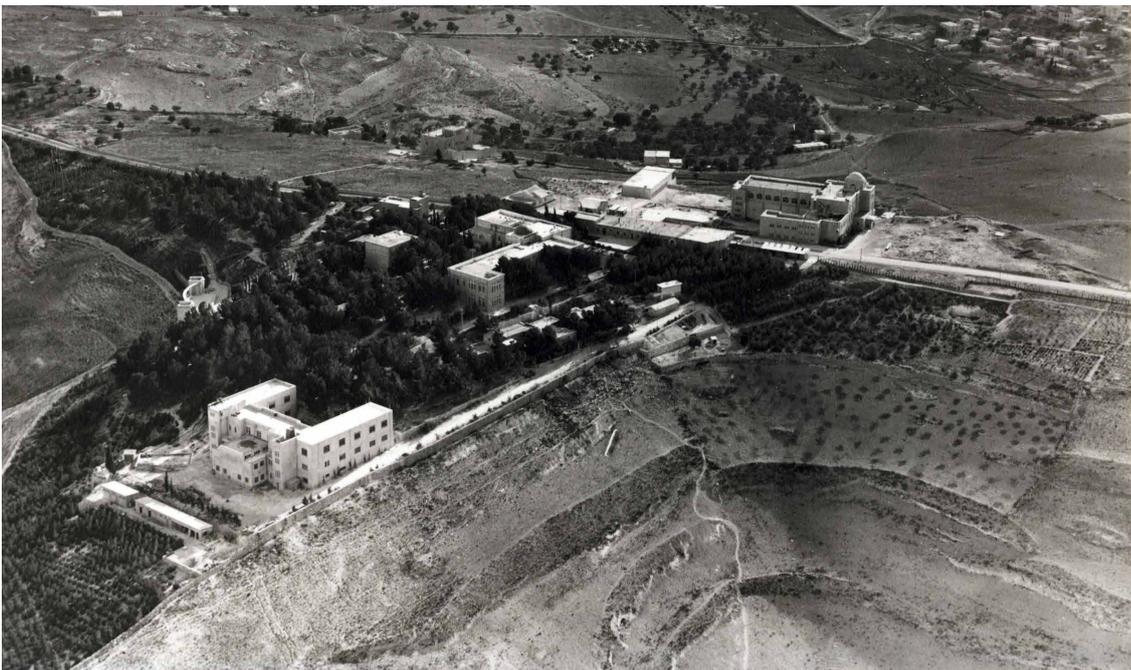


Abbildung 10:
Hebrew University
um 1937

Treffen des „*Board of Trustees*“ der Hebräischen Universität Jerusalem im August 1934 in Zürich als „*Senior Assistant*“ am dortigen Institut vorschlug.^[128] Außerdem soll eine Empfehlung von Zemansky vorgelegen haben.^[129] Im Herbst 1934 erhielt Wolfsohn dann diese zunächst auf drei Jahre befristete Stelle und konnte darauf verzichten, sich auf Positionen in Indien und China zu bewerben, die ihm der AAC noch vorschlug.^[130] Er hatte sein Judentum schon zuvor auch über den Zionismus definiert, als er in dem Fragebogen des AAC neben dem „ja“ bei der religiösen Ausrichtung „Liberal jüdisch“ noch in Klammern „zionistisch“ hinzusetzte. So akzeptierte er die Stelle keineswegs nur mangels Alternativen, sondern auch aus Überzeugung.^[131] Seine Schwester kam mit ihrer Familie 1938 ebenfalls nach Palästina. In demselben Jahr erhielten sie Besuch von den Eltern, die sich auch zu einer Emigration dorthin entschließen wollten, aber auf eine korrekte und offizielle Weise, die zunächst eine Rückkehr nach Deutschland erforderlich machte. Es gelang ihnen dann jedoch nicht mehr, Deutschland rechtzeitig zu verlassen. Sie wurden am 21. Juli 1942 von ihrem Heimatort Elberfeld zunächst nach Theresienstadt und am 21. September 1942 weiter nach Treblinka deportiert, wo man sie ermordete.^[132]

In der physikalischen Abteilung der Hebräischen Universität traf Wolfsohn mit Samuel [Shmuel] Sambursky (1900–1990) und Ernst Alexander (1902–1980) auf zwei fast gleichaltrige, ebenfalls deutschsprachige Kollegen, mit denen er gemeinsam daranging, ein neues Institut einschließlich einer feinmechanischen Werkstatt aufzubauen.^[133] Gerade die Physik litt anfangs unter mangelnder Wertschätzung der Universitätsleitung. Dabei machte sich der Mangel an finanziellen Ressourcen naturgemäß besonders im experimentellen Bereich bemerkbar, was den Aufbau eines Forschungslaboratoriums von internationalem Standard lange Zeit unmöglich machte. Dazu kam noch die weitgehende Isolation von allen anderen Forschungszentren.^[134] Während des Krieges arbeitete das kleine Team hauptsächlich für das alliierte Militär. Wolfsohn zählte zu diesen Arbeiten die Herstellung von Quarzplatten für Radiotransmitter zur Stabilisierung der Frequenzen, optische Pyrometer, die Konstruktion von Strommessgeräten oder die Reparatur von Radoröhren für die alliierten Streitkräfte im Nahen und Mittleren Osten.^[135] Gemeinsam mit Sambursky führte er noch Untersuchungen zur Fluoreszenz durch, mit denen sie bereits vor dem Krieg begonnen hatten.^[136] Außerdem beteiligte sich Wolfsohn an industrieller Forschung für die „*Palestine Potash Industry*“. Bei einem dadurch veranlassten dreitägigen Besuch in Sodom zeigte er sich von der Landschaft beeindruckt. Er berichtete, die dortige Umgebung

sehe noch so urtümlich aus, als wenn die alte Geschichte von Lots Frau gerade erst gestern passiert wäre. Seit Oktober 1946 fungierte Wolfsohn als „*Lecturer*“ an der Hebräischen Universität, wo es inzwischen eine kleine, aber beständige Zahl von „*graduate students*“ gab. Das für einen Forschungsbetrieb unabdingbare „*post graduate training*“ war gerade erst im Anlaufen begriffen.^[137]

Wolfsohn hat die weitere Entwicklung der Physik in Jerusalem nicht mehr begleiten können. Am 13. April 1948, also gerade einen Monat vor der Gründung des Staates Israel, gehörte er im Alter von nur 47 Jahren zu den 78 Todesopfern des „*Hadassah Convoy Massacre*“, einem arabischen Terroranschlag auf eine Autokolonne, die sich auf dem Weg zum Campus der Hadassah Klinik und der Hebräischen Universität befand.^[138]

4. Klaus Erdmann Schocken

Das Elternhaus von Klaus Erdmann Schocken (1905–1997) und seinen beiden Brüdern Thomas Daniel (1906–1999) und Wolfgang Alexander (1908–1995) stellt eines der zahlreichen Beispiele für die Verbindungen von jüdischem und nichtjüdischem Bürgertum in Deutschland dar. Im kulturellen und wissenschaftlichen Leben wurde ihre Existenz durch einen relativ zur Bevölkerungszahl überproportional großen Anteil besonders sichtbar.^[139] Der jüdische Vater Wilhelm Schocken (1874–1958) gehörte zu den fünf Kindern des erfolgreichen und zu Wohlstand gelangten Geschäftsmannes Siegfried Schocken (1844–1915), der mit seiner Frau Emma (1851–1920) von Pleschen in Posen nach Berlin gezogen war. Dort fungierte Siegfried zuletzt u. a. als Aufsichtsrat einer Grundstücksgesellschaft und hinterließ seiner Familie ein beträchtliches Vermögen von mehr als zwei Millionen Mark.^[140] Während Wilhelm zunächst Jura studierte und das Adressbuch von 1902 ihn als promovierten Gerichtsassessor in Berlin-Wilmersdorf ausweist^[141], waren die Schwestern Anna (1872–1942) mit dem Apotheker Sigismund Adamkiewicz (1858–1939) und Gertrud (1879–1965) mit dem Juraprofessor Georg Kuttner (1877–1916) verheiratet.^[142] Alfons (1876–1894) verstarb schon mit 18 Jahren, über die berufliche Laufbahn von dessen Zwillingbruder Fritz (1876–1942) liegen keine weiteren Informationen vor.^[143]

Im Jahr 1898 hatte sich Wilhelm Schocken mit der aus einer protestantischen Familie stammenden Kunstmalerin Sophie Meyer (1871–1921) verlobt und sie im Oktober 1900 geheiratet.^[144] Sie war eines von fünf Kindern des promovierten Juristen und Politikers Alexander Meyer (1832–1908), dessen beruflicher Schwerpunkt in der Publizistik lag und der viele Jahre als Vertreter verschiedener liberaler Parteien im Reichstag und

im preußischen Abgeordnetenhaus saß.^[145] Durch seinen Vater Gotthilf (1800–1869), der sich 1824 hatte taufen lassen, gab es auch bei ihm ein Stück jüdischer Familiengeschichte.^[146] Neben den drei Schwestern Helene, Eva und Gertrud hatte Sophie mit Ulfilas Meyer (1885–1950) noch einen jüngeren Bruder, der 1909 an der Berliner Universität in Physik promovierte.^[147] Wilhelm Schocken wandte sich wie seine Frau hauptberuflich der postimpressionistischen Malerei zu. Seit 1908 gehörten sie zum Freundeskreis von Max Beckmann (1884–1950). Im Jahr 1911 zogen die beiden mit ihren drei Söhnen von der Kurfürstenstraße im Tiergarten in den Villenvorort Dahlem.^[148] Der am 24. April 1905 geborene Klaus kam dort zu Ostern zunächst in die Vorschule und ab 1914 bis 1923 in das elitäre, insbesondere vom deutschnationalen Großbürgertum frequentierte Arndt-Gymnasium.

Nach der Reifeprüfung im Februar 1923 begann Klaus Schocken im Frühjahr mit dem Studium der Physik, zunächst für ein Semester in Freiburg, was er dann an der Berliner Universität fortsetzte. Seit dem Herbst 1925 arbeitete er in der Röntgenabteilung des KWI für Faserstoffchemie unter der Leitung von Hermann Mark (1895–1992) an seiner Dissertation über die Intensität gestreuter Röntgenstrahlen.^[149] Er untersuchte zum einen die Ablenkung an zwei verschiedenen Gasen (Argon, Kohlendioxid), was die Thomsonsche Formel für die Winkelabhängigkeit der Streuintensität voll bestätigte, zum anderen an einem Einkristall (Diamant). Letzteres erbrachte eine hinreichende Übereinstimmung mit der Theorie von Peter Paul Ewald.^[150] Nicht näher bezeichnete Umstände verzögerten den Druck, weshalb es schon vorab zu der Publikation einer „Zuschrift“ in den *„Naturwissenschaften“* kam.^[151] Max von Laue (1879–1960) beurteilte die Arbeit in seinem Gutachten vom November 1927 als „eine sorgfältige saubere Experimentaluntersuchung unter verständnisvoller Anlehnung an die modernen Theorien“ und bewertete sie mit „laudabile“ (lobenswert, d. h. gut).^[152] In der mündlichen Prüfung der Experimentalphysik bei Arthur Wehnelt (1871–1944) ging es ebenfalls hauptsächlich um Röntgenstrahlen, was ihm die Note „gut“ eintrug. Für die Mathematik bei Ludwig Bieberbach (1886–1982) gab es „gut bis sehr gut“, für die Philosophie bei Max Dessoir (1867–1947) ein „sehr gut“. Schließlich prüfte ihn Laue in der Theorie u. a. über die beiden Hauptsätze der Thermodynamik und benotete das mit „gut“. ^[153] Seine offizielle Promotion erfolgte am 2. März 1928.^[154]

Schocken wollte sich auf die Anwendungen der Röntgenstrahlen spezialisieren und bewegte sich als Physiker zu jener Zeit innerhalb eines eher kleinen Spezialgebietes. Dafür ging er mit einer Finanzierung durch die Notgemeinschaft noch in demselben Jahr an das 1922 gegründete

Röntgenforschungsinstitut der Universität Bonn. Schockens erste dort entstandene Publikation behandelte die Absorption von Röntgenstrahlen. Die frequenzabhängige Schwächung, die Röntgenstrahlen beim Durchsetzen eines Mediums erfahren, war für verschiedene Substanzen bereits bekannt, jedoch weniger im Fall leichter Elemente und der Gase. Schocken führte eine Untersuchung für Sauerstoff, Stickstoff und Argon durch. In einer weiteren Arbeit bestimmte er den Anteil der Photoelektronen und Rückstoßelektronen, die bei der Bestrahlung durch Röntgenstrahlen die Ionisation verursachen und publizierte außerdem eine Untersuchung über die fotografische Wirkung der von Röntgenstrahlen ausgelösten Elektronen.^[155] Die letzte dieser Untersuchungen führte er gemeinsam mit dem Leiter des Instituts Leonhard Grebe (1883–1967)^[156] durch. Von ihm erhielt er noch vor Ablauf seines Stipendiums den Hinweis, dass am neu gegründeten, im Oktober 1931 offiziell eröffneten, eigentlich rein medizinisch ausgerichteten William G. Kerckhoff-Institut in Bad Nauheim die Absicht bestünde, „Untersuchungen mehr physikalischer Art auszuführen“. Schocken bot dem Leiter dieses Instituts Franz Maximilian Groedel (1881–1951) daraufhin im November 1931 seine Mitarbeit an.^[157] Der bekundete in der Antwort an Schocken auch ein prinzipielles Interesse an biologischen Arbeiten, bei denen es ganz allgemein um die Wirkung von Strahlen, also nicht nur von Röntgenstrahlen ginge. Aber er fügte hinzu, dass nicht die physikalische Seite, sondern die biologische zu den im Institut behandelten Themen gehöre. Insoweit müsste Schocken seine potenziellen Untersuchungen zusammen mit einem Biologen durchführen und von daher sei es unsicher, ob man die Finanzierung für einen Physiker aufbringen könne.^[158] Die Angelegenheit wurde auch wegen einer dann längeren Abwesenheit von Groedel zunächst vertagt.^[159] Insoweit lief das Stipendium von Schocken in Bonn im März 1932 aus, ohne dass es eine konkrete Aussicht auf eine Anschlussfinanzierung für eine Forschungstätigkeit gab. Er kehrte deshalb im April nach Berlin zurück, wobei die Möglichkeit auf Gewährung eines Stipendiums der Kerckhoff-Stiftung zunächst offenblieb.

In Berlin arbeitete Schocken seit dem 20. April 1932 im magnetischen Labor der PTR. Es ist nicht bekannt, wie er zu dieser Beschäftigung kam. So bleibt spekulativ, ob etwa sein Onkel Ulfilas Meyer, mittlerweile in leitender Funktion bei dem Industriekonzern „Felten & Guillaume“, hier aufgrund von Kontakten eine Rolle spielte, da dieser um 1912 für ein Jahr als „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ bei der PTR tätig gewesen war.^[160] Schocken begann zunächst als „freiwilliger Mitarbeiter“ und wurde dann „Jungakademiker“, eine Bezeichnung für jüngere, oft arbeitslose Wissen-

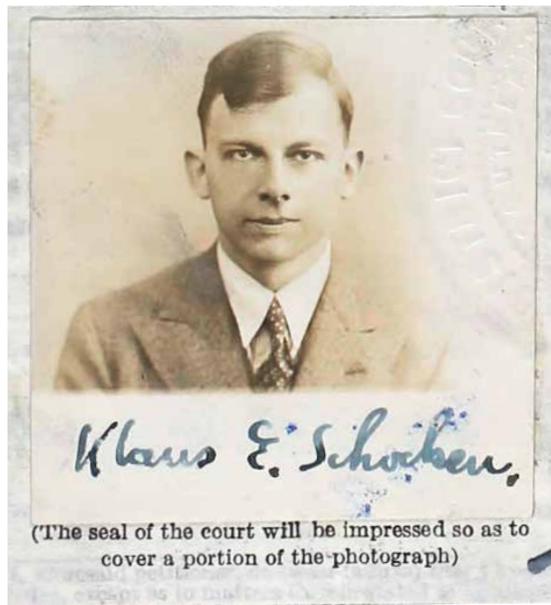


Abbildung 11:
Klaus Schocken
um 1936

schaftler, die eine vor allem von der Industrie bereitgestellte Anschub- oder Überbrückungsfinanzierung erhielten, um ihnen eine Fortsetzung ihrer akademischen Laufbahn zu ermöglichen. Schocken bezifferte sein diesbezügliches Einkommen zuletzt auf 200 RM.^[161] Nach einer Einführung in die speziellen Messmethoden des Labors bestand seine Aufgabe darin, „quantitativ auswertbare Hysteresekurven mit Hilfe eines Doppelspiegel-Galvanometers photographisch zu registrieren.“^[162] Schocken hatte sich in der PTR ein Themenfeld außerhalb seiner bisherigen Forschung erschlossen, aber dennoch den Plan nicht aufgegeben, mit einem Stipendium des Kerckhoff-Instituts in dem Grenzgebiet von Biologie und Physik tätig zu werden, wo er seine Expertise über die Wirkung der Röntgenstrahlung einbringen konnte. Noch Ende 1932 nahm er den Kontakt zu Groedel wieder auf und stellte einen Antrag, der auch die Finanzierung eines solchen Projektes in Berlin ermöglicht hätte. Allerdings gingen die Unterlagen für eine Bewilligung im Jahr 1932 zu spät ein, was ihn aber nicht der Option beraubte, den Antrag im kommenden April abermals zu stellen.^[163]

Die Tätigkeit an der PTR endete wie bei Reichenheim und Wolfsohn unerwartet und abrupt. Auch hier liegen differierende Angaben über den genauen Zeitpunkt vor. In seinem Fragebogen für den AAC vom Oktober 1934 gab Schocken den 4. April als Datum der Benachrichtigung über die Entlassung an, die dann sofort in Kraft getreten sei.^[164] In einem später verfassten Lebenslauf nannte er Ostern als Entlassungszeitpunkt.^[165] Der Ostersonntag fiel auf den 16. April, was sich dann wohl auf die Woche davor bezog und sich mit der Aussage Schockens in einem Brief vom 12. April deckt, wo er schrieb: „dieser Tage habe ich meine Stellung an der Physikalisch-technischen

Reichanstalt verloren.“^[166] Hier konnte das BBG ebenso wie bei Wolfsohn schon rein praktisch noch nicht zur Anwendung gekommen sein, weil die ersten Durchführungsbestimmungen gerade erst am 11. April veröffentlicht worden waren. Aber es liegt auch kein Dokument vor, das sich auf das BBG bezieht. Laut seinem Zeugnis endete Schockens Arbeitsverhältnis offiziell am 30. April, was aber nicht identisch mit dem Datum seiner Entlassung ist, sondern wohl das vertragstechnische Ende seiner Tätigkeit anzeigt.^[167] Vermutlich hatte Laue ihn ermutigt, sich in dieser Situation an Albert Einstein (1879–1955) zu wenden, der ihn bis dahin noch gar nicht gekannt hatte. Schocken berichtete ihm in jenem erwähnten Brief vom 12. April, dass seine Entlassung „gegen den Willen meiner Vorgesetzten auf den Wunsch der Machthaber in Deutschland“ geschehen sei, dies nur deshalb, „weil mein Vater Jude ist“ und fragte, ob er nicht einen Hinweis erhalten könnte, „wo ich mich im Ausland mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg bewerben könnte.“^[168] Schocken kommentierte seine Entlassung auch später noch mit einer gewissen Verbitterung, wenn er schrieb, dass sein vorzeitiges Ausscheiden „ausschließlich durch meine jüdische Abkunft bedingt“ war.^[169] Offenbar besaß die „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ Kenntnis davon, denn sie nannte ihn ebenso wie Wolfsohn, als sie der Notgemeinschaft von „Herren, die jüdischer Abstammung sind“, am 3. April Mitteilung machte. Vielleicht war es auch nur eine Vermutung aufgrund seines Namens, den man mit einer Kaufhauskette und einem Verlag in Verbindung bringen konnte, deren jüdischer Eigentümer Salman Schocken (1877–1959) aber in keinem Verwandtschaftsverhältnis zu ihm stand. Ansonsten ist nicht bekannt, woher diese Information stammte. Schocken muss trotz des zunächst ungeplanten Wechsels von der von ihm favorisierten Forschung über Röntgenstrahlen Gefallen an seiner Tätigkeit bei der PTR gefunden haben, denn in dem erwähnten Brief an Einstein führte er an, dass er „gerne eine Stellung an einem ähnlichen Institut erhalten [würde] wie es die PTR ist oder an einem Patentamt.“^[170] Die Zeit bei der PTR hatte demnach nicht nur eine Lücke gefüllt, sondern auch das Interessenspektrum von Schocken erweitert.

Unter den veränderten Umständen ließ sich auch der ursprüngliche Plan, mit einem Stipendium der Kerckhoff-Stiftung die Forschung extern am Institut für Strahlenforschung der Universität Berlin durchzuführen, nicht mehr realisieren. Dessen Leiter Walter Friedrich (1883–1968), der zuvor ein Gutachten hierzu erstellt hatte^[171], erklärte am 8. Mai gegenüber der Kerckhoff-Stiftung, „dass ich nach den neuesten Bestimmungen meiner Regierung nicht in der Lage bin, Herrn Dr. Schocken in meinem Institut arbeiten

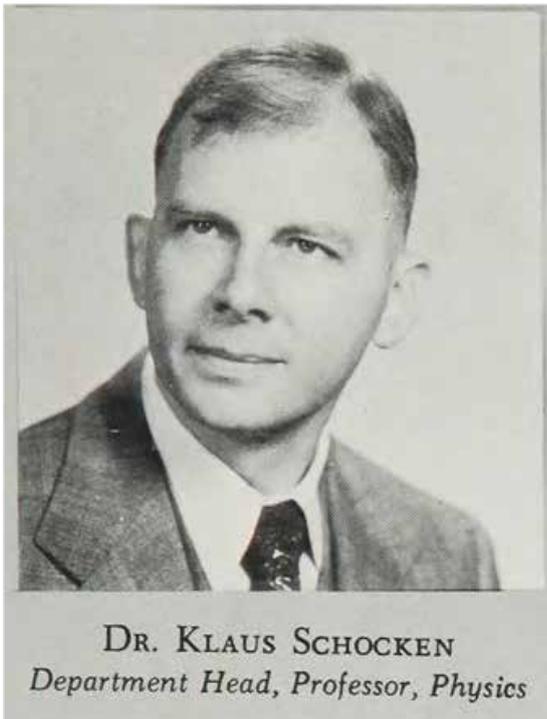


Abbildung 12:
Klaus Schocken um 1955

zu lassen.^[172] Ein anderer erhielt stattdessen die Schocken zugeordnete Aufgabe. Damit war das Gesuch um ein Stipendium aber nicht hinfällig.^[173] Die private Kerckhoff-Stiftung sah keinen Anlass, die Bestimmungen des BBG zu übernehmen und „Nichtarier“ auszuschließen, nur musste die Arbeit jetzt in Bad Nauheim ausgeführt werden. Allerdings zog sich der Entscheidungsprozess über die Vergabe des Stipendiums für das geplante Projekt „Quantitative Bestimmung des Begriffes der Schärfe einer Röntgenaufnahme“^[174] noch monatelang hin, bis es am 9. Oktober zu einer Bewilligung kam und Schocken daraufhin am 1. November 1933 die Arbeit in Bad Nauheim aufnehmen konnte.^[175] Es ging dann aber doch nicht um die Schärfe, sondern stattdessen um die gerade noch wahrnehmbaren Kontraste auf einem Röntgenbild, wofür ihm ein Photometer des Frankfurter Physikprofessors Max Seddig (1877–1963) zur Verfügung gestellt wurde.^[176] Schocken erhielt im Rahmen dieser Tätigkeit auch Gelegenheit, am vierten internationalen Radiologenkongress in Zürich im Juli 1934 teilzunehmen.^[177] Der Leiter des Kerckhoff-Institutes Groedel, der wegen seiner jüdischen Herkunft inzwischen nach New York emigriert war und die Stiftung von dort aus noch weiterhin leitete, veranlasste im Oktober 1934 angesichts der Bedeutung von Schockens Untersuchungen nach Ablauf des einen Förderjahres noch eine Fortsetzung der Finanzierung um weitere sechs Monate.^[178] Schockens Ergebnisse schlugen sich in drei Publikationen nieder, zwei theoretische Untersuchungen über physikalische Fragen der Rönt-

gendiagnostik sowie eine gemeinsame mit dem Institutsleiter Heinz Lossen (1893–1967) über die Feinstrukturen biologischer Objekte.^[179] Darüber hinaus nutzte er sowohl bei tierexperimentellen Untersuchungen als auch in der Röntgenabteilung eines Frankfurter Krankenhauses humanmedizinisch die Möglichkeiten zu praktischer röntgenologischer Arbeit.^[180] Aber seit dem Mai 1935 war Schocken ohne Aussicht auf eine weitere Anstellung in Deutschland. Er hatte sich bereits im August 1933 an den AAC in London gewandt und angefragt, ob er „als ein wegen seiner jüdischen Abstammung hier entlassener Physiker in England eine Arbeitsmöglichkeit finden könnte.“ Schocken berichtete außerdem davon, dass auch Max von Laue sich bereits für ihn einsetze.^[181] Im Oktober 1934, also nach Ablauf seines einjährigen Stipendiums in Bad Nauheim – noch in Unkenntnis der halbjährigen Verlängerung – reichte er eine Reihe von Unterlagen für eine potenzielle Stellenvermittlung ein. Als Referenzen nannte er neben Grebe aus Bonn, Lossen aus Frankfurt, die beiden Oberregierungsräte der PTR, Steinhaus und Behnken, sowie Laue und ohne genaue Adresse „Prof. Einstein, Amerika.“ Von dem AAC erhielt er sogleich den Vorschlag, sich auf eine vakante Professur im chinesischen Nanking zu bewerben, machte allerdings zunächst Bedenken geltend, ob er „als einfacher Assistent“ überhaupt eine realistische Chance hätte.^[182] Schocken bewarb sich dann auf ausdrückliches Anraten des AAC, aber es stellte sich heraus, dass diese Stelle für einen „britischen Staatsangehörigen britischer Herkunft“ bestimmt war.^[183] Sodann empfahl ihm der AAC im Januar 1935, sich für eine Physikprofessur in Quito in Ecuador zu bewerben. Diese Information stammte von der Emigrantenorganisation „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland“ und bezog sich aber, wie sich erst im Verlauf der Korrespondenz herausstellte, auf die theoretische Physik.^[184] Daraufhin bewarb sich Schocken aufgrund einer Annonce in einer medizinischen Wochenschrift im März 1935 um eine Stelle in einem Haut- und Krebshospital in Irland.^[185] Auch dies blieb erfolglos. Das Anliegen von Schocken, direkt nach Ablauf seines Stipendiums zum 30. April eine neue Position zu erhalten, erwies sich als zu ambitioniert. Von dem Sekretariat des AAC kam das Eingeständnis: „*We regret that until now our efforts on your behalf have been unsuccessful.*“^[186] Schocken war aus finanziellen Gründen nach Ablauf seiner Förderung zunächst zu einer Schwester seiner Mutter nach Rheda gezogen^[187] und nun offenbar entschlossen – wie sein Vater und die beiden jüngeren Brüder schon 1933 – Deutschland zu verlassen. Bis zu der Emigration seines Vaters im September 1933 nach Italien (später weiter in die Schweiz und nach Palästina) hatte er nach seiner Entlassung von der PTR im April zunächst

noch bei ihm und anschließend bis zu dem Umzug nach Bad Nauheim bei einer von dessen Schwestern ebenfalls in Berlin gewohnt.^[188] Sein Bruder Thomas Daniel, ein Architekt, ging 1933 zunächst nach Spanien und dann in die USA, während der Musiker Wolfgang Alexander im Herbst 1933 in Palästina eine neue Heimat fand.^[189] Die erwähnte Schwester sowie ein Bruder seines Vaters wurden später Opfer der Shoa.^[190]

Schocken fuhr dann auf eigene Initiative (und vielleicht mit Unterstützung einer Cousine, die schon seit 1933 in den USA lebte^[191]) und ohne eine konkrete berufliche Perspektive, aber mit der Absicht dort dauerhaft zu bleiben, im September 1935 in die USA. In New York traf er Groedel wieder, der ihm in dem neuen Umfeld beruflich aber wohl nicht weiterhelfen konnte.^[192] Laue stellte Schocken bei seiner USA-Reise Ende 1935 Einstein vor, mit dem er zuvor nur korrespondiert hatte, sodass Schocken sich später auf diese persönliche Begegnung beziehen konnte.^[193] Es ist nicht bekannt, wie er seine Anfangszeit in den USA finanzierte. Im ersten Jahr studierte er Klimatologie und hörte an der New Yorker Universität Vorlesungen über Biologie und Physiologie. Von 1936 bis 1938 arbeitete er als „Research Assistant“ in der botanischen und chemischen Abteilung des „Institutum Divi Thomae“ in Cincinnati, einer Forschungseinrichtung der katholischen Kirche.^[194] Mit zwei weiteren Autoren verfasste er in dieser Zeit eine botanische Arbeit und publizierte als Alleinautor über „Medical Climatology“ sowie über das „Einthoven Dreieck“, das beim EKG eine Rolle spielt.^[195] Er bewarb sich 1938 bei dem unabhängigen „Mellon Institute of Industrial Research“ und erhielt dafür ein von Einstein erbetenes Empfehlungsschreiben, in dem dieser ihm besondere Kompetenz und Erfahrung bei der Anwendung der Physik auf biologische Themen bescheinigte.^[196] Die Reaktion des *Mellon Institute*

muss enttäuschend gewesen sein, denn sie bestand lediglich darin, ihn bei einer entsprechenden Vakanz demnächst berücksichtigen zu wollen.^[197] Bis 1948 wirkte er wenigstens an sieben verschiedenen Colleges und Universitäten als *Instructor* für Physik und Mathematik. Nach der Zeit an dem erwähnten *Institutum Divi Thomae* war er am *Caney Junior College* in Kentucky^[198], wobei er rückblickend alle seine Anstellungen vor 1941 als nicht als „worth mentioning“ bezeichnete. Von 1941 bis 1944 unterrichtete er am *St. Joseph's College* in Philadelphia, bis 1945 am *Philadelphia Textile Institute*, bis 1946 am *College of Engineering* an der *University of Illinois* in Urbana, bis 1947 an der *Xavier University* in Cincinnati und bis 1948 am *Siena College Loudonville* im Staat New York.^[199] Aber die Fokussierung auf die Lehre befriedigte ihn nicht, sodass er 1948 gern ein Angebot der US-Armee akzeptierte, eine Forschungsstelle am *Medical Department Field Research Laboratory Fort Knox*, Kentucky als Biophysiker zu übernehmen.^[200] Als *Department Head* der Physik an der St. Bonaventura Universität in Allegany im Staat New York kehrte Schocken 1952 dann doch wieder für vier Jahre in die Lehre zurück.^[201] Er wechselte anschließend zu den *Chicago Midway Laboratories*, ehe er 1958 mit Gründung der NASA an das *Marshall Flight Center* in Huntsville, Alabama kam, wo er unter der Leitung von deutschen Nachkriegs- emigranten aus dem V2-Projekt wie Wernher von Braun (1912–1977) oder Ernst Stuhlinger (1913–2008) arbeitete. Nach den vielen Stellen mit kurzer Laufzeit blieb Schocken hier für sechzehn Jahre. Von seinem auch in den USA noch lange verfolgten Ausgangsinteresse an der Biophysik hatte er sich nun entfernt und beschäftigte sich fortan hauptsächlich mit Themen aus der Thermodynamik und Astrophysik.

Nach seiner Pensionierung bei der NASA im Jahr 1974 wollte er wieder lehren, aber all seine Bewerbungen bei Colleges und Universitäten blieben erfolglos. Daraufhin ging er 1975 mit dem *Peace Corps* in die Hauptstadt von Honduras (Tegucigalpa), wo er am Lehrerkolleg und der Universität unterrichtete. Nach einer Südamerika-reise 1952 hatte er nebenher an seiner damaligen Universität Spanisch gelernt. In Honduras kam er nach langer Zeit wieder auf sein ursprüngliches Arbeitsgebiet zurück, wenn er neue Kurse über Biophysik und in der Physikabteilung eine Kalibrierstation für Röntgenstrahlen einrichten wollte.^[202] Für seinen Altersruhesitz wählte er einen abgeschiedenen Ort im Süden der USA und berichtete 1985 in einem kurzen Brief an die Zeitschrift seines alten Gymnasiums in Berlin: „Ich bin 80 Jahre alt und lebe zurückgezogen in den Bergen von New Mexico in einem kleinen Haus mit schöner Aussicht. Täglich beschäftige ich mich noch mit Physik.“^[203] Schocken ist am 13. Oktober

Abbildung 13:
Klaus Schocken
um 1975, Lehre in
Tegucigalpa (Haupt-
stadt von Honduras)



1997 im Alter von 92 Jahren in Holyoke Massachusetts (USA) gestorben.

5. Zusammenfassung

Die Lebenswege der drei hier behandelten Physiker kreuzten sich zwischen 1932 und 1933 in der PTR. Sie arbeiteten in verschiedenen Abteilungen und kannten sich vielleicht kaum. Angesichts ihrer fachlichen wie sozialen Verschiedenheit erhielt eine bis dahin eher unwesentliche Gemeinsamkeit im April 1933 ein entscheidendes Gewicht. Im nationalsozialistisch regierten Deutschland disqualifizierte alle drei Wissenschaftler ihre „jüdische Herkunft“ für Tätigkeiten im öffentlichen Bereich, zu denen die Universitäten wie auch die staatlichen Forschungseinrichtungen gehörten. Allerdings geschah dies in ihren Fällen so früh, dass die durch das BBG geschaffene Rechtsgrundlage noch gar nicht vorlag und zumindest im Fall eines Gastes gar nicht anwendbar gewesen wäre.

Diese Physiker illustrieren, wie heterogen und breit der betroffene Kreis gewesen ist. Die Familie von Reichenheim hatte das Judentum schon lange vor 1933 verlassen und gehörte konfessionell zum Christentum, Schocken war als Protestant aus einer „gemischten“ Beziehung ein in dieser Hinsicht unauffälliger Teil der Mehrheitsgesellschaft, während allein Wolfsohn sowohl im Sinn der religiösen Definition als auch nach seinem Selbstverständnis Jude war und sich dazu mit dem Zionismus verbunden fühlte. Die in den einzelnen Kapiteln geschilderten familiären Hintergründe zeigen neben ihrer Verschiedenheit dann aber doch noch eine soziale Gemeinsamkeit auf. Sie bestand in der Zugehörigkeit zu einem Bildungsbürgertum, dessen ökonomische Absicherung vorangegangene Generationen in den von der christlichen Mehrheitsgesellschaft der jüdischen Minderheit zugewiesenen Nischen erwirtschaftet hatten. Aber nur Reichenheim besaß das Privileg der finanziellen Unabhängigkeit. Wolfsohn und Schocken waren darauf angewiesen, für ihre Arbeit bezahlt zu werden.

Reichenheims wissenschaftliche Karriere, deren Höhepunkt die Entdeckung der Anodenstrahlen darstellte, fand fast vollständig in der PTR statt. Wolfsohn hatte dagegen seinen ursprünglichen Arbeitsplatz am KWI verloren und erhielt die Möglichkeit, die bisherige Forschung über anomale Dispersion an der PTR fortzusetzen. Schocken wartete auf ein Stipendium für eine Tätigkeit, bei der er seine Kenntnisse der Röntgenstrahlung auf medizinische Fragestellungen anwenden konnte. Aber da nun eine Finanzierungslücke entstanden war, nützte er die Möglichkeit, sich für eine bezahlte Arbeit im magnetischen Labor der PTR wenigstens temporär inhaltlich neu zu orientieren.

Das erzwungene Ende ihres Forschens an der PTR stand in dem Kontext einer Reihe von bereits laufenden antijüdischen Aktionen. An den Universitäten und Hochschulen waren es seit dem 1. April nationalsozialistische, hauptsächlich von Studenten getragene Komitees, während an der PTR nationalsozialistische Beamte dieses Vorgehen trugen. Es ging hier nicht um einen persönlichen Austausch, denn das Ausscheiden der drei Physiker schuf keine freien Stellen und begünstigte demzufolge niemanden. Reichenheim finanzierte sich sogar selbst. Für diese Entlassungen gab es also allein die Motivation, dass nationalsozialistische Ideologen durchzusetzen, alles „jüdische“ aus Kultur und Wissenschaft so weit wie möglich zu entfernen. Das BBG, das an der PTR gar nicht abgewartet wurde, hatte dann die Funktion, die in einer revolutionären Phase ungeordnet und willkürlich ablaufenden Aktionen, bei denen örtliche Komitees in Selbstermächtigung die Tätigkeit von Hochschullehrern behinderten oder gleich für beendet erklärten, wieder „einzufangen“ und in ein gesetzliches Regelwerk zu integrieren.

Die Initiative für die Entlassungen ging von der „Nationalsozialistischen Betriebszelle“ der PTR aus. Reichenheim verlor den Status eines unbezahlten wissenschaftlichen Gastes ohne weitere Begründung und ohne Berücksichtigung von Ausnahmeregelungen, wie sie das BBG später vorsah. Wolfsohn und Schocken wurden dagegen extern finanziert, aber die Betriebszelle nötigte die Geldgeber wie die Notgemeinschaft, die Finanzierung einzustellen, was das Arbeitsverhältnis der beiden dann abrupt beendete.

Der wohlhabende, inzwischen über 50-jährige Reichenheim blieb zunächst in Deutschland. Die wesentlich jüngeren Wolfsohn und Schocken hatten dagegen mit ihrer Arbeit auch ihre ökonomische Lebensgrundlage verloren. Beide wandten sich zeitnah an den AAC, um Unterstützung bei der Suche nach einer Anstellung im Ausland zu erhalten. Wolfsohn war mit seinem Forschungsthema international gut vernetzt und kam nur wenige Wochen nach seiner Entlassung in Utrecht unter. In seinem Fall ging das Konzept der Hilfsorganisationen auf, einen Emigranten mit zusätzlichen Geldern zunächst aus jeglicher Konkurrenzsituation herauszuhalten, um ihm nach einer solchen Überbrückungszeit dann zu einer Festanstellung zu verhelfen. Von den drei Physikern konnte allein Wolfsohn dann so etwas wie eine inhaltliche Kontinuität seiner Forschung aufrechterhalten, auch wenn die spärliche Ausstattung in Jerusalem dem enge Grenzen setzte. Außerdem empfand er als Zionist eine starke Verbundenheit zu dem Land, in das er emigriert war, womit sich soziale und wissenschaftliche Aspekte auf glückliche Weise verbanden. Ein Terroranschlag setzte dem ein vorzeitiges und tragisches Ende. Schocken

erhielt noch 1933 ein privat finanziertes Stipendium in Deutschland, um das er sich bereits länger bemüht hatte. Damit verschob sich Schockens dann doch zwingende Neuorientierung in das Jahr 1935. Ohne konkretes Stellenangebot emigrierte er in die USA, wo ihm auch ein Empfehlungsschreiben Einsteins wenig nutzte. Er musste sich mehrere Jahre mit recht unattraktiven Positionen in der Lehre begnügen, die zahlreiche Ortswechsel notwendig machten, erweiterte dabei aber das Spektrum seiner Forschungsthemen. Von 1958 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1974 konnte er bei der NASA wieder anspruchsvolle Wissenschaft betreiben. Reichenheim zog sich 1933 unfreiwillig aus der Forschung zurück und hatte, als er sich unter dem Eindruck der Ereignisse vom November 1938 doch noch zur Emigration entschloss, den Anschluss an die aktuellen wissenschaftlichen Entwicklungen verloren. Allein seine guten privaten Verbindungen ermöglichten ihm noch die Auswanderung nach England. Dennoch wurde er wie die meisten in Großbritannien lebenden deutschen Staatsbürger für einige Zeit interniert. Der harte Ausleseprozess der Wissenschaftsemigration verschloss Reichenheim angesichts seines Alters und der erzwungenen Untätigkeit nach 1933 jede Möglichkeit, an frühere Tätigkeiten anzuknüpfen. Er bemühte sich nach seiner Freilassung aus der Internierung im Bereich technischer Anwendungen dann immer wieder um Arbeitsmöglichkeiten, allerdings ohne besonderen Erfolg.

Die drei Physiker kamen auf verschiedenen Wegen zur PTR, wo sie ihre physikalischen Untersuchungen durchführten bzw. fortsetzten. Sie alle wurden Anfang April 1933 von ihren Arbeitsplätzen durch Aktionen innerhalb der PTR vertrieben und sind anschließend auf sehr unterschiedliche Weise in drei verschiedene Länder emigriert. Alle hatten den Verlust naher Angehöriger in der Shoa zu beklagen und keiner von ihnen ist mehr nach Deutschland zurückgekehrt.

Literatur und Fußnoten

- [1] So hatte sich an der TH Berlin ein nationalsozialistisches Aktionskomitee gebildet, das den als „jüdisch“ geltenden Professoren nahelegte, sich beurlauben zu lassen: Carina Baganz, *Diskriminierung, Ausgrenzung, Vertreibung*, 2013, S. 90. Die *Vossische Zeitung* berichtete über solche Vorgänge an der Universität Kiel, 7.4.1933, Abendausgabe, S. 3.
- [2] Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933, RGBl 1933, Teil 1, S. 175–177.
- [3] Ankündigung in § 15, ebd., S. 177. 2. DVO vom 4.5.1933, RGBl 1933, Teil 1, S. 233.
- [4] Das neue Beamten-Gesetz, *Vossische Zeitung*, 8.4.1933, Abendausgabe, S. 1.
- [5] 1. DVO vom 11.4.1933, RGBl 1933, Teil 1, S. 195; *Vossische Zeitung*, 12.4.1933, Abendausgabe, S. 3.
- [6] Zu einer Familienübersicht: Florian Tennstedt und Flora Veit-Wild, „Reichenheim, Leonor“ in: *Neue Deutsche Biographie* 21 (2003), S. 307–308. Zu den Stiftungen (der Söhne des Firmengründers Nathanael): Reichenheim-Böckh-Stipendium von Leonor Reichenheim (1814–1868), seit 1860, dazu Max Baumgart, *Die Stipendien und Stiftungen zu Gunsten der Studierenden an allen Universitäten des Reichs*, 1885, S. 89–91; Moritz Reichenheim (1815–1872), gründete das erste, 1872 eröffnete jüdische Waisenhaus: James Simon, *Aus der Geschichte des Reichenheimischen Waisenhauses*, *Gemeindeblatt der Jüdischen Gemeinde zu Berlin*, 3.12.1926, S. 268–269; auch Monika Richarz, *Jüdisches Leben in Deutschland: 1780–1871*, 1976, S. 419. Ferdinand Reichenheim (1817–1902) begründete in Erinnerung an seinen jung verstorbenen Sohn eine Stiftung, aus der Stipendien für junge Maler vergeben wurden, *Die Deborah*, *Jüdisch-Amerikanische Familienzeitung* 28. Jahrgang, Nr. 28, 9.1.1885, S. 6.
- [7] Ludwig Herz, N. Reichenheim und Sohn. *Geschichte eines Werkes und einer Familie*. Als Privatschrift nur fuer den engsten Familienkreis bestimmt, 1830–1936, 1936, S. 69. Leo Baeck Institute for Jewish History New York, https://digipres.cjh.org/delivery/DeliveryManagerServlet?dps_pid=IE5005465, zuletzt aufgerufen am 30.10.2024. Auch zitiert in Joachim Grossert, *Bernburger Juden – Erinnerung und Mahnung*, S. 6–7; Internetmanuskript: <http://www.mendelssohn-dessau.de/wp-content/uploads/Joachim-Grossert.pdf>, zuletzt aufgerufen am 30.10.2024.
- [8] Die Familien verbanden sich auf diese Weise oft mehrfach miteinander. Annas jüngere Schwester Margarete (1857–1935) heiratete mit Georg Reichenheim (1842–1903) einen Cousin von Adolf und Julius.
- [9] Siehe entsprechende Angaben in der Todesanzeige von Julius Reichenheim, *Berliner Tageblatt und Handelszeitung*, 12.9.1905, Morgenausgabe, S. 10.
- [10] Ich danke hier Frau Veit-Wild für ihre Hinweise. Der Erstgeborene Adolf Friedrich (1879–1880) starb schon im Alter von zwei Monaten, standesamtliche Todesbescheinigung, vom 26.2.1880, www.ancestry.com.
- [11] Jacob Jacobson (Hrsg.), *Die Judenbürgerbücher der Stadt Berlin*, 1962, S. 412.
- [12] Austritt nach *Jüdische Rundschau* 8 (1903), Heft 8 vom 20.2.1903, S. 63. Julius Reichenheim wurde 1905 auf dem Jerusalemer Kirchhof beerdigt, siehe Todesanzeige.
- [13] Lebenslauf, Promotionsakte Otto Reichenheim, undatiert, Dezember 1905, Universitätsarchiv Freiburg (UAF) Sign. 2231; Reichenheim, „Curriculum vitae“ in MS. S.P.S.L. 337/6, Bl. 305,

- undatiert, 1938, Bodleian Library Oxford. Die Ehefrau von Carl Liebermann war Antonie Amalie Reichenheim (1850–1916).
- [14] Lebenslauf Promotionsakte Otto Reichenheim, UAF Sign 2231; Militärdienst: Angabe in Fragebogen der Personalakte der Berliner Universität, Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin (HU/UA) UK R 055, Bl. 1.
- [15] Reichenheim, Über die Elektrizitätsleitung einiger natürlich-kristallisierter Oxyde und Sulfide des Graphits, 1906; Gutachten Himstedt, in Promotionsakte Otto Reichenheim UAF Sign. 2231; Zitat aus der Kommentierung von Heinrich Rubens in dem Habilitationsgutachten, 4.5.1910, HU/UA Phil. Fak. 01: 1231, Bl. 210.
- [16] Promotionsurkunde, 25.3.1906, UAF Sign. 13–3667.
- [17] Rudolf Martin, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Berlin, 1913, S. 204.
- [18] Die Präferenz von Oskar Huldshinsky für Otto nach: Thomas Blubacher, Oscar Huldshinsky (1846–1931) und Ann Sommer, geb. Reichenheim (1910–2009), in Melissa Müller et al., Verlorene Bilder, verlorene Leben: Jüdische Sammler und was aus ihren Kunstwerken wurde, 2009, S. 142–153, hier S. 146. Amtliche Heiratsurkunde vom 17.10.1906, beide evangelischer Konfession, www.ancestry.com. Auch der jüngere Bruder Peter Reichenheim promovierte noch 1922 in Heidelberg mit der Arbeit: Die wirtschaftliche Bedeutung der flüssigen Treibstoffe. Später Namensänderung in Peter Dane: siehe Estrid Dane, ursprünglich Lassen (Ehefrau seit 1929): biografiskleksikon.lex.dk. Wenigstens zwei Cousins des Vaters von Otto hatten promoviert, ohne aber in der Forschung tätig zu werden: Georg R. (1842–1903), 1863 in Chemie und sein Bruder Max R. (1853–1924), 1876 in Medizin.
- [19] S. L. Wolff, Jewish physicists at German-speaking universities represented disproportionately highly: Connections between a scientific and economic elite, *Annali di Storia delle Università Italiane*, 24.1 (2020), S. 115–151.
- [20] Vier der Kinder heirateten Ehepartner aus ursprünglich jüdischen, drei aus nichtjüdischen Familien (in Klammern jeweils die Nachnamen der Ehepartner). Jüdisch: Gertrud (Weismann), Otto (Huldshinsky), Sophie (Klemperer, Edler v Klemenau) und Ludwig (Steinthal). Nichtjüdisch: Heinrich (Stahmann), Peter (Lassen) und Louise (von Leyden). Zu Louise: https://gapgeschichte.de/juden_in_gap_biographien/leyden_von_luise.htm, zuletzt aufgerufen am 30.10.2024.
- [21] Die Bezeichnung „Hilfsarbeiter“ verwendete Rubens in seinem Habilitationsgutachten, 4.5.1910, HU/UA Phil. Fak. 01: 1231, Bl. 210. Reichenheim dagegen beschrieb in seinem Antrag auf Habilitation vom 14.3.1910 seine Funktion als „freiw. wissenschaftlicher Mitarbeiter“, ebd., Bl. 207. Die von Reichenheim später selbst gewählte Bezeichnung „dann Gast“, HU/UA UK R 055, nach 1930, undatiert.
- [22] Gehrcke trug am 15. Juni 1906 in der Physikalischen Gesellschaft die Ergebnisse der ersten gemeinsam mit Reichenheim durchgeführten Untersuchung vor, die ein Thema aus der Optik behandelte. Ankündigung: Verhandlungen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft 8 (1906), S. 204: Gehrcke und Reichenheim, Interferenzen planparalleler Platten im kontinuierlichen Spektrum, ebd., S. 209–221. Außerdem in: *Annalen der Physik* 23 (1907), S. 745–757. Zu der Besonderheit, dass eine bereits publizierte Arbeit nochmals in den *Annalen* erscheinen konnte: D. Hoffmann, Max Planck in seinem Wirken für die Physikalische Gesellschaft und die *Annalen der Physik* in D. Hoffmann (Hrsg.), *Max Planck und die moderne Physik*, 2010, S. 1–34, hier: S. 21–22. Mit einer Publikation im Juni musste ihre Kooperation demnach schon einige Monate vorher begonnen haben.
- [23] Das geht aus einer Postkarte hervor, in der Reichenheim eine private Einladung kurzfristig absagt: Reichenheim an Ernst Gehrcke, 14.12.1907, Staatsbibliothek zu Berlin, Handschriftenabteilung, Slg. Darmstaedter F1e 1906.
- [24] Rubens, Habilitationsgutachten.
- [25] Gehrcke und Reichenheim, Anodenstrahlen, vorgetragen in der Phys. Ges. am 19. 10.1906, Verhandlungen 8 (1906), S. 559–566; 2. Mitteilung, vorgetragen in der Phys. Ges. am 8.2.1907, Verhandlungen 9 (1907), S. 76–83; 3. Mitteilung, vorgetragen in der Phys. Ges. am 3.5.1907, ebd., S. 200–204; 4. Mitteilung, vorgetragen auf der Naturforscherversammlung in Dresden am 16.9.1907, ebd., S. 374–379; 5. Mitteilung, Verhandlungen 10 (1908), S. 217–225. Das wörtliche Zitat stammt aus der 3. Mitteilung, S. 201.
- [26] Rubens, Habilitationsgutachten.
- [27] Sitzung des 23. April 1908: Rayons anodiques, *Bulletin des Séances de la Société Française de Physique* 1908, S. 40–47. Erwähnung der Tagung mit Vortrag in Winnipeg in Reichenheim, „Curriculum vitae“ in MS. S.P.S.L. 337/6, Bl. 305; auch Otto Hahn, *My Life*, 1970, S. 96; ebenso Wilhelm Westphal, 68 Jahre als Physiker in Berlin, *Phys. Bl.*, 28 (1972), S. 258–265, hier: 260. Sein fachlich-soziales Umfeld wird auch bei der Trauerfeier für Erich Ladenburg erkennbar, an der er zusammen mit Gehrcke, Otto von Baeyer, Rubens und Erich Lehmann teilnahm, nach Albert Ladenburg, *Erinnerungen*, 1912, S. 163.
- [28] Rubens, Habilitationsgutachten. Die Publikation der Habilitationsschrift: Über die Spektren der Anodenstrahlen, *Annalen der Physik* 33 (1910), S. 747–762. Meldung über die erfolgreiche

- Habilitation mit Angabe des Vortragsthemas unter „Aus Berlin“ in Norddeutsche allgemeine Zeitung, 7.7.1910, S. 2; Reichenheim hatte am 31.3.1910 gemäß den Vorschriften drei Themen für das Kolloquium sowie drei Vortragsvorschläge für die Antrittsvorlesung eingereicht: HU/UA Phil. Fak. 01: 1231, Bl. 212; die Urkunde enthält auch den Titel der Antrittsvorlesung, ebd., Bl. 213.
- [29] Sächsische Rad- und Motorfahrer-Zeitung, 20. Jahrgang Nr. 15, 12.5.1911, S. 242.
- [30] Reichenheim an Gehrcke, 14.12.1907, Staatsbibliothek zu Berlin, Handschriftenabteilung, Slg. Darmstaedter F1e 1906.
- [31] Seit 1911 veröffentlichte Gehrcke Artikel, in denen er sich als Gegner der Relativitätstheorie profilierte, z. B. Gehrcke, Die gegen die Relativitätstheorie erhobenen Einwände, Die Naturwissenschaften 1 (1913), S. 62–66. Dazu auch Milena Wazeck, Einsteins Gegner, 2009.
- [32] Gehrcke und Reichenheim, Die positiven Strahlen, Kultur der Gegenwart Teil 3 Abteilung 3, Band 1, 1915, S. 458–466.
- [33] Fragebogen der Personalakte der Berliner Universität, HU/UA UK R 055, Bl. 1.; Nachricht zum EK auch in: Übersicht über die Kriegsbeteiligung Deutscher Physiker, Physikalische Zeitschrift 15 (1914), S. 144.
- [34] Patent 147,855 vom 10.9.1915, angemeldet in England am 9.7.1920: Improvements in Wireless Telegraph Receivers.
- [35] Ministerium an Reichenheim, 9.11.1917, HU/UA Phil. Fak. 01: 1439, Bl. 188.
- [36] Für 1919 und 1920 Adresse in Berka: Mitgliederdatenbank der DPG und der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin 1845 bis 1945. Die Mitgliedsliste von 1921 bezieht sich auf das Jahresende und zeigt bis 1935 die Ebereschentallee 4–6 in Berlin-Westend als Wohnsitz an: http://altmitglieder.dpg-physik.de/dpg_mitgl_verz/home_output_complex.php, zuletzt aufgerufen am 9.11.2024.
- [37] Reichenheim an Dekan, 17.6.1921, HU/UA Phil. Fak. 01: 1439, Bl. 338–339.
- [38] Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Kultur an Reichenheim, 31.8.1921, ebd., Bl. 390; Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte 1925, S. 21, 564, 902; 1930 Band 2, S. 105; 1933 Band 1, S. 1372.
- [39] Reichenheim, „Curriculum vitae“ in MS. S.P.S.L. 337/6, Bl. 305, Bodleian Library Oxford.
- [40] Verhinderung aufgrund von Krankheit: Reichenheim an Universitätsquästor, 28.4.1929, HU/UA Phil. Fak. 01: 1474, Bl. 45. Dekan an Laue, 7.5.1929, ebd., Bl. 46.
- [41] Daten der Beschäftigung bei der PTR: Präsident der PTB an Peter Rickham, 27.6.1958, Entschädigungsakte Reichenheim, Reg. Nr. 71.136, Entschädigungsamt Berlin.
- [42] Aussage Reichenheims im Formular „Allgemeine Auskunft“, in MS. S.P.S.L. 337/6, Bl. 302, Bodleian Library Oxford.
- [43] Ernst Lau, Otto Reichenheim, in Heinrich Fink (Hrsg.), Stärker als die Angst. Den sechs Millionen, die keinen Retter fanden, 1968, S. 150–152.
- [44] Publikationsliste in MS. S.P.S.L. 337/6, Bodleian Library Oxford; Patent Nr. 509043 vom 28.2.1930, Herstellung von atomarem Wasserstoff; Nr. 528986 patentiert vom 11.4.1930 ab, Verfahren zur Erhöhung der Lebensdauer von atomarem Wasserstoff. Der ebenfalls zu der Zeit an der PTR arbeitende Walther Meissner stufte Lau nicht nur fachlich als schlecht ein, sondern bezeichnete ihn dazu „als einen Mann ohne jeden Charakter“: Meissner an Laue, 10.1.1941, NL Meissner, Archiv des Deutschen Museums München.
- [45] Ebbe Rasmussen an Niels Bohr, 6.4.1933, Bohr Scientific Correspondence (BSC) 24,4.
- [46] Max Jakob, Tagebuch, Eintrag vom 7.4.1933, Archiv des Deutschen Museums München.
- [47] Das neue Beamten-Gesetz, Vossische Zeitung, 8.4.1933, Abendausgabe, S. 1. Jakob wusste zu diesem Zeitpunkt, dass er unter beide Ausnahmebestimmungen als Altbeamter wie als Frontkämpfer fallen würde: Max Jakob, Tagebuch, Eintrag vom 8.4.1933, S. 1288, Archiv des Deutschen Museums München.
- [48] Lau, notariell beurkundete Stellungnahme 24.7.1958, vier Blatt, Entschädigungsakte Reichenheim, Reg.Nr. 71.136, Entschädigungsamt Berlin.
- [49] Lau, Otto Reichenheim, S. 151. Aufgrund des größeren zeitlichen Abstands wird man diese Aussage von Lau skeptischer beurteilen dürfen als die Bemerkung von Reichenheim in „Vertrauliche Auskunft“ von 1938.
- [50] Ernest Rutherford, Special Correspondence, The Society for the Protection of Science and Learning, Science 83 (1936), S. 372.
- [51] Aussage Reichenheims in „Vertrauliche Auskunft“ in MS. S.P.S.L. 337/6, Bl. 302, Bodleian Library Oxford, undatiert, November 1938.
- [52] Metzger (Nationalsozialistische Beamtenarbeitsgemeinschaft der PTR) an Meisner (Reichsinnenministerium), 20. 4.1933, Personalakte Victor Engelhard, BA Berlin-Lichterfelde, R 4901/17213, Bl. 16–17.
- [53] Laut Harry Graf Kessler galt Weismann in der Anfangsphase der Weimarer Republik als erzreaktionär: Kessler, Tagebücher 1918 bis 1937, 2020, Eintrag 23.6.1920, S. 238; Aktivitäten im Gesellschaftsleben: Einträge vom 28.11.1922 und 19.5.1926, ebd., S. 366 und 503. Aufgrund einiger Skandale war seine politische Laufbahn 1932 zu einem Ende gekommen: Aus der Gesellschaft. Robert Weismann. „Der Herzog von Otrante et quarante“ [Anspielung auf Fouché und Weismanns Neigung zum Glücksspiel], Westfälische neueste Nachrichten, 22.10.1932, S. 22. Eine Beschreibung

- seiner Person durch einen seiner Enkel: Michael Kerr, *As Far as I Remember*, 2002, S. 7–9.
- [54] Otto Hahn, *Beziehungen zu Nichtariern, England Juli 1945*, Archiv MPG Rep. 14 A Nr. 6179, S. 5. Auch transkribiert und kommentiert in Vera Kaiser (Hrsg.), *Radiochemie, Fleiß und Intuition. Neue Forschungen zu Otto Hahn*, 2018, S. 245–270, hier: S. 253. Vor 1933 hatte es laut Hahn lange keinen Kontakt mehr gegeben.
- [55] Handschriftlicher Entwurf für ein Telegramm: „Hochzeit Reichenheim-Breitner, Berlin W. Keithstr. 20. Den Neuvermählten und den Eltern Reichenheim herzliche Glückwünsche und Grüsse, Otto und Edith Hahn, Berlin-Dahlem, 14. Juli [1934], aufgegeben 10.45“, Archiv MPG Abt. III, Rep 14 Nr. 6888. Reichenheims Tochter Charlotte heiratete an diesem Tag den Italiener Ermanno Brentani [Breitner], Hochzeitsurkunde, www.ancestry.com.
- [56] „Geschützt als Frontkämpfer“, HU/UA UK R 055, Bl. 1, undatiert.
- [57] Die Zahl der Hörer und die Tatsache der nicht zustande gekommenen Vorlesungen: Dekan der Phil. Fak. an den Reichs- und preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 2.9.1935, HU/UA UK R 055, Bl. 1 (neue Zählung). Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1932, *Physikalische Zeitschrift* 33 (1932), S. 353; Angebotenes Thema für WS 30/31, SS 31, WS 31/32: „Positive Strahlen der Gasentladung“, ebd., 31 (1930), S. 977; 32 (1931), S. 297; 32 (1931), S. 817; für SS 33: „Die elektrische Gasentladung und ihre Strahlen“, ebd., 34 (1933), S. 345.
- [58] Dekan der Phil. Fak. an den Reichs- und preußischen Minister für Wissenschaft, 2.9.1935, Minister an die Philosophische Fakultät, 7.10.1935, HU/UA UK R 055, Bl. 1–2 (neue Zählung).
- [59] Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935, § 4 Abs. 2, Satz 1, RGBl 1935, Teil 1, S. 1333.
- [60] Berliner Adreßbuch für das Jahr 1938, S. 2231.
- [61] Angabe von Reichenheim in „Allgemeine Auskunft“ in MS. S.P.S.L. 337/6, Bl. 302, Bodleian Library Oxford, undatiert, November 1938.
- [62] Blubacher, S. 149–150.
- [63] Es handelte sich um die Lager Sachsenhausen, Dachau und Buchenwald, siehe dazu z. B. Angela Hermann, *Hitler und sein Stoßtrupp in der Reichskristallnacht*, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), S. 603–619, hier: S. 610
- [64] Blubacher, S. 151; Peter Reichenheim an Demuth, 5.9.1940, MS. S.P.S.L. 337/6, Bl. 340, Bodleian Library Oxford.
- [65] Rutherfords Name steht durchgestrichen in der Liste der Referenzen von Reichenheim, MS. S.P.S.L. 337/6, ebd., Bl. 302. Das Telefonprotokoll eines Gesprächs von Reichenheims Bruder Peter Dane mit der SPSL vom 17.11.1938 enthält dessen Bemerkung „known to Rutherford“, ebd., Bl. 315; ein Brief von Rutherford an Reichenheim wird mehrfach erwähnt, liegt in den Akten jedoch nicht vor: Esther Simpson (SPSL) an Otto Reichenheim, 2.10.1940, ebd. Bl. 352. Peter Reichenheim an Simpson, 10.10.1940, ebd., Bl. 355. Peter Reichenheim an Simpson, 4.10.1940, ebd. Bl. 353: „It is unfortunate that the two scientists who knew him best over here, Professor Thompson and Lord Rutherford, have recently died.“ Hahn erinnerte sich später daran, wegen Reichenheim an Rutherford geschrieben zu haben: Hahn, *Beziehungen zu Nichtariern, England Juli 1945*, Archiv MPG Abt. III, Rep. 14 A Nr. 6179, S. 5. Transkribiert und kommentiert in Vera Kaiser (Hrsg.), *Radiochemie, Fleiß und Intuition*, S. 253. Der 17.11.1938 ist auch die früheste Datierung in Reichenheims SPSL-Akte.
- [66] Gutachten an SPSL: Dodds, 24.11.1938, ebd., Bl. 321; Hahn (indirekt i. A. aus Stockholm), 29.11.1938, ebd., Bl. 308; Baker, 1.12.1938, ebd., Bl. 325.
- [67] James Franck an SPSL, 7.12.1938, ebd., Bl. 307.
- [68] Nicolson an Thomson (SPSL), 13.12.1938, MS. S.P.S.L. 439/2, Bl. 238, Bodleian Library Oxford; Thomson (SPSL) an McAlpine (Home Office), 16.12.1938, ebd., Bl. 240.
- [69] Home Office an SPSL, 30.12.1938, ebd., Bl. 241.
- [70] Reichsminister für Wissenschaft an den Polizeipräsidenten, 16.12.1938 u. 23.2.1939, UAH 55, Bl. 4–5.
- [71] Die drei Söhne: Julius Oskar, Promotion 1933 in Berlin, seit spätestens 1939 in London, Journalist, Londoner Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“ und dann ständige Mitarbeit bei der in England seit 1941 herausgegebenen Emigrantenzeitschrift „Die Zeitung“, nach Hanno Hardt et al. (Hrsg.) *Presse im Exil, Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils*, 1979, S. 233, 236 und 249; Peter Reichenheim, später Peter Rickham, seit 1936 in England, Medizinstudent in London und Cambridge, Kriegsteilnehmer, später wissenschaftliche Karriere in der Pädiatrie; Klaus Reichenheim arbeitete bei einer Londoner Bank, später in Brasilien Antiquitätenhändler. Zu Peter und Klaus: Kerr, *As far as I remember*, 2006, S. 123–124.
- [72] Blubacher, S. 151.
- [73] Eintrag Yad Vashem: <https://yvng.yadvashem.org/nameDetails.html?language=en&itemId=11611760&ind=1>, zuletzt aufgerufen am 30.10.2024; Bericht im Buch seiner Enkelin: Eva-Maria Neumann, *Sie nahmen mir nicht nur die Freiheit*, 2020, S. 153–156. Deren Tochter hat die Familiengeschichte der Reichenheims in einem Roman verarbeitet: Constanze Neumann, *Wellenflug*, 2021.
- [74] Peter Rickham, Eidesstattliche Erklärung vom 20.9.1961, Entschädigungsakte Reichenheim, Reg. Nr. 71.136, Entschädigungsamt Berlin.

- [75] Aufstellungen Entschädigungsakte, ebd.
- [76] Reichenheim an Simpson, 3.8.1940, MS. S.P.S.L. 337/6, Bl. 331, Bodleian Library Oxford; Demuth an Simpson, 13.8.1940, ebd., Bl. 334; Rückblick in Reichenheim an Skemp (SPSL), 16.12.1945, ebd., Bl. 366.
- [77] Kerr, As far as I remember, 2002, Klaus: S. 139–140; Peter: S. 129; der älteste Sohn Julius Oskar wurde ebenfalls interniert: Peter Reichenheim an Demuth, 5.9.1940, MS. S.P.S.L. 337/6, Bl. 340, Bodleian Library Oxford.
- [78] McFadyean (member of the advisory counsel to the Home Office regarding the release of refugees) an Demuth, 19.9.1940, ebd., Bl. 344.
- [79] Aston an „Dear Madam“ (SPSL), 23.9.1940, ebd., Bl. 346–347.
- [80] Reichenheim an Simpson (SPSL), 31.10.1940, ebd., Bl. 352.
- [81] Reichenheim an Simpson (SPSL), 18.9.1941, ebd., Bl. 363.
- [82] Reichenheim an Simpson (SPSL), 16.12.1945, ebd., Bl. 366.
- [83] Reichenheim an Simpson (SPSL), 1.2.1941, ebd. Bl. 358–359: Bitte um Weiterleitung seiner Unterlagen an seinen Schwiegersohn in Brasilien.
- [84] Reichenheim an Simpson (SPSL), 16.12.1945, ebd., Bl. 366; Patent Nr. 570,250 mit Eric Victor vom 7.7.1943, Improvements relating to the Production of Reconstituted Leather.
- [85] Notiz der SPSL vom 4.10.1945, ebd., Bl. 373; Eric Victor „to whom it may concern“, 24.4.1946, ebd., Bl. 376.
- [86] Lampl (Bimini) „to whom it may concern“, 15.4.1946, ebd., Bl. 375.
- [87] Reichenheim an Skemp (SPSL), 25.4.1946, ebd., Bl. 369–370: Darin erwähnt er seinen Antrag vom 4.10.1945.
- [88] Heirat mit der Witwe Louise Dansaert, erwähnt in Peter Rickham, Eidesstattliche Erklärung vom 20.9.1961, Entschädigungsakte Reichenheim, Reg. Nr. 71.136, Entschädigungsamt Berlin.
- [89] Reichenheim an SPSL, undatiert, Eingangsstempel 26.10.1949, MS. S.P.S.L. 337/6, Bl. 382, Bodleian Library Oxford.
- [90] Lau zitierte hier einen Brief von Reichenheim: Lau, Otto Reichenheim, S. 152.
- [91] Todesanzeige aus der Times, ausgeschnitten, MS. S.P.S.L. 337/6, Bl. 380, Bodleian Library Oxford.
- [92] Marianne Barton, Two families, 1996, Leo Baeck Institute for Jewish History New York, ME 1210., S. 2–4. Die Autorin dieser Familiengeschichte ist eine Nichte von Günther Wolfsohn. https://digipres.cjh.org/delivery/DeliveryManagerServlet?dps_pid=IE8435239, zuletzt aufgerufen am 30.10.2024.
- [93] Ebd., S. 55–56.
- [94] Hilde Wolfsohn, Analoga der Steiner'schen und Mascheronischen Konstruktionen in dem Falle, daß anstelle des Kreises die Ellipse tritt, Heidelberg 1923.
- [95] Wolfsohn, Immatrikulationsalbum AB-18, Immatrikulationen 1918–1922; AB-54 Promotionsalbum 1921–1933; Exmatrikel WS 1923/1924-SS 1926 Wa-Wp, Universitätsarchiv Bonn.
- [96] Pater Albert Maring, Untersuchungen über das Spektrum des Eisenlichtbogens bei vermindertem Druck im Gebiet 2270–3900 Ångström, Zeitschrift für wissenschaftliche Photographie, Photophysik und Photochemie 26 (1929), S. 47–85; Kooperation mit Wolfsohn, ebd., S. 49. Siehe auch S. L. Wolff, Albert Maring (1883–1943) – Der Jesuit, Lehrer, Physiker, Erfinder und Schriftsteller kam 1943 im KZ Dachau ums Leben, Physikjournal 21 (2022) Nr. 8/9, S. 30–31.
- [97] Klaus Hentschel, An Unwelcome Discovery: The Pole Effect in the Electric Arc, a Threat to Early Century Precision Spectrometry, Archive History of Exact Sciences 51.3 (1997), S. 199–271.
- [98] Wolfsohn, Über das Bogenspektrum des Kupfers bei vermindertem Druck, Annalen der Physik 4.80 (1926), S. 415–435. Hinweis auf die Unterstützung der Notgemeinschaft auf der letzten Seite.
- [99] AB-54 Promotionsalbum 1921–1933, Universitätsarchiv Bonn; die Promotionsakte ist vermutlich aufgrund von Kriegsverlusten nicht mehr vorhanden. Deshalb liegt auch das Gutachten von Konen nicht vor.
- [100] Wolfsohn, „Curriculum Vitae“ in MS. S.P.S.L. 343/3, Bl. 84, Bodleian Library Oxford.
- [101] Wolfsohn, Heinrich Hertz, Bonner Zeitung, 36. Jahrgang Nr. 270, 21.11.1927, S. 9.
- [102] Wolfsohn, „Curriculum Vitae“ in MS. S.P.S.L. 343/3, Bl. 84, Bodleian Library Oxford; Idem, Fortpflanzungsgeschwindigkeit des Lichtes, in H. Geiger und Karl Scheel (Hrsg.), Handbuch der Physik, Band 19, Herstellung und Messung des Lichts, redigiert von H. Konen, 1928, S. 895–916; Idem, Strenge Theorie der Interferenz und Beugung, ebd., Band 20, Licht als Wellenbewegung, redigiert von H. Konen, 1928, S. 263–316.
- [103] Jagdish Mehra und Helmut Rechenberg, The Historical Development of Quantum Theory Vol 1 Part 2, 1982, S. 633–637; Karl von Meyenn, Wolfgang Pauli, Wissenschaftlicher Briefwechsel Band 1: 1919–1929, 1979, S. 153; Marta Jordi Taltavull, Rudolf Ladenburg and the first quantum interpretation of optical dispersion, European Physical Journal H 45 (2020), S. 123–173; Ladenburg, Die quantentheoretische Dispersionsformel und ihre experimentelle Überprüfung, Die Naturwissenschaften 14 (1926), S. 1208–1213 und 17 (1929), S. 296–299; Idem, Dispersion in Electrically Excited Gases, Reviews of Modern Physics 5 (1933), S. 243–257.
- [104] Agathe Carst, Über das kontinuierliche Wasserstoffspektrum, Annalen der Physik 75 (1924), S. 665–672.

- [105] Siehe auch: Steinhauser et al., Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik. Das Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft zwischen 1911 und 2011, 2011, S. 56–57.
- [106] Ebd., S. 84.
- [107] Ladenburg und Wolfsohn, Über die Dispersion des Hg-Dampfes im Ultraviolett, Verhandlungen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft 3.10 (1929), S. 8–9.
- [108] Wolfsohn u. Ladenburg, Untersuchungen über die Dispersion von Gasen und Dämpfen und ihre Darstellung durch die Dispersionstheorie. I. Über die Dispersion des Quecksilberdampfes im Ultraviolett, Zeitschrift für Physik 63 (1930), S. 616–633, hier: S. 617.
- [109] Idem, Untersuchungen über die Dispersion von Gasen und Dämpfen und ihre Darstellung durch die Disper-sionstheorie. III. Die Dispersion des Sauerstoffs zwischen 6000 und 2650 Å, Zeitschrift für Physik 79 (1932), S. 42–61.
- [110] Wolfgang Zehden (1904–1989); Saul Levy (1897–1980); Interview mit Zemansky, Hörbericht über das Harnack-Haus, veranstaltet von der aktuellen Abteilung der Funkstunde am 10. Feb. 1931 im Harnack-Haus, Archiv MPG I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2464, S. 189.
- [111] Barton, Two families, S. 56. Heirat am 17.12.1929 in Berlin, Amtliche Bescheinigung, www.ancestry.com.
- [112] Haber an Ladenburg, 29.1.1932; Ladenburg an Haber, 17.2.1932; Haber an Ladenburg, 4.3.1932; Else Ladenburg an Haber, 16.3.1932; Ladenburg an Haber, 16.6.1932; alle Archive der MPG, Sammlung Fritz Haber, Abt V, Rep. 13, nach Klaus Schlüpmann, Vergangenheit im Blickfeld des Physikers. Hans Kopfermann 1895–1963, 2002, S. 128–131.
- [113] Bemerkung seiner Witwe in dem von ihr posthum verfassten Lebenslauf, nicht datiert, wahrscheinlich 1957, Entschädigungsakte Wolfsohn, Reg. Nr. 76.309, Entschädigungsamt Berlin.
- [114] Angaben zu Dauer und Höhe des Stipendiums sowie das offizielle Thema: Schmidt-Ott (Notgemeinschaft) an Reichsminister Frick, 6.4.1933, BA Berlin-Lichterfelde R 1501/126774, Bl. 160–161. Für den Hinweis auf diese Akte danke ich Sören Flachowsky. Darstellung von Wolfsohn in „Curriculum Vitae“ in MS. S.P.S.L. 343/3, Bl. 84, Bodleian Library Oxford: Sowohl Schmidt-Ott als auch Wolfsohn geben hier als Arbeitsbeginn den 1.8.1932 an. Laut Bescheinigung der PTR vom 2.5.1933 war es dagegen der 5.8.1932, Entschädigungsakte Wolfsohn, Reg. Nr. 76.309, Entschädigungsamt Berlin.
- [115] „Nationalsozialistische Betriebszelle“ an Notgemeinschaft, 3.4.1933, BA R 1501/126774, Bl. 162.
- [116] Schmidt-Ott an Frick, 6.4.1933, ebd., Bl. 160–161.
- [117] Frick an Schmidt-Ott, 11.5.1933, ebd., Bl. 163.
- [118] Rasmussen an Niels Bohr, 23.2.1933, (BSC) 24,4.
- [119] Rasmussen an Bohr, 6.4.1933, ebd.; siehe auch Finn Aaserud, Redirecting Science, 1990, S. 109–110.
- [120] Max Jakob, Tagebuch, Eintrag 6.4.1933, Archiv des Deutschen Museums München.
- [121] Wolfsohn, „Vertrauliche Auskunft“, MS. S.P.S.L. 343/3, Bl. 82, Bodleian Library Oxford.
- [122] Bescheinigung der PTR vom 2.5.1933, Entschädigungsakte Wolfsohn, Reg. Nr. 76.309, Entschädigungsamt Berlin.
- [123] Rasmussen an Bohr, 6.4.1933, (BSC) 24,4.
- [124] Hinweis auf die Förderung von „Hoogleeraren-Comité ten behoeve van Joodsche studeerenden en afgestudeerden uit Duitschland“ am Ende von: L.S.Ornstein, J.A.Vreeswijk jr.und G. Wolfsohn, Das Mengenverhältnis der Lithiumisotopen Li^7 und Li^6 , Physica 1 (1934), S. 53–59; Hinweis auf Förderung durch den Academisch Steunfonds am Ende von: G. Wolfsohn und J.A. Vreeswijk jr., Zur Theorie des Stufengitters, Physica 1 (1934), S. 333–342. Außerdem: Academisch Steunfonds MS. S.P.S.L. 148/3, Bodleian Library Oxford, Liste undatiert, Bl. 300; AAC an Academisch Steunfonds, 16.11.1933, Antwort 27.11.1933, ebd., Bl. 305–306; Liste undatiert, ebd., Bl. 309.
- [125] Wolfsohn, Untersuchungen über die Dispersion von Gasen und Dämpfen und ihre Darstellung durch die Dispersionstheorie. V. Ein Interferometer für Dispersionsmessungen im Schumanngebiet, Zeitschrift für Physik 85 (1933), S. 366–372, hier: S. 372.
- [126] Ornstein et al., Das Mengenverhältnis; Wolfsohn et al., Zur Theorie des Stufengitters.
- [127] Ornstein, Testimonials, 9.1.1934, MS. S.P.S.L. 343/3, Bl. 85, Bodleian Library Oxford.
- [128] Wolfsohn an AAC, 24.8.1934, ebd., Bl. 93. Zu Ornsteins Einsatz für die Hebräische Universität siehe: Issachar Unna, The Genesis of Physics at the Hebrew University of Jerusalem, Physics in Perspective 2 (2000), S. 336–380, hier: S. 340–343.
- [129] Unna, The Genesis, S. 352.
- [130] Wolfsohn an AAC, 2.11.1934, MS. S.P.S.L. 343/3, Bl. 96, Bodleian Library Oxford.
- [131] Wolfsohn, „Vertrauliche Auskunft“, ebd., Bl. 83.
- [132] Barton, Two families, S. 25. Deportation: <https://www.holocaust.cz/de/opferdatenbank/opfer/37201-alfred-wolfsohn/> und <https://www.holocaust.cz/de/opferdatenbank/opfer/37206-elise-wolfsohn/>, zuletzt aufgerufen am 30.10.2024; Database Yad Vashem.
- [133] Siegfried Niese, Der Naturwissenschaftler Ernst Alexander (1902–1980). Ein Forscherleben im 20. Jahrhundert, Freiburger Universitätsblätter, 178 (2007), S. 87–102, hier: S. 5.
- [134] Unna, The Genesis, S. 337.

- [135] Wolfsohn an SPSL, 25.5.1947, MS. S.P.S.L. 343/3, Bl. 99, Bodleian Library Oxford; Niese, Alexander, S. 5. Erwähnung von Wolfsohn in Unna, The Genesis, Fußnote auf S. 352.
- [136] Wolfsohn an SPSL, 25.5.1947, MS. S.P.S.L. 343/3, Bl. 99, Bodleian Library Oxford; S. Sambursky and G. Wolfsohn, „Measurement of Fluorescence Spectra“, Journal of the Optical Society of America 38 (1948), S. 739. Idem, On the fluorescence and absorption spectra of anthracene and phenanthrene in solutions, Transactions of the Faraday Society 35 (1940), S. 427–432.
- [137] Wolfsohn an SPSL, 25.5.1947, MS. S.P.S.L. 343/3, Bl. 99, Bodleian Library Oxford.
- [138] Sambursky, Scholars of Mind and Matter, Guenther Wolfsohn, The Palestine Post, 19.4.1948, S. 4. Für die Anzahl der Toten gibt es Angaben zwischen 77 und 80. Benny Morris, A History of the First Arab-Israeli War, 2008, S. 128–129. Amos Oz, Eine Geschichte von Liebe und Finsternis, 2004, S. 534.
- [139] S. L. Wolff, Jewish physicists, S. 146–148.
- [140] Eidesstattliche Versicherung von Wilhelm Schocken vom 3.9.1955, Entschädigungsakte Schocken, Reg. Nr. 276.259, Entschädigungsamt Berlin.
- [141] Adreßbuch für Berlin und seine Vororte 1902, S. 1526, Schocken: Wilhelm Dr. jur. Gerichtsassessor, Lietzenburgerstr. 59 III.
- [142] Daten aus www.ancestry.com sowie www.geni.com. Dazu Todesanzeige von Siegfried Schocken, in der die Kinder, Schwiegerkinder und Enkel aufgeführt werden: Berliner Tageblatt, 19.6.1915 Morgenausgabe, S. 7. Zu Georg Kuttner außerdem: Renate Heuer et al. (Hrsg.), Die Juden der Frankfurter Universität, 1997, S. 236–237.
- [143] Todesanzeige Alfons, Vossische Zeitung, 15.8.1894 Morgenausgabe, S. 16.
- [144] Dora Hitz an Jonas Kohn, 4.3.1898, 970-B-262-003 Jonas Cohn-Archiv, Steinheim-Institut Universität Duisburg-Essen. Amtliche Heiratsurkunde vom 11.10.1900, www.ancestry.com.
- [145] Posthum wurde von seiner Witwe eine Sammlung von Aufsätzen, Artikeln und Vorträgen als Buch herausgegeben: Alexander Meyer, Aus guter alter Zeit: Berliner Bilder u. Erinnerungen, 1909. Die von dem Enkel Andreas Meyer veranlasste Neuauflage von 2006 enthält einen biographischen Beitrag: Joachim Schlör, „Zeige mir, wie eine Stadt gepflastert ist ... Alexander Meyer – eine biographische Exkursion, S. 203–245.
- [146] Schlör, ebd., S. 206 sowie www.ancestry.com.
- [147] Ulfilas Meyer, Die magnetische Rotationsdispersion im ultraroten Teil des Spektrums bei Steinsalz, Sylvin und Flußspat, 1909. Ingrid Ahrens, Meyer, Ulfilas in: Neue Deutsche Biographie 17 (1994), S. 375; siehe Übersicht der Familie auch in der Todesanzeige von Dr. Alexander Meyer: Berliner Tageblatt, Sonntagsausgabe 28.6.1908, S. 15.
- [148] Adresse vor dem Umzug: Berliner Adreßbuch 1906, S. 2015; Max Beckmann, Self-Portrait in Words: Collected Writings and Statements, 1903–1950, 1997, S. 347–348; Barbara von der Lühe, Die Musik war unsere Rettung!, 1998, S. 52.
- [149] Schocken, Lebenslauf, undatiert, vermutlich Februar 1927, HU/UA P4 Vol 456 Sign Nr. 667, Bl. 118.
- [150] Gutachten Laue, 4.11.1927, ebd., Bl. 121.
- [151] H. Mark und K. Schocken, Über die azimutale Verteilung der an einem idealen Gas gestreuten Röntgenstrahlen, Die Naturwissenschaften 15 (1927), S. 139–140.
- [152] Gutachten Laue, 4.11.1927, HU/UA P4 Vol 456 Sign Nr. 667, Bl. 121.
- [153] Philosophische Fakultät, Sitzung 2.2.1928 mit Prüfungsprotokoll, HU/UA P4 Vol 456 Sign Nr. 667, Bl. 122.
- [154] HU/UA P4 Vol 456 Sign Nr. 667, Bl. 124: Schocken, Über die Zerstreuung von Röntgenstrahlen, Berlin 1928.
- [155] Schocken, Über die Schwächungskoeffizienten einiger Gase für kurzwellige Röntgenstrahlen, Zeitschrift für Physik 58 (1929), S. 39–47. Idem, Über die Ionisation von Gasen durch kurzwellige Röntgenstrahlen, Zeitschrift für Physik 64 (1930), S. 458–464; Schocken bedankt sich in der ersten der beiden Arbeiten u. a. auch für die Eichung einiger Manometer bei der Fa. Felten & Guillaume, bei der sein Onkel Ulfilas Meyer damals Prokura besaß. Vielleicht hat das den Kontakt und die Unterstützung erleichtert; Schocken und Grebe, Über die photographische Wirkung durch Röntgenstrahlen ausgelöster Elektronen, Photographische Korrespondenz 67 (1931), Heft 8, S. 21–23.
- [156] Grebe war später aktiver Nationalsozialist: 1933 Mitglied der NSDAP, zeitweise Dozentenbundführer sowie Leiter der Dozentschaft, 1945 suspendiert, nach Grüttner, Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, 2004, S. 63; auch: Ernst Klee, Das Personen Lexikon zum Dritten Reich, 2011, S. 198.
- [157] Schocken an Groedel, 11.11.1931, Akte Stipendiengesuch Dr. Klaus Schocken, Kerckhoff-Institut Bad Nauheim, Reihennummer 6 a, Stipendiennummer 39. Ich danke Matthias Heil, dem Geschäftsführer der Nachfolgeinstitution (Max-Planck-Institut für Herz- und Lungenforschung) für die Zusendung von Kopien der Akten. Im Folgenden abgekürzt: „Akte Kerckhoff“.
- [158] Groedel an Schocken, 13.11.1931, ebd.

- [159] Schocken an Groedel, 16.11.1931, ebd. Schocken an „Sehr geehrter Herr Professor“, undatiert, wahrscheinlich April 1932, ebd. Demnach ließ sich ein von Seiten der Kerckhoff-Stiftung vorgeschlagenes Treffen in Frankfurt im April 1932 nicht realisieren.
- [160] Ulfilas Meyer: Poggendorff, Biographisch-Literarisches Handwörterbuch, Band V: 1904–1922, II. Abteilung, 1926, S. 1846–1847 (eigene Mitteilung); Band VI, III. Teil: 1923–1931, 1938, S. 1719 (eigene Mitteilung); Band VIIa, Teil 3: 1932–1963, S. 287. Demnach war er seit 1949 Honorarprofessor an der TH Aachen.
- [161] Bezeichnung „freiwilliger Mitarbeiter“ und „Jungakademiker“ im Zeugnis Steinhaus (Dr., Oberregierungsrat, Vorstand Magnetisches Laboratorium der PTR), 29.4.1933, MS. S.P.S.L. 339/5 Bl. 381, Bodleian Library Oxford. Dazu auch Schocken, Erläuterung der Entschädigungsansprüche; Anhang zum Antrag vom 9.9.1955, Entschädigungsakte Schocken, Reg. Nr. 276.259, Entschädigungsamt Berlin. Darin Angabe des Gehalts mit 50 RM. Verlässlicher wahrscheinlich die zeitnahe Angabe für 1932/33 nach Schocken, „Vertrauliche Auskunft“, ebd., Bl. 376, undatiert, Eingang 29.10.1934
- [162] Schocken, „Curriculum Vitae“, undatiert, ebd., Bl. 378; Idem, Lebenslauf, 30.4.1935, ebd., Bl. 380; Zeugnis Steinhaus.
- [163] Kerckhoff-Stiftung (wahrscheinlich Groedel) an Schocken (undatiert, laut Text Bezug auf Schockens Antrag von „vor einem Jahr“), also etwa November 1932; Schocken an Groedel, undatiert, Antwort auf voriges Schreiben, ebenfalls November 1932; Stiftung an Schocken, 19.11.1932 und 8.1.1933; alle Akte Kerckhoff.
- [164] Schocken, „Vertrauliche Auskunft“, MS. S.P.S.L. 339/5, Bl. 376, Bodleian Library Oxford.
- [165] Dr. Klaus Schocken, Curriculum Vitae, ebd., Bl. 378.
- [166] Schocken an Einstein, 12.4.1933, The Albert Einstein Archives, AEA 051-0762, The Hebrew University of Jerusalem.
- [167] Zeugnis von Dr. Steinhaus, 29.4.1933, MS. S.P.S.L. 339/5, Bl. 381, Bodleian Library Oxford.
- [168] Schocken an Einstein, 12.4.1933, The Albert Einstein Archives, AEA 051-0762, The Hebrew University of Jerusalem.
- [169] Schocken, „Curriculum Vitae“, MS. S.P.S.L. 339/5, Bl. 378, Bodleian Library Oxford. Er selbst war Protestant nach: „Vertrauliche Auskunft“, ebd., Bl. 377.
- [170] Schocken an Einstein, 12.4.1933. Einstein bot ihm daraufhin in einem Brief aus Belgien seine Empfehlung an. Dieses Schreiben ist nicht überliefert, wird aber später von Schocken erwähnt: Schocken an Einstein, 12.10.1938, AEA 054-0468, The Hebrew University of Jerusalem.
- [171] Undatiertes Schreiben der Stiftung erwähnte ein „in Aussicht gestelltes Gutachten“ von Friedrich, das aber nicht in den Akten enthalten ist, Akte Kerckhoff.
- [172] Friedrich an die Kerckhoff-Stiftung, 8.5.1933. ebd.
- [173] Kerckhoff-Stiftung an Schocken, 21.5.1933, ebd.
- [174] Schocken an Groedel, 3.7. und 5.9.1933, ebd.
- [175] Kerckhoff-Stiftung an Schocken, 4.7. und 4.9.1933; Kerckhoff-Stiftung an die Herren „Gesuchsteller“, 3.10.1933; Eberhard Koch an Schocken, 9.10.1933; Schocken an Groedel, 11.10.1933, alle ebd.
- [176] Heinz Lossen, Vorstand der Röntgenabteilung am Hospital z. Heil. Geist in Frankfurt a.M., an Koch, 6.11.1933, ebd.
- [177] Postkarte Schocken an Dr. Beste, 27.7.1934; Unterlagen zur Konferenzanmeldung, 20.4.1934, beide ebd.
- [178] Groedel an Koch, 26.10.1934, ebd.
- [179] Schocken, Kontrastmessungen an Röntgenfilmen, Fortschritte auf dem Gebiete der Röntgenstrahlen 50 (1934), S. 299-305. Zur Standardisierung der Technik von Röntgenaufnahmen, Röntgenpraxis 7 (1935), S. 253-258. Gemeinsam mit Lossen: Über röntgenologische Feinstrukturuntersuchungen biologischer Gewebe, Frankfurter Zeitschrift für Pathologie 49 (1936) S. 262.
- [180] Schocken, Lebenslauf, 30.4.1935, MS. S.P.S.L. 339/5, Bl. 380, Bodleian Library Oxford; Zeugnis Lossen, 30.4.1935, ebd., Bl. 382. Siehe auch seine Erwähnung in einer Anmerkung in: Lossen und Schneyer, Das Röntgenbild des Kaninchenherzens in der Norm und bei experimentellen Klappenfehlern: Fortschritte auf dem Gebiete der Röntgenstrahlen 52 (1935), S. 132.
- [181] Schocken an AAC, 19.8.1933, MS. S.P.S.L. 339/5, Bl. 386, Bodleian Library Oxford.
- [182] Schocken an AAC, 26.10.1934, Eingangsstempel 29.10.1934, ebd., Bl. 387.
- [183] AAC an Schocken, 31.10.1934; Schocken an AAC, 2.11., 14.12.1934, ebd., Bl. 388–390.
- [184] AAC an Schocken, 26.1., 21.2.1935; Schocken an AAC, 28.1., 19.2.1935, ebd., Bl. 391–394.
- [185] Schocken an AAC, 19.3.1935, ebd., Bl. 395.
- [186] Simpson (AAC) an Schocken, 13.6.1935, ebd., Bl. 398.
- [187] Schocken an AAC, 6.6.1935, ebd., Bl. 397. Darin gibt er als Absender die Adresse der Tante in Rheda an; sie wird explizit erwähnt in: Erläuterung der Entschädigungsansprüche, Anhang zum Antrag vom 9.9.1955, Entschädigungsakte Schocken, Reg. Nr. 276.259, Entschädigungsamt Berlin. Es handelte sich um die Schwester seiner Mutter Gertrud Meyer (1877–1966), die mit ihrem jüdischen Mann, dem Juristen Otto Meyer (1886–1954) im Jahr 1937 nach Palästina emigrierte. Die Familie ließ sich in Naharija nieder. Der älteste Sohn Andreas (1921–2016) ist der oben erwähnte Herausgeber der Neuausgabe des Buches von Alexander Meyer. Zu Andreas Meyer: House Call

- A Living Museum, Haaretz 3.2.2011, <https://www.haaretz.com/israel-news/culture/2011-02-03/ty-article/house-call-a-living-museum/0000017f-f83c-d460-aff-fb7eb7200000>, zuletzt aufgerufen am 30.10.2024.
- [188] Bei Anna Adamkiewicz, Erläuterung, der Entschädigungsansprüche, ebd.
- [189] Röder u. Strauss, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Eintrag „Schocken, Wolfgang Alexander“, 1983, S. 565. Enthält auch Informationen über den Vater und die Brüder. Außerdem: Wolfgang A. Schocken an Wilhelm Grzyb (Bevollmächtigter), 27.4.1965, Entschädigungsakte Schocken, Reg. Nr. 276.259, Entschädigungsamt Berlin. Zu Wolfgang: Barbara von der Lühe, Die Musik, S. 52. Er findet sich bereits im Programm des „Jerusalem Conservatoire of Music“ vom 2.10.1933, The Palestine Post, Vol IX No. 2534, 18.9.1933, S. 4. Thomas D.: Fellow John Simon Guggenheim Memorial Foundation, Seite mit Foto: <https://www.gf.org/fellows/thomas-d-schocken/>, zuletzt aufgerufen am 30.10.2024.
- [190] Anna Adamkiewicz am 30.7.1942 nach Theresienstadt, am 26.9.1942 nach Treblinka, <https://www.holocaust.cz/de/opferdatenbank/opfer/3869-anna-adamkiewicz/>, zuletzt aufgerufen am 30.10.2024, außerdem Database Yad Vashem und Arolsen Achives; Fritz Schocken am 19.7.1942 nach Theresienstadt, ermordet dort am 23.7.1942, <https://www.holocaust.cz/de/opferdatenbank/opfer/31430-fritz-schocken/>, zuletzt aufgerufen am 30.10.2024.
- [191] Bei der Cousine handelte es sich um die Ärztin Dr. Marianne Kuttner (1905–1983), seit 1933 in den USA, siehe auch <https://beckerarchives.wustl.edu/kuttner-marianne>, zuletzt aufgerufen am 30.10.2024; sie ist Tochter der väterlichen Tante Gertrud, Schwester von Stephan Kuttner (1907–1996), einem bedeutenden Kirchenrechtler; sie wird von Klaus Schocken später angegeben als „Name of person who will always know your address“, World War II Draft Cards Young Men, 1940–1947, undatiert, aus www.ancestry.com.
- [192] Laue an Stern, 13.11.1935, in Schmidt-Böcking et al., Otto Sterns gesammelte Briefe, Band 1, 2018, S. 235: Laue erwähnt darin, dass man sich bei Groedel nach Schocken erkundigen könne.
- [193] Schocken an Einstein, 12.10.1938, AEA 054-0468, The Hebrew University of Jerusalem.
- [194] Tabellarischer Lebenslauf für Einstein, Anlage zu obigem Schreiben, AEA 054-0469, ebd. Die Anstellung in Cincinnati wurde in einer jüdischen Zeitung gemeldet: „... a part-Jewish refugee who regards himself as a Jew“, The Sentinel 104 (1936) Nr. 12, 17.12.1936. Im Dezember 1936 wurde er Mitglied der American Physical Society: Severinghaus, Minutes of the Atlantic City Meeting, Physical Review 51 (1937), S. 373–374. Seine Mitgliedschaft in der DPG endete 1935.
- [195] Schocken Publikationsliste, Anlage zu Schocken an Einstein, 12.10.1938, AEA 054-470, The Hebrew University of Jerusalem.
- [196] Anschreiben und Gutachten Einstein, 16.10.1938, AEA 054-0471 und 0472, ebd.
- [197] Zitat in Schocken an Einstein, 22.10.1938, AEA 054-0473, ebd.
- [198] Keine direkte Erwähnung, sondern Angabe in World War II Draft Cards Young Men, 1940–1947, www.ancestry.com, nicht datiert, aus seiner Altersangabe 35 Jahre ergibt sich 1940/41.
- [199] Aufzählung ab 1941 in Schocken an „Miss Ursell“ (SPSL), 24.6.1947, MS. S.P.S.L. 339/5, Bl. 403, Bodleian Library Oxford. Zu der Anstellung an der Xavier University außerdem in Xavier University News 31.17 (1947), Friday March 21, S. 2.
- [200] Schocken an „Miss Ursell“ (SPSL), 18.3. und 28.5.1948, MS. S.P.S.L. 339/5, Bl. 405 u. 407, Bodleian Library Oxford.
- [201] Yearbooks St. Bonaventure University: http://archives.sbu.edu/yearbooks/index_yearbooks.html: Bonadieu 1953, S. 38; 1954, S. 34; 1955, S. 29; 1956, S. 22.
- [202] Senior Peace Corps Volunteers Aid Workers and Students in Central America, aging Nr. 255, January 1976, S. 17.
- [203] Schocken an Tosberg (Redaktion), undatiert, Rubrik „Briefe unserer Leser“, Dahlemer Blätter. Aus Schule und Heim der Arndt-Schule 60 (1985) Nr. 2, S. 17–18.

Bildnachweise

Abbildung 1:

Villa Reichenheim; Berlin Tiergarten, Rauchstraße 21, erbaut 1880-1881, seit 1922 Sitz des Nuntius in Berlin

Quelle: Illustrierte Zeitung 1885, Nr. 84, S. 213, nach

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:B_Rauchstr._Villa_Reichenheim_Illustrirte_Zeitung_1885-84,_213.jpg

zuletzt aufgerufen am 28.10.2024

Abbildung 2:

Otto Reichenheim, undatiert, vermutlich um 1906, Quelle: Privatsammlung von David Rickham (Enkel)

Abbildung 3:

Das junge Ehepaar Reichenheim, undatiert, vermutlich um 1906, Quelle: Privatsammlung von David Rickham (Enkel)

Abbildung 4:

Haus der Familie von Otto Reichenheim im Berliner Westend, Ebereschentallee 4-6, Quelle: Privatsammlung von David Rickham (Enkel)

Abbildung 5:

Otto Reichenheim mit seiner Frau und den 5 Kindern, vermutlich 1920. Aus: Thomas Blubacher: Oscar Huldschinsky (1846-1931) und Ann Sommer, geb. Reichenheim (1910-2009), in: Melissa Müller et al., Verlorene Bilder, verlorene Leben: Jüdische Sammler und was aus ihren Kunstwerken wurde, 2009, S. 147. Mit Genehmigung von „The Michael und Veronika Sommer Familien Trust.“

Abbildung 6:

Otto Reichenheim und seine Frau, vermutlich in den 1930er Jahren, Quelle: Privatsammlung von David Rickham (Enkel)

Abbildung 7:

Immigration Card von Otto Reichenheim für einen Besuch seiner Kinder in Brasilien im Jahr 1948, Quelle: www.ancestry.com

Abbildung 8:

Günther [Gideon] Wolfsohn, undatiert, Quelle: <https://honorisraelsfallen.com/fallen/wolfson-dr-gideon-guenter/> zuletzt aufgerufen am 28.10.2024

Abbildung 9:

Schreiben „Nationalsozialistische Betriebszellen Organisation an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt“ an die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, 3. April 1933, Quelle: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde

Abbildung 10:

Hebrew University um 1937, Quelle: englischsprachiger Wikipediaeintrag: https://en.wikipedia.org/wiki/Hebrew_University_of_Jerusalem, zuletzt aufgerufen am 29.10.2024

Abbildung 11:

Klaus Schocken um 1936, Quelle: Pennsylvania, U.S., Federal Naturalization Records, „Declaration of Intention“, 17.11.1936, www.ancestry.com

Abbildung 12:

Klaus Schocken um 1955, Quelle: Yearbook St. Bonaventura University 1955, S. 29; http://archives.sbu.edu/yearbooks/index_yearbooks.html, zuletzt aufgerufen am 29.10.2024

Abbildung 13:

Klaus Schocken um 1975, Lehre in Tegucigalpa (Hauptstadt von Honduras), Quelle: American Institute of Physics, Digital Collections

Die Entlassung des Justiziers Kurt Schweitzer (1886–1973)

Dieter Hoffmann*

Der Fall Kurt Schweitzer und seine Entlassung infolge des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (BBG) ist ein spezieller. Er gehört nicht zur Gruppe der entlassenen Wissenschaftler und Techniker der PTR, war dort vielmehr als promovierter Jurist mit Verwaltungsaufgaben betraut und wurde so von vielen in der PTR als Fremdkörper wahrgenommen. Dazu trug bei, dass seine Anstellung an der PTR die Folge der Auflösung einer Dienststelle des Innenministeriums war und seine Versetzung der PTR eine „Wissenschaftler-Planstelle“ gekostet hatte. Eine weitere Besonderheit war, dass Kurt Schweitzer zwar unter dem Druck der NS-Betriebszelle und der nationalsozialistischen Beamtenarbeitsgemeinschaft zu den ersten Mitarbeitern gehörte, die vom Dienst suspendiert wurden – dies wahrscheinlich noch vor Verabschiedung des Berufsbeamtengesetzes durch das Reich-Kabinett am 7. April^[1] – doch bleibt er relativ lange bei Fortzahlung seiner Bezüge beurlaubt. Erst im folgenden Jahr, zum 1. Juni 1934, wird er endgültig in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Allerdings nicht, wie bei seiner jüdischen Herkunft zu erwarten, wegen §3 (Nicht-Arier) des BBG, sondern auf Grund §6 (Vereinfachung der Verwaltung); lange Zeit hatte die Verwaltung der PTR und wohl auch der Präsident selbst versucht, den §5 anzuwenden, d. h. die zwangsweise Versetzung an eine andere staatliche Institution, was jedoch scheiterte. Der §6 hingegen war ein probates Mittel, um möglichst viele Betroffene des BBG, die durch die Ausnahmeregelungen des Gesetzes – sogenannte Alt-Beamte oder Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs – vor einer Entlassung (zumindest temporär) geschützt waren, dennoch in den vorzeitigen Ruhestand zu versetzen. Zwar waren in einem solchen Fall höhere Ruhestandsgehälter zu zahlen, auch waren die Pensionsbedingungen besser als bei einer Entlassung nach §3, doch änderte das alles in keiner Weise das Schicksal der Betroffenen: man gehörte

zunehmend zu den unerwünschten Mitarbeitern und war nun ein Staatsbürger zweiter Klasse.

Kurt Schweitzer wurde am 27. Juni 1886 in Berlin geboren.^[2] Zum Zeitpunkt von Kurts Geburt war die Familie bereits vom Judentum zum Christentum konvertiert, doch wird der Großvater Isaac Holländer in der Familienerinnerung noch als äußerst frommer Jude beschrieben. Die Taufe von Eugen Schweitzer, Kurts Vater, war im Übrigen vom evangelisch-lutherischen Theologen und Professor der Berliner Universität Hermann von Soden vollzogen worden, was davon zeugt, dass die Familie Schweitzer neben bescheidenem Wohlstand, wohl auch über eine gewisse gesellschaftliche Prominenz verfügte. Kurt wurde 1893 eingeschult und wechselte Ostern 1896 von der Volksschule an das renommierte Joachimsthalsche Gymnasium in Berlin-Wilmersdorf, an dem er zu Ostern 1905 das Abitur ablegte. Anschließend studierte er an den Universitäten Berlin, Freiburg und München Jura. Im Mai 1911 legte er am Amtsgericht Sorau in der Lausitz (heute Zary, Republik Polen) das Referendarexamen mit Prädikat ab und war in den folgenden Jahren im preußischen Justizdienst tätig; im Juli 1915 folgte schließlich das Assessorexamen. Bereits im Mai 1915 zog er als Freiwilliger in den seit einem Jahr tobenden Ersten Weltkrieg, der ihn überwiegend an der Westfront sah und aus dem er nach dem Waffenstillstand vom November 1918 – zumindest physisch – unversehrt sowie mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse dekoriert, ins Zivilleben zurückkehrte. Nach der Ausmusterung setzte er kurzzeitig seine Tätigkeit als Gerichts-Assessor, d. h. Beamter auf Probe im preußischen Justizdienst fort, um dann für ein Jahr eine Anstellung als juristischer Hilfsarbeiter beim Berliner Magistrat zu finden. Im Februar 1921 wurde er schließlich Mitarbeiter im Range eines Regierungsrats im Reichsausgleichsam. Dieses war eine erst 1920 gegründete und dem Reichs-

* Hoffmann, Prof. i.R. Dr. Dieter (geb. 1948) Wissenschaftshistoriker; Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft / PTB Berlin, E-Mail: dh@fhi-berlin.mpg.de

Abbildung 1:
Kurt Schweitzer,
1939.



ministerium für Wiederaufbau nachgeordnete Behörde, die die Valutaschulden des Deutschen Reiches regulieren sollte. Schweitzer arbeitet dort bis zur Auflösung der Behörde im September 1930, als diese Opfer der strikten Sparmaßnahmen der Regierung Brüning wurde. Ihre Beamten wurden in den Ruhestand versetzt oder – wie im Falle Kurt Schweitzers – anderen Reichsbehörden zugewiesen. Schweitzer kam so zum 1. Oktober 1930 an die Physikalisch-Technische Reichsanstalt, wobei dies wohl mehr verwaltungstechnischen Gründen und der Verteilungs-Arithmetik entsprach als einem konkreten Bedarf der PTR oder gar einer Anforderung für einen Juristen. Friedrich Paschen hatte als Präsident der Reichsanstalt im Zuge der Zuweisung durch das Reichsinnenministerium (RMdI) darauf hingewiesen, dass „für einen Justitiar bei der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, neben dem Leiter des Verwaltungsdienstes, nur ein sehr geringes Tätigkeitsfeld vorhanden sei.“^[3] Mit seinem Übertritt zur PTR wurde für Schweitzer ein „selbständiges Referat“ eingerichtet, das der PTR-Verwaltung und damit der Präsidialabteilung zugeordnet war.^[4]

Schweitzer war in den folgenden Jahren vor allem mit den in den PTR-Abteilungen anfallenden juristischen Aufgaben sowie mit Personalangelegenheiten befasst; zudem fiel ihm die Vertretung des Leiters der Verwaltung und damit gegebenenfalls die ständige Vertretung des Präsidenten in Verwaltungsangelegenheiten zu. Allerdings stieß Schweitzer in der PTR auf erhebliche Ressentiments, denn die Direktoren und Sachbearbeiter der Anstalt waren „wenig geneigt,

seinen juristischen Rat in Anspruch zu nehmen“^[5] und sahen ihn als Eindringling an; zumal durch seinen Wechsel an die Reichsanstalt – entgegen der ursprünglichen Zusage des Innenministeriums – der PTR effektiv eine Planstelle für einen Wissenschaftler verloren gegangen war.^[6]

An Schweitzers „Minderschätzung“ in der PTR änderte sich auch nichts, nachdem er 1931 eine Studie über „Verwaltungsreform und Eichwesen“ vorgelegt, und die er offenbar in eigener Initiative erarbeitet hatte. In der Ministerialbürokratie stieß sie auf Ablehnung und wurde vom Innenministerium als „inoffiziell“ eingestuft, stand doch – wie dort festgestellt wurde – eine Reform des Eichwesens nicht an.^[7]

Generell scheint sich Schweitzer neben seinen (ihn wohl nicht wirklich ausfüllenden) Verwaltungsaufgaben, mit den juristischen Aspekten der Vereinheitlichung des Eichwesens in Deutschland, das ja föderal organisiert war, sowie mit der Klärung der Grundbegriffe des Eichwesens beschäftigt zu haben. Dies scheint aber weder in der PTR, noch auf ministerieller Ebene oder sonstwo nachweisbare Aufmerksamkeit oder gar Anerkennung hervorgerufen zu haben, obwohl – wie es in einer Notiz des Innenministeriums heißt – „in der Abteilung I (für Maß und Gewicht – DH) noch sehr viel juristische Arbeit in der Klärung der Grundbegriffe des Eichwesens zu leisten sei.“^[8] Schweitzer saß so „zwischen allen Stühlen“.

In welchem Maße die Marginalisierung Schweitzers in der PTR nur die allgemein existierende Geringschätzung der Bürokratie durch die Wissenschaftler widerspiegelt, oder ob auch antisemitische Vorbehalte mitschwangen, darüber lässt sich aus heutiger Sicht nur spekulieren; allerdings wäre dies angesichts der relativ wenigen PTR-Mitarbeiter jüdischer Herkunft und dem latenten Antisemitismus in der deutschen Akademikerschaft durchaus denkbar. Auf jeden Fall befand sich Schweitzer in der PTR in einer Minderheiten- bzw. Außenseiterrolle: dies als Jurist wie auch als Jude.

Nach der Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten und insbesondere mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 bekam Schweitzers Außenseiterrolle einen besonderen Stellenwert. Sein Wirken als Jurist wurde nun nicht allein verbal bspöttelt und infrage gestellt, sondern er stand vor der Entlassung bzw. Zwangs-Pensionierung. Allerdings galt Schweitzer, der als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte und mit dem Eisernen Kreuz dekoriert worden war, als Frontkämpfer, auf den die Ausnahmebestimmung des Berufsbeamtengesetzes Anwendung fand. Damit konnte er im Dienst bleiben; allerdings mit dem Stigma eines „Beamten

zweiter Klasse“ behaftet, der bestimmte Tätigkeiten nicht mehr ausüben durfte. Darunter fiel vor allem die ständige Vertretung des Präsidenten in Verwaltungsangelegenheiten und die Mitwirkung in Personalangelegenheiten sowie eine Reihe anderer hoheitlicher Funktionen.^[9] Damit war, wie Präsident Stark in einem Brief an das Ministerium des Innern schrieb, „seine Beschäftigungsmöglichkeit so gering geworden, dass sein Verbleiben in einer Planstelle in der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt nicht mehr verantwortet werden kann.“ Stark schlug dem Ministerium deshalb vor, Schweitzer baldmöglichst zu einer anderen Reichsbehörde zu versetzen, „wo er Funktionen der erwähnten Art nicht auszuüben hat.“^[10] Weiterhin liest man in den Briefen Starks an das Innenministerium, dass er die Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand „nicht gern beantrage, da Schweitzer als Frontkämpfer und Vater von 4 Kindern durch die Pensionierung schwer betroffen würde“^[11], oder dass Schweitzer „dienstlich tüchtig ist. Seine dienstliche Führung ist einwandfrei. Über sein ausserdienstliches Verhalten ist nichts bekannt. Auch gegen seine politische Einstellung sind keine Einwände zu erheben.“^[12]

Es stellt sich hier die Frage, warum Stark als früher und öffentlich bekennender Anhänger des Nationalsozialismus und sowie entschiedener Antisemit sich solcher Elogen bediente und überhaupt für jemand wie Schweitzer eintrat und andere Möglichkeiten als dessen Entlassung in Betracht zog. Das Schicksal Schweitzers hätte ihm eigentlich gleichgültig sein können, zumal dieser ja nicht einmal Physiker war.^[13] Die Antwort liegt vermutlich in der Tatsache begründet, dass Stark mit der Familie von Schweitzers Frau zumindest flüchtig bekannt war. Schweitzer hatte im Sommer 1916 Jutta Reicke geheiratet, Tochter des Berliner Bürgermeisters Georg Reicke (1863–1923). Dessen älterer Bruder war der Bibliothekar Johannes Reicke (1861–1941), der fast vierzig Jahre, von 1892 bis 1926, an der Universitätsbibliothek Göttingen wirkte. Die Universität Göttingen war auch für Johannes Stark Anfang des Jahrhunderts für sechs Jahre Lebensmittelpunkt gewesen, wo er am Physikalischen Institut eine Assistentenstelle bekleidet und sich habilitiert hatte. Im damals beschaulichen wie überschaubaren Göttingen werden sich beider Wege sicher gekreuzt haben, sodass Kurt Schweitzer 1968 in seinem Tagebuch notierte: „Johannes Stark, Nobelpreisträger und ein Bekannter von Johannes Reicke. Er musste mir zu seiner Überraschung meine Versetzung in den Ruhestand mitteilen.“^[14]

Vor diesem Hintergrund wollte sich Stark nicht nur das Problem der Zwangspensionierung eines Frontkämpfers und Familienvaters von vier Kindern vom Halse schaffen, sondern wohl auch einer persönlichen Gefälligkeit aus Zeiten seligen

Andenkens nachkommen. Andererseits versuchte Stark mit seinem Vorschlag, die mit der Versetzung Schweitzers an die PTR verloren gegangene Planstelle für einen Wissenschaftler zurück zu gewinnen. Allerdings ging der Plan nicht auf, denn der Versetzung wurde seitens des Ministeriums nicht stattgegeben, so dass Schweitzer schließlich per Erlass vom 23. Februar 1934 auf Grund §6 (Vereinfachung der Verwaltung) des BBG zum 1. Juni 1934 in den „dauernden Ruhestand“ versetzt wurde.^[15] – 48-jährig und in der Mitte des Lebens stehend.

Buchstäblich alles wurde für Schweitzer mit der nationalsozialistischen Politik antisemitischer Diskriminierung und Verfolgung infrage gestellt – die berufliche Zukunft, die persönliche Würde, die ökonomische Existenz. Es begann „eine verworrene Zeit“ – so Schweitzers eigene Charakterisierung der nun folgenden fünf Jahre bis zur Emigration.^[16] Schweitzer standen Ruhestandsbezüge in Höhe von 65 % der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge zu, d. h. neben politisch-moralischen Aspekten hatte die Zwangspensionierung auch ökonomische Konsequenzen, denn die Familie musste nunmehr mit ca. 400 RM ihr Leben bestreiten.^[17] Damit ließ sich auskommen, doch bedeutete das neue Einkommen einen signifikanten ökonomischen Abstieg, denn es unterschied sich nicht signifikant vom durchschnittlichen Monatslohn eines qualifizierten Industriearbeiters.^[18] Im Vergleich zu den Pensionen „arischer Beamter“ waren die 450 RM eher bescheiden zu nennen – und von allen anderen Diskriminierungen, die die Familie nun ausgesetzt war, einmal ganz zu schweigen.

Ob die schwierige finanzielle Situation der Familie dadurch gemildert wurde, dass Jutta Schweitzer einer prominenten und sicher nicht unermögenden Berliner Familie entstammte und daher Hilfe erwarten konnte, ist nicht abzuschätzen; für Kurt Schweitzers Schicksal und die politische Dimension seines Falls spielt dies ohnehin nur eine untergeordnete Rolle. Jedenfalls fand eine deutliche Senkung des bisherigen Lebensstandards statt, der das Führen eines standesgemäßen Lebens nur mit Einschränkungen möglich machte. Dies spiegelt sich u. a. darin wieder, dass man gezwungen war, Vermögenswerte aus dem Familienbesitz zu veräußern. So wurde als Folge der wirtschaftlichen Zwangslage, die zum Schweitzerschen Familienerbe gehörende große Villa am Stölpchensee 1933/34 verkauft und man zog in ein deutlich kleineres Nebenhaus, das sich auch auf dem grossen Familienbesitz befand. Ebenfalls sah man sich genötigt, aus dem Kunstbesitz der Familie ein Bild des italienischen Renaissancemalers Jacopo del Sellaio (1442–1493) zu verkaufen; bei einem erzielten Verkaufspreis von ca. 6000 RM wohl unter Wert.^[19] Im Rahmen des Entschädigungsverfahrens wurde nach dem Krieg der finanzielle

* Diese politische Einordnung stimmt mit der Einschätzung durch seinen PTR-Kollegen Max Jacobs überein. Siehe die Eintragung in Jacobs Tagebuch vom 7. April 1933, die ihn als "deutsch-nationalen Mann" charakterisiert. (Archiv DM München, Nachlass Max Jakob (NL149), Tagebuch Bl. 1287)

Gesamtschaden, den die Familie im Dritten Reich erfahren hatte, auf etwa 100 000 RM geschätzt.^[20]

Jutta Schweitzer wies in diesem Zusammenhang aber auch auf die nicht zu beziffernden gesundheitlichen Schäden hin, die durch die staatlichen Sanktionen und die antisemitischen Diskriminierungen der Familie verursacht wurden; insbesondere benennt sie die Nachteile und Zurücksetzungen, die ihre Kinder als „Halb-Juden“ in der NS-Zeit erfahren bzw. ertragen mussten und eine sonst übliche gewesene Ausbildung unmöglich machten.^[21]

Wie sich die Lebensumstände von Kurt Schweitzer und seiner Familie in dieser „verworrenen Zeit“ konkret gestalteten und ob es ihm möglich war, noch irgendeine Tätigkeit auszuüben und damit das Haushaltsbudget aufzubessern, ist nicht bekannt. Bekannt ist jedoch, dass Schweitzer anlässlich des zwanzigjährigen Kriegsjubiläums das von Hindenburg als Reichspräsidenten gestiftete Ehrenkreuz für Frontkämpfer verliehen bekam. Eine Ehrung, die eigentlich jedem Weltkriegssoldaten zustand und zu den Massenehrungen des Dritten Reichs gehörte, war ihm dennoch so wichtig, dass die Urkunde zu den wenigen Dingen gehörte, die er in die Emigration mitnahm und bis zu seinem Tode aufbewahrte; im Nachlass befindet sich auch der Berechtigungsausweis, der es ihm erlaubte, das „Verwundetenabzeichen für Heeresangehörige“ in der Öffentlichkeit zu tragen.^[22] Dies sind Zeugnisse, der bizarren Situation, in der sich deutsch-national orientierte Bürger¹, die nun mit dem Kainsmal des Juden versehen wurden, in den ersten Jahren der NS-Herrschaft befanden. Aus den überlieferten Familienerinnerungen jener Jahre, auf die der Beitrag von A. Schock-Hurst näher und höchst eindrucklich eingeht^[23], lässt sich zudem schließen, dass man trotz aller Ausgrenzung von einem Freundeskreis umgeben war, der sich nicht zuletzt aus ehemaligen Kriegskameraden rekrutierte und politisch ebenfalls national-konservativ¹ orientiert war. Zu jenen gehörte Alexander Viebahn, mit dem er im Herbst 1916 in den Krieg gezogen war und dessen Freundschaft auch in den Jahren nach 1933 Bestand hatte. Angela Schock-Hurst beschreibt in ihrem Beitrag über ihren Großvater, wie dieser zu jenen gehörte, mit dem Kurt nach der Entlassung aus mehrwöchiger KZ-Haft seine traumatischen Eindrücke teilte und der ihn bereits am Entlassungstag dringend riet, nun seine Emigration energisch zu betreiben.^[24]

Kurt Schweitzer hatte zu jenen 30756 jüdischen Bürgern gehört, die im Zusammenhang mit der Pogromnacht vom 8./9. November 1938 verhaftet wurden.^[25] Die GESTAPO überstellte ihn ins Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg, wo er nicht nur unter körperlich harten, sondern auch unter demütigenden Bedingungen fast einen Monat interniert blieb.^[26] Wie er in seinem Tage-

buch festhielt, wurde ihm das Kopfhair geschoren und schwere, aber auch sinnlose körperliche Arbeit abverlangt – beispielsweise musste er mit anderen Gefangenen große Granitbrocken um die Umzäunung des Lagers tragen.^[27] Solche Exerzitionen waren nicht nur Demütigungen, sondern sollten nach Aussage von Kurt Schweitzer auch mit ihrem diskriminierenden Charakter den Druck zur Auswanderung erhöhen.^[28] Sie verfehlten ihr Ziel nicht und Schweitzer könnte auch zu jenen gehört haben, dessen Haftentlassung mit einer Verpflichtungserklärung zur baldigen Emigration gekoppelt war – so wie sie von vielen der damals Gefangenen von der GESTAPO abgepresst wurde.^[29] Auch wenn letzteres für Kurt Schweitzer nicht konkret zu belegen ist, scheint es für ihn nun klar gewesen zu sein, Nazi-Deutschland so schnell als möglich den Rücken zu kehren. In diesem Entschluss war er sowohl von seinem Kriegskameraden Viebahn, als auch vom „guten Nachbarn“ Stapenhorst bestärkt worden. Letzterer hatte der Familie Schweitzer schon in den zurückliegenden Jahren geholfen und aktuell seine Beziehungen spielen lassen, um Schweitzers vorzeitige Haftentlassung zu bewirken. Das war jedoch auf groteske Weise gescheitert – nicht Kurt, sondern ein Namensvetter wurde von der SS vorzeitig entlassen, so dass Schweitzer erst Wochen später, Anfang Dezember 1939 wieder frei kam.^[30]

Nach seiner Entlassung aus dem KZ Sachsenhausen wurden zielstrebig die Möglichkeiten einer Emigration sondiert. Dass England als Exilland gewählt wurde, hat sicherlich damit zu tun, dass die Familie Schweitzer anglophil war. Kurts Mutter hatte einige Jahre in London als Gouvernante gelebt, ihre Schwester in eine englische Familie eingehiratet und auch Kurt selbst kannte London von gelegentlichen Ferienaufenthalten und Familienbesuchen. Damit gab es keinerlei Sprachprobleme, man hatte sogar belastbare Beziehungen dorthin. Darüber hinaus half auch Nachbar Stapenhorst wieder einmal. Er soll es gewesen sein, der die Übersiedlung der beiden ältesten Kinder, Tochter Maria (1923–2018) und Sohn Reicke (1929–2016), nach England unterstützte.^[31] Bereits im Januar 1939 hatte man sie zu einer Gastfamilie nach London geschickt, wo Maria dann die Highschool in Wimbledon und Reicke eine Internatsschule in Guildford südwestlich von London besuchten.^[32] Ebenfalls im Januar 1939 hatte Kurt Schweitzer der Antrag an das Versorgungsamt Berlin-Schöneberg gestellt, den Wohnsitz temporär nach England zu verlegen. Nachdem die zuständigen Behörden, der Berliner Polizeipräsident sowie das Finanzamt keinen Einspruch erhoben hatten, wurde im März der Antrag genehmigt, dass Kurt Schweitzer zunächst für zwei Jahre, d. h. bis zum 31. März 1941 und bei Fortzahlung seiner Pensionsansprüche sowie der Unterhaltsleistungen an

seine Frau und die in Berlin verbliebenen Kinder, nach England ausreisen durfte. Die Unterhaltszahlungen für die beiden in England lebenden Kinder wurden allerdings bald eingestellt, u. a. weil „der Schulbesuch in England ... keine Gewähr für eine deutsche Erziehung“ mehr bieten würde.^[33] Dass es zu einer Trennung der Familie kam – Kurt Schweitzer reiste an seinem 53. Geburtstag, am 27. Juni 1939, ohne Frau und Kinder von Berlin nach London – hängt wohl damit zusammen, dass Jutta Schweitzer mit ihrem fünften Kind schwanger war und die englischen Behörden ihr die Einreise deswegen verweigert haben sollen.^[34] Der Sohn Alexander wurde im September 1939 geboren, doch waren inzwischen die Emigrationspläne für die Restfamilie nicht mehr realisierbar. Am 1. September hatte Nazi-Deutschland Polen überfallen, womit der Zweite Weltkrieg seinen Anfang nahm und durch die Bündnisverpflichtung gegenüber Polen befand sich England mit Deutschland ebenfalls im Kriegszustand. Damit war die Familie für die Kriegszeit getrennt und man hatte sich in die politischen Gegebenheiten einzurichten. Für Jutta Schweitzer bedeutete dies vor allem, das materielle Überleben zu sichern – mit den weiterhin ausbezahlten Pensionsansprüche ihres Mannes sowie den Unterhaltsleistungen für die drei in Berlin

lebenden Kinder hatte man auszukommen, was weitere Einschränkungen nötig machte. Umso mehr war man auf die Solidarität der Familie und den Zuwendungen von Freunden oder Nachbarn wie den Stapenhorsts angewiesen, denn auf den NS-Staat konnte man nicht hoffen. Beispielsweise war im Herbst 1939 eine Notstandsbeihilfe zur Begleichung der Arztkosten für die Entbindung des Sohnes Alexander mit der Begründung abgelehnt worden, dass

„Jüdischen Beamten im Ruhestande zwar grundsätzlich Beihilfen gewährt werden. Mit Rücksicht jedoch auf die Abwesenheit des eigentlichen Antragsberechtigten, der zurzeit in Wimbledon bei London sitzt und dort wahrscheinlich gegen Deutschland hetzen hilft, dürfte es nach allgemeinem Rechtsempfinden nicht angebracht sein, seiner Frau auch noch freiwillig irgendwelche Mittel zur Verfügung zu stellen.“^[35]

So blieb es und die allgemeine Not der Familie nahm zu, denn Ende 1941 verfügte die 11. Zusatzverordnung zum Reichsbürgergesetz, dass allen ins Ausland übergesiedelten Juden die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen wurde, was mit dem Einzug ihres Vermögens und dem Ruhen bzw. Verlust ihrer Versorgungsansprüche verbunden war. Die Durchführungsbestimmungen des

Abbildung 2:
Professor Landra,
Leiter des rassenpolitischen Amtes
des italienischen Kultusministeriums,
besuchte am 19.12.1938 das
Konzentrationslager Sachsenhausen bei
Berlin.





Abbildung 3:
Zur Auswanderung
gepresste jüdische
Bürger vor einem
Reisebüro in der
Berliner Meineke-
straße, Anfang
1939.

Gesetzes räumten jedoch Jutta die Möglichkeit ein als „nicht jüdische Ehefrau einen Unterhaltungsbeitrag bis zur Höhe des Witwengeldes“ und außerdem für „die drei bei der Mutter befindlichen Kinder ... einen Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des gesetzlichen Waisengeldes“ zu beantragen, was auch geschah und positiv beschieden wurde – allerdings konnte die ministerielle Entscheidung jederzeit widerrufen werden und war für drei Jahre, d. h. bis zum 7.5. 1945 befristet.^[36]

Allerdings bedeuteten die zugestandenen Unterhaltszahlungen eine weitere Reduzierung des Familieneinkommens; zudem erfolgte im Sommer 1944 eine nochmalige Kürzung um etwa 20 %. Hinzu kam, dass man Jutta wiederholt nahe legte, sich von ihrem Mann scheiden zu lassen, was ihre prekäre Lage nicht allein materiell grundlegend verbessert hätte. Jutta Schweitzer war aber nicht nur eine standhafte, sondern auch eine praktische und zupackende Frau,^[37] die das Leben auch unter solch extremen Bedingungen zu bewältigen wusste. Hierzu waren nicht zuletzt umfangreiche und diffizile Korrespondenzen mit den zuständigen deutschen Behörden zu führen und die Ansprüche auf die staatlichen Unterhaltungsleistungen immer wieder zu reklamieren und teilweise neu zu begründen. Hilfreich war, dass sich Kurt Schweitzer offenbar in England nicht politisch betätigt und sich damit auch nicht – wie es im damaligen Nazi-Jargon hieß – an der „Hetze gegen Deutschland“ beteiligt hatte.^[38] ebenfalls wurde wiederholt darauf verwiesen, dass Kurt Schweitzer „bis zu seinem Ausscheiden als dienstlich tüchtig anerkannt und seine Führung einwandfrei, er

außerdem Frontkämpfer war“.^[39]

Kurt Schweitzer kam so im Sommer 1939 „ohne Vermögen und Geldmittel nach England“ und wie er sich zwanzig Jahre später in einem Brief erinnerte: „Ich lebte im ersten Jahr von Unterstützungen von Freunden und Organisationen.“^[40] Im Vergleich zum beruflichen und sozialen Status seiner Tätigkeit an der Reichsanstalt muss er sich spürbar herabgesetzt gefühlt haben und dieses Gefühl dominierte auch insgesamt in der ersten Dekade seines englischen Exils.^[41]

Seine Internierung im Sommer 1940 wird dieses Gefühl verschärft haben. War er zunächst, Ende 1939, von der Internierung deutscher Staatsbürger nicht betroffen, so änderte sich dies, als nach dem siegreichen Blitzkrieg der deutschen Wehrmacht über Frankreich und der Niederlage des britischen Expeditionskorps in Dünkirchen die Luftschlacht um England entbrannte und die Gefahr einer deutschen Invasion der britischen Insel groß war. Im Juni 1940 wurde auch Schweitzer, wie praktisch alle in Großbritannien lebenden deutsche Staatsbürger interniert. Er kam zunächst in das Lager Huyton bei Liverpool und dann in das Lager Onchan auf der Isle of Man. Anfangs herrschten in den Lagern chaotische Zustände, die dadurch verschärft wurden, dass das Spektrum der dort Internierten von Antifaschisten wie dem kommunistischen Funktionär und späteren DDR-Chefideologen Kurt Hager^[42], über rassisch Verfolgte wie Kurt Schweitzer bis hin zu Anhängern und politischen Aktivisten des NS-Regimes reichte; auch der Physiker und spätere Atomspion Klaus Fuchs war für einige Wochen auf der Isle of

Man interniert, bevor er zusammen mit mehreren Tausend Internierten und Kriegsgefangenen nach Kanada verschifft wurde.^[43] Kurt Schweitzer blieb die gleichermaßen beschwerliche wie gefährliche Schiffspassage erspart und blieb in Onchan, wo er nach den Erinnerungen seiner Enkelin darum bemüht war, einen angemessenen Platz im Lager und einen Freundeskreis zu finden, der sich gegenseitig half.^[44]

Die Internierung währte 13 Monate und nach seiner Rückkehr ins Zivilleben war er weiterhin auf die Zuwendung von Bekannten und die Unterstützung seiner entfernten englischen Verwandten angewiesen. 1942 konnte er zunächst eine Anstellung als Gartenarbeiter und dann im Weinkeller des noblen Regent Palace Hotel finden. Mit einem Wochenlohn von etwa vier Pfund (BPD) lag sein Verdienst noch unter dem Durchschnittslohn eines Fabrikarbeiters^[45], was nach wie vor nur ein recht bescheidenes Leben ermöglichte. Nach zwei Jahren musste er aus gesundheitlichen Gründen die Stelle aufgeben und fand als Schreiber in einem Londoner Büro der britischen Eisenbahn (British Rail) eine neue Anstellung, wo er wöchentlich zwei BPD mehr verdiente als bisher; seine prekäre finanzielle Situation verbesserte sich damit nicht grundsätzlich, auch wenn sich sein Salär bis zum Ende seines Arbeitsleben noch auf ca. 7 BPD steigerte.^[46] Im Dezember 1951 wurde Kurt Schweitzer schließlich in den wohl verdienten Ruhestand verabschiedet.

Jutta Schweitzer erlebte das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft mit ihren Kindern in Berlin – die ganze Zeit „immer damit rechnend, gegen irgendeine bekannte oder nicht bekannte Anordnung zu verstossen, mit all den schrecklichen Folgen.“^[47] Große Sorge wird ihr sicher die Zwangsverpflichtung der Tochter Sabine durch die Organisation Todt in den letzten Kriegsmontaten bereitet haben, die wie alle sogenannten „jüdischen Mischlinge ersten Grades“ mit Vollendung des 18. Lebensjahres zur Zwangsarbeit verpflichtet wurde. Auch die dramatische und auf andere Weise existenzbedrohende Zeit des Endkampfes um die Reichshauptstadt Ende April 1945 war eine existenzielle Herausforderung und kein einfacher Weg in die Freiheit. Hinzu kam, dass das Wohnhaus am Stölpchensee am 1. Mai 1945 wahrscheinlich durch Brandschatzung von Soldaten der Roten Armee weitgehend zerstört wurde, womit wichtige Unterlagen und Dokumente „zusammen mit fast dem gesamten Rest der Habe“ verloren gingen; vor allem aber musste eine neue Bleibe für die Familie gefunden werden. Diese scheint relativ schnell in der näheren Umgebung, im Grünen Weg in Wannsee gefunden worden zu sein. Das Familienvermögen war ohnehin in der Zeit des Dritten Reiches sukzessive kleiner geworden bzw. aufgebraucht – im Entschädigungsantrag an den Magistrat der Stadt Berlin vom Mai 1946 wird von

Jutta der Vermögensschaden zusammen mit den Einkommensverlusten während der NS-Zeit auf ca. 190000 RM beziffert und für den Mai 1945, d. h. zu Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wird der aktuelle Besitzstand von Jutta Schweitzer mit ca. 10000 RM beziffert.^[48]

Für eine alleinstehende Frau mit drei Kindern wird das Leben im befreiten Nachkriegsberlin weiterhin kein einfaches und durch Not und Unsicherheit geprägt gewesen sein. Hinzu kommt, dass die Zeit der Ungewissheit auch mit dem Kriegsende keineswegs zu Ende war. So hatten die Besatzungsmächte beispielsweise den freien Reiseverkehr wie die Bewegungsmöglichkeiten überhaupt stark eingeschränkt; Zugverbindungen ins Ausland gab es zunächst gar nicht bzw. wurden allein durch Militärzüge der Alliierten bedient. Lange Zeit war unklar, wann man vom Alliierten Travel Board die Genehmigung zur Ausreise nach England erhalten würde. Eine Rückkehr von Kurt und den beiden älteren Kindern in das zerstörte Deutschland ist wohl nie ernsthaft erwogen worden. Die erhoffte sofortige Familienzusammenführung musste so immer wieder verschoben werden und erst im September 1946 erhielten Jutta und die drei Kinder von den britischen Behörden die Genehmigung, nach England überzusiedeln. Aber auch dann gab es noch kein gemeinsames Familienleben. Kurts bescheidenes Einkommen erlaubte es nicht, in London eine Wohnung zu mieten, in der die siebenköpfige Familie ausreichend Platz gefunden hätte. Kurt selbst bewohnte damals nur in eine bescheidene 1-Zimmer-Wohnung im Londoner Nordwesten; kein besonders feines Quartier, das aber vielleicht mit der im nahegelegenen West Hampstead angesiedelten deutschen Emigrantenkolonie auch ein Stück Heimat bot.

Zwei weitere Jahre musste so eine Wochenende geführt und zwischen London und Wistow, einem Dorf bei Leicester etwa 100 km nördlich von London, gependelt werden.^[49] Im Oktober 1948 konnte man endlich eine bescheidene Wohnung mieten, die sich unweit von der alten befand und womit die fast zehnjährige Trennung der Familie schließlich zu Ende ging. 1948 war im Übrigen auch das Jahr, in dem Kurt Schweitzer – und damit auch die ganze Familie – britischer Staatsbürger wurde. Verantwortlich für sein Streben, Untertan der englischen Königin zu werden, war sein im Dezember 1938 erfolgter Ausschluss aus dem Offiziersverein, der ein wichtiger Teil seiner deutschen Identität gewesen war. Seinem Tagebuch vertraute er an: „Dieses Schreiben des Oberst Caprivi hat mehr als alles andere zu meinem Entschluss beigetragen, mich im Jahre 1948 in England naturalisieren zu lassen ... Sie konnten damals nicht anders handeln, aber Preussisches Offizierkorps und preußischer Adel haben an Prestige verloren.“^[50]

Dieses Statement zeigt, wie stark Kurt Schweitzer noch im englischen Exil und angesichts der deutschen Verbrechen, von denen er ja auch selbst betroffen war, sich Deutschland weiterhin verbunden fühlte und sein eigentlich national-konservatives Weltbild bewahrt hatte; angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen, in die gerade auch der deutsche Offizierkorps und Adel verwickelt war, ist der von ihm benannte „Verlust an Prestige“ ein doch etwas merkwürdiger Euphemismus und eine geradezu schmeichelhafte Umschreibung der historischen Tatsachen.

Auch als britischer Staatsbürger war es angesichts des geringen Einkommens nicht einfach, ein auskömmliches Leben zu führen. Allerdings lastete dies nun nicht mehr allein auf seinen Schultern – die älteste Tochter Maria (1923–2018) hatte inzwischen eine Ausbildung als Krankenschwester abgeschlossen und konnte so einen Beitrag zum Unterhalt der neuen Wohnung im Londoner Nordwesten leisten; auch Jutta und die zweite Tochter Sabine (1926–2019) trugen mit Schneiderarbeiten zum Familienbudget bei. Wie prekär damals ihr Leben gewesen sein muß und wie groß die Distanz zu dem war, das man in Berlin der zwanziger und frühen dreißiger Jahre gelebt hatte, macht folgende melancholisch-sarkastische Tagebucheintragung deutlich: „Ich erinnere mich, dass Sabine und ich an einem dunklen Abend von Bekannten eine alte aber noch brauchbare Matratze eine halbe Stunde lang durch die menschenleeren Straßen von London schleppten. Es ist erstaunlich was man alles in der Not tut.“^[51]

Die materielle Not ging für Kurt Schweitzer und seine Familie eigentlich erst zu Ende, als mit Beginn der fünfziger Jahre seitens der deutschen Bundesregierung die Wiedergutmachungsverfahren für Opfer der Nazi-Diktatur in Gang kamen.^[52] Diese erfolgten vor dem Hintergrund, dass die Bundesrepublik schon in den ersten Jahren ihrer Existenz die Rehabilitation bzw. Wiedereingliederung der einstigen nationalsozialistischen Beamtenschaft betrieb und mit dem im Frühjahr 1951 vom Bundestag verabschiedeten „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen“ einen juristischen Rahmen erhielt. Damit war eine bevorzugte Behandlung der Beamtenschaft gegeben, nicht zuletzt jener Beamten, die bereits dem Dritten Reich gedient hatten und damit zumindest moralisch und in nicht wenigen Fällen auch als strafrechtlich belastet galten. Wollte die junge Bundesrepublik nicht ihre politische und moralische Glaubwürdigkeit verlieren – nach innen, aber vor allem auch außenpolitisch –, musste nicht zuletzt die Frage der Entschädigung der durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft vertriebenen und verfolgten Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes umgehend eine entspre-

chende Regelung erfahren. Dies erfolgte mit dem Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes, das im Dezember 1951 vom Bundestag verabschiedet wurde. Dieses Gesetz, das die sogenannte Wiedergutmachung vertriebener bzw. verfolgter Beamter regelte und im Übrigen um einiges vorteilhafter als die Entschädigungsregelungen für die übrigen Verfolgten des Nationalsozialismus war,^[53] bot auch für Kurt Schweitzer die Möglichkeit seine Entschädigungsansprüche geltend zu machen.

Dies erfolgte mit einem Antrag an das Entschädigungsamt in Berlin, dem Ort des letzten Wohnsitzes des Antragstellers. In diesem war neben den durch die Verfolgung bzw. Vertreibung entstandenen materiellen Verlusten vor allem der berufliche Werdegang des Antragsstellers und der entlassungsbedingte Schaden zu dokumentieren – d. h. seinen Eintritt in den öffentlichen Dienst, seine Besoldung u. ä. m.^[54] Da das Gesetz vorsah, bei der Berechnung der Entschädigungsleistung jene Besoldungsstufe zugrunde zu legen, „die er bei regelmäßigen Verlauf seiner Dienstlaufbahn voraussichtlich erreicht hätte, wenn er nicht entlassen oder vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden wäre“^[55], konnte Kurt Schweitzer eine Erklärung des einstigen Direktors der Abteilung für Wärme und Druck, Fritz Henning, vorlegen, worin Kurt Schweitzer bescheinigt wurde, dass er in Hinblick „auf die Wichtigkeit der Verwaltung und bei normaler Fortentwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachfolger von Herrn Zimmermann (Leiter der PTR-Verwaltung – DH) geworden wären und auch schließlich den Rang eines Oberregierungsrats erhalten hätte.“^[56] Diese Darstellung wurde dann auch so von der deutschen Bürokratie akzeptiert, so dass Schweitzer nun nicht nur berechtigt war, „die Amtsbezeichnung Oberregierungsrat a. D. zu führen“^[57], sondern die höhere Besoldungsstufe wurde auch bei der Berechnung seiner Pensionsansprüche zugrunde gelegt, was einen signifikanten pekuniären Zugewinn bedeutete.

Warum gerade Fritz Henning um eine solche Erklärung gebeten wurde und ob Schweitzer während seiner Verwaltungstätigkeit an der PTR in einem engeren Kontakt zu Fritz Henning^[58] gestanden hatte, ist unklar. Auf jeden Fall gehörte Henning zum Kreis der höchsten PTR-Beamten, die direkt hinter dem allmächtigen PTR-Präsidenten rangierten und als Abteilungsdirektoren auch mit Verwaltungsaufgaben befasst waren. Henning selbst fungierte sogar als offizieller Vertreter des Präsidenten, der auch oft „dank seiner freimütigen, sachlichen Art vom jeweiligen Präsidenten zu vertraulichen Beratungen herangezogen“ wurde.^[59] Darüber hinaus war Henning wohl der dienstlängste PTR-Mitarbeiter überhaupt, der 1945

bei seiner Suspendierung auf eine fast 50-jährige Dienstzeit zurück blicken konnte. Allerdings gehörte er auch zu den sogenannten „Märzgefallenen“, die zum 1. März 1933 Mitglied der NSDAP geworden waren, und er war zudem ein führender Funktionär im Reichsbund der Deutschen Beamten, einer Suborganisation der NSDAP, der als Einheitsorganisation aller deutschen Beamten an die Stelle der Beamtenverbände der Weimarer Republik trat. Dies mit dem ausdrücklichen Zweck, die politischen Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates zu unterstützen und so am Neubau des Reiches aktiv mitzuwirken. Damit gehörte Henning im Frühjahr und Sommer 1933 zu den maßgeblichen Aktivisten bei der nationalsozialistischen Gleichschaltung der PTR, wozu nicht zuletzt auch die Umsetzung des BBG gehörte. Darüber hinaus wurde ihm auch von PTR-Mitarbeitern ein besonders aktives „Mitläufertum“, ja sogar Denunziationen vorgeworfen.^[60] Als solcher wurde Henning im Sommer 1945 nicht allein aus Altersgründen entlassen, sondern gerade auch wegen seines herausgehobenen politischen Engagements nach 1933. Wenn er dann im Brief an Schweitzer über die „sehr harten Jahren mit größten Entbehrungen und Schicksalsschlägen“ klagt, so spricht daraus jenes Selbstmitleid, das für den Wissenschaftshistoriker Klaus Hentschel charakteristisch für die Mentalität deutscher Physiker nach 1945 war.^[61] In diesem Sinne hatte auch der Berliner Physiker Hartmut Kallmann, den seine sogenannte Mischehe vor der Deportation bewahrte, an seinen emigrierten Kollegen Michael Polanyi berichtet, dass im Nachkriegsdeutschland „die missliche Lage und nicht so sehr das Unheil der letzten 10 Jahre“ bedauert werde.^[62] Henning stimmte so mit seinem Brief an Kurt Schweitzer in diesen Chor ein, doch ist die von ihm intendierte Parallelität beider Lebensschicksale eine scheinbare und als ahistorischer Versuch der Relativierung und Entschuldigung der im Dritten Reich begangenen Untaten und Verbrechen zu charakterisieren. Ihre kurze Korrespondenz ist so eine sonderbare Wiederbegegnung zweier Lebensläufe, eine merkwürdige Allianz, bei der wohl der Zweck die Mittel heiligte.

Nachdem die deutschen Behörden Kurt Schweitzers Wiedergutmachungsantrag angenommen und diesen damit grundsätzlich positiv beschieden hatten, wurde ihm bereits zum 1. Januar 1952 eine wöchentliche Unterstützung von 4 BPD gezahlt^[63], wobei diese Vorauszahlungen später mit den regulären Pensionszahlungen zu verrechnen waren. Diese begannen am 1. April 1953 und damit war seit zwanzig Jahren endlich wieder eine finanzielle Sicherheit gegeben und es mußte nicht mehr „von der Hand in den Mund gelebt“ werden. Die ihm schließlich 1958 zugesprochene Kapitalentschädigung von 20 000 DM, Kompensation der durch die



Abbildung 4: Kurt Schweitzer in seinem Haus in Hove bei Brighton (East Sussex), um 1970.

Versetzung in den Ruhestand entgangenen Dienstbezüge^[64], gab der Familie die Möglichkeit, sich ein Eigenheim mit Garten in Hove bei Brighton direkt an der Küste am Ärmelkanal leisten zu können. Im letzten Lebensjahrzehnt – Kurt Schweitzer starb am 18. Juli 1973 in Hove und ist dort auch begraben – konnte so wieder ein bescheidener Wohlstand gepflegt werden, wohl ähnlich wie in Berlin vor den traumatischen Erlebnissen des Jahres 1933. Auch ohne existentieller materieller Sorgen war das Leben mitnichten sorgenfrei und unbelastet von Lebensängsten und Bedrückungen. Folgt man den Erinnerungen seiner Enkelin und auch seinen eigenen Tagebucheinträgen^[65], so scheinen seine Empfindungen für Deutschland und die Erinnerungen an die in der Hitlerzeit erfahrenen persönlichen Demütigungen und gesellschaftliche Ausgrenzung, ja existentielle Bedrohung, ihn bis zu seinem Lebensende immer wieder überwältigt zu haben – obwohl er etwas trotzig und nicht unhinterfragt meinte, gegenüber Deutschland keine Ressentiments mehr zu haben.^[66] Seine Erinnerungen an die Reichsanstalt scheinen dabei eher von nostalgischen und schwärmerischen Gefühlen, denn von Zorn geprägt gewesen zu sein.

Anmerkungen und Quellen

- [1] Obwohl die Zeitungen erst am 8. April über die Verabschiedung des Berufsbeamtengesetzes berichtet haben, findet sich im Tagebuch seines Kollegen Max Jakob bereits unter dem 7. April die Notiz, „daß der Justitiar Schweitzer ... wegen seiner Abstammung“ beurlaubt worden sei“.

- [2] Die biographischen Daten wurden der Personalakte K. Schweitzers im Bundesarchiv Lichterfelde (im Folgenden: PA Schweitzer, BA R49012135) sowie den Unterlagen zum Entschädigungsantrag von K. Schweitzer beim Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin (LABO), Entschädigungsbehörde (im folgenden: LABO, EB Berlin. Kurt Schweitzer, Nr. 70.755) entnommen.
- [3] J. Stark an RMdI, Berlin 28.6.1933. BA R 49012135
- [4] F. Paschen an RMdI, 4.12.1930. BA R 49012135
- [5] Vermerk des RMdI v. 9.9.1931. BA R 49012135
- [6] J. Stark an RMdI, 28.6.1933. BA R49012135
- [7] Vermerk des RMdI v. 9.9.1931. BA R49012135
- [8] Vermerk des RMdI v. 9.9.1931. BA R 49012135
- [9] Brief J. Stark an RMdI v. 28.6.1933. BA R 49012135
- [10] Brief J. Stark an RMdI v. 28.6.1933. BA R 49012135
- [11] Vermerk des RMdI vom 16.10.1933. BA R 49012135
- [12] J. Stark an RMdI, Berlin 28.12.1933. BA R 49012135
- [13] Diesbezüglich gibt es durchaus Beispiele, wo sich Stark dafür eingesetzt hat, dass vermeintlich jüdische Physiker, die er als bedeutend ansah und nicht zum Kreis der theoretischen Physiker um Einstein, Planck und Sommerfeld gehörten, in ihren Anstellungen belassen werden sollte; dies allerdings ohne Erfolg. Vgl. Schröder, Reinald: Die „schöne deutsche Physik“ von Gustav Hertz und der „weiße Jude“ Heisenberg – Johannes Starks ideologischer Antisemitismus, In: Albrecht, Helmuth: Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. Stuttgart 1993, S. 332ff.
- [14] Tagebuch von Kurt Schweitzer. Familienarchiv (im Folgenden: Tagebuch), S. 184.
- [15] RMdI (W. Frick) an K. Schweitzer, Berlin 23.2.1934. LABO, EB Berlin. Kurt Schweitzer, Nr. 70.755, E11
- [16] Siehe den Beitrag von A. Schock-Hurst im vorliegenden Band, S. 112
- [17] Präsident der PTR an Reichsminister für Wissenschaft, Berlin 6.7.1939. BA 49012135
- [18] Bry, Gerhard: Wages in Germany 1871–1945. Princeton 1960, S. 58.
- [19] LABO, EB Berlin. Kurt Schweitzer, Nr. 70.755, Bl. D2
- [20] LABO, EB Berlin. Kurt Schweitzer, Nr. 70.755, Bl. D1
- [21] LABO, EB Berlin. Kurt Schweitzer, Nr. 70.755, Bl. D2R
- [22] Vgl. den Beitrag von A. Schock-Hurst im vorliegenden Band, S. 112.
- [23] Im vorliegenden Band, S. 114.
- [24] ebenda
- [25] Ley, Astrid: Im Reich der Nummern. Ausstellungskatalog der Gedenkstätte Sachsenhausen, 2019.
- [26] Siehe: Hermann, Angela, Hitler und sein Stoßtrupp in der Reichskristallnacht. Vierteljahresheft für Zeitgeschichte 56 (2008), S. 610.
- [27] Siehe den Beitrag von A. Schock-Hurst im vorliegenden Band, S. 113.
- [28] Siehe den Beitrag von A. Schock-Hurst im vorliegenden Band, S. 113.
- [29] Vgl. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Band 2: Deutsches Reich 1938–August 1939, bearbeitet von Susanne Heim, S. 56.
- [30] Siehe den Beitrag von A. Schock-Hurst im vorliegenden Band, S. 113.
- [31] Information von A. Schock-Hurst
- [32] Versorgungsamt V Berlin an RMdI, Berlin 2.3.1939. BA 49012135.
- [33] Präsident der PTR an Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin 5.4.1939. BA 49012135.
- [34] Information von A. Schock-Hurst
- [35] Präsident der PTR an Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin 24.10.1939. BA 49012135.
- [36] Präsident der PTR an Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Kultur, Berlin 30.1.1942. BA 49012135.
- [37] Information von A. Schock-Hurst,
- [38] Präsident der PTR an Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin 24.10.1939. BA 49012135.
- [39] Präsident der PTR an Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin 10.1.1942. BA 49012135.
- [40] K. Schweitzer an Entschädigungsamt Berlin, London 5.2.1958. LABO, EB Berlin. Kurt Schweitzer, Nr. 70.755, Bl. E21
- [41] Siehe den Beitrag von A. Schock-Hurst im vorliegenden Band, S. 115.
- [42] Vgl. Hager, Kurt: Erinnerungen. Leipzig 1996, S. 90f.
- [43] Siehe: Friedmann, Ronald: Klaus Fuchs. Rostock 2005. S. 45ff
- [44] Vgl. den Beitrag von A. Schock-Hurst im vorliegenden Band, S. 116.
- [45] Bry, Gerhard: Wages in Germany 1871–1945. Princeton 1960, S. 88.
- [46] Zu seinen Einkünften in England Vgl. K. Schweitzer an Entschädigungsamt Berlin, London 5.2.1945. LABO, EB Berlin. Kurt Schweitzer, Nr. 70.755, Bl. E21
- [47] Anlage zum Fragebogen, Berlin 28.5.1946. LABO, EB Berlin. Kurt Schweitzer, Nr. 70.755, Bl. D2R
- [48] Zu den vorangegangenen Angaben Vgl. Anlage zum Fragebogen, Berlin 28.5.1946. LABO, EB Berlin. Kurt Schweitzer, Nr. 70.755, Bl. D1 und D2
- [49] Vgl. den Beitrag von A. Schock-Hurst im vorliegenden Band, S. 115.

- [50] Aus dem Tagebuch, Siehe den Beitrag von A. Schock-Hurst im vorliegenden Band, S. 115.
- [51] Aus dem Tagebuch, Siehe den Beitrag von A. Schock-Hurst im vorliegenden Band, S. 112.
- [52] Vgl. Schüring, Michael: Minervas verstoßene Kinder. Göttingen 2006; 136ff
- [53] Siehe Goschler, Constantin: Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945–1954). München 1992, S. 238.
- [54] Vgl. Schweitzers Entschädigungsakte (Nr. 70.755) beim Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin (LABO), Entschädigungsbehörde.
- [55] Schüring, Michael: Minervas verstoßene Kinder. Göttingen 2006; S. 128.
- [56] F. Henning an K. Schweitzer, Bremen 23.2.1953. LABO, EB Berlin. Kurt Schweitzer, Nr. 70.755, Bl. E18.
- [57] Bundesministerium des Innern an Entschädigungsamt Berlin, 30.9.1953. LABO, EB Berlin. Kurt Schweitzer, Nr. 70.755, Bl. E19.
- [58] Zu Henning Siehe: Kern, Ulrich: Forschung und Präzisionsmessung. Weinheim 1994, S. 188ff.
- [59] E. Justi an M. v. Laue, Braunschweig 8.4.1948. Archiv TU Braunschweig, Briefwechsel M. v. Laue / E. Justi, 1941-1960, (1982/G026-Nr. 52).
- [60] Zitiert nach Kern, Ulrich: Forschung und Präzisionsmessung. Weinheim 1994, S. 190
- [61] Vgl. Hentschel, Klaus: Die Mentalität deutscher Physiker in der frühen Nachkriegszeit (1945–1949), S. 127ff.
- [62] H. Kallmann an M. Polanyi, Berlin 22.5.1946. Polanyi Papers, Special Collections Research Center of the University of Chicago, Box5, Folder 2.
- [63] K. Schweitzer an Entschädigungsamt Berlin, London 5.2.1958. LABO, EB Berlin. Kurt Schweitzer, Nr. 70.755, Bl. E21
- [64] Bescheid über den Entschädigungsantrag, Berlin 7.3.1958. LABO, EB Berlin. Kurt Schweitzer, Nr. 70.755, Bl. E22
- [65] Siehe den Beitrag von A. Schock-Hurst im vorliegenden Band, S. 116.
- [66] ebenda

Bildnachweise

Abbildungen 1 und 4: Familienarchiv Schweitzer

Abbildungen 2 und 3: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Eine verworrene Zeit. Familiäre Erinnerungen an Kurt Schweitzer.^[1]

Angela Schock-Hurst*

Familiäre Erinnerungen an Kurt Schweitzer und an seine Vertreibung aus Deutschland

* Schock-Hurst, Angela (geb. 1956) Godalming, Surrey/UK

Die Geschichte meines Großvaters^[2] wird hier zum größten Teil in seinen eigenen Worten erzählt. Ich^[3] stütze mich auf Ausschnitte aus seinem Tagebuch, das er in den sechziger Jahren – also mit einigem zeitlichen Abstand – in seinem Ruhestand schrieb.

Es handelt sich zwar um Erinnerungen der ganzen Familie, aber vor allem sind es Erinnerungen und Gedanken meines Großvaters, um den es im Folgenden ausschließlich geht.

Sein Tagebuch besteht aus zirka achthundert enggetippten Seiten. Kurt Schweitzer war ein Denker, der sich für Geschichte und Politik interessierte. Er erzählte Witze und Anekdoten. Er lernte Spanisch. Außerdem las er intensiv und weitläufig in philosophischen und theologischen Werken und versuchte, sich immer wieder mit diesen geisteswissenschaftlichen Ideen und Theorien auseinanderzusetzen. Seine Gedanken wollte er mit späteren Generationen teilen. In seinen eigenen Worten: „Noch einmal muss ich betonen, dass man von mir keine selbständige

Stellungnahme erwarten darf. Meine Rolle ist die eines Zeitgenossen, der versucht, in der verwirrenden Vielheit des modernen Geschehens nicht die Richtung zu verlieren. Keineswegs ist es mein Ehrgeiz dem Leser durch mein Wissen zu imponieren ...“^[4].

Zur Entspannung las er gerne Krimis. Simenons Maigret war eine Lieblingslektüre! Er war auf Lesen angewiesen denn er konnte nicht gut hören. Er war traurig, dass er keine Vorlesungen an der Universität mithören konnte, wie sein Großvater es damals in Berlin hat machen können^[5]. Aber er hörte Radio und las Bücher. Konversation oder Debatten wurden ausschließlich mit seiner Familie geführt – seine Freunde waren in Berlin oder bereits tot.

Wie würde ich meinen Großvater charakterisieren? Er war stolz auf seine Familie, liebevoll, etwas verwöhnt, etwas egozentrisch und sehr charmant.

Kurt war ziemlich gesellig, und in den Jahren bei der PTR zog er es anscheinend vor, seine Zeit unter den Wissenschaftlern zu verbringen, anstatt sich

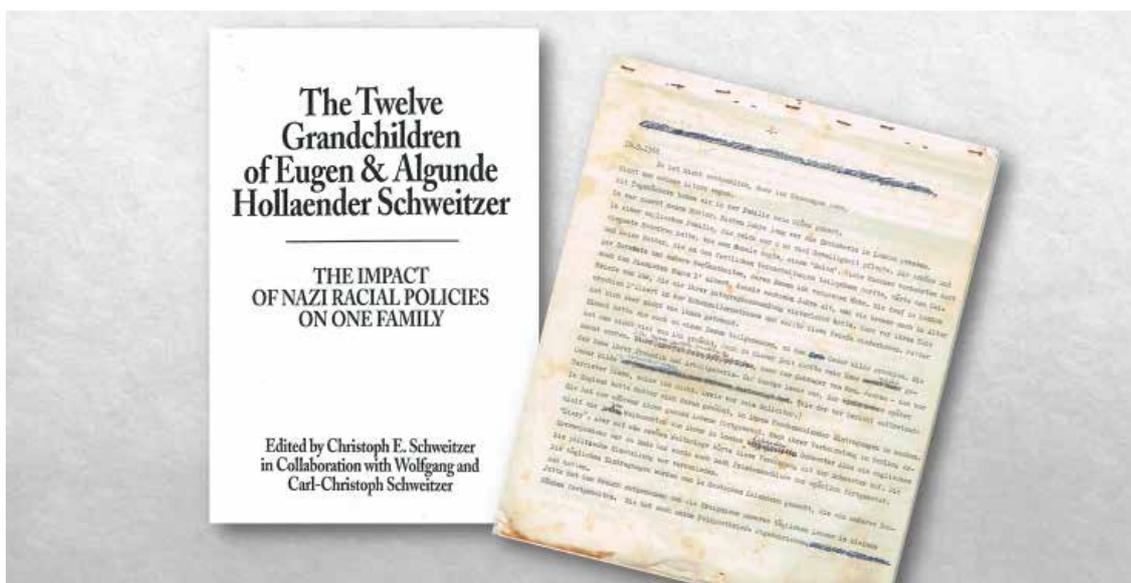


Abbildung 1: Hauptquellen



Abbildung 2:
Familienbild zirka
1933 von links nach
rechts Michael,
Jutta, Maria,
Sabine, Kurt und
vorne knieend
Reicke

auf seine eigentliche Arbeit als Verwaltungsbeamter und Jurist zu konzentrieren! Er lernte viele interessante Wissenschaftler kennen, darunter Heisenberg, Schrödinger und Bohr. Er kam nicht weiter in seiner Karriere als Regierungsrat, denn sein Chef meinte, er interessiere sich nicht genug für Details. Dass er schnell sei und ein gutes Rechtsverständnis habe, reiche nicht aus!^[6]

Aber eins steht fest: In dem Moment als er im Februar 1934 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt wurde, war für Kurt alles durcheinander. Mit der Entlassung war Kurts Leben unversehens zerstört worden. Er war erst 48 Jahre alt, hatte eine große Familie zu versorgen – eine Ehefrau, vier kleine Kinder; das fünfte Kind kam kurz nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zur Welt. Alles war weg: sein Einkommen, seine Sicherheit, seine Zukunft, seine Würde und seine Hoffnung. Verzweiflung und Leere standen vor ihm.

Er meinte, er sei nicht traurig als der nationalsozialistische Innenminister Wilhelm Frick, der seine Entlassungsurkunde unterschrieben hatte, in Nürnberg hingerichtet wurde.^[7] Er beschreibt die Jahre, bis er nach England fliehen konnte, als „eine verworrene Zeit“. In den unsicheren Jahren vor der Auswanderung musste Jutta ihm abends vorlesen – meistens aus Fontanes Romanen, um seine „aufgewühlten Nerven“ zu beruhigen.^[8]

Timing ist alles

„Wie verworren war doch die Zeit nationalsozialistischer Herrschaft!“^[9], denn kurz nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst wurde Kurt das Ehrenkreuz für Frontkämpfer im Namen des „Führers und Reichskanzlers“ verliehen. Und dann die Art und Weise, wie er vom Offiziersverein behandelt wurde ... Und dazu der Zeitpunkt: kurz nach seiner Freilassung aus dem KZ Sachsenhausen! Was für ein Weihnachtsgeschenk! Aus dem Tagebuch: „die Fassung des Schreibens über meinen Ausschluss aus dem Offiziersverein. *Ihre dem Vaterland geleisteten Dienste. Unvergessen im Kreise Ihrer alten Kameraden ...* Dieses Schreiben des Oberst von Caprivi, hat mehr als alles andere zu meinem Entschluss beigetragen, mich im Jahre 1948 in England naturalisieren zu lassen ... Sie konnten damals nicht anders handeln, aber Preußisches Offizierskorps und preußischer Adel haben an Prestige verloren.“^[10] Man liest es deutlich: Er war bitter und fühlte sich zutiefst verletzt.

Die Verhaftung

Wie lassen sich die Vorkommnisse der Kristallnacht besser als durch eine Zeugin beschreiben? Die folgende Darstellung ist die Sicht eines zwölfjährigen Mädchens – Kurts jüngerer Tochter

Sabine^[11]. Hier aus dem Englischen übersetzt:

„Mein Vater und ich gingen nach Potsdam, um Strümpfe zu kaufen, graue Kniestrümpfe mit blauen Bändern. Auf dem Rückweg zum Bahnhof gingen wir über eine Seitenstraße, um uns eine Synagoge anzusehen, an einem trüben Novembernachmittag ausgebrannt, dunkelgrau, schwarz und erschreckend. Als wir wieder zu Hause waren, war meine Mutter fort, beim Pfarrer Kaffee trinken. Es klingelt. Zwei Männer in Regenmäntel fragen nach meinem Vater. Sie heben das Revers, um den Ausweis zu zeigen.

Wie oft habe ich gewünscht, dass ich anders gehandelt und gesagt hätte, er sei nicht da, wie andere Kinder es getan hatten.

Mein Vater hebt den Telefonhörer. Er teilt meiner Mutter mit, sie wollen mich hier verhaften. Seine Stimme ist ruhig aber sehr schrill. Sein linkes Bein, auf einem Holzhocker gestützt, zittert so sehr, dass der Hocker auf dem Steinboden klappert. Ich will sein Bein ruhig halten, aber ich habe Angst. Er ist so außer sich. Ich will es für ihn nicht schlimmer machen.

Sie nehmen meinen Vater mit, nachdem sie auf die Rückkehr meiner Mutter warteten und ihr die Zeit gaben, ein paar Brote anzufertigen. Nachher meinte meine Mutter, sie wollten meinem Vater die Chance geben, durch den dunklen Garten zu fliehen.

Als sie mit meinem Vater weggingen, fragten wir uns verzweifelt, ob wir vielleicht aus Versehen etwas in der Schule gesagt hätten. Wir wenden uns alle an den siebenjährigen Michael. Bist du sicher, du hast nichts gesagt? Ich sehe immer noch sein verzweifertes Gesicht voll Schuld vor mir. Wir sind alle von Schuld heimgesucht.“^[12]

KZ Sachsenhausen

Aus Kurts Tagebuch: „Aber was soll ich von früher erzählen? Trotz eines guten Gedächtnisses: Vieles habe ich doch vergessen, und nichts will ich hier bringen, für dessen Richtigkeit ich nicht einstehen kann. Wie war es in den dunkeln und dumpfen Novembertagen, die ich drei Wochen lang in Sachsenhausen bei Oranienburg verbringen musste? Ein Einzelfall unter vielen Tausenden. Und ich versuche, mich an etwas zu erinnern, was andere vielleicht nicht mit gleicher Lebendigkeit erlebt haben. Und da ist mir ein Erlebnis im Bewusstsein verblieben. Nichts Typisches, sondern ein Einzelfall. Einer der SS-Führer, offenbar nach seiner Sprache zu urteilen, einer gebildeten Familie angehörend, fing an, sich mit einem der Insassen zu unterhalten. Wir waren ja eine sogenannte „Elite“, die man diesmal ins Lager gebracht hatte. Um auf sie einen Druck zur Auswanderung hin auszuüben. (Spä-

ter hat man dann andere Mittel angewandt, um die unerwünschten Elemente loszuwerden.) Also mitten in der Unterhaltung mit einem der Verhafteten, brach dem SS-Mann die Stimme und mit den Worten: „Denken Sie vielleicht, mir macht die Sache hier Spaß?“ verließ er die Baracke.“^[13]

Viel, viel später hat mein Großvater seinem Sohn Alexander erzählt, wie er und die anderen Gefangenen schwere Granitklötze rund um die Umzäunung tragen mussten. Diese sinnlose Tätigkeit war absichtlich hart und demütigend.

Es sind die 60er Jahre in England ... Die seit einigen Tagen besorgte Putzfrau erzählte, ihr Ehemann sei aus Versehen aus seiner Firma entlassen worden! Es hätte ein Irrtum vorgelegen und die Firma habe sich entschuldigt. Mein Großvater schreibt:

„Das Ganze erinnerte mich an einen Vorfall im Konzentrationslager. Ich war gerade eine Woche dort gewesen, da wurde ein Zahnarzt meines Namens aufgerufen und ihm mitgeteilt, dass er aus der Haft entlassen sei. Ich war damals nicht berührt davon, da ich nicht wissen konnte, dass Stapenhorst^[14] inzwischen meine eigene Entlassung in die Wege geleitet hatte. Ich musste also noch vierzehn weitere Tage aushalten. Auf dem Polizeipräsidium wurde Stapenhorst mitgeteilt, dass leider eine Namensverwechslung vorgelegen habe. Nun, dem anderen war es auch zu gönnen, dass er vorzeitig wieder zu seiner Familie zurückkehren durfte. Was war das für eine lächerliche Zeit! Aber damals nicht lächerlich für die Tausenden von Inhaftierten!“^[15]

Die Entlassung aus KZ Sachsenhausen:

„52 Jahre habe ich in Berlin gelebt. Unterbrochen nur durch einige Reisen, einen Krieg und drei Wochen Konzentrationslager. Über diese drei Wochen will ich nicht sprechen. Als ich Ende November 1938 in meinem zerdrückten Anzuge – die Kleider der Häftlinge wurden aus sanitären Gründen bei der Einlieferung in heißer Luft gereinigt – als ich also in meinem verdorbenen Anzug und mit kurz geschorenem Haar wieder frei war, da gingen wir zuerst in eine Kneipe in Oranienburg. Wir hatten alle Gewicht verloren. Es war eine Arbeiterkneipe und alle die Arbeiter, die wussten, woher wir kamen, machten uns Platz und einer sagte: Lasst die Herren durch. Alle machten schweigend Platz und wir bekamen als erste unser Glas Bier und unsere Buletten. Wir standen an der Theke und die Wirtin wollte kein Geld von uns annehmen. Nichts hat mir damals mehr geholfen als dieses Verhalten der Berliner. Ich weiß heute nicht mehr, an welchem Bahnhof ich in Berlin ankam. Auch nicht, ob ich meine Ankunft telefonisch mitgeteilt habe. In der Dunkelheit war ich zu Hause und ging sogleich zu Stapenhorst, unserem

Nachbarn, dem ich ja meine frühzeitige Entlassung zu verdanken hatte [...].^[16] „Die erste Bekannte, die ich sah, war Hertha Stapenhorst^[17]. Ich weiß noch, dass sie es vermied, mit mir zu sprechen. Ich muss wohl einen sehr veränderten Eindruck gemacht haben in meinem zerdrückten Anzuge und mit kahl geschorenem Kopfe. So sehen entlassene Verbrecher aus und auf diesem kurzen Wege wurde mir deutlich klar, dass ich jetzt alles versuchen musste, um Deutschland zu verlassen. Nachdem ich mich bei Stapenhorsts bedankt hatte, es war inzwischen spät geworden, kamen Viebahns – gute Freunde – mit zwei Flaschen Rotwein an. Alexander Viebahn konnte ich natürlich über die Zustände in Sachsenhausen berichten. Er sagte nur „Sprich zu niemandem über Deine Erlebnisse“ und „Jetzt muss alles geschehen, damit Du aus dem Lande herauskommst“. Und dann wurde der Abend ganz heiter. Der Rotwein hatte auch damit zu tun und wir kamen in dieselbe sorglose Stimmung, wie damals im Herbst 1916, als wir zusammen auf den Abmarsch zur Somme warteten. Wer in solchen Zeiten ohne Humor ist und nicht lachen kann, der ist wirklich zu bedauern. Mir hat das Lachen immer geholfen.“^[18]

Aber Jutta hatte Probleme, Geld zu bekommen. Ich weiß von Juttas Briefwechsel mit den Behörden, dass sie lang und schwer kämpfen musste, Geld zu bekommen. Immer wieder mussten Bittbriefe geschrieben werden. Die deutschen Behörden haben wiederholt versucht, Jutta zu überreden, sich scheiden zu lassen!

Die Flucht – die Zeit wird knapp!

Den Reisepass bekam er erst am 22. Juni 1939, am Tag darauf wurde das Visum für das Vereinigte Königreich ausgestellt, drei Tage später erhielt er RM 5,80 in Fremdwährung durch die Deutsche Bank ausgezahlt und dann am nächsten Tag, am 27. Juni 1939, seinem 53. Geburtstag, konnte Kurt endlich Deutschland verlassen. Allerdings alleine, ohne Frau und Kinder. Er überquerte die Grenze bei Bentheim und bei Oldenzaal reiste er in die Niederlande ein. Wahrscheinlich ging es in Hoek van Holland auf die Fähre nach Harwich, wo er am 28. Juni ankam.

Kurts Emigration wäre wohl nicht möglich gewesen, wenn sich Jutta nicht um alles mit viel Energie und Umsicht gekümmert hätte. Sie schrieb Sheila MacDonald, der Tochter Ramsey MacDonalds und auch Sheilas Bruder Malcom, der Mitglied des britischen Parlaments und später High Commissioner in verschiedenen britischen Kolonien war. Sie reiste nach England und bewog Paul Haas, Kurts Vetter, ihm die für die Einreise nötige Garantie zu verschaffen. The Honourable Edith Fitzgerald, eine Freundin von Paul Haas,

Versorgungskosten

Die PTR bzw. das Reichs-Innenministerium verfügte, dass Kurt seine Ruhestandbezüge auch nach England überwiesen bekam – bis zum 31. März 1941, exakt zwei Jahre lang.

Abbildung 3: 1939, Kurts Reisepass und das Einreisevisum für Großbritannien (United Kingdom)



trat als Bürge für ihn beim Home Office auf. Auch Kurts Freund, Paul Kempner, Schwiegersohn von Franz v. Mendelssohn und Pauls Bruder Fritz, der Rechtsanwalt in New York wurde, haben bei Kurts Emigration geholfen.^[19]

Warum England? Kurt war anglophil. Die Familie hatte schon früher Beziehungen zu England gehabt, was sicherlich die Übersiedlung dorthin erleichtert hat. Schon Kurts Vater hatte einen Teil seiner Jugend in England verbracht und auch er selbst war des Öfteren in den Ferien nach London gereist; oft kam auch Besuch aus England nach Berlin.

Nach seiner Ankunft in England war es natürlich schwierig, gerade vor dem Krieg, Arbeit zu finden. Er hat kurz bei einer Gärtnerei gearbeitet und dann im Weinkeller des Regent Palace Hotels London. Mein Großvater meinte, er kam sich ziemlich deklassiert vor.^[20]

Isle of Man

Ein Jahr lang, bis Juni 1940, war Kurt ein freier Mann, dann wurde er als „enemy alien“ verhaftet und für ein Jahr als feindlicher Ausländer auf der Ferieninsel Isle of Man interniert.

Unter den Internierten gab es einige Bekannte aus Berlin. Den ehemaligen Küchenchef des Hotels Adlon lud er ein, in dasselbe Haus zu ziehen – vermutlich in der Hoffnung, so besseres Essen zu bekommen! Kurt war auch für die Leihbibliothek des Lagers zuständig, was ihm sicher gefallen hat, denn er hat Bücher sein Leben lang „verschlungen“^[21]. Kurt erwähnte mit Bedauern drei versäumte Gelegenheiten: eine Italienreise mit seinem Vater – zu der großen Reise ist es nicht mehr gekommen; einen Besuch der Kathedrale in Laon – Krieg und Kunst gehören nicht zusammen. Und das letzte Beispiel: „Im Internierungslager auf der Isle of Man badeten die meisten von uns täglich im Meere. Einige – darunter ich selbst – beteiligten sich nicht. Die Berliner Redensart lautet „Ich bade nicht – aus Daffke!“^[22]

Wiedervereinigt

Jutta und die drei jüngeren Kinder konnten nach dem Krieg nach England ausreisen und sich in Sicherheit bringen – vielen gelang das nicht. Da Jutta mit Alexander bei der Emigration von Kurt schwanger war, hatten die britischen Behörden es angeblich nicht erlaubt, ihren Mann nach England zu begleiten. Sie musste mit den Kindern in Berlin zurückbleiben und konnte so erst 1946 nachkommen. Stapenhorst, der wunderbare Nachbar, hat immer wieder der Familie geholfen, sei es bei Kurts Befreiung aus dem KZ Sachsenhausen, in den letzten Kriegstagen oder im Frühjahr 1945 während der furchtbaren Monate der russischen

Besatzung und nicht zuletzt bei der Durchsetzung von Kurts Wiedergutmachungsansprüchen in den fünfziger Jahren.

Von 1941 bis 1951 arbeitete Kurt als Angestellter bei der britischen Eisenbahn, British Rail in Kings Cross. Sein Lohn war relativ niedrig, doch gab es als Eisenbahner einige Vergünstigungen – so konnten er und auch Jutta kostenlos die British Rail nutzen; einmal im Jahr gab es sogar eine Freifahrt ins Ausland. Auch Michael, Kurts Sohn, durfte gratis nach Schottland fahren, um die Schule Gordenstoun von Kurt Hahn zu besuchen.

Da sich Kurt mit seinem geringen Gehalt nur eine kleine Einzimmerwohnung in London leisten konnte, musste der Rest der Familie, Jutta und die drei jüngeren Kinder, zwei lange Jahre von 1946 bis 1948 in Wistow ohne Mann bzw. ohne Vater wohnen. Besuch gab es nur am Wochenende oder in den Ferien. Wistow war eine christliche Kirchengemeinde und wurde von Kurts Bruder Carl geleitet. Diese fortdauernde Trennung war für die ganze Familie, besonders für Jutta ziemlich hart. Später konnten sie alle in einer kleinen Wohnung in Willsedon Lane in Nordwestlondon zusammenziehen. Das Leben blieb hart und das Geld war nach wie vor knapp. Kurt bemerkte etwas trocken:

„Ich erinnere mich, dass Sabine und ich, an einem dunklen Abend von Bekannten eine alte aber noch brauchbare Matratze eine halbe Stunde lang durch die menschenleeren Straßen von London schleppten. Es ist erstaunlich was man alles in der Not tut.“^[23]

Keine finanziellen Sorgen mehr ...

Ab 1953 konnte Jutta die Schneidereiarbeit aufnehmen, da die Pensionszahlungen aus Deutschland

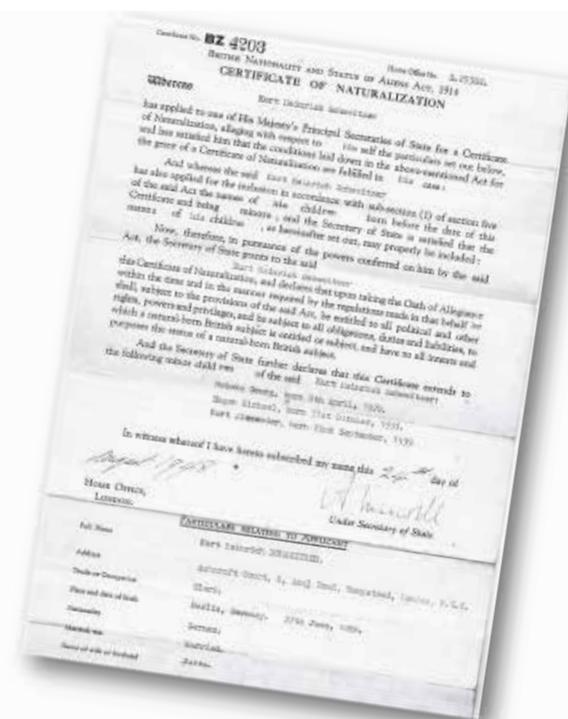


Abbildung 4: August 1948, Britisches Einbürgerungszertifikat

begannen. Hinzu kamen Entschädigungsansprüche, die mithilfe seines guten Freundes Alwin Schilling aus Spandau durchgesetzt wurden; in diesem Zusammenhang hatte sich auch Fritz Henning, von 1927 bis 1945 Abteilungsdirektor und nomineller Vertreter des PTR-Präsidenten, 1953 für ihn eingesetzt und bestätigt, dass man davon ausgehen kann, dass Kurt zum Oberregierungsrat befördert worden wäre. Kurt bekam nun endlich finanzielle Sicherheit. Das Ehepaar kaufte sich ein kleines Haus in Hove an der Südküste Englands. Hier sollte Kurt endlich seine Ruhe und seinen Garten haben. Aber so idyllisch war es nicht. Aus dem Tagebuch: „Es ist gut, dass ich jetzt nur selten allein bin. In Juttas Gegenwart vergesse ich diese ganze Zeit. Nur wenn ich einsam in der Wohnung sitze, oder, ohne einen Menschen zu sprechen, nach Brighton fahre unter fremden Leuten zu Mittag esse, und dann am Meere zurückgehe, wird die alte Zeit wieder lebendig. Einsamkeit macht mich unruhig.“^[24] Er litt unter Alpträumen. Geldangelegenheiten oder die Bürokratie verursachten übertriebene emotionale und irrationale Reaktionen bei ihm. In dieser Hinsicht war er ständig von Angst und Unbehagen geplagt.

Die deutschen Behörden plagten ihn auch und ließen ihn nicht in Ruhe. Wenn zum Beispiel Pensionszahlungen erst verspätet eingingen oder wenn er von der deutschen Botschaft eine Vorladung erhielt: „Wir waren zwanzig Minuten in der Deutschen Botschaft in Belgravia. Ich muss mir jedes Jahr bestätigen lassen, dass ich noch lebe,“^[25] und „Wieder bei der Deutschen Botschaft, um die Lebensbescheinigung zu holen. Jedes Mal bereitet es mir ein Gefühl von Missbehagen“^[26].

„Zu denken, dass es mir erst nach fünf Jahren möglich wurde, in England eine neue Heimat zu finden. Fünf Jahre unter dauerndem Druck. Es ist nicht erstaunlich, dass ich so vieles aus dieser Zeit vergessen habe. Erstaunlich, dass wir es über-

standen haben und heute ruhig darüber sprechen können.“^[27]

„Ich behaupte immer wieder, dass ich kein Resentiment habe. Ich meine Deutschland gegenüber. Aber das mag ein Irrtum sein.“^[28]

Eine verworrene Zeit – immer noch

Und als Enoch Powell, Parlamentsmitglied im britischen Unterhaus eine Hetzrede über die Einwandererfrage hielt, bemerkte Kurt „Ich kann nicht die Hitlerzeit in Deutschland vergessen und die demagogischen Reden der nationalsozialistischen Führer. Auch Enoch Powell versteht es, unkritische Massen von der Richtigkeit seiner Prognosen zu überzeugen.“^[29]

An einer anderen Stelle schreibt er „Ein furchterregender Gedanke, wie abhängig das Schicksal des Einzelnen davon ist, wer in entscheidenden Zeiten gerade an der Spitze steht. In solcher Lage befindet sich heute die Bevölkerung in den Vereinigten Staaten“^[30]. Er bezog sich auf Richard Nixon, aber es hätte sich genauso auf Donald Trump beziehen können.

Da Kurts Tagebuch auch für eine spätere Generation bestimmt war^[31], sollten wir angesichts des heutigen globalen Aufstiegs des Populismus diese Betrachtung über die Politik als Warnung nehmen und versuchen, wie Kurt es tat „in der verwirrenden Vielheit des modernen Geschehens nicht die Richtung zu verlieren“^[32].

Bibliografie

- [1] The Twelve Grandchildren of Eugen & Algunde Hollaender Schweitzer (The Impact of NAZI Racial Policies on One Family), Edited by Christoph E. Schweitzer in Collaboration with Wolfgang and Carl-Christoph Schweitzer, Privately published limited edition Copyright © 1996 Christoph E. Schweitzer
- [2] Das Tagebuch von Kurt Schweitzer (Hove Diaries Part I; 18. Sept. 1963 bis 7. Feb. 1968; Hove Diaries Part II; 11. Sept. 1968 bis 7. Aug. 1972) im Familienarchiv.

Literatur und Fußnoten

- [3] Tagebuch, S. 728 und 732
- [4] Kurt Schweitzer (1886–1973)
- [5] Angela Schock-Hurst (geb. 1956) älteste Tochter von Reicke (1929–2016), dem ältesten Sohn von Kurt und Jutta.
- [6] Ebd. S. 704
- [7] Ebd. S. 703
- [8] The Twelve Grandchildren of Eugen & Algunde Hollaender Schweitzer The Impact of Nazi Racial Policies on One Family. Edited by Christoph E. Schweitzer in Collaboration with Wolfgang and Carl-Christoph Schweitzer. Privately published limited edition. ©1996 Christoph E. Schweitzer
- [9] Tagebuch S. 732
- [10] Ebd. S. 411
- [11] Ebd. S. 732
- [12] Ebd. S. 732
- [13] Sabine Price geb. Schweitzer (1926–2019), die zweitälteste Tochter.
- [14] Vgl. The 12 Grandchildren S. 103
- [15] Tagebuch S. 560
- [16] Tagebuch S. 64. Ulrich Stapenhorst war Kurts Freund und Nachbar in Wannsee, durch dessen Bemühungen Kurt vorzeitig entlassen wurde. Er war Ministerialdirektor und von 1933 bis 1936 Regierungspräsident von Hannover gewesen.

- [17] Ebd. S. 757
- [18] Ebd. S. 337
- [19] Die Ehefrau Stapenhorsts
- [20] Ebd. S. 346
- [21] Ebd. S. 65
- [22] Ebd. S. 84
- [23] Ebd. S. 71
- [24] Ebd. S. 514
- [25] Ebd. S. 11
- [26] Ebd. S. 400
- [27] Ebd. S. 96
- [28] Ebd. S. 238
- [29] Ebd. S. 731
- [30] Ebd. S. 222
- [31] Ebd. S. 691
- [32] Ebd. S. 636
- [33] Ebd. S. 692
- [34] Ebd. S. 704

Bildnachweise

Alle Abbildungen: Privatbesitz Familie Schweitzer

 **PTB** mitteilungen

Impressum

Die PTB-Mitteilungen sind metrologisches Fachjournal der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, Braunschweig und Berlin. Als Fachjournal veröffentlichen die PTB-Mitteilungen wissenschaftliche Fachaufsätze zu metrologischen Themen aus den Arbeitsgebieten der PTB. Die PTB-Mitteilungen stehen in einer langen Tradition, die bis zu den Anfängen der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (gegründet 1887) zurückreicht.

Herausgeber

Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB)

ISNI: 0000 0001 2186 1887

Postanschrift:

Postfach 33 45,
38023 Braunschweig

Lieferanschrift:

Bundesallee 100,
38116 Braunschweig

Gastherausgeber dieser Ausgabe:

Prof. Dr. Dieter Hoffmann

Redaktion/Layout

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, PTB

Dr. Dr. Jens Simon (verantwortlich)

Sabine Siems (Redaktion / Lektorat)

Sebastian Baumeister / stilsicher.design (Layout / Satz)

Telefon: (05 31) 592-82 02

Telefax: (05 31) 592-30 08

E-Mail: sabine.siems@ptb.de

Erscheinungsweise und Copyright

Die PTB-Mitteilungen erscheinen viermal jährlich. Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und in allen anderen elektronischen Datenträgern.

Printed in Germany ISSN 0030-834X

Die fachlichen Aufsätze aus dieser Ausgabe der PTB-Mitteilungen sind auch online verfügbar unter:
doi: 10.7795/310.20250199



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, das nationale Metrologieinstitut, ist eine wissenschaftlich-technische Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, das nationale Metrologieinstitut, ist eine wissenschaftlich-technische Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.



Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Nationales Metrologieinstitut

Bundesallee 100
38116 Braunschweig

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: (05 31) 592-82 02
Fax: (05 31) 592-30 08
E-Mail: presse@ptb.de
www.ptb.de